

# historie

Jahrbuch  
des Zentrums für Historische Forschung Berlin  
der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Folge 16 2024  
2025

historie

EUROPA, KRIEG,  
WIEDERAUFBAU  
und BILDUNG

h

# Inhaltsverzeichnis

7 Editorial

## EUROPA, KRIEG, WIEDERAUFBAU UND BILDUNG

### ARTIKEL

11 **Robert Grzeszczak** Einigung in Vielfalt – die Europäische Union als Systemlabor

24 **Katarzyna Woniak** 22. Juni 1941 – ein Anlass zur Freude? Emotionen in Polen unter deutscher Besatzung

38 **Igor Kąkolewski** Die „immerwährende“ Rekonstruktion der polnischen Hauptstadt. Im Spannungsfeld der Geschichte, Denkmalpflege und Politik

61 **Tomasz Torbus** Die Marienburg 1945-2016. Ein Wiederaufbau im Zeichen der Zähmung des Feindes

86 **Verena Laubinger** Deutsch-polnische Erfahrungsgeschichte in Bildungsmedien

98 **Violetta Julkowska** Das gemeinsame deutsch-polnische Schulbuch für Geschichte: Eine pädagogische Herausforderung für die neue Generation

122 **Wolfram Meyer zu Uptrup** Deutsch-polnische Versöhnungspolitik. Die politischen Schritte auf dem Weg des Schulbuchprojektes *Europa – unsere Geschichte/Europa. Nasza Historia* in den Jahren 2006 bis 2012

### REZENSIONEN UND BESPRECHUNGEN

171 **Monika Wrzosek** Francesca Melandri, *Kalte Füße*, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 2024

## Editorial

Der neueste Band des Jahrbuchs „Historie“ ist historischen Themen gewidmet, die eng mit der Gegenwart verbunden sind. Die vorliegenden Beiträge befassen sich mit Fragen der europäischen Integration, neuen Forschungen zu den öffentlichen Emotionen während des Zweiten Weltkriegs, dem Wiederaufbau nach den Verwüstungen des Krieges und der historischen Bildung als Instrument der Versöhnung.

Die polnische EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2025 fällt in eine schwierige Zeit, in der über das Schicksal der Ukraine in dem durch die russische Invasion im Februar 2022 ausgelösten groß angelegten Krieg entschieden wird. Die Frage nach der Zukunft der EU hängt unter anderem davon ab, inwieweit die europäischen Strukturen in der Lage sind, nicht nur der Vielfalt unseres Kontinents Rechnung zu tragen, sondern auch Instrumente zu entwickeln, um wirksame Lösungen zu finden.

Die aktuelle Situation ruft mehr denn in den Jahren nach dem Umbruch in 1989 die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und seine langfristigen Folgen wach. In diesem Jahre jährt sich zum 80. Mal das Ende des letzten weltumfassenden militärischen Konflikts. Aus diesem Anlass bekamen sogar die Berlinerinnen und Berliner einen einmaligen Feiertag, an dem durch zahlreiche Ausstellungen, Vorträge, Führungen usw. an die Opfer des Krieges gedacht wurde, zu denen selbstverständlich Jüdinnen und Juden, aber auch Zwangsarbeiter:innen verschiedener Nationalitäten, Homosexuelle, Gegner des NS-Regimes (auch die deutschen) und schließlich deutsche Flüchtlinge gehören. In dieser Hinsicht denken wir aktuell vor allem an die Opfer des schrecklichen und beispiellosen Kriegs in der Ukraine, aber auch an die Menschen im Nahen Osten sowie die Einwohner von solchen Ländern wie Syrien oder Jemen. Auch

unsere Einrichtung bemüht sich, mit einer Reihe von Veranstaltungen den „runden Jahrestag“ des Endes des letzten Weltkriegs gebührend zu erinnern und damit auch Hoffnung auf Frieden zu machen.

Trotz der unzähligen Fachliteratur, die diesem Thema gewidmet ist, entdecken wir immer wieder neue, bisher kaum erforschte Aspekte des Lebens der Gesellschaften, die direkt oder indirekt vom Krieg betroffen waren. Einer dieser Aspekte ist die Geschichte der menschlichen Emotionen im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der aktuellen Kriegsereignisse. Das Thema Krieg wiederum wirft wichtige Fragen u. a. nach dem Wiederaufbau nach den Kriegszerstörungen und nach dem Geschichtsunterricht als Instrument zur Überwindung der aus den Kriegserfahrungen resultierenden transgenerationalen Traumata auf. All diese Themen werden in den folgenden Beiträgen unseres Jahrbuchs behandelt, das wir unseren Leserinnen und Lesern in der Hoffnung überreichen, dass die Erfahrungen der Vergangenheit und der Gegenwart unsere europäische Zukunft positiv gestalten können.

das Redaktionsteam

**Keywords:** European Union, cultural diversity, supranational organisations, international integration and cooperation, European „hard core“, EU-reform debate 2023

## Einleitung

„In Vielfalt geeint“ lautet das Motto der Europäischen Union, das ihre verfassungsrechtliche Grundlage zum Ausdruck bringt: das Streben nach dauerhaftem Frieden und dem Wohlstand ihrer Bürger unter Wahrung der Vielfalt der Kulturen, Traditionen und Sprachen der Mitgliedstaaten. Diese Vielfalt manifestiert sich auf der Ebene der Werte in der Gestaltung des politischen Systems der EU, das heißt konkret in einem Integrationskonzept, das die Heterogenität der Mitgliedsstaaten respektiert, sowie auf der formalen – normativen – Ebene in einer Heterogenität, die sich aus unterschiedlichen Integrationsgraden ergibt (siehe etwa die Gruppe der Staaten mit dem Euro als gemeinsamer Währung). In diesem Artikel liegt das Hauptaugenmerk auf dem ersten Aspekt.

Die Europäische Union entstand in den 1950er Jahren in Gestalt von drei Europäischen Gemeinschaften und galt von Anfang an als experimentelles politisches und rechtliches Projekt.<sup>2</sup> Obwohl sie in ihren Funktionsprinzipien an die Vereinigten Staaten und deren System erinnert, integriert sie auf andere Weise, indem sie auf der Grundlage des Status quo, das heißt der Nationalstaaten und ihrer historischen Gegebenheiten, gemeinsame (z.B. ökonomische und rechtliche) Räume schafft.

---

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz wird auch bald im Sammelband: Izabella Surynt, Hans-Christian Trepte, Igor Kąkolewski (Hg.), *Herausforderung Multikulturalität. Facetten, Verflechtungen, Vielgestaltigkeit*, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, erscheinen. Die Redaktion des Jahrbuchs *Historie* dankt dem Autor für seine Zustimmung zum Nachdruck des Aufsatzes.

<sup>2</sup> Zur Begriffsklärung: Seit den 1950er Jahren existierten drei Europäische Gemeinschaften (EGKS, EWG und EAG), seit 1993 zusätzlich die kraft des Vertrags von Maastricht geschaffene Europäische Union. Im Jahr 2002 endete die EGKS; ihre Aufgaben und Ziele wurden von der EWG übernommen, deren Name 1993 in EG (Europäische Gemeinschaft) geändert wurde. 2009 trat die Europäische Union als Rechtsnachfolgerin an die Stelle der EG.

## **Das anfängliche Paradigma des innovatorischen Charakters der europäischen Integration**

Die internationalen Beziehungen und das ihnen zugrundeliegende Recht basieren in ihrer heutigen Form auf den Grundsätzen des postwestfälischen Systems, wie es sich bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte. Den Schwerpunkt dieses Systems bildeten und bilden die Nationalstaaten als wichtigste Subjekte und Akteure auf internationaler Ebene. Bei der Gründung der Gemeinschaften nutzten die Staaten zwar in formaler Hinsicht das klassische Instrumentarium (d. h. internationale Abkommen), doch füllten sie diese Form mit innovativem Inhalt: Die Staaten erklärten sich bereit, bestimmte Kompetenzen auf suprastaatliche (EU-)Institutionen zu übertragen. Im Bewusstsein der Ineffektivität der vor dem Zweiten Weltkrieg praktizierten Formen internationaler Zusammenarbeit entschieden sich diese bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaften für neue Lösungen und für ein Modell der supranationalen (überstaatlichen) Zusammenarbeit.

Die Supranationalität, die in erster Linie auf der Übertragung von staatlichen Zuständigkeiten an übergeordnete Stellen beruht, ist bis heute das charakteristische Merkmal des Gemeinschaftssystems. Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) von 1951 und die Römischen Verträge (1957), d. h. der Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), waren ein neuer supranationaler Ansatz, mit dem das größte Rechtsexperiment der europäischen Geschichte eingeleitet wurde. Das zur gleichen Zeit unterzeichnete Statut des Europarates (1949) basierte hinsichtlich des Aufbaus seiner Institutionen und Kompetenzen auf dem „alten“ Ansatz der Gleichheit der Staaten und der Einstimmigkeit in allen Entscheidungen, was jedes Mal die Suche nach einem Konsens zwischen allen Staaten des Europarates erforderlich machte.

In rechtlicher Hinsicht mussten die Gemeinschaftsgründer in den 1950er Jahren nicht ganz bei null anfangen. In einem gewissen Maße griffen sie auf Lösungen aus früheren internationalen „Experimenten“ zurück.<sup>3</sup> Die Entscheidung zur Schaffung unabhängiger

---

<sup>3</sup> Bruno de Witte, *The European Union as an international legal experiment*, in: Gráinne de Burca u. a. (Hg), *The Worlds of European Constitutionalism*, Cambridge 2012, S. 22.

internationaler Organisationen, denen die Gründungsmitglieder Aufgaben von gemeinsamem Interesse übertrugen, war bereits Mitte des 19. Jahrhunderts getroffen wurden. Damals wurde die Europäische Donaukommission gegründet, die ein breites Mandat hatte und ohne Einbezug der Anrainerstaaten mit den Nutzern der Donau interagierte. In der Zwischenkriegszeit wiederum gab es in bestimmten Teilen Europas Versuche einer supranationalen Verwaltung, die zur Entschärfung von Konflikten zwischen widersprüchlichen nationalistischen Ansprüchen beitragen sollten: Das Saarland, Danzig oder Oberschlesien sind die bekanntesten völkerrechtlichen Experimentierfelder dieser Zeit.<sup>4</sup>

Die Integrationsprozesse bildeten sich in den spezifischen politischen Realitäten der Nachkriegszeit und in einem besonderen, krisenhaften wirtschaftlichen Umfeld heraus und hatten konkrete Zwecke wie etwa die Verhinderung eines Kriegs zwischen den an der wirtschaftlichen Integration beteiligten Ländern. Die ursprünglichen Ziele (und Errungenschaften) der Europäischen Union, wie die Sicherung des Friedens auf dem Kontinent oder die wirtschaftliche Entwicklung, erreichen die Menschen inzwischen nicht mehr oder wurden nicht verwirklicht.<sup>5</sup> Deshalb muss die EU sich weiterentwickeln und verändern.

Die Einzigartigkeit der EU beruht nicht nur auf der supranationalen Methode, sondern auch auf der Form der Integration, die unmittelbar dem einzelnen Bürger zugutekommt. Gerade die Einführung der EU-Staatsbürgerschaft 1992 und ihre inhaltliche Ausgestaltung in Form von Rechten, die unmittelbar aus der EU-Gesetzgebung ableiten, macht sie heute zu einem weltweit einzigartigen Konstrukt. Einzigartig ist auch die Form der Legitimierung der Integration – von der klassischen Legitimierung durch den Willen der Mitgliedsstaaten bis hin zur absolut untypischen Legitimierung durch den Willen ihrer Bürger, die gleichzeitig Bürger der Mitgliedsstaaten sind. Diese Synergie zwischen dem internationalen Rechtsgefüge und den Bürgern als ihren unmittelbaren Nutznießern verleiht der EU gegenwärtig eine Ausnahmestellung.

<sup>4</sup> Robert Grzeszczak, *Teorie integracji europejskiej*, in: Andrzej Wróbel (Hg.), *System Prawa Unii Europejskiej*, Bd. 1. Warszawa 2020, S. 1.

<sup>5</sup> Robert Grzeszczak, *Dylematy ustrojowe Unii Europejskiej jako ambitnego eksperymentu prawnomiędzynarodowego*, in: Bartłomiej Krzan (Hg.), *Ubi ius, ibi remedium. Księga dedykowana pamięci profesora Jana Kolasy*, Warszawa 2016, S. 185.

## **Vielfalt und Integration von Völkern und Kulturen – Licht und Schatten**

Das Wörterbuch definiert „Vielfalt“ als Eigenschaft einer Gruppe von Subjekten derselben Art, deren Elemente sich in mehrfacher Hinsicht voneinander unterscheiden.<sup>6</sup> Je nach Kontext wird diese Definition sehr auf verschiedene Weise interpretiert. Im Falle der Europäischen Union wird Vielfalt als Wert, Strukturprinzip und Verpflichtung zur Achtung der Verschiedenheit der Mitgliedsstaaten verstanden. Der Begriff verbindet sich auch mit dem unterschiedlichen Integrationsgrad der Staaten innerhalb der EU. Alle diese Auslegungen des Vielfaltsbegriffs sind jedoch miteinander verbunden.

Der Begriff der Integration (wirtschaftlich, politisch, rechtlich) umfasst ein breites Spektrum von Aktivitäten, von gewöhnlicher Zusammenarbeit bis zur völligen Vereinheitlichung, wobei die in ihm enthaltenen Elemente der Vollständigkeit und Einheit komplexere Optionen nicht ausschließen, sondern vielmehr implizieren. Er bezieht sich in erster Linie auf die Art und Weise, in der unabhängige heterogene Elemente sich zu einem erkennbaren Ganzen zusammenschließen und wechselseitig aufeinander einwirken.<sup>7</sup>

### **Eine vielfältige Union durch unterschiedliche Grade der inneren Integration**

Die Unterschiede in der historischen Erfahrung, aber auch in den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Mitgliedstaaten führten dazu, dass die Vielfalt dazu diente, die unterschiedlichen Präferenzen der Mitgliedstaaten hinsichtlich der sich vertiefenden europäischen Integration in Übereinklang zu bringen. Im Falle der EU handelt es sich also um eine integrierte Vielfalt. Mit anderen Worten: Es lässt sich eine Vielzahl von Unterschieden zwischen Spanien und Polen, Deutschland und Zypern feststellen. Das liegt

<sup>6</sup> Eintrag „róznorodność“, in: *Wielki Słownik Języka Polskiego*, <https://wsjp.pl/haslo/podglad/46588/roznorodnosc> (20.06.2024)

<sup>7</sup> Mauro Cappelletti u. a., *Integration Through Law: Europe and the American Federal Experience – A General Introduction*, in: *Integration Through Law*, Bd. 1: *Methods, Tools and Institutions*, Bd. 1: Mauro Cappelletti u. a. (Hg.), *A Political, Legal and Economic Overview*, Berlin 1986, S. 12.

daran, dass der Prozess der Vereinheitlichung hinter dem fortgeschrittenen Grad der Integration zurückbleibt. Dies ermöglicht es den Ländern, in ihrer Vielfalt vereint zu sein. Jedoch resultieren daraus strukturelle Probleme, erhebliche Unterschiede im Agieren in einer Reihe von Politikbereichen, unterschiedliche Perspektiven und Interessen, Konflikte und Konkurrenzdenken.

In einem sehr grundlegenden Sinne differenziert sich die europäische Integration, sobald auch nur ein Mitgliedstaat nicht vollständig in einem gemeinsamen Politikbereich mitwirkt. Je mehr Politikbereiche dies betrifft, desto stärker ist die EU vertikal differenziert; je mehr Mitgliedstaaten auf eine weitere Vertiefung verzichten, desto stärker ist sie horizontal differenziert.<sup>8</sup>

Die unterschiedlichen Integrationsgrade unter den Mitgliedstaaten sind seit Jahren eine Tatsache. Von Anfang wurde diesem Phänomen mit verschiedenen konzeptionellen Ansätzen zu begegnen versucht. Die meisten Konzepte wie „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“, „Europa *à la carte*“, „Variable Geometrie“, „Kerneuropa“ oder „Europa der konzentrischen Kreise“ beschreiben im Großen und Ganzen bestehende Formen der Differenzierung und betonen den politischen Aspekt der Flexibilität, wobei die positiven und negativen Akzente unterschiedlich verteilt werden. Die einen betonen, wenn auch mit unterschiedlichen Zeitperspektiven, die Notwendigkeit und Bedeutung der Verwirklichung der gemeinsamen Integrationsziele, die anderen legitimieren die Wahl zwischen verschiedenen Integrationsmodellen.

Es ist jedoch eine offene Frage, ob das Bekenntnis zur Einheit in der Vielfalt für jeden Integrationsbereich gelten sollte. Es scheint, dass das hehre Motto der Union in vielen Fällen im Widerspruch zu den Erfordernissen und Herausforderungen der Integration steht, z. B. bei der Währungsintegration, wofür es heutzutage zahlreiche Beispiele gibt (Verteidigungsfragen oder die Einhaltung der in Artikel 2 EUV postulierten Werte der Union einschließlich der Rechtsstaatlichkeit). In der EU ist ein starker Konflikt zwischen ökonomischen und marktliberalen Imperativen und der Regulierungsmacht der Politiker bei häufiger inhaltlicher Schwäche zu beobachten. In-

---

<sup>8</sup> Frank Schimmelfennig, u. a., *The European Union as a system of differentiated integration: interdependence, politicization and differentiation*, in: *Journal of European Public Policy* 22:6, 2015, S. 764-782.

folgedessen kann man von einem Konflikt zwischen dem rechtlichen und dem politischen Diskurs in der EU sprechen. Das Recht *an sich* war und ist eine gesellschaftliche Institution mit außergewöhnlichem Integrationspotenzial, das es dem Regelsystem des juristischen Diskurses verdankt, welches im Gegensatz zum politischen Diskurs leichte Übergänge von abstrakten Begriffen zur Situation konkreter Individuen ermöglicht und so dessen Schwächen aufzeigt.<sup>9</sup>

Eine verstärkte Zusammenarbeit dient einerseits einer dynamischeren Integration, andererseits widerspricht sie dem Solidaritätsgedanken. Das sind die Paradoxien der europäischen Integration. Es gibt die Auffassung, dass dieses Prinzip den Kulminationspunkt der Tendenz zur Differenzierung der Integrationsprozesse darstellt.<sup>10</sup> Die Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit ist mit den jüngsten EU-Erweiterungen und der damit einhergehenden stärkeren wirtschaftlichen und rechtlichen Ausdifferenzierung zwischen den EU-Mitgliedstaaten gewachsen. Negative Erfahrungen mit Initiativen zu einer verstärkten Zusammenarbeit außerhalb des EU-Rechtsrahmens waren der Grund für die Verankerung dieses Prinzips im Europäischen Vertragsrecht. Andererseits besteht die reale Gefahr seiner Instrumentalisierung und damit einhergehend einer inneren Fragmentierung der EU. Deshalb wurde die Aufnahme einer verstärkten Zusammenarbeit an zahlreiche Bedingungen geknüpft, die sie in ein recht starres Korsett zwängen. Die verstärkte Zusammenarbeit ist jedoch weiterhin eher Experiment als bewährtes Instrument der Zusammenarbeit von Staaten. Eine über die EU hinausreichende Manifestation ist die sogenannte Schengen-Methode.<sup>11</sup> Sie besteht darin, dass eine Gruppe von EU-Mitgliedstaaten integrationsrelevante Angelegenheiten, die teilweise in die Zuständigkeit der EU fallen, aber außerhalb des EU-Rechtsrahmens liegen, in Form von separaten völkerrechtlichen Verträgen regelt. Das bekannteste Beispiel ist das Schengener Abkommen von 1985, von dem sich die Bezeichnung Schengen-

<sup>9</sup> Jürgen Habermas, *Faktyczność i obowiązywanie. Teoria dyskursu wobec zagadnień prawa i demokratycznego państwa prawnego*, übers. v. Adam Romaniuk, Warszawa 2005, S. 92 ff.

<sup>10</sup> Monika Szwarc-Kuczer, *Komentarz do art. 326 TFUE*, in: Andrzej Wróbel (Hg.), *Komentarz. Traktat o funkcjonowaniu Unii Europejskiej*, Bd. III, Dagmara Kornobis-Romanowska/Justyna Łacny (Hg.), Warszawa 2012, S. 937.

<sup>11</sup> Jan Barcz, *Traktat z Lizbony. Wybrane aspekty prawne działań implementacyjnych*, Warszawa 2012, S. 41 ff.

Methode ableitet. Das Streben nach einer Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten außerhalb des EU-Rahmens ist jedoch eine Gefahr für den Zusammenhalt der EU. Es kann zu einer Zersplitterung der Union führen, auf jeden Fall aber zur Herausbildung eines „harten Kerns“. Bestenfalls führt es zum Ausschluss der EU-Institutionen und der übrigen (nicht der Gruppe angehörenden) Mitgliedstaaten aus dem Entscheidungsprozess.<sup>12</sup>

Am weitesten ausdifferenziert ist der Status der EU-Mitgliedstaaten innerhalb der Währungsunion, in der einige zur Eurozone gehören (Deutschland), während für andere Staaten eine vorübergehende (Polen) und einige wenige weitere eine dauerhafte (Schweden) Ausnahmeregelung gilt. Die unterschiedlichen Ansätze hinsichtlich der Rolle der gemeinsamen Währung und der Bekämpfung von Wirtschaftskrisen in der Eurozone, die von der Bereitschaft zu entschlossenem Handeln bis hin zu extremer Zurückhaltung reichen, sowie die beträchtlichen Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit der Euro-Länder vergrößern die Differenzierung noch zusätzlich.

Anfangs hielten viele die differenzierte Integration für eine vorübergehende Abkehr von der einheitlichen Integration, die andere Staaten dazu bewegen sollte, sich später anzuschließen. In der Tat gab es Fälle, in denen Mitgliedstaaten versuchten, sich den Vorreitern anzuschließen, darunter im Juni 2022 der Beitritt Dänemarks zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Reaktion auf Russlands Angriff auf die Ukraine, doch handelt es sich dabei um Ausnahmen. Die differenzierte Integration hat sich als ständiges Merkmal der sich entwickelnden institutionellen Architektur der EU erwiesen. Infolgedessen bleibt die Europäische Union systemisch heterogen, neben Partikularismus und Kollektivismus existiert eine starke Strömung von Universalismus und Individualismus, was die Paradoxien der Einigung in Vielfalt noch verstärkt.

---

<sup>12</sup> Jan Barcz, *Konsolidacja grupy euro: umocnienie efektywności Unii czy groźba jej fragmentacji? Aspekty prawne i instytucjonalne*, in: *Ruch Prawniczy, Ekonomiczny i Socjologiczny*, Nr. 2/2011, S. 19.

## **Die Identität der Staaten in der EU – der Kern der Einheit in der Vielfalt**

Die Union versteht sich als weltanschaulich neutraler Herrschaftsverbund, der die bestehende Vielfalt der Staaten unter Wahrung der Menschenrechte achtet. Gemäß Artikel 3 Absatz 3 Unterabsatz 4 EUV achtet die Union den Reichtum der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und trägt dafür Sorge, dass das kulturelle Erbe Europas bewahrt und gefördert wird. Die Verpflichtung der EU zur Achtung dieser Werte findet sich auch in Artikel 22 der Charta der Grundrechte und in der Präambel des EU-Vertrags. Diese Bestimmungen sind eine Antwort auf tatsächliche oder potenzielle Befürchtungen, der Integrationsprozess könne zu einer übermäßigen Vereinheitlichung der kulturellen Identitäten der Mitgliedstaaten führen.<sup>13</sup> Im Prinzip bedeutet diese pathetische Bestimmung, dass die Union in ihrem Handeln die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördern und die Maßnahmen der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Vermittlung von Kultur und Geschichte der europäischen Völker sowie des nichtkommerziellen Kulturaustausch oder des künstlerischen und literarischen Schaffens unterstützt und flankiert.<sup>14</sup>

Die Europäische Union ist multikulturell, was sich schon aus ihrer Zusammensetzung ergibt. Die Abschaffung der Binnengrenzen und die Schaffung des Binnenmarktes verstärken per se den Multikulturalismus, der grundsätzlich auf zweierlei Weise begriffen werden kann: deskriptiv und normativ. Im ersten Fall handelt es sich um die Feststellung der Tatsache der kulturellen Vielfalt sowohl in der Welt als auch innerhalb einzelner Staaten, aus der sich aber noch keine normativen Aussagen ergeben. Multikulturalismus kann eine normative Bedeutung erhalten, wenn er mit einer bestimmten Art von Politik oder einer bestimmten Richtung der politischen Philosophie identifiziert wird. Der Multikulturalismus ist ein Komplex von Phänomenen, die in der EU vorkommen. Sie umfassen Individuen, kulturelle Gruppen, Prozesse der Entwicklung

<sup>13</sup> Agnieszka Soltys, *Cele Unii Europejskiej*, in: Andrzej Wróbel (Hg., *System Prawa Unii Europejskiej*), Bd. I, Stanisław Biernat (Hg.), *Podstawy i źródła prawa Unii Europejskiej*, Warszawa 2020. S. 184.

<sup>14</sup> Agnieszka Grzelak, *Komentarz do art. 3 TUE*, in: Dagmara Kornobis-Romanowska/Robert Grzeszczak (Hg.) *Traktat o Unii Europejskiej – Komentarz*, Warszawa 2023, S. 107.

und Universalisierung dieser Gruppen oder Mechanismen der Gestaltung von territorialen, rassischen, ethnischen und auch religiösen Bindungen.<sup>15</sup>

Wichtig ist, dass mit dem Verweis auf das europäische Erbe im Vertrag nicht das nationale Erbe der Mitgliedstaaten oder ihrer Gesamtheit angesprochen wird. Der erwähnte Passus „nationalisiert“ das europäische Erbe nicht und gibt es nicht in die Hand etwa von zeitgenössischen populistischen Nationalismen. Im Gegenteil, er europäisiert die nationalen Traditionen, indem er das Gemeinsame in ihnen hervorhebt. Die von der Union geförderte Politik und das Narrativ der Vielfalt, die jeweils die Existenz verschiedener und eigenständiger Nationalkulturen in Europa betonen, können jedoch von den illiberalen Staaten Mittel- und Osteuropas für eine nationale Erinnerungspolitik instrumentalisiert werden. Zur europäischen Tradition gehören auch moralisch dezidiert negativ konnotierte Phänomene wie etwa der Antisemitismus, religiöse Intoleranz, die Ausgrenzung von Fremden oder die Diskriminierung von Frauen, die aber nicht die Quelle der liberalen europäischen Werte bilden.

### **Und was sagen die Menschen?**

Die europäische Integration war anfangs ein Projekt der Eliten, das durch pragmatische Erwägungen und Kompromisse von Politikern auf den Weg gebracht wurde. Sie war also von Anfang an ein politisches Projekt. Infolgedessen wurde die Integration, wie auch die Außenpolitik, in Regierungssalons konzipiert, abseits der Parlamente und der Öffentlichkeit. Auf diese Weise entwickelte die EU einen eigenen „modus operandi“ oder „code of action“, der bis heute praktiziert wird. Er basiert auf der Vermischung und Verknüpfung der Zuständigkeiten der Union und der Mitgliedstaaten (*Kompetenzverflechtung*) sowie auf einer geringen Entscheidungsautonomie der Ebenen des EU-Systems (Gemeinschaftsebene und Ebene der Nationalstaaten).<sup>16</sup> Ihr Handlungsmodell bestand vor allem in einer Politik der vollendeten Tatsachen, die öffentliche

<sup>15</sup> Wioletta Jedlecka, *Wielokulturowość w procesie integracji europejskiej*, in: *Przegląd Prawa i Administracji* LXXXVI, Wrocław 2011, S. 86-87.

<sup>16</sup> Franz Scharpf, *Optionen des Föderalismus in Föderalismus in Deutschland und Europa*, Frankfurt 1994, S. 14 ff.

Debatten obsolet machte. Jean Monnet vertrat ausdrücklich die Ansicht, solange die Menschen nicht bereit seien, die Integration zu unterstützen, solle man sie vorantreiben, ohne der Öffentlichkeit allzu viel davon zu erzählen.<sup>17</sup>

Da die Integration unbestreitbaren wirtschaftlichen Nutzen brachte, verwandelte sich ihre politische Motivierung mit der Zeit in eine wirtschaftliche. Die ersten beiden Jahrzehnte des Bestehens der Gemeinschaften (1945-1975) sind als Zeit des Wohlstands bekannt. Sie fielen mit einer Periode des globalen wirtschaftlichen Aufschwungs zusammen. In der Folge gelang es glänzend, das Projekt der politischen Eliten mit dem Nutzen für die Gesellschaften zu verbinden, während im Namen der Effizienz die Diskussion über den (un)demokratischen Charakter des Integrationsprojekts abgeschnitten wurde.<sup>18</sup>

Es ist eine offene Frage, ob sich in der Europäischen Union ein *demos* gebildet hat oder bilden wird, der die Integration unmittelbar legitimiert und ihren Umfang bestimmt. Viel Stoff zum Nachdenken bietet nicht nur der mit großer gesellschaftlicher Unterstützung vollzogene Bruch der Gemeinschaftsregeln in Polen und Ungarn, sondern auch der stürmische Verlauf der Diskussion um die EU-Reform im Jahr 2023.

## **Ein postmodernes Rechtsexperiment – in vollem Gange**

Die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen sowie ihnen nachfolgende Welt des Rechts haben sich in den letzten Jahrzehnten in beispielloser Weise verändert und in den sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Systemen immer komplexere Konstrukte und Institutionen hervorgebracht, seien sie national, regional oder international, supranational oder sogar postnational. Die Gründung der Europäischen Union ist Teil dieses Prozesses. Trotz der seither verstrichenen Zeit gilt weiterhin Jacques le Goffs Auffassung, Europa sei sowohl Vergangenheit als auch Zukunft, aber auch der Zweifel, ob dieses alte Europa den Anforderungen der modernen Welt

---

<sup>17</sup> Giorgio Ross, *Jacques Delors and European Integration*, London 1995, S. 194, Zitat von J. Monnet: „Since the people aren't ready to agree to integration, you have to get on without telling them too much about what is happening.“

<sup>18</sup> Giandomenico Majone, *Europe as the Would-be World Power*, Cambridge 2009, S. 43-45.

gerecht zu werden vermag. Ist sein reifes, wenn auch im Verhältnis zu den Nationalstaaten noch junges Alter eine Quelle der Stabilität oder eher der Schwäche? Wird sein Erbe ihm dabei helfen, sich in der Moderne zu behaupten?<sup>19</sup>

Neue Probleme verstellen die Weichen der alten Perspektiven, und – was vielleicht noch wichtiger ist – es eröffnen sich neue Perspektiven, die uns ermöglichen, verschiedene Handlungsoptionen zu erblicken.<sup>20</sup> Die Finanzkrise in der Eurozone und mehr noch der Verlauf der COVID-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben das Problem des Erhalts der Einheit der Europäischen Union und der Neubewertung der Rolle der Vielfalt im Integrationsprozess erneut auf die Tagesordnung rücken lassen.

Die genannten Krisen haben das grundlegende Problem bei der Umsetzung der europäischen Integration – das gegenseitige Misstrauen innerhalb der EU – noch verschärft und beschädigen das Gefühl einer europäischen Schicksalsgemeinschaft. Die visionären Theoretiker der europäischen Integration des letzten Jahrzehnts, das heißt Joseph Weiler, Jürgen Habermas, Fritz Scharpf und Giandomenico Majone, präsentieren Lösungen für Europa, die ihm Legitimität verschaffen könnten, zumal unter den Bedingungen von Vertrauensschwund und nationalem Populismus in den Mitgliedsstaaten (in Ungarn, Polen oder den Niederlanden). Wie die EU bei vielen Gelegenheiten erlebt hat, sind Krisen ein hervorragendes Sprungbrett, um Maßnahmen zu ergreifen, die unter anderen (ruhigeren) politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht beschlossen worden wären. Der neue Reformprozess scheint 2023 unter genau solchen Umständen eingeleitet worden zu sein.

Seit den Anfängen der Union wurden zahlreiche Maßnahmen zur Krisenbewältigung ergriffen. Man kann sie einteilen in solche, die

---

<sup>19</sup> Jacques Le Goff: „Europa ist Vergangenheit und Zukunft zugleich. Seinen Namen hat es vor zweieinhalb Jahrtausenden erhalten, und gleichwohl befindet es sich noch im Zustand des Entwurfs. Kann das alte Europa eine Antwort auf die Herausforderungen der modernen Welt geben? Ist sein Alter Ursprung für Stabilität oder Ursache für Schwäche? Befähigt es sein Erbe, sich in der Moderne zu behaupten?“ zitiert nach Joachim J. Hesse, *Institutioneller Wandel in Europa als Bestandssicherung und Konsolidierung*, in: Dieter Grimm u. a., *Zur Neuordnung der Europäischen Union. Die Regierungskonferenz 1996-97*, Baden-Baden 1997, S. 93.

<sup>20</sup> Jürgen Habermas/Wojciech Kaute (Hg.), *Demokracja, liberalizm, społeczeństwo obywatelskie. Doktryna i myśl polityczna*, Katowice 2004, S. 211.

auf eine möglichst schnelle Wirkung abzielten (Ad-hoc-Maßnahmen), und solche, die darauf angelegt waren, die EU gegen künftige Krisen abzusichern (langfristige Maßnahmen). Sie alle liefen auf den Versuch hinaus, die Wirtschaft zu beleben.<sup>21</sup> Doch in einer Situation, in der das Wesen des Integrationsprozesses bedroht ist, wird deutlich, dass Vielfalt oft zu sehr unterschiedlichen Lösungsansätzen führt. Die einen betonen die Notwendigkeit einer größeren Unabhängigkeit der EU-Mitgliedstaaten und wünschen sich eine stärkere Rolle des Nationalstaates bei der Bewältigung der Krise. Die anderen verweisen auf die Vorteile einer Bündelung der Anstrengungen und auf den Vorteil eines kollektiven, trotz allem von nationalen Partikularinteressen unabhängigen Agierens. Es scheint, dass in der Krise sowohl die Verfechter einer starken und möglicherweise vollständigen Integration als auch die Befürworter einer Rückkehr zu einem „Europa der Vaterländer“ ihre Positionen festigen und mit weiteren Argumenten untermauern. Keiner der beiden Seiten kann die Stichhaltigkeit ihrer Argumente abgesprochen werden.<sup>22</sup>

Im Endeffekt wird damit die Frage nach dem Endpunkt der Integrationsprozesse in Europa wieder virulent. Letztlich also die Frage, welches Ziel erreicht werden soll und mit welchen politischen, rechtlichen und ökonomischen Instrumenten dies am besten gelingen kann. Nach einem halben Jahrhundert des Bestehens der Union wissen wir jedoch mehr oder weniger, dass sich diese Frage nicht mehr an die Salons der politischen Elite, sondern an die Bürger richtet. Vielleicht ermöglicht gerade die reale Bedrohung ihrer Existenz ein breites Nachdenken und eine echte Demokratisierung der Strukturen der Europäischen Union. In der Geschichte der europäischen Integration hat sich oft gezeigt, dass etwas, was für die politische Elite nur ein Mittel zur Realisierung weiterreichender und kühnerer Veränderungen war, für die Gesellschaften das Maximum des Akzeptierbaren darstellte.<sup>23</sup>

---

<sup>21</sup> Niamh Moloney, *EU Financial Market Regulation after the Global Financial Crisis: "More Europe" or More Risks?*, in: *Common Market Law Review* 2010, S. 1317 ff.

<sup>22</sup> Robert Grzeszczak, *Global Role of Europe and Common Foreign and Security Policy – from words to reality*, the Natolin European Centre, Warsaw 2013, S. 102.

<sup>23</sup> Robert Grzeszczak, *Legitymizacja demokratyczna Unii Europejskiej. Ewolucja procesu legislacyjnego i rola parlamentów narodowych*, in: Jerzy Kranz (Hg.), *Suwerenność i ponadnarodowość a integracja europejska*, Warszawa 2006, S. 20.

---

**Abstract**

The European Union is a complex, compartmentalised and multi-faceted organisation, albeit an integrative one. It attempts to unite 27 different economic, political, cultural, social and legal traditions. The Union reflects the diversity of legal and political modernity forms, but does not break with the paradigm of the modern state with its independent constitutional structure. The European Union has become a halfway between a supranational organisation and a federation. Like in a laboratory, it generates bold and new, specific and unique solutions, not all of which, however, might lead to the expected success.

Katarzyna Woniak

ORCID: 0000-0002-0529-7822

DOI: 10.24425/historie.2025.154856

## 22. Juni 1941 – ein Anlass zur Freude? Emotionen in Polen unter deutscher Besatzung

**Keywords:** World War II, German occupation, collective emotions, hope, diaries

Der 22. Juni 1941, bekannt als „Unternehmen Barbarossa“, war zweifellos eine bedeutsame Zäsur im Zweiten Weltkrieg, da er den Übergang zum Vernichtungskrieg darstellte. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion zielte auf die Zerstörung des „jüdischen Bolschewismus“ und die Eroberung von „Lebensraum“ im Osten Europas ab. Zwar verkaufte ihn die NS-Führung der eigenen Bevölkerung als reinen „Präventionsschlag“, doch war er schon seit Sommer 1940 gründlich vorbereitet worden. Dieses mittlerweile gut erforschte, verbrecherische Vorhaben stellte auch einen Wendepunkt für das bereits seit 1939 deutsch besetzte Polen dar. Das zeigen die Emotionen, die polnische und jüdische Tagebuchautoren<sup>1</sup> festhielten. Beide Bevölkerungsgruppen wurden bereits seit Kriegsausbruch am 1. September 1939 von der deutschen Besatzungsmacht verfolgt und hofften unaufhörlich auf die deutsche Niederlage, die ihrer Überzeugung nach das Ende des Krieges herbeiführen würde. Es ist davon auszugehen, dass diese Hoffnung am 22. Juni 1941 neuen Aufwind erhielt. Den Krieg zwischen den deutschen und sowjetischen Besatzungsmächten fassten viele Einwohner Polens unter dem Sprichwort auf: „Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte“. War der deutsche Überfall auf die Sowjetunion für Polen tatsächlich ein Grund zur Freude?

Die Stimmungen und Emotionen einer Gruppe, der Bevölkerung, gar einer ganzen Nation sind in der Rückschau nicht einfach zu erfassen; so tun sich bereits Zeitgenossen schwer damit. Man denke

---

<sup>1</sup> Auf Wunsch der Autorin wird in diesem Text das generische Maskulinum für die Bezeichnung aller Geschlechter verwendet. (Anm. der Red.). Der Aufsatz entstand im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekts „Emotionen unter extremen Bedingungen. Gefühlswelten in Polen unter deutscher Besatzung, 1939–1945“ (Projektnummer: 448792852, Projektlaufzeit 2020–2026: 50 %).

nur an Victor Klemperer, der über Jahre hinweg der *vox populi* nachspürte und letztendlich doch unschlüssig blieb. Streng genommen sind historische Emotionen vor allem als sprachliche Repräsentationen greifbar und lassen sich in dieser Form etwa in Egodokumenten (Tagebücher, Briefe usw.) finden. Jedoch gilt dabei stets zu beachten, dass allein ein Nachdenken über die eigenen Gefühle diese verändern kann; sie auf Papier zu bringen erst recht. Ist der Versuch, feststellen zu wollen, welche emotionale Perzeption und zu welchem Zeitpunkt sie die damaligen Protagonisten aufwies, folglich nicht methodisch vage? Die Emotionsgeschichte verfügt über einige Modelle, mit denen individuelle und kollektive Empfindungen untersucht und beschrieben werden können; so etwa legt das Konzept der „emotionalen Gemeinschaften“ (Barbara Rosenwein) ähnliche Bewertungen von Emotionen und Situationen durch Mitglieder bestimmter Kollektive zugrunde: Stehen hinter jeder dieser Bewertungen vergleichbare Ziele und Überzeugungen, so kann von einer *emotional community* gesprochen werden. Neben der üblichen Quellenkritik bedeutet die hermeneutische Analyse von Selbstzeugnissen daher eine Auseinandersetzung mit individuellen Ausdrucksfähigkeiten und situativ beschriebenen Gefühlszuständen.

## Enttäuschung und Hoffnung

Am Anfang stand eine Reihe von Enttäuschungen. Der polnische, als heldenhaft bezeichnete Verteidigungskampf im September 1939 war zum Scheitern verurteilt, denn die deutsche Kriegsmaschinerie war ihm weit überlegen. Die meisten Einwohner der Zweiten Polnischen Republik waren sich dessen sicherlich nicht bewusst. Zwar waren die deutsch-polnischen Beziehungen bereits im Frühjahr 1939 angespannt gewesen, aber die polnischen Staatseliten versicherten, dass die Armee stark und kampfbereit sei. Als am 1. September Flugzeuge am Himmel auftauchten, dachten viele Menschen, dass es sich um Truppenübungen der eigenen Luftstreitkräfte handelte. Schnell wurde diese optimistische Verwirrung von Panik und Furcht abgelöst. Am dritten Tag nach dem deutschen Einfall in Polen folgte eine vorübergehende Erleichterung; eine kurze Verschnaufpause, für die Frankreich und Großbritannien mit ihren jeweiligen Kriegserklärungen gesorgt hatten, was in Polen die Zuversicht stärkte. Die Menschen freuten sich über ihre Beschützer aus der Ferne; eine „grenzenlose Freude“, wie der jüdische Lehrer Chaim K. in seinem Tagebuch festhielt. In dem ganzen

Kriegsgewirr fanden die Menschen sogar die Zeit, die Hauptstadt mit symbolischen Fahnen zu schmücken.<sup>2</sup>

Auf die ausbleibende Kriegsbeteiligung Frankreichs und Großbritanniens folgte wiederum eine sich rasant ausbreitende Enttäuschung, während der anfängliche Optimismus und der Glaube an eine starke polnische Armee schwanden. Der 69-jährige Stanisław K. vermerkte in seinem Tagebuch eine Demütigung, als die polnischen Luftstreitkräfte wiederholt keinen namenhaften Widerstand leisteten.<sup>3</sup> Zur weiteren Verbitterung der Bevölkerung trug die Evakuierung der polnischen Regierung nach Rumänien bei. Mehrere Tagebucheinträge von Andrzej Z., einem Warschauer Journalisten, offenbaren, dass er sich für seine Regierung schlichtweg schämte: „Schande, Schande und nochmals Schande,“ hielt er am 18. September fest<sup>4</sup> – einen Tag, nachdem die sowjetischen Streitkräfte in Polen einmarschiert waren. Zwar war dieser Schritt bereits im geheimen Zusatzabkommen zum Hitler-Stalin-Pakt am 23. August 1939 beschlossen worden, doch hinderte dies die Sowjetunion nicht daran, ihn als Reaktion auf die Flucht der polnischen Regierung darzustellen, womit sich die Notwendigkeit zum Schutz der ukrainischen und belarusischen Bevölkerung ergeben habe. Die darauffolgende Kapitulation Warschaus führte zu erheblichem Frust seitens der polnischen Bevölkerung. Den Zivilisten in den von deutschen Truppen eroberten Gebieten blieb die Hoffnung auf eine deutsche Kriegsniederlage und damit eine Strategie des Ausharrens; schließlich hatten sie hypothetisch noch Großbritannien und Frankreich an ihrer Seite. Doch an der Westfront entfaltete sich lediglich ein Sitzkrieg, indem die vermeintlichen Verbündeten militärisch passiv blieben und vorerst auf eine Offensive gegen Deutschland verzichteten.

Im deutsch besetzten Polen hatte man für das Front- und Kriegsgeschehen ein offenes Ohr, auch wenn sich die Besatzungsmacht mühte, den Informationssektor bestmöglich zu kontrollieren. Unmittelbar nach der Einführung der zivilen Besatzungsverwaltung requirierten die Deutschen alle privaten Rundfunkgeräte. Für man-

<sup>2</sup> *Buch der Agonie. Das Warschauer Tagebuch des Chaim A. Kaplan*, Frankfurt am Main 1967, S. 26, 03.09.1939.

<sup>3</sup> Nationale Bibliothek Warschau (Biblioteka Narodowa), BN Rps akc. 18273, Tagebuch von Stanisław K., S. 294, 21.09.1939.

<sup>4</sup> Staatsarchiv Warschau (Archiwum Państwowe w Warszawie), 205/479, Tagebuch von Andrzej Z., S. 53, 18.09.1939.

che Menschen war dies ein harter Schlag. Leonarda L. aus Pabianice fühlte sich niedergeschlagen, als sie am 13. Oktober 1939 ihr Radio zur Sammelstelle brachte. Sie notierte in ihrem Tagebuch: „Ich habe es mit so einem Gefühl abgegeben, als ob ich jemanden Lebendigen und Liebenswürdigen in Gefangenschaft gebracht hätte.“<sup>5</sup> Auch die unabhängige Presse wurde verboten. Es gab zwar weiterhin polnischsprachige Tageszeitungen, doch standen diese unter deutscher Kontrolle und dienten der Propaganda. Die Lektüre dieser „Lappen“, wie man sie umgangssprachlich nannte, verursachte bei manchen Lesern Wutanfälle – so verlogen war ihr Inhalt. Die Suche nach Informationen, die nicht der Zensur unterlagen, begünstigte Klatsch und Gerüchte, die zu nahezu jedem Thema in Umlauf gebracht wurden. Sie weckten Emotionen: Manchmal erfreuten sie die Informationshungrigen, viel häufiger aber enttäuschten sie sie. Besonders interessiert verfolgte die Bevölkerung das Kriegsgeschehen, stets in der Hoffnung auf deutsche Niederlagen. Die deutschen Überfälle auf Dänemark, Norwegen und die Beneluxstaaten im Frühjahr 1940 beobachteten viele noch mit Unbehagen. Als Hitler aber die Wehrmacht in Frankreich einmarschieren ließ, erwarteten viele Menschen den Sieg der französischen Verbündeten und sahen die deutsche Herrschaft schon gebrochen. Umso schwerer fiel es dann, die französische Kapitulation zu verkraften. Die 15-jährige Waclawa D. schrieb: „Wie schrecklich ist das; ist das denn überhaupt möglich? Vermutlich werde ich das niemals glauben, dass der Verletzer der Menschenrechte als Sieger hervortreten sollte.“<sup>6</sup> Andere Zeitgenossen kommentierten diesen Akt als „Schlag ins Gesicht“, als „Fall der Festung Europas“ oder fühlten sich „wie vor den Kopf gestoßen“. Religiös gesinnten Menschen blieb die Hoffnung auf Gott: Er würde das Böse bekämpfen und der polnischen Nation historische Gerechtigkeit bringen.

Manche wie Andrzej G. wollten die Hoffnung auf eine deutsche Niederlage nicht aufgeben. Er betonte, der Krieg sei noch nicht beendet; es gebe noch die Sowjetunion. Im Juni 1940 tröstete er sich damit, dass die „deutsch-sowjetischen Beziehungen auf Messers Schneide stehen“.<sup>7</sup> Man müsse sich gedulden, denn man sei ohne

<sup>5</sup> Archiv der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Archiwum Polskiej Akademii Nauk, weiter: APAN), III-423, 302/768/0, Tagebuch von Leonarda L., S. 20, 13.10.1939.

<sup>6</sup> Waclawa Drymel, *Mój pamiętnik 1939-1945*, Zielonka 2006, S. 28, 18.06.1940.

<sup>7</sup> Staatsarchiv Przemyśl (Archiwum Państwowe w Przemyślu, weiter: SP), 56/891/0/4/32, Tagebuch von Andrzej G., S. 217, 27.06.1940.

hin dem Schicksal überlassen. Dieses Abwarten erwies sich jedoch als schwieriger als gedacht, zumal die Menschen ständig in Hoffnung lebten, sich an möglichst positiven Gedanken festhielten und sich vor erneuter Enttäuschung fürchteten. „Ich bin überzeugt, dass der Moment der Freiheit und Unabhängigkeit doch noch kommen wird,“<sup>8</sup> so der suspendierte Lehrer Andrzej G. Etwas Mut machte 1940 die erfolgreiche Abwehr der deutschen Luftangriffe durch Großbritannien. Doch die Besetzung Rumäniens durch die Wehrmacht im Oktober desselben Jahres sowie der schnelle Sieg Deutschlands auf dem Balkan im April und Mai 1941 brachten neue Ernüchterung für die Menschen in Polen.

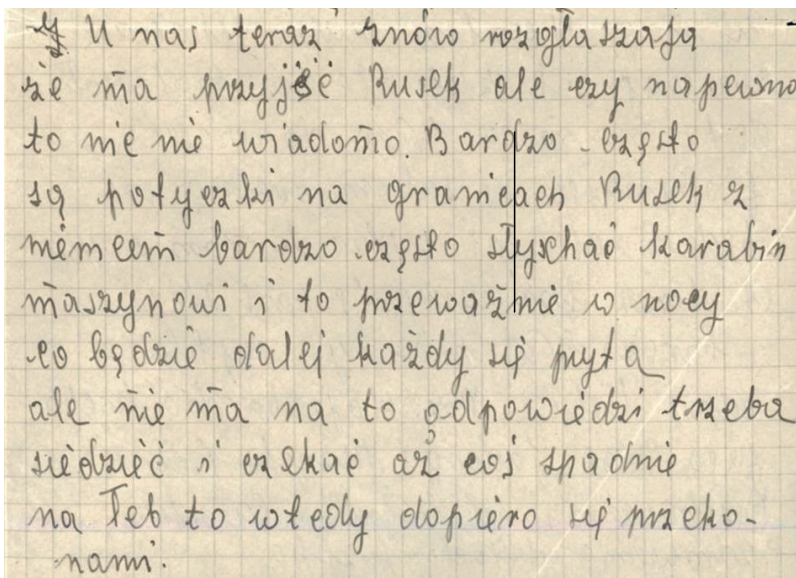
### **Vor dem Angriff auf die Sowjetunion**

Mochte die deutsche Bevölkerung vom Überfall auf die Sowjetunion überrascht sein,<sup>9</sup> so waren es die Bürger im deutsch besetzten Polen keinesfalls. Von Beginn an glaubten sie nicht, dass das deutsch-sowjetische Bündnis vom August 1939 lange währen würde. Schließlich kannten sie die imperialen Ansprüche beider Länder aus eigener historischer Erfahrung, und nichts sprach dafür, dass die nationalsozialistische oder die bolschewistische Diktatur diese Ansprüche aufgegeben hätte. Insbesondere die Einwohner des östlichen Generalgouvernements betrachteten die sowjetische Besatzungsmacht hinter den Grenzflüssen San und Bug mit Misstrauen. Manche nahmen an, dass die beobachtete Umgruppierung der Wehrmacht an dieser Grenze der künftigen Gegenwehr dienen sollte. Es waren auch Gerüchte im Umlauf, dass die Sowjetunion weitere polnische Gebiete besetzen werde. Jadwiga M. aus dem Städtchen Ostrołęka (Regierungsbezirk Zichenau/Ciechanów), das keine 15 km von der neuen deutsch-sowjetischen Grenze entfernt lag, untermauerte diese Gerüchte im Juni 1940 in einem Brief an ihren Mann und Sohn, die in Ostpreußen Zwangsarbeit leisteten. Vor allem nachts gäbe es keine Waffenruhe und man höre Maschinengewehre von beiden Seiten. Die 44-jährige Polin wollte die militärische Lage erst abwarten, sich nicht allzu sehr aufregen, da man ohnehin keinen Einfluss auf die politischen Abläufe habe. Da ihr Brief aufgrund von Spionageverdacht von der Gestapo ab-

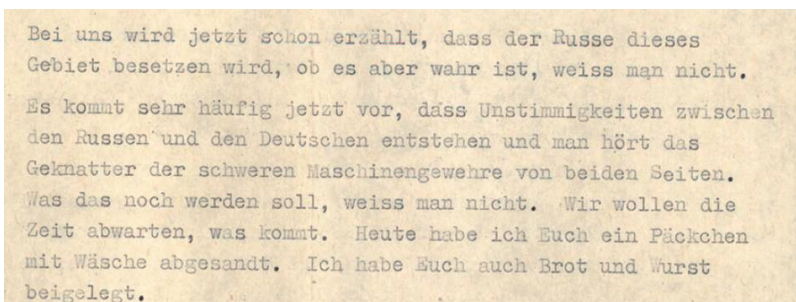
<sup>8</sup> SP, S. 224, 27.07.1940.

<sup>9</sup> Wolfram Wette, *Kreuzzug gegen den Bolschewismus. Die NS-Propaganda zur Rechtfertigung des Überfalls und deren Fortwirkung im Kalten Krieg*, in: *Zeitschrift für die Geschichtswissenschaft* 69/2021, S. 534-540.

gefangen wurde, musste Jadwiga sich für die Verbreitung von „Gräuelnachrichten“ und „unwahren Gerüchten“ polizeilich verantworten und schließlich eine dreiwöchige Verwarnungshaft erdulden.<sup>10</sup>



U nas teraz znów rozglaszają  
że ma przyjechać Rusek ale czy napewno  
to nie nie wiadomo. Bardzo - bardzo  
się potyczki na granicach Rusek z  
nimem bardzo - bardzo słychać karabin  
maszynowy i to przeważnie w noc  
co będzie dalej każdy się pyta  
ale nie ma na to odpowiedzi trzeba  
sięgnąć i zobaczyć czy coś spadnie  
na Teb to wtedy dopiero się przecho-  
namy.



Bei uns wird jetzt schon erzählt, dass der Russe dieses Gebiet besetzen wird, ob es aber wahr ist, weiss man nicht. Es kommt sehr häufig jetzt vor, dass Unstimmigkeiten zwischen den Russen und den Deutschen entstehen und man hört das Geknatter der schweren Maschinengewehre von beiden Seiten. Was das noch werden soll, weiss man nicht. Wir wollen die Zeit abwarten, was kommt. Heute habe ich Euch ein Päckchen mit Wäsche abgesandt. Ich habe Euch auch Brot und Wurst beigelegt.

Abb. 1a, b: Auszug aus einem Brief von Jadwiga M. vom 25. Juni 1940, im Original auf Polnisch und in deutscher, im Auftrag der Gestapo angefertigter amtlicher Übersetzung (Sign. IPN GK 629/3549).

Viele Einwohner Polens rechneten schon sehr früh mit einem deutschen Überfall auf die Sowjetunion. Andrzej G. fiel im Juli 1940 auf, dass in Rzeszów ein Wehrmachtsstab eingerichtet wurde und Zivilisten zu einigen Stadtteilen keinen Zutritt mehr hatten.<sup>11</sup> Zur gleichen Zeit notierte Amelia Ł. aus der Umgebung von Hrubieszów,

<sup>10</sup> Personalakte von Jadwiga M., in: Archiv des Instituts für Nationales Gedenken in Warschau (Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej, weiter: IPN), Sign. IPN GK 629/3549 (Bestand: Gestapo Zichenau).

<sup>11</sup> SP, Tagebuch von Andrzej G., S. 222, 13.07.1940.

dass erneut Gerüchte von einer deutschen Offensive Richtung Osten im Umlauf seien.<sup>12</sup> Für einen anderen Zeitgenossen wurden die Ereignisse ein halbes Jahr später sehr konkret. Der im Warschauer Umland lebende Stanisław S. schrieb am 21. Dezember 1940 von andauernden Truppenübungen der Wehrmacht. „Selbst in der Nacht sind die Wälder voller deutschen Truppen. Sie streichen dem Vernehmen nach ihre Militärfahrzeuge weiß, was auf offensive Pläne gegen Russland deuten würde.“<sup>13</sup>

Diese aufmerksamen Berichte geben zweifellos Aufschluss über die mit Spannung erwartete militärische Wende. Den unter deutscher Besatzung lebenden Menschen waren auch die massenhaften Truppentransporte ins östliche Generalgouvernement im Frühjahr 1941 nicht entgangen. Nahezu jedes Tagebuch enthält dazu eine persönliche Notiz. Die emotionale Wahrnehmung des bevorstehenden Krieges war allerdings nicht bei allen gleich. Manche zeigten sich unruhig, andere erfreut. Eine junge Witwe schrieb am 5. April 1941 in ihr Tagebuch, dass sie sich sehr fürchte und ahne, „der Krieg mit Russland hängt an einem Haar“. Die angespannte Stimmung erinnerte Helena M. an die ersten Kriegstage im September 1939; sie sorgte sich damals wie heute vor allem um ihren kleinen Sohn, weshalb sie gerne wüsste, ob sie diese neue militärische Auseinandersetzung durchstehen würden. Diese Ungewissheit erschöpfe sie mental. Mehrfach erwähnte sie in ihren Tagebucheinträgen ihre schwachen Nerven, woraus sich schließen lässt, dass das angespannte deutsch-sowjetische Verhältnis Unbehagen bei ihr auslöste.<sup>14</sup> Eine andere Polin sorgte sich ebenfalls: Als die Wehrmacht im April 1941 einige Schulgebäude und Krankenhäuser in Warschau in Beschlag nahm, wuchs bei ihr die Angst vor dem Angriff auf „Bolszewia“ (umgangssprachlich: Sowjetunion).<sup>15</sup>

Andere wiederum konnten es kaum noch erwarten, die beiden Feinde Polens endlich gegeneinander Krieg führen zu sehen. Für die zu Beginn dieses Textes erwähnte Leonarda L. aus den angegliederten Gebieten konnte der Albtraum der deutschen Besatzung nicht schnell genug enden – und sie ärgerte sich, dass „dieses

<sup>12</sup> Bibliothek Kórnik (Biblioteka Kórnicka, weiter: BK), 11265/4, Bd. 6, Tagebuch von Amelia Ł., S. 158, 12.07.1940.

<sup>13</sup> APAN, 302/145/0, Tagebuch von Stanisław S., S. 126, 21.12.1940.

<sup>14</sup> Archiv KARTA-Zentrum in Warschau (Archiwum Fundacji Ośrodk KARTA, weiter: AKZ), AO II/8, Tagebuch von Helena M., S. 4, 05.04.1941.

<sup>15</sup> AKZ, AW II/3611, Tagebuch von Maria K., (ohne Paginierung), 08.04.1941.

deutsch-sowjetische Schweigen zu lange dauert“.<sup>16</sup> Ein anderer Zeitzeuge zeigte sich im Vorfeld des Angriffs regelrecht erfreut. Der deutsch-sowjetische Krieg bringe neue und bessere Perspektiven, die ihm lieber seien als die „Grabplatte“, womit er den aussichtslosen Besatzungsalltag meinte. „Ich habe Angst vor Hunger, Bombardierungen, aber die Chance auf eine Änderung der Lage überwiegt diese Angst,“ so der 49-Jährige aus dem Krakauer Umland im April 1941.<sup>17</sup>

Es scheint, dass die meisten ethnischen Polen – ob im Generalgouvernement oder im Warthegau – nach anderthalb Jahren deutscher Herrschaft erschöpft waren und sich insgesamt einen politischen Wandel wünschten. Natürlich waren sie sich der Tatsache bewusst, dass mit neuen Kampfhandlungen die typischen Kriegerscheinungen wieder auftreten und sie im Falle einer deutschen Niederlage unter sowjetische Herrschaft geraten würden, aber zumindest „wird sich was tun“. Denn nichts sei schlimmer als das ständige Warten, notierte ein anderer Pole in seinem Tagebuch.<sup>18</sup>

### „Na endlich!“

Unmittelbar vor dem 22. Juni wunderten sich manche Bürger über die sprichwörtliche Ruhe vor dem Sturm. Selbst die Truppenbewegungen hätten nachgelassen.<sup>19</sup> Der Angriff überraschte sie nicht. Die Wortwahl in Bezug auf den deutschen Überfall auf die Sowjetunion war übereinstimmend und deutete auf die lang erwartete Eskalation hin. „Na endlich!“, „Das Geschwür ist geplatzt“, „Es ist geschehen“ – so reagierten viele polnische Tagebuchautoren im deutsch besetzten Polen auf das Ereignis. Für die Bestätigung des Überfalls brauchten sie keinerlei Zeitungsartikel oder eine Bekanntgabe über die im Volksmund als Schreihals (*szczekaczka*) bekannten Straßenmegafone. Die Detonationen und das Dröhnen der Flugzeugmotoren konnten nicht überhört werden. Erinnerungen an die Kämpfe vom September 1939 wurden laut, zumal die Menschen wieder stundenlang in Luftschutzräumen ausharren mussten. Dennoch war es für viele ein Tag der Freude. In der oberschle-

<sup>16</sup> APAN, Tagebuch von Leonarda L., S. 67, 24.05.1941.

<sup>17</sup> Bronisław Mamoń (Hg.), *Koniński Karol Ludwik, Uwagi. 1940-1942*, Poznań 1987, S. 117, 30.04.1941.

<sup>18</sup> Stanisław Rembek, *Dziennik okupacyjny*, Warszawa 2000, S. 203, 23.06.1941.

<sup>19</sup> SP, Tagebuch von Andrzej G., H. 2, S. 11, 20.06.1941.

sischen Stadt Wisła notierte eine polnische Hebamme: „Ein wunderschöner Moment, seit Monaten ungeduldig erwartet.“ Ihr Enthusiasmus beruhte auf ihrer Überzeugung von der schnellen Niederlage der Deutschen.<sup>20</sup>

Diese Meinung teilten viele polnische Zeitgenossen. Ein ins Generalgouvernement Vertriebener aus Posen sah darin den „vorletzten Akt vor der Morgenröte“, so dass er von diesem Tag an optimistischer in die Zukunft seines Vaterlandes blickte.<sup>21</sup> Auch andere Polen wussten, dass dieser deutsch-sowjetische Krieg für die Wiedererlangung der polnischen Unabhängigkeit eine große Chance darstellte, auch wenn zunächst eine schwierige Zeit anbreche. „Hunger, Luftalarme, Bombardierungen – aber für die allgemeine Situation ist das eine erhebliche Besserung und für die polnische Frage – Hoffnung“, notierte in Krakau Edward K.<sup>22</sup> Außerdem lag bei vielen Tagebuchautoren auf der Hand, dass dieser östliche Konflikt den deutschen, militärischen Druck auf England schwächen würde. Geopolitisch betrachtet sollten die westlichen Alliierten durch die deutsch-sowjetische Ablenkung genug Zeit bekommen, sich zu stärken und Polen im Endeffekt zu befreien.

Als erstes aber galt es, die typischen Kriegerscheinungen wie Bombardierungen, Fensterverdunklung oder Lebensmittelknappheit moderat durchzustehen. So machte sich die bereits erwähnte Tagebuchautorin, Helena M., große Sorgen um ihren kleinen Sohn, als sie schrieb, dass dieser Krieg im Allgemeinen gut sei, aber für jeden Einzelnen schrecklich.<sup>23</sup> Die Menschen in Polen waren sich im Klaren darüber, dass die ersten deutsch-sowjetischen Kampfhandlungen auf eigentlich polnischem Territorium ausgetragen wurden. „Unsere Häuser hören nicht auf zu brennen [...], aber es schlagen sich unsere Feinde,“ so fasste ein Pole aus Częstochowa diesen Zwiespalt in Worte.<sup>24</sup> Auch empfanden viele Tagebuchschreibende eine gewisse Schadenfreude. Dem Krakauer Biologen Odo B. fiel z. B. auf, dass die deutschen Soldaten nicht mehr so „schallend und

<sup>20</sup> Schlesische Bibliothek (Biblioteka Śląska w Katowicach), R 960 II, Tagebuch von Natalia G., S. 44, 22.06.1941.

<sup>21</sup> Karol Kandziora, *Pamiętnik z wygnania*, Poznań 2007, S. 183, 24.06.1941.

<sup>22</sup> Edward Kubalski, *Niemcy w Krakowie. 1 IX 1939 – 18 I 1945 dziennik*, Kraków 2010, S. 139.

<sup>23</sup> AKZ, Tagebuch von Helena M., S. 6, 24.06.1941.

<sup>24</sup> Franciszek Czekański, *Pamiętnik z lat okupacji hitlerowskiej: Częstochowa 1939-1945*, Warszawa 2006, S. 90, 25.06.1941.

fröhlich“ unter seinem Fenster entlangmarschierten.<sup>25</sup> Diese Freude hatte auch eine pragmatische Dimension; so wünschte der Pfarrer Roman P. den deutschen Soldaten sarkastisch eine „gute Reise“. „Geht, geht, so weit wie möglich“: in Russland gäbe es genug Platz zum Verweilen. Hinter diesen Bemerkungen verbarg sich die Hoffnung, dass die Präsenz der Deutschen in Polen mit der neuen militärischen Konfrontation abnehmen und damit auch der Terror nachlassen würde.<sup>26</sup>

### Der Rettungsanker?

Auch Juden dürften am 22. Juni 1941 Freude empfunden haben, womöglich mehr noch als ihre christlichen Landsleute. Allein die seit Sommer 1940 kursierenden Gerüchte über einen deutsch-sowjetischen Krieg munterten viele der unter deutscher Besatzung lebenden Juden auf. Die 16-Jährige Irena G. aus dem Krakauer Umland erwähnte in ihrem Tagebuch mehrmals das Gerede von einem „neuen Krieg“, ohne ihm aber lange Glauben schenken zu wollen. Erst Anfang Juni 1941 blickte sie etwas optimistischer in die Zukunft und notierte: „Es scheint, dass es diesmal doch zum Krieg gegen Russland kommt. Und er wird bestimmt bald unsere Qualen beenden.“ Zu diesem Zeitpunkt lebte das Mädchen mit seinen Eltern in Niepołomice und hatte der Ghettoisierung bisher erfolgreich entkommen können. Nichtsdestoweniger fürchtete es sich unablässig vor der möglichen Deportation, die schon früher viele von seinen engsten Freunden und Bekannten getroffen hatte. Von den neuen Kampfhandlungen erhoffte sich Irena zumindest das Ende der Aussiedlungen.<sup>27</sup> Eine gleichaltrige Leidensgenossin befand sich am 22. Juni 1941 im Krakauer Ghetto und sah im deutschen Überfall auf die Sowjetunion einen wahren Rettungsanker: „[Dadurch] geht der Krieg schneller zu Ende und das ist unsere einzige Rettung.“<sup>28</sup> Auch die 17-jährige Miriam Ch. aus dem Ghetto in

<sup>25</sup> Odo Bujwid, *Osamotnienie: pamiętniki z lat 1932-1942*, Kraków 1990, S. 342, 25.06.1941.

<sup>26</sup> Szczepan Kozak (Hg.), „Kronika“ ks. Romana Penca proboszcza w Przeworsku (lata 1939-1944), Przeworsk 2018, S. 86, 22.06.1941.

<sup>27</sup> Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau (Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego w Warszawie), 302/270, Tagebuch von Irena G., S. 101, 06.06.1941.

<sup>28</sup> Halina Nelken, *Freiheit will ich noch erleben: Krakauer Tagebuch*, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 139, 22.06.1941.

Radomsko freute sich über den Krieg, den sich ihre jüdische Gemeinschaft so sehr herbeigewünscht habe.<sup>29</sup>

Diese äußerst positive Wahrnehmung des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion entsprang der schweren Lage der jüdischen Bevölkerung. Seit September 1939 wurden die Juden von der deutschen Besatzungsmacht diffamiert, enteignet, verfolgt, misshandelt und ermordet. Mit der Einrichtung der Ghettos in den Groß- und Kleinstädten verloren sie ihre ohnehin schon stark eingeschränkte Freiheit. „Wie Tiere im Käfig“ seien sie zum Verhungern bestimmt, empörte sich die Polin Amelia Ł. über die deutsche Idee eines Ghettos in Warschau.<sup>30</sup> Es wundert daher nicht, dass die jüdische Bevölkerung ihre Überlebenshoffnungen mit dem Krieg gegen die Sowjetunion verknüpfte. Zugleich erwartete sie mit dem Einsetzen des Zweifrontenkriegs ein Nachlassen des Verfolgungsdrucks und eine Ablenkung für die deutsche Besatzungsmacht. Beide Hoffnungen mündeten in einer schmerzlichen Enttäuschung. Schnell zeigte sich, dass das „Unternehmen Barbarossa“ keine Besserung brachte, sondern stattdessen eine zunehmende Radikalisierung der Ostoffensive und die nahezu vollständige Vernichtung der Juden nach sich zog. Für die NS-Führung bestand ein Ziel dieses Krieges schließlich in der Vernichtung der „jüdisch-bolschewistischen Machthaberschaft“ in Moskau.<sup>31</sup>

## Gerechtigkeit der Geschichte

Die Vorfreude über das Scheitern des ideologisch so gegensätzlichen deutsch-sowjetischen Bündnisses beruhte auf der Überzeugung von einer schnellen Niederlage der Wehrmacht. Halina N. aus dem Krakauer Ghetto zog eine Analogie zu früheren Niederlagen europäischer Armeen: „Niemand hat Russland je besiegt, nicht einmal Napoleon, und so werden sie vielleicht am Ende ihr Fett abbekommen.“<sup>32</sup>

Bereits beim deutschen Überfall auf Polen gaben die meisten Bürger der Hoffnung Ausdruck, dass Deutschland über kurz oder lang

<sup>29</sup> Feliks Tych, *Pamiętnik Miriam Chaszczewackiej*, in: *Zagłada Żydów. Studia i Materiały* 9/2013, S. 427-469, hier S. 445, 10.07.1941.

<sup>30</sup> BK, Tagebuch von Amelia Ł., S. 195, 08.12.1940.

<sup>31</sup> Wette, *Kreuzzug*, S. 535.

<sup>32</sup> Nelken, *Freiheit*, S. 139, 22.06.1941.

den Krieg verlieren werde, da alles andere undenkbar schien: „Gerechtigkeit und Ehre müssen doch siegen,“ schrie Maria K. am 2. September 1939 empört zum Himmel.<sup>33</sup> „Wo ist die Nemesis? Kann das Böse unbestraft davonkommen?“<sup>34</sup>, fragte die oben erwähnte Helena M. Unzählige Tagebucheinträge aus dem deutsch besetzten Polen beinhalten diese Hoffnung auf eine Gerechtigkeit der Geschichte. Deutschland habe der Menschheit zu viel Leid zugefügt und müsse deshalb unterliegen. Eine ältere Polin aus dem südöstlichen Generalgouvernement war sich sicher, dass auch die Gerechtigkeit Gottes „die hochmütigen Deutschen, die von sich meinen, sie seien Herrenmenschen, Halbgötter“, einholen werde. „Zwar mahlen die göttlichen Mühlen langsam, aber dafür gerecht,“ notierte Franciszka R. Sie bediente sich ebenso des Napoleon-Vergleichs, um über die endgültige deutsche Niederlage vor dem Gericht Gottes und die Gerechtigkeit der Geschichte zu spekulieren.<sup>35</sup>

Angespannt nahmen die Einwohner Polens die Nachrichten von der Ostfront zur Kenntnis. Als deutsche Siegesmeldungen ausblieben, erahnte die Bevölkerung schon anhand der lakonisch verfassten Zeitungsartikel das bevorstehende militärische Desaster der Deutschen und schöpfte daraus Zuversicht. Zwar waren sich viele Zeitgenossen darüber im Klaren, dass die Zukunft Polens durch eine Bedrohung des Kommunismus nicht einfacher werden würde, aber es schien ihnen das kleinere Übel.

## Fazit

Dem 22. Juni 1941 wohnte im deutsch besetzten Polen durchaus eine integrative Bedeutung inne. Unter der polnischen und jüdischen Bevölkerung weckte er Hoffnungen auf eine deutsche Niederlage, das baldige Ende des Krieges und der deutschen Besatzung. Dieser Tag machte die Menschen zu einer gewissen *emotional community*, die den deutschen Überfall auf die Sowjetunion für sich positiv bewerteten und sich im Großen und Ganzen darüber freuten. Mehr noch – nachdem der Krieg zu stagnieren drohte und die deutsche Verfolgungspolitik immer mehr Opfer forderte, knüpften sie hohe Erwartungen und weitreichende Hoffnungen an den Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges.

<sup>33</sup> AKZ, Tagebuch von Maria K., (ohne Paginierung), 02.09.1939.

<sup>34</sup> AKZ, Tagebuch von Helena M., S. 3, 04.03.1941.

<sup>35</sup> Franciszka Reizer, *Dzienniki: 1939-1944*, Warszawa 1984, S. 51, 22.06.1941.

Ein emotionsgeschichtlicher Ansatz ermöglicht es, einschneidende Ereignisse aus unterschiedlichen territorialen, sozialen und ethnischen Kontexten zu analysieren. Dadurch wird deutlich, dass Polen sowie Juden, unabhängig von ihrem Wohnort, den deutschen Überfall auf die Sowjetunion auf ähnliche Art und Weise bewerteten. Auch wenn sich ihre Freude über diesen Tag nicht gleichsetzen lässt, so herrschten doch Erleichterung und Hoffnung vor. Viele von ihnen blickten dabei zurück und dachten an einen noch bedeutenderen Kippunkt in der jüngsten Geschichte Polens – den 1. September 1939. Die polnische Literatin Zofia N. betrachtete ihn in der Rückschau als Erschütterung, als ein Ende der bisherigen Welt. Demgegenüber werde der neue deutsch-sowjetische Krieg wie durch einen schlaftrunkenen Schleier wahrgenommen; niemand verstecke sich, er bringe nichts Neues, er entsetze nicht.<sup>36</sup> Und auch nach dem 22. Juni 1941 gab es weitere kleinere und größere Wendepunkte, die unterschiedliche, manchmal auch widersprüchliche Emotionen weckten. Bereits sechs Wochen nach dem Angriff auf die Sowjetunion hatten manche Einwohner Polens wieder einen Grund zur Freude. So bewertete Karol K. den am 30. Juli 1941 in London geschlossenen polnisch-sowjetischen Vertrag als bedeutsames, historisches Ereignis, das die Schuld vom September 1939 ein wenig tilgen könnte.<sup>37</sup>

Egodokumente erlauben es, emotionale Bewertungen verhältnismäßig gut nachzuvollziehen. Es sind Momentaufnahmen, in denen die Protagonisten nicht wissen, was der nächste Tag bringt. Vor diesem Hintergrund können sie die aktuellen Ereignisse nur anhand der zum gegebenen Zeitpunkt vorhandenen Informationen einschätzen und daraus entsprechende Reaktionen ableiten. Auch wenn viele Autoren ihre täglichen, persönlichen Rapporte lieber in der ersten Person Plural verfassten („wir“), lassen sich dennoch individuelle wie kollektive Gefühlszustände erahnen. Ein polnischer Pfarrer aus Przeworsk, einer polnischen Grenzstadt im Südosten, schrieb am Tag des Überfalls: „Wir atmeten erleichtert auf“<sup>38</sup>, womit er sich offenbar zur emotionalen Gemeinschaft der Hoffenden zugehörig fühlte.

<sup>36</sup> Hanna Kirchner (Hg.), *Zofia Nałkowska, Dzienniki: 1939-1944*, Bd. 5, Warszawa 1996, S. 303, 29.06.1941.

<sup>37</sup> Kandziora, *Pamiętnik*, S. 188, 04.08.1941.

<sup>38</sup> Szczepan, „*Kronika*“ ks. *Romana Penca*.

Schließlich stellt sich die Frage, wie sich die bereits besprochenen Emotionen nach dem 22. Juni 1941 entwickelten. Ein 18-jähriges Mädchen aus dem Warschauer Ghetto schrieb Ende August 1941 in einem Brief an seine polnische Schulfreundin von der Notwendigkeit, sich gedulden zu müssen; sie beschrieb Wanda L. als „Zähne zusammenbeißen“.<sup>39</sup> Andere schworen sich, dem schweren Alltag demütig zu begegnen und den Mut nicht zu verlieren. Weit verbreitet war auch die Bereitschaft, sich dem Schicksal oder dem Willen „Gottes“ zu fügen. Gläubige Menschen aus dem deutsch besetzten Polen flehten „Gott“ in der Hoffnung an, er möge dem Krieg endlich ein Ende setzen. Manche Personen trösteten sich ferner mit dem Gedanken, dass „alles sein Ende habe“, ohne zu wissen, wann selbiges eintreten würde. Symptomatisch ist bei den Briefe- und Tagebuchschreibern die Verwendung des Adverbs „bald“. Man dürfe sich nicht grämen oder den Mut verlieren, denn „bald“ werde wieder die Sonne scheinen, versicherten sich viele Menschen im September 1942, im August 1943 oder im Juli 1944. Manche wurden ungeduldig, andere stumpften ab und zeigten sich apathisch. Die Erwartung des Kriegsendes erfüllte sich für die meisten Polen erst knapp vier Jahre nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion. Der Mehrheit der Juden blieb diese ersehnte Freiheit allerdings vergönnt.

## Abstract

The article focuses on the reactions of the Poles after the German invasion on the Soviet Union on 22 June 1941. After almost two years of Nazi occupation, the population was exhausted of the oppression by the German occupiers and longingly awaited the end of the war. Therefore among the Polish and Jewish population the German attack on the Soviet Union and raised hopes of a German defeat and of the imminent end of the war. 22 June 1941 turned many Poles and Jews into a certain emotional community, who perceived the beginning of the German-Soviet war in a positive light with high expectations and far-reaching hopes.

---

<sup>39</sup> Wanda Lubelska, *Listy z getta*, Warszawa 2000, S. 56, 21.08.1941.

Igor Kąkolewski

ORCID: 0000-0001-5721-3988

DOI: 10.24425/historie.2025.154857

# Die „immerwährende“ Rekonstruktion der polnischen Hauptstadt. Im Spannungsfeld von Geschichte, Denkmalpflege und Politik

**Keywords:** Warsaw, reconstruction of destroyed cities, protection and renovation of monuments, functionalism in architecture

Eingemeißelt in die Fassade eines zu Beginn der 1950er Jahre wiedererrichteten historischen Gebäudes in Warschau ist zu lesen: „Das ganze Volk baut seine Hauptstadt auf.“<sup>1</sup> Dieser Satz avancierte zu einer der zentralen Losungen der kommunistischen Propaganda im Kontext des Wiederaufbaus von Warschau in den späten 1940er und 1950er Jahren. Zugleich spiegelt er den großen Enthusiasmus der polnischen Bevölkerung in den ersten Nachkriegsjahren und ihre Bemühungen wider, die Zerstörungen und Traumata des Zweiten Weltkrieges zu beseitigen. Bis zum heutigen Tag stellt der Wiederaufbau der polnischen Hauptstadt nach 1945 einen der wichtigsten *lieux de mémoire* der Pol:innen dar.<sup>2</sup>

Das genaue Ausmaß der Zerstörung Warschaus zwischen 1939 und 1944 wird seit Jahrzehnten heftig diskutiert. Es wird grundsätzlich angenommen, dass im Zuge der Kampfhandlungen zu Beginn

---

<sup>1</sup> Werner Huber, *Warschau – Phönix aus der Asche. Ein architektonischer Stadtführer*, Köln 2005, S. 64.

<sup>2</sup> Ein gutes Beispiel dafür ist der Dokumentarfilm *Die Stadt der Ruinen* (*Miasto ruin*, Regie: Damian Nemow, 2010), der im Museum des Warschauer Aufstands als Teil der Dauerausstellung zu sehen ist. Die Dokumentation basiert auf Luftaufnahmen aus einem sowjetischen Flugzeug kurz nach der Befreiung Warschaus von der deutschen Besatzung am 17. Januar 1945. Der Film gilt als erste digitale Rekonstruktion des Bildes des zerstörten Warschau. In den Videoaufnahmen wird das Ausmaß der Zerstörung u. a. zweier Stadtteile deutlich: der Altstadt, in der während des Warschauer Aufstands (August-September 1944) besonders heftige Kämpfe stattfanden, und des Gebiets des Warschauer Ghettos, das ein Jahr zuvor nach der Deportation seiner jüdischen Bewohner:innen in die Todeslager und nach dem Ghettoaufstand (April-Mai 1943) dem Erdboden gleichgemacht worden war. Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=HHY08HBTHVA> (5.08.2025).

des Zweiten Weltkriegs im September 1939 rund 10 % der Gebäude zerstört wurden; infolge des jüdischen Aufstandes im Warschauer Ghetto im April/Mai 1943 kamen weitere 15 % hinzu. Infolge der Kampfhandlungen während des gescheiterten Warschauer Aufstands im August/September 1944 und der gezielten Zerstörungsaktionen durch die deutschen Truppen wurden weitere 60 % der Bausubstanz vernichtet. Auf dem linken Weichselufer, das als historischer, politischer und kultureller Kern der polnischen Hauptstadt galt, waren insgesamt 85 % der Bausubstanz zerstört worden. In den Stadtbezirken auf dem rechten Weichselufer, die schon im September 1944 von der Roten Armee besetzt worden und deshalb nicht von den Kampfhandlungen während des Warschauer Aufstandes betroffen waren, belaufen sich die Schäden auf etwa 65 % der Bausubstanz. Damit sowie im Hinblick auf seine Bevölkerungsverluste (ca. 800.000 Einwohner:innen) war Warschau nicht nur eine der am stärksten vom Zweiten Weltkrieg betroffenen Städte Europas, sondern dazu – neben Berlin und dem belarussischen Minsk – auch eine europäische Hauptstadt.<sup>3</sup>

Die Pläne für den Wiederaufbau des am stärksten zerstörten Warschauer Stadtteils auf dem linken Weichselufer begannen offiziell schon einen Monat nach dem Einmarsch der sowjetischen und polnischen Armeen und mit der Gründung des Büros für den Wiederaufbau der Hauptstadt (Biuro Odbudowy Stolicy, BOS) im Februar 1945. Bis 1955/56 konnten die ersten zwei Phasen des Wiederaufbaus des historischen Stadtkerns größtenteils abgeschlossen werden,<sup>4</sup> obwohl die Rekonstruktionsarbeiten einzelner Objekte bis

---

<sup>3</sup> Zu den verschiedenen Schätzungen des Ausmaßes der Zerstörung Warschaus siehe: Małgorzata Popiołek-Roßkamp, *Warschau. Ein Wiederaufbau, der von dem Krieg begann*, Paderborn 2021, S. 159 f., sowie Grażyna Ewa Herber, *Wiederaufbau der Warschauer Altstadt nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Spannungsfeld zwischen denkmalpflegerischen Prinzipien, politischer Indienstnahme und gesellschaftlichen Erwartungen*, Bamberg 2014, S. 79; Jens Dangschat/Norman Wendl, *Warschau*, in: Jürgen Friedrichs (Hg.), *Stadtentwicklungen in kapitalistischen und sozialistischen Ländern*, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 192.

<sup>4</sup> Nach der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945-1949), auf die die kommunistische Regierung in Polen nur eingeschränkt ideologischen Einfluss genommen hatte, begann die Periode der Konsolidierung des stalinistischen Regimes, die auch einen Kurswechsel in der Strategie des Wiederaufbaus nach sich zog, etwa indem versucht wurde, eine neue Architektur – „national in der Form und sozialistisch im Inhalt“ – durchzusetzen; vgl. Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 160. Trotz der Abschaffung des Büros für den Wiederaufbau der Hauptstadt 1950 wurde die Rekonstruktion historischer Bauwerke fortgesetzt, obwohl der historische Rekonstruktionsgrad in etlichen altstädtischen Gebieten (vor allem die Baukomplexe

in die späten 1950er und sogar 1960er Jahre andauerten. Gerade diese erste Phase gilt sowohl in der Fachliteratur als auch in der polnischen Erinnerungskultur als „Zeit des Wiederaufbaus“.<sup>5</sup> In den 1970er Jahren setzte die nächste Phase der Rekonstruktion einzelner wichtiger historischer Gebäude ein, die weithin als Fortsetzung des Wiederaufbaus gilt und mit dem von der kommunistischen Regierung initiierten Plan der Rekonstruktion des Königlichen Schlosses sowie des Schlosses Ujazdów ihren Anfang nahm. Ersteres Projekt mobilisierte die Öffentlichkeit in Polen wie im Ausland in besonderem Maße, die den Wiederaufbau des Königlichen Schlosses auch finanziell unterstützte. In diesem Zuge gab es eher inoffizielle Diskussionen über die Ziele einer identitätsstiftenden Erinnerungspolitik und die Option eines eventuellen Erhalts der Ruinen des Königlichen Schlosses als Mahnmal für die Kriegsverbrechen. Die letzte Phase der Rekonstruktion des historischen Teils der Stadt setzte erst nach der politischen Wende von 1989 ein, als Polen samt der anderen Satellitenstaaten der UdSSR nicht mehr Teil des Ostblocks war.

Die größte Herausforderung im Hinblick auf den Wiederaufbau zwischen 1945 und 1956 stellte die Rekonstruktion der historischen Bausubstanz Warschaus dar, die 7% der Stadtfläche ausmachte und 543 historische Objekte umfasste.<sup>6</sup> Die Idee, etliche zerstörte historische Baukomplexe als „Ruinenreservate“ zu erhalten, die an die Gräueltaten des Krieges erinnern sollten, wurde entschieden abge-

---

der historischen Neustadt) nicht immer den vorgegebenen Richtlinien entsprach. Offiziell wurde die bereits zu großen Teilen wiederaufgebaute Warschauer Altstadt der Öffentlichkeit am 22. Juli 1953, also vier Monate nach Stalins Tod, zugänglich gemacht. Zugleich dominierte in der Architektur insbesondere des neu erbauten Stadtzentrums zwischen 1953-1956 der sogenannte sozialistische Realismus oder Klassizismus (kurz: Sozrealismus), der erst nach der liberalisierenden Kehrtwende in Polen wie auch in anderen Staaten des Ostblocks 1956 an Bedeutung verlor. Dazu siehe u. a. Herber, *Wiederaufbau der Warschauer Altstadt*, S. 151, sowie die grundlegende Darstellung von Piotr Majewski, *Ideologia i konserwacja. Architektura zabytkowa w Polsce w czasach socrealizmu*, Warszawa 2009.

<sup>5</sup> Zur ersten Periode des Wiederaufbaus 1945-1949 der Hauptstadt und der Tätigkeiten des BOS siehe die Monografie von Grzegorz Piątek, *Najlepsze miasto świata. Warszawa w odbudowie 1944-1949*, Warszawa 2020. Vgl. insbesondere zur Zäsur des Jahres 1949, als welche Piątek das Ende des *Wiederaufbaus* und den Beginn des *Aufbaus* der Hauptstadt mit neuen Straßen, Industriebetrieben und Wohnsiedlungen bezeichnet, S. 426 ff., 431, 431, 439, 447, sowie zur Abschaffung des BOS, S. 475. Siehe auch die Rezension von Kinga Dawidowicz, „*Najlepsze miasto świata*“. *Order in the streets*, in: *Herito: dziedzictwo, kultura, współczesność* 3/2020, S. 263-267.

<sup>6</sup> Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 171.

lehnt. Der Warschauer Architekt und Denkmalpfleger Jan Zachwatowicz, der im BOS für die Rekonstruktion der historischen Stadtteile zuständig war, erwiderte Anfang 1946 auf eine rhetorische Frage seines Kollegen: „Werden irgendwelche Denkmäler als Ruinen belassen?“ Folgendes:

*Ein Belassen der Denkmäler Warschaus in diesem Zustand ist nicht möglich. Die Ruinen sind verbunden mit einem Kampf zwischen Natur und Menschen um seine Werke: Grün ist die Demonstration des Sieges der Natur. Ein Beispiel ist Rom mit seinen Ruinen. Angesichts solcher Zerstörungen wie hier in Warschau – wie viel Grün müsste da wohl geschaffen werden, um für diese Ruinen eine Umrandung zu schaffen. Ruinen, die durch die Kriegstechnik des 20. Jh. entstanden sind, sind nicht romantisch. Ein mit Dynamit gesprengtes Gebäude legt sich wie ein Haus aus Spielkarten. [...] Man hat uns die Denkmäler unserer Kultur und Geschichte wegnehmen wollen, und das dürfen wir nicht zulassen. Warschau kann nicht [...] eine Stadt ohne Vergangenheit werden. Warschau ist nicht zu denken ohne die Silhouette von Schloss und Kathedrale – einen anderen Weg als Rekonstruktion gibt es nicht. [...] These: Unser Nationalstolz befiehlt uns, das Schloss und andere Objekte aufzubauen.<sup>7</sup>*

Neben vereinzelt Ausnahmen, etwa wenn eine Rekonstruktion aufgrund des politisch und ideologisch bedingten Unwillens der Regierung nicht auf den Weg gebracht werden konnte, blieb die Chance, dass Ruinen zum Gedenken an den Zweiten Weltkrieg erhalten würden, minimal, so dass alle Entwürfe für derartige „Gedenkstätten“ nach 1945 nie realisiert wurden.<sup>8</sup> Unter den Mitarbeiter:innen des BOS kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Strategien des Wiederaufbaus der ganzen Stadt sowie ihres historischen Kerns. Letztendlich konnte sich Jan Zachwatowicz durchsetzen, der für die „Wiederherstellung der richtigen Form und Funktion“ der historischen Architektur Warschaus plädierte:

*Mit der ‚richtigen Form‘ war die Beseitigung der ‚Deformationen‘ des [ausgehenden] 19. Jahrhunderts gemeint; für jedes Objektes sollte seine wertvollste historische Schicht gefunden und ans Licht gebracht werden. Damit verabschiedete sich die polnische Denkmalpflege von den Errungenschaften der modernen Konservierung und kehrte zur puristischen Denkmalvorstellung zurück.<sup>9</sup>*

<sup>7</sup> Zit. n. Herber, *Wiederaufbau der Warschauer Altstadt*, S. 35. Die letzten Zeilen wurden von der Autorin hervorgehoben.

<sup>8</sup> Piątek, *Najlepsze miasto świata*, S. 103 f.

<sup>9</sup> Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 175.

In ihrer Monografie unter dem frappierenden Titel *Warschau. Ein Wiederaufbau, der von dem Krieg begann* stellt Małgorzata Popiołek-Roßkamp die Frage: Welche Voraussetzungen wurden noch vor dem Zweiten Weltkrieg in Polen geschaffen, die dazu beitragen, dass die Rekonstruktion des historischen Teils von Warschau nach 1945 bis heute als Präzedenzfall oder Sonderweg im Bereich der modernen Konservierung und Denkmalpflege wahrgenommen wird?

Eines der wichtigsten Probleme, vor denen das BOS stand, war die Wahl der architektonischen Stile, nach deren Vorbild die Rekonstruktion erfolgen sollte. Leitend waren dabei die Grundsätze des architektonischen „Purismus“ und der „Polonisierung“ des Erscheinungsbildes historischer Gebäude. Ferner wurden Stilelemente abgelehnt, die im kollektiven Bewusstsein der Pol:innen mit demjenigen Kapitel ihrer Geschichte konnotiert waren, in dem Polen zwischen 1795 bis 1918 seine staatliche Souveränität verloren und unter der Herrschaft dreier mittel- und osteuropäischer Großmächte gestanden hatte: des Kaiserreichs Russland, des Königreichs Preußen (seit 1871 als Teil des Deutschen Kaiserreichs) und des Kaiserreichs Österreich (seit 1867 die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn). Zwischen 1815 und 1915 war Warschau also die Hauptstadt Kongresspolens gewesen – eines Staatsgebildes, das *de facto* Teil des russischen Reiches war.<sup>10</sup>

Bereits nach der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit Polens im Jahr 1918 war unter Denkmalpfleger:innen die Tendenz zu beobachten, in der Architektur der Hauptstadt alle Spuren der zweiten Hälfte des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts zu tilgen, als die Abhängigkeit Kongresspolens vom russischen Zarenreich zugenommen hatte und Versuche früherer antirussischer Aufstände oder Bemühungen um eine begrenzte Autonomie gescheitert waren.<sup>11</sup> Beispielhaft für diese Strategie einer stilistischen „Reinigung“ und Repolonisierung der Warschauer Architektur in der Zwischenkriegszeit waren die Wiederherstellung der klassizistischen Fassade des in den 1820er Jahren erbauten Staszic-Palasts (indem die neobyzantinischen Fassade des 1892-1895 in eine rus-

---

<sup>10</sup> Dazu Małgorzata Omilanowska, *Rekonstruktion statt Original – das historische Zentrum von Warschau*, in: *Informationen zur Raumentwicklung* 3-4/2011, S. 227-236, hier S. 228 f., sowie Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 25-63.

<sup>11</sup> Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 60-107.

sisch-orthodoxe Kirche umgewandelten Bauwerks entfernt wurde)<sup>12</sup> oder aber die vollständige Zerstörung des größten Gebäudes der Stadt, der russisch-orthodoxen Alexander-Newski-Kirche, die 1894-1912 errichtet worden war und seither das Bild der Innenstadt geprägt sowie an die russische Herrschaft erinnert hatte.<sup>13</sup> Lange vor dem Zweiten Weltkrieg hatte in Kreisen polnischer Denkmalpfleger:innen die Meinung vorgeherrscht, dass nur drei Stile als „polnisch“ gelten könnten, die mit der Zeit der Unabhängigkeit und des Glanzes des altpolnischen Staates im späten Mittelalter und der Frühneuzeit verbunden waren, nämlich: Gotik, Barock und Frühklassizismus – letzterer wurde mit der vorübergehenden, relativ großen Autonomie Kongresspolens (bis etwa 1831) assoziiert.<sup>14</sup>

Auch bei der Rekonstruktion der historischen Bausubstanz Warschaus nach 1945 wurden diese drei Stile als grundlegend angenommen, wobei Elemente der rekonstruierten historischen Bauten oder sogar ganze Gebäude aus dem späten 19. und frühen 20. Jahrhundert nicht wiedererrichtet bzw. planmäßig demontiert wurden. Dies galt sowohl für die zweifelhafte Qualität der Mietshäuser, die im Zuge der dynamischen, aber chaotischen Entwicklung Warschaus entstanden waren, als auch für die Architektur des Historismus, die mit ausländischen Einflüssen (im Falle der Neogotik vor allem mit deutschen Einflüssen) konnotiert wurde.<sup>15</sup> Die besten Beispiele für einen solchen puristischen Wiederaufbau nach 1945 sind die Fassaden des bedeutendsten spätmittelalterlich-gotischen Sakralbauwerks in der Warschauer Altstadt, der St.-Johannes-Kathedrale, der die neogotische Fassade aus dem 19. Jahrhundert abgenommen wurde,<sup>16</sup> oder der klassizistische Baukörper der

<sup>12</sup> Für deutsche Publikationen zur Geschichte des Staszic-Palastes vgl. Juliusz A. Chrościcki/Andrzej Rottermund, *ArchitekturAtlas von Warschau*, Warschau 1978, S. 181; Tadeusz S. Jaroszewski, *Paläste und Residenzen in Warschau*, Warschau 1985, S. 147 f.; Grzegorz Piątek/Jarosław Trybuś, *Warschau. Der thematische Führer durch Polens Hauptstadt*, Diepholz 2009, S. 40.

<sup>13</sup> Piotr Paszkiewicz, *Pod berłem Romanowów. Sztuka rosyjska w Warszawie 1815-1915*, Warszawa 1991, S. 114-130; Paweł Przeciszewski, *Warszawa. Prawosławie i rosyjskie dziedzictwo*, Warszawa 2011, S. 142; Grzegorz Michalak, *Sobór pw. Aleksandra Newskiego na Placu Saskim w świetle międzywojennej prasy*, in: *Saeculum Christianum* 1/2010, S. 79-91, hier S. 83-91.

<sup>14</sup> Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 218 und 221.

<sup>15</sup> Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 227 und 294 ff.

<sup>16</sup> Jerzy Łoziński/Andrzej Rottermund, *Katalog zabytków sztuki. Miasto Warszawa*, Teil 1: *Stare Miasto*, Warszawa 1993, S. 2191; Tadeusz Zagrodzki, *Gotycka architektura katedry św. Jana w Warszawie*, Warszawa 2000, S. 70-82.

römisch-katholischen St.-Aleksander-Kirche (1818-1826), deren Neorenaissance-Fassade mit Glockenturm (1900 fertiggestellt) entfernt wurden.<sup>17</sup>

Bei der Rekonstruktion historischer Gebäude stützten sich die Denkmalpfleger auf eine reichhaltige Dokumentation, die sowohl Pläne und Fotografien von Warschau aus der Zeit vor 1939 als auch ältere Gemälde und Zeichnungen aus dem 18. und 19. Jahrhundert umfasste (in denen die städtische Landschaft – dem Realismus der Werke zum Trotz – oft idealisiert wurde), wie die des italienischen Malers Bernardo Bellotto, bekannt als Canaletto (1721-1780)<sup>18</sup> oder des Warschauer Zeichners Zygmunt Vogel (1764-1826).<sup>19</sup> Für eine solche puristisch-idealisierende Rekonstruktion sind u. a. die Straßenfrontfassaden der sogenannten Krakauer Vorstadt – Teil des „historischen Rückgrats“ Warschaus und repräsentative Hauptverkehrsstraße im 18. Jahrhundert – sowie die im 19. Jahrhundert errichteten Obergeschosse in den dortigen Mietshäusern beispielhaft, die im Zuge des Wiederaufbaus in der Nachkriegszeit entfernt wurden.<sup>20</sup>

Es scheint paradox, dass der Erfolg einer solchen nicht nur „puristischen“, sondern auch „nationalisierenden“ oder „polonisierenden“ Rekonstruktion des historischen Stadtteils Warschaus, aus dem die Spuren der russischen Herrschaft aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert entfernt wurden, gerade in der Nachkriegszeit einsetzte, nachdem Polen 1945 zu einem Satellitenstaat der UdSSR geworden war. Aus soziopolitischen Gründen fand dieses Konzept aber die volle Unterstützung der kommunistischen Behörden in Polen.

<sup>17</sup> Nach dem Krieg gab es Überlegungen, den nur teilweise beschädigten Glockenturm als Symbol der Zerstörung Warschaus zu erhalten. 1951 wurde er schließlich abgetragen, siehe Rafał Bielski/Jakub Jastrzębski, *Utraczone miasto. Warszawa wczoraj i dziś*, Warszawa 2016, S. 74.

<sup>18</sup> Stefan Kozakiewicz u. a. (Hg.), *Warschau seit Canaletto: Glanz, Verwüstung, Wiederaufbau*, Kiel 1973; Axel Feuß, *Deutsch-polnische Canaletto-Ausstellung in Dresden, Warschau und Essen 1963-1966*, in: <https://www.porta-polonica.de/de/atlas-der-erinnerungsorte/deutsch-polnische-canaletto-ausstellung-dresden-warschau-und-essen-1963> (5.08.25). Vgl. auf Polnisch: Grażyna Waluga (Hg.), *Canaletto tkwi w szczegółach*, Warszawa 2019, insb. S. 123-127, in: [https://um.warszawa.pl/documents/63122/17061617/Canaletto\\_tkwi\\_w\\_szczegolach..pdf/5a16091b-dbe0-1332-2891-b4cf1bd8b252?t=1634498774530](https://um.warszawa.pl/documents/63122/17061617/Canaletto_tkwi_w_szczegolach..pdf/5a16091b-dbe0-1332-2891-b4cf1bd8b252?t=1634498774530) (5.08.25).

<sup>19</sup> Für umfangreiche bibliografische Hinweise zur deutschsprachigen Fachliteratur zu Canaletto und zur polnischsprachigen Forschung zu Vogel vgl. Herber, *Wiederaufbau der Warschauer Altstadt*, S. 56.

<sup>20</sup> Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 280, 285, 292 f.

Dabei ist schwer vorstellbar, dass sowohl die Rekonstruktion der historischen Bausubstanz als auch der Wiederaufbau aller Stadtteile auf dem linken Weichselufer ohne eine Politik der Enteignung und Verstaatlichung von Privateigentum auf der Grundlage des sogenannten Bierut-Dekrets von 1945 hätte gelingen können. Kürzlich etablierte Eigentumsverhältnisse in Warschau stellten sich als größte Herausforderung vieler gescheiterter Modernisierungspläne der Stadtraumordnung in der Zwischenkriegszeit heraus. Aus diesem Grund befürworteten viele Stadtplaner:innen, Architekt:innen und Baudenkmalpfleger:innen im BOS, denen dieses Problem noch aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg bekannt war, die Verstaatlichung von Warschauer Grundstücken.<sup>21</sup> Ferner gingen nach 1945 zahlreiche Gebäude, die vor 1939 jüdischer Eigentümern gehört hatten (der Anteil der Jüdinnen und Juden an der Warschauer Bevölkerung hatte vor dem Zweitem Weltkrieg knapp 30 % betragen), infolge der Shoah in kommunales Eigentum über.<sup>22</sup>

Die im 19. Jahrhundert entstandene architektonische Schicht wurde von der offiziellen kommunistischen Propaganda nicht als Beseitigung der Spuren russischer Vorherrschaft, sondern der Relikte „kapitalistischer“ Entwicklung dargestellt. Dies erklärt u. a. die oben erwähnte Entfernung der im späten 19. Jahrhundert errichteten Obergeschosse aus den Frontfassaden der Mietshäuser in der Krakauer Vorstadt und ihrer Verlängerung, der Straße Nowy Świat. Darüber hinaus wurden die Hintergebäude der Mietshäuser regelmäßig durch Grünflächen ersetzt, was einen besseren Raumordnungsplan des rekonstruierten historischen Stadtkerns zur Folge hatte. Bei den Wiederaufbauprojekten wurde zudem auf eine

---

<sup>21</sup> Benannt nach dem Staatspräsidenten Polens (1947-1952) und Generalsekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (1948-1956) Bolesław Bierut; seine Amtszeit gilt als repressivste und stark unter dem Einfluss der UdSSR stehende Periode in der Geschichte Polens nach dem Zweiten Weltkrieg. Zum Bierut-Dekret und seinen Folgen siehe u. a. Piątek, *Najlepsze miasto świata*, S. 172 ff.; Herber, *Wiederaufbau der Warschauer Altstadt*, S. 122, sowie ausführlich zu den Nationalisierungs-Dekreten vom Herbst 1945 S. 224-235.

<sup>22</sup> Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 160. 1939 stellte die beinahe 300.000 Personen zählende jüdische Bevölkerung Warschaus (nach New York) die zweitgrößte jüdische Community weltweit. In den ersten Monaten nach der Befreiung Warschaus von der deutschen Besatzung befanden sich in Warschau nur noch knapp 11.500 Juden. Zur Geschichte der Warschauer Jüdinnen und Juden siehe u. a. Israel Gutman, *The Jews of Warsaw 1939-1943: Ghetto, Underground, Revolt*, Bloomington 1982; Michel Mazor, *The Vanished City*, New York 1993; vgl. auch: *Warsaw*, in: <https://encyclopedia.ushmm.org/content/en/article/warsaw> (5.08.2025).

moderne Innenausstattung der Wohnungen und Treppenhäuser Wert gelegt (Badezimmer, Zentralheizung), was die hygienischen Bedingungen verbessern sollte. Zugleich wurden die Wiederaufbaupläne durch moderne, noch vor dem Kriegsausbruch entwickelte Konzepte vom sogenannten funktionalen Warschau sowie durch die Theorien des schweizerischen Architekten und Städtebauers Hans Bernoulli bestärkt, die er in seinen Büchern *Die organische Erneuerung unserer Städte* (1942) und *Die Stadt und ihr Boden* entwickelt hatte. Unter allen europäischen Städten, bei deren Wiederaufbauplänen Bernoulli nach dem Zweiten Weltkrieg als Berater hinzugezogen wurde (u. a. in Darmstadt, Stuttgart oder Düsseldorf), konnte nur Warschau sein Konzept „Dem Bürger sein Haus, der Stadt ihr Boden“ vollständig umsetzen.<sup>23</sup> Ohne tiefgreifende Reformen der Eigentumsstruktur im Stadtgebiet wäre dies kaum zu realisieren gewesen. Vor diesem Hintergrund orientierten sich auch die Befürworter:innen der „puristischen“ Rekonstruktion der Warschauer Baudenkmäler gewissermaßen an den Richtlinien Le Corbusiers, die er in der Charta von Athen 1933 und seinen späteren Schriften zum Erhalt der wertvollsten historischen Bausubstanz in „einer funktionalen Stadt“ formuliert hatte.<sup>24</sup>

Das relativ schnelle Tempo des Wiederaufbaus Warschaus wurde vermutlich noch durch einen anderen Enteignungsprozess ermöglicht, der aus der Westverschiebung der Grenzen Polens resultierte, d. h. aus der 1945 vollzogenen Eingliederung der deutschen Ostgebiete (Schlesien, Pommern und ein großer Teil Ostpreußens). Auf diesen „Wiedergewonnenen Gebieten“, wie die ehemaligen deutschen Ostgebiete von der polnischen Regierung bezeichnet wurden, trat im Frühjahr 1946 ein Dekret in Kraft, aufgrund dessen deutsches Vermögen verstaatlicht werden sollte:

*Das von den Deutschen dort zurück gelassene Vermögen ging in das Eigentum des polnischen Staates über. In diesen Fällen bestand in denkmalrechtlicher Hinsicht eine beklagenswerte Situation, denn weil das deutsche Vermögen vom Feind stamme, war es deswegen von vorneherein nicht erhaltenswert. Abtragung und Zerstörung ganzer Stadteile waren insbesondere in den schlesischen Städten an der Tagesordnung. Der permanente Mangel an Baumaterial für den Wiederaufbau*

<sup>23</sup> Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 165 ff., 223, sowie Piątek, *Najlepsze miasto świata*, S. 174, wo er sich auf die Schlussfolgerungen von Popiołek-Roßkamp beruft.

<sup>24</sup> Piątek, *Najlepsze miasto świata*, S. 213-232 und besonders S. 220 f.

*von Warschau führte sogar dazu, dass Ziegel aus abgetragenen schlesischen Städten in die Hauptstadt als Baumaterial transportiert und dort verbaut wurde. [...] Diese politisch angeordneten und durchgeführten Maßnahmen können letztlich nicht direkt den Denkmalpflegern zu Lasten gelegt werden, sind aber dennoch bis heute ein schlechtes Zeugnis für die ideologische Verbissenheit der damaligen Zeit.<sup>25</sup>*

Es ist nicht genau bekannt, wie viele Ziegel aus den zerstörten oder gezielt abgerissenen Baudenkmalern in den ehemaligen deutschen Gebieten zu Rekonstruktionsarbeiten nach Warschau gebracht wurden.<sup>26</sup> Die von der Regierung angeregte Propagandakampagne „Ziegel für Warschau“ bleibt aber in vielerlei Hinsicht vielsagend. Sie zeugt davon, welche Rolle destruktive Maßnahmen oder auch Vergeltungsgefühle neben der konstruktiven Ratio und der herrschenden Aufbruchstimmung beim Wiederaufbau Warschaus spielten. Zugleich zeugt sie von der Kraft quasi symbolisch-magischen Denkens (bzw. des Exorzismus) der damaligen Architekt:innen und Macher:innen von Geschichtspolitik, aber auch der vom Krieg traumatisierten Bevölkerung. Ein Paradebeispiel dafür ist die Verwendung von Granitblöcken aus dem kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee von den deutschen Truppen gesprengten Reichsehnenmal Tannenberg in Ostpreußen (eines der wichtigsten Gedenkstätten des Deutschen Reiches in der Zwischenkriegszeit)<sup>27</sup> als Baumaterial für die Treppe zum 1947 entworfenen, monumentalen Sitz des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.<sup>28</sup>

\*\*\*

Die zweite Rekonstruktionsphase setzte zu Beginn der 1970er Jahre ein und gilt allgemein als Fortsetzung bzw. Ergänzung des großen

<sup>25</sup> Herber, *Wiederaufbau der Warschauer Altstadt*, S. 337 f.

<sup>26</sup> Für eine genauere Zusammenfassung des aktuellen Forschungsstandes zu diesem Thema siehe Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 210.

<sup>27</sup> Jürgen Tietz, *Das Tannenberg-Nationaldenkmal. Architektur, Geschichte, Kontext*, Berlin 1999.

<sup>28</sup> Piątek, *Najlepsze miasto świata*, S. 378. Ein anderes Beispiel für eine ähnliche symbolische Denkweise ist das 1948 enthüllte Warschauer Ghetto-Ehrenmal nach dem Entwurf des Bildhauers Nathan Rappaport. Als zu diesem Zweck zu verwendendes Baumaterial schlugen polnisch-zionistische Aktivist:innen die von Hitlers Hofbildhauer Arno Breker für das Siegesdenkmal bestimmten Granitblöcke vor, siehe dazu Adam Tarnikowski, *Zabytek hańby naszych wrogów, a chwaly naszych umęczonych bohaterów. Urodziny Pomnika Bohaterów Getta*, in: *Cwiszn Pomiedzy: żydowski kwartalnik o literaturze i sztuce* 1-2/2013, S. 112-118, hier S. 114 und 116.

Wiederaufbaus im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Hauptsächlich umfasste sie die Rekonstruktion zweier Warschauer Schlösser, nämlich des Königlichen Schlosses und des Schlosses Ujazdów, die in den ersten Nachkriegsjahren v. a. aus ideologischen (und weniger aus finanziellen) Gründen nicht in Angriff genommen werden konnte. Die Rekonstruktionsarbeiten setzten während des dynamischen Wirtschaftswachstums in der Volkrepublik Polen ein und zogen sich bis in die im Schatten der Wirtschaftskrise stehenden 1980er Jahre.

Der 1971 offiziell initiierte Wiederaufbau des an die Altstadt grenzenden Königlichen Schlosses wurde zu einem Flaggschiffprojekt der Geschichtspolitik unter Edward Gierek, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Tatsächlich fand das Projekt nicht nur schnell enormen Widerhall in der Bevölkerung, sondern auch in der Öffentlichkeit im Ausland. Davon zeugen sowohl die Einnahmen aus einer groß angelegten Spendenaktion als auch Schenkungen wertvoller Kunstobjekte zur Innenausstattung des rekonstruierten Schlosses. Der Erfolg dieses Wiederaufbauprojekts hing auch mit der Bedeutung dieses monumentalen frühbarocken Bauwerks für die Geschichte Warschaus und des ganzen Landes zusammen.<sup>29</sup>

Die frühneuzeitliche Residenz der polnischen Könige und seit 1836 der russischen Gouverneure Kongresspolens wurde im wiedergeborenen polnischen Staat 1926 zum Sitz der polnischen Präsidenten. Nachdem es infolge der Kampfhandlungen im September 1939 schwer beschädigt worden war, hatten die NS-Besatzungsbehörden (nach einem früher fälschlicherweise als Pabst-Plan bezeichneten Projekt) das Schloss ursprünglich zum kompletten Abriss vorgesehen.<sup>30</sup> Dazu kam es erst nach dem gescheiterten Warschauer Aufstand im Herbst 1944, als die deutschen Truppen der Technischen Nothilfe das Schloss planmäßig sprengten. Trotz der oben zitierten Meinung von Jan Zachwatowicz („Warschau ist nicht zu denken ohne die Silhouette [des] Schloss[es]“), die viele seine Mitstreiter:in-

<sup>29</sup> Siehe zwei grundlegende Darstellungen zur Geschichte des Königlichen Schlosses auf Polnisch: Aleksander Król, *Zamek Królewski w Warszawie. Od końca XIII wieku do roku 1944*, Warszawa 1971; Andrzej Rottermund, *Zamek Królewski w Warszawie*, Warszawa 2002.

<sup>30</sup> Niels Gutschow/Barbara Klain, *Vernichtung und Utopie. Stadtplanung Warschau 1939-1945*, Hamburg 1994; Niels Gutschow, *Ordnungswahn. Architekten planen im „eingedeutschten Osten“ 1939-1945*, Basel 2014.

nen im BOS teilten, und der schon seit 1945 entwickelten Rekonstruktionsentwürfe hatte der Wiederaufbau eines der für die polnische Erinnerungskultur wichtigsten Baudenkmäler seinerzeit kaum Chancen für eine rasche Umsetzung. Sogar der Beschluss des polnischen Parlaments vom Juli 1949 über den Wiederaufbau des Königlichen Schlosses änderte an diesem Umstand vorerst nichts.

*Das Schloss zeigte sich aus mehreren Gründen als politisch schwierig durchsetzbares Projekt: Sein ideologischer Ausdruck schien für die neuen Machthaber doch problematisch zu sein. Während der Wiederaufbau der Kirchen, die einen ähnlich problematischen Status hatten, von den Gemeinden und der katholischen Kirche gefordert wurde, fehlte beim Schloss der künftige staatliche Nutzer und damit die zukünftige Funktion. Deswegen entstand die Idee, im Schloss ein Museum der polnischen Kultur und Parteibüros unterzubringen, was allerdings nicht hieß, dass das Schloss in seinen alten Formen wiederaufgebaut werden musste. Da die Diskussion um das Schloss 1949 begann, war der neue architektonische Stil, der sozialistische Klassizismus, eine verlockende Alternative.<sup>31</sup>*

Letztendlich wurden weder die Entwürfe für den Wiederaufbau des Schlosses im Stil des sozialistischen Klassizismus noch das 1955 von Jan Bogusławski vorgeschlagene Projekt, das Bauwerk in seiner historischen Form wiederzuerrichten, angesichts mangelnder politischer Unterstützung umgesetzt. Bis 1971 blieben die Überreste des Königlichen Schlosses das größte „Ruinenreservat“ in der Altstadt, was auch von starker Symbolkraft für viele Einwohner:innen und Besucher:innen der Stadt war. Bogusławskis Entwurf musste noch über 15 Jahre ruhen, bis die Rekonstruktion der ehemaligen Königsresidenz unter der Leitung von Jan Zachwatowicz begann. Alle während der früheren Rekonstruktionsphase festgelegten Prinzipien Zachwatowiczs und seiner Mitarbeiter:innen kamen dabei zur Anwendung. Abgeschlossen wurde der Wiederaufbau offiziell erst 1984 (die Arbeiten in den Innenräumen dauerten noch weitere vier Jahre an), doch bereits Ende der 1970er Jahre war die künftige Funktion des rekonstruierten Objekts als Museum und Denkmal der nationalen Geschichte und Kultur (*Zamek Królewski w Warszawie – Pomnik Historii i Kultury Narodowej*) klar festgelegt.<sup>32</sup>

<sup>31</sup> Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 252, und zu den verschiedenen Wiederaufbauprojekten in den Jahren 1945-1955, vgl. S. 250-255.

<sup>32</sup> Siehe auch wichtige Aktenstücke und die Dokumentation zur Geschichte des Wiederaufbaus des Königlichen Schlosses in: 46 lat temu podjęto decyzję o odbu-

Ein weiteres wichtiges Rekonstruktionsprojekt der 1970er Jahre war der Wiederaufbau des Schlosses Ujazdów.<sup>33</sup> Diese barocke Residenz einer polnischen Adelsfamilie aus dem 17. Jahrhundert – anschließend in königlichem Besitz und Ende des 18. Jahrhunderts um klassizistische Komponenten erweitert – wurde später in ein Militärspital umgewandelt und durch Umbauarbeiten Mitte des 19. Jahrhunderts völlig entstellt. Das Gebäude, in dem während des Warschauer Aufstands ein Feldspital untergebracht gewesen war, wurde 1944 von deutschen Truppen in Brand gesetzt und zu 40 % beschädigt. Völlig zerstört wurde es aber erst in der Nachkriegszeit. Trotz der Proteste und Bestrebungen der Warschauer Denkmalpfleger:innen um Jan Zachwatowicz wurden die Überreste des Gebäudes 1954 (vermutlich auf Initiative der eng mit Moskau verbundenen polnischen Militärkreise) abgerissen – mit dem Ziel, auf dem Gelände ein Theater der Polnischen Armee zu errichten, was allerdings nie realisiert wurde.<sup>34</sup> Erst in den 1970er Jahren ließ man auf Anregung von Zachwatowicz und seinen Kolleg:innen die Fassaden des Bauwerks in ihrer frühbarocken Form „puristisch“ wiedererrichten. Für eine historisch korrekte Rekonstruktion der Innenräume gab es hingegen keine ausreichende Dokumentation. Ursprünglich sollte das wiederaufgebaute Schloss als Bürogebäude einer polnischen Regierungsbehörde und später des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) dienen – einer internationalen Organisation der Ostblockstaaten unter Führung der UdSSR. Nach den politischen Veränderungen in der Volksrepublik Polen 1980-1981, die mit der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* eingesetzt hatten, wurde beschlossen, in den modernen Innenräumen des Schlosses Ujazdów das Zentrum für Zeitgenössische Kunst unterzubringen.<sup>35</sup>

Das Nachkriegsschicksal dieser zwei Warschauer Schlösser zeugt auch von den komplizierten Rahmenbedingungen der ersten Phase

---

downie Zamku Królewskiego w Warszawie, in: <https://aan.gov.pl/art,247,46-lat-temu-podjeto-decyzje-o-odbudowie-zamku-krolewskiego-w-warszawie> (28.06.2022).

<sup>33</sup> Marek Kwiatkowski, *Wielka Księga Łazienek*, Warszawa 2000, S. 13-16. Vgl. die Website des Schlosses Ujazdów und <https://mediateka.u-jazdowski.pl/historia-zamku-ujazdowskiego> (5.08.2025).

<sup>34</sup> Zur Zerstörung des Schlosses Ujazdów 1954 – auf der Grundlage eines ausführlichen Berichts von Jan Zachwatowicz aus den 1970er Jahren – siehe Herber, *Wiederaufbau der Warschauer Altstadt*, S. 212 f.

<sup>35</sup> Siehe die offizielle Website des Zentrums für Zeitgenössische Kunst, <https://u-jazdowski.pl/>.

des Wiederaufbaus: dem politisch motivierten Zögern der kommunistischen Behörden bei der Rekonstruktion etlicher historischer Bauwerke, deren Geschichte nicht ohne ideologische Vorbehalte mit ihrer künftigen Funktion in Einklang gebracht werden konnte. Hierbei stellte der Abriss des Schlosses Ujazdów 1954 keine Ausnahme dar. Politisch bedingte Demontagen anderer Baudenkmäler oder die Verhinderung ihrer Rekonstruktion ereigneten sich sowohl in den 1950er als auch Anfang der 1960er Jahre. So traf man damals die Entscheidung, den Jabłonowski-Palast am Teatralny-Platz<sup>36</sup> abzureißen (der im späten 18. Jahrhundert im barocken Stil errichtet und nach schweren Brandschäden knapp hundert Jahre später im Stil der französischen Neorenaissance wiederaufgebaut wurde und zu 80 % den Zweiten Weltkrieg überstanden hatte), denn das Gebäude erinnerte aufgrund seiner ehemaligen Funktion als Sitz des Warschauer Rathauses „offenbar zu stark an die Vorkriegszeiten und die starke Stellung der kommunalen Verwaltung“.<sup>37</sup> Dagegen regte der Wiederaufbau des Königlichen Schlosses und des Schlosses Ujazdów in den 1970er Jahren Diskussionen über andere Warschauer Baudenkmäler an, deren Rekonstruktion aus politisch-ideologischen Gründen früher kaum durchzusetzen gewesen war. Die Umsetzung von Vorschlägen bezüglich ihres Wiederaufbaus musste allerdings noch bis zum nächsten politischen Umbruch in der Geschichte Polens warten.

\*\*\*

Die letzte Phase der Rekonstruktion des historischen Teils Warschaus begann nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Polen 1989 und dauert unter neuen politischen Vorzeichen bis heute an. Erstes Ergebnis war der Wiederaufbau des Jabłonowski-Palasts (1995-1997) als Bürogebäude für die erste privatisierte

---

<sup>36</sup> Zu den Auseinandersetzungen um den Wiederaufbau zweier historischer Plätze – des Zwycięstwa-Platzes (ehem. Sächsischer Platz) und des Teatralny-Platzes – bis 1989 siehe die Dissertation von Jana Fuchs, *Städtebau und Legitimation. Debatten um das unbebaute historische Warschauer Zentrum, 1945-1989*, Berlin 2019. Die Autorin bezeichnet die bis 1989 durch freie Flächen geprägten Plätze sowie ihre Planungsgeschichte als „Geschichte des Scheiterns“, S. 324.

<sup>37</sup> Herber, *Wiederaufbau der Warschauer Altstadt*, S. 212. Dort werden auch andere Beispiele planmäßiger Abrisse in den 1950er und 1960er Jahren erwähnt: die beinahe wiederaufgebaute St. Andreas-Kirche auf dem Teatralny-Platz oder die Abtragung der St. Georg-Kirche auf der Świętojerska-Straße.

polnische Bank (Bank Rozwoju Eksportu, BRE)<sup>38</sup>. Das Projekt war ein privates Unterfangen und leider von Anfang an mit Makeln behaftet:

*Zum kuriosesten Gebäude des Ensembles [am Teatralny-Platz] wurde aber das 1997 fertiggestellte Palais Jabłonowski, das in allen Reiseführern und Informationsbroschüren beharrlich als „rekonstruiert“ bezeichnet wird. In Wirklichkeit handelt es sich hier um ein modernes, mehrgeschossiges Bürogebäude einer Bank. Den einzigen Bezug zum alten Palais bilden die Form des Baukörpers und die Fassade, die mit schäbigen, synthetischen Materialien und unter Verzicht auf einen Großteil der einstigen Baudetails ausgeführt wurde. Damit nicht genug: Aus Rentabilitätsgründen musste das von der Fassade verdeckte Bankgebäude einige Geschosse mehr als das alte Palais aufnehmen, so dass zum Beispiel in drei Vierteln der Fensterhöhe des zweiten Fassadengeschosses (also des früheren piano nobile) eine Decke verläuft.<sup>39</sup>*

Unterm Strich hielt man sich beim schnellen Wiederaufbau dieses historischen Gebäudes nicht an die während der ersten Phase festgelegten „puristischen“ Richtlinien, sondern strebte lediglich eine äußere Ähnlichkeit des Objekts mit seiner Vorkriegsform an (ohne Berücksichtigung der Erweiterungen nach 1936).

Der Verzicht auf eine „puristische“ Rekonstruktion nach dem Muster der ersten Nachkriegsjahre und der Bezug auf das Warschau der Vorkriegszeit sind auch für weitere aktuelle Rekonstruktionsentwürfe in der Hauptstadt von Bedeutung.

Nach 1989 konzentrier(t)en sich die wichtigsten Debatten über Wiederaufbauprojekte hauptsächlich auf drei Themenbereiche:

- die Rekonstruktion des sogenannten Sächsischen Palais und der mit ihm verbundenen historischen Stadtachse in der Warschauer Innenstadt;

<sup>38</sup> Zur Geschichte des Jabłonowski-Palasts und des sogenannten Neuen Rathauses von Warschau sowie seinen architektonischen Wandlungen siehe: Małgorzata Danecka/Thorsten Hoppe, *Warschau entdecken. Rundgänge durch die polnische Hauptstadt*, Berlin 2008, S. 126 f.; Piątek/Trybuś, *Warschau*, S. 50.

<sup>39</sup> Omilanowska, *Rekonstruktion statt Original*, S. 330 f.; dort auch kritische Bemerkungen zur „Rekonstruktion“ der St. Andreas-Kirche am Teatralny-Platz in den 1990er Jahren: „So konnte die Kirche nicht in voller Länge wiederaufgebaut werden, weil in den 1960er Jahren an der Stelle ihres Chores ein Wohnblock errichtet worden war, dessen Bewohner sich nun nicht zum Auszug bewegen ließen.“

- der Denkmalschutz des Kulturpalasts, eines Paradebeispiels sozialistischer Architektur und bis vor Kurzem das höchste Gebäude in Polen, sowie die damit verbundene Debatte über die Neugestaltung der Hauptstadtsilhouette;
- der Bau des Tempels der Göttlichen Vorsehung, eines modernen Bauwerks, dessen Entwurf sich auf ein nie umgesetztes Projekt vom Ende des 18. Jahrhunderts bezieht.

Hängen die beiden letzten Projekte zwar nicht unmittelbar mit dem Themenkomplex des rekonstruierenden Wiederaufbaus zusammen, so zeugen sie doch deutlich vom Spannungsfeld zwischen Geschichtspolitik, Erinnerungskultur und Denkmalpflege und sollen aus diesen Gründen im Folgenden kurz thematisiert werden.

Für die Residenz der polnischen Könige aus der sächsischen Dynastie der Wettiner wurde zwischen 1726 und 1748 der ursprüngliche Sitz einer polnischen Adelsfamilie im spätbarocken Stil ausgebaut. Das Palais war ein wichtiges Element der zur selben Zeit entstandenen sogenannten Sächsischen Achse mit dem gleichnamigen Garten dahinter und dem Platz vor dem Schlossgebäude. Nach 1837 kaufte Iwan Skwarzow das Palais und ließ es im monumentalen Stil des russischen Klassizismus umbauen. An der Wende zum 20. Jahrhundert entstand am Sächsischen Platz neben dem klassizistischen Schloss auch das größte Gebäude Warschaus aus der Zeit der russischen Herrschaft, nämlich die bereits erwähnte russisch-orthodoxe Alexander-Newski-Kirche, die kurz nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens aus politisch-ideologischen Gründen gesprengt wurde. In der Zwischenkriegszeit befand sich im Sächsischen Palais das Hauptquartier der polnischen Armee, in dessen monumentalem Säulengang 1925 das symbolische Grab des Unbekannten Soldaten untergebracht wurde – eines der bis heute wichtigsten Gedenkstätten in der polnischen Erinnerungskultur. Von dem 1944 völlig zerstörten Palais blieb nur dieser Teil des Säulengangs erhalten.<sup>40</sup> Alle in der Nachkriegszeit diskutierten Wiederaufbaupläne des gesamten Baukomplexes wurden aus ideologischen Gründen allerdings nie ernsthaft angegangen.<sup>41</sup> Dies lag vor allem an den Assoziationen mit Marschall Józef Piłsudski, dessen autoritäres Regime der Zwischenkriegszeit gerade in

<sup>40</sup> Waldemar Strzałkowski, *Grób Nieznanego Żołnierza*, Warszawa 2001; Czesław Skiba, *Pomniki Nieznanego Żołnierza. Świat i Polska. Przewodnik*, Warszawa 2004.

<sup>41</sup> Vgl. Herber, *Wiederaufbau der Warschauer Altstadt*, S. 194 f.

den ersten Nachkriegsjahren ein Feindbild der kommunistischen Geschichtspolitik darstellte.<sup>42</sup> In den 1990er Jahren wurde die Rekonstruktion des Sächsischen Palais wieder zum Thema, doch erst im darauffolgenden Jahrzehnt avancierte sie zum Flaggschiffprojekt der rechtskonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) und fand bei vielen Warschauer:innen großen Widerhall, ungeachtet ihrer politischen Sympathien. 2018 – im Rahmen der breit angelegten Feierlichkeiten anlässlich der 100. Jahrestags der Wiedererlangung der staatlichen Souveränität Polens – unterschrieb Staatspräsident Andrzej Duda eine Deklaration über den künftigen Wiederaufbau dieses Baudenkmals.<sup>43</sup> Im Sommer 2021 verabschiedete der Sejm ein Gesetz über die Rekonstruktion des Sächsischen Palais und des benachbarten Brühl-Palasts, der Mitte des 18. Jahrhunderts errichtet, später häufig umgebaut wurde und in der Zwischenkriegszeit als Sitz des polnischen Außenministeriums diente. Bald darauf wurden erste Maßnahmen zur Umsetzung dieses Gesetzes getroffen.<sup>44</sup>

Die heftigen Diskussionen unter den Sejmabgeordneten verschiedener Parteiangehörigkeit, die dabei oft keinerlei tiefen Kenntnisse von der Geschichte bewiesen, wurden von Historiker:innen und Kunsthistoriker:innen unterschiedlich kommentiert.<sup>45</sup> Manche be-

<sup>42</sup> Die häufigen Namensänderungen des Platzes spiegeln die wechselhafte Geschichte Polens wider: Plac Saski (1814-1928), Plac Marszałka Józefa Piłsudskiego (1928-1940), Sachsenplatz (1940), Adolf-Hitler-Platz (1940-1945), Plac Saski (1945-1946), Plac Zwycięstwa (1946-1990) und Plac Marszałka Józefa Piłsudskiego (seit 1990). Zum Piłsudski-Mythos in der polnischen Erinnerungskultur siehe: Heidi Hein, *Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926-1939*, Marburg 2002, hier insb. S. 361-367.

<sup>43</sup> Prezydent podpisał deklarację o restytucji Pałacu Saskiego, in: <https://www.prezydent.pl/aktualnosci/polityka-historyczna/100-rocznica-odzyskania-niepodleglosci-rp/aktualnosci/11-listopada—symboliczny-początek-odbudowy-palacu-saskiego,8259> (5.08.2025).

<sup>44</sup> Powołanie spółki celowej, in: <https://palacsaski.pl/aktualnosci/powolanie-spolki-celowej-odpowiedzialnej-za-odbudowe-palacu-saskiego-palacu-bruhla-oraz-kamienic-przy-ul-krolewskiej-w-warszawie> (5.08.2025).

<sup>45</sup> Vgl. die folgenden Artikel: Paweł Korzeniowski, *Ekspertom nie podoba się odbudowa Pałacu Saskiego. „To luksusowy kaprys“*, in: <https://www.onet.pl/styl-zycia/noizz/protest-przeciwko-odbudowie-palacu-saskiego-to-luksusowy-kaprys/d1wblpc,3796b4dc> (5.08.2025); Aleksander Sławiński, *„Wydamy miliardy na inwestycję, której nikt nie może kontrolować“*. Architekt ostro o odbudowie Pałacu Saskiego, in: <https://warszawa.wyborcza.pl/warszawa/7,54420,28488969,wydajemy-2-miliardy-na-inwestycje-ktorej-jakosci-nie-da-sie.html> (28.06.2022); *Wardzyńska: Pałac Saski mógłby być odbudowany w ciągu czterech lat*, in: <https://for-sal.pl/artykuly/1290427,wardzynska-palac-saski-mogly-byc-odbudowany-w-ciagu-czterech-lat-wywiad.html> (5.08.2025).

tonten u. a. das Problem, dass das Palastgebäude gemäß des Sejmgesetzes nicht in seiner spätbarocken Originalform „puristisch“, sondern im Stile des späteren russischen Klassizismus rekonstruiert werden sollte. Die stellvertretende Kulturministerin der PiS-Regierung und zugleich Professorin für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Magdalena Gawin, verwies während einer Parlamentsdebatte darauf, dass die Wiederaufbaupläne des Sächsischen Palais und seiner Umgebung im Einklang mit der *Warsaw Recommendation on Recovery and Reconstruction of Cultural Heritage* von 2018 stünden<sup>46</sup> – also mit einem Dokument, das sich auf die Erfahrungen der polnischen Baudenkmalpflege aus der Nachkriegszeit stütze.<sup>47</sup> Dem widerspricht die Tatsache, dass das Projekt nicht von der ursprünglichen architektonischen Form ausgeht und den „puristischen“ Rekonstruktionsentwürfen aus der ersten Phase des Wiederaufbaus somit nicht völlig entspricht.

Noch heftiger fiel die Debatte über den zentral in der Warschauer Innerstadt gelegenen Kulturpalast aus, der auf einem Platz steht, auf dem absichtlich erst nach 1952 Mietshäuser aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts abgetragen wurden.<sup>48</sup> Er wurde zwischen 1952 und 1955 auf Initiative von Josef Stalin als „Geschenk an das polnische Volk“ nach einem Entwurf des sowjetischen Architekten Lew Rudnew errichtet, der auch leitender Architekt der im Stile des sozialistischen Klassizismus erbauten Lomonossow-Universität Moskau (1953) war, deren Hauptgebäude damals als höchstes Bauwerk der Welt außerhalb Nordamerikas galt. Die Entwürfe dieser beiden monumentalen Hochhäuser waren teilweise vom Empire State Building in New York inspiriert, doch ließ Rudnew in den Warschauer Stalinpalast (wie er bis 1956 offiziell hieß)

<sup>46</sup> Odbudowa Pałacu Saskiego. „Część architektów jest przeciw“, in: <https://www.bankier.pl/wiadomosc/Odbudowa-Palacu-Saskiego-Czesc-architektow-jest-przeciw-8157019.html> (5.08.2025).

<sup>47</sup> Auch als PDF-Dokumente auf <https://whc.unesco.org> abrufbar: Warsaw Recommendation on Recovery and Reconstruction of Cultural Heritage; Convention Concerning The Protection of The World Cultural and Natural Heritage World Heritage Committee, Forty-second session, Manama, Bahrain, 24 June – 4 July 2018. Siehe auch <https://palacsaski.pl/> (4.07.2025).

<sup>48</sup> Zur Geschichte des Warschauer Kulturpalasts, seiner Funktion und Wahrnehmung in Polen siehe die grundlegende Darstellung von Michał Murawski, *The Palace Complex. A Stalinist Skyscraper, Capitalist Warsaw, and a City Transfixed*, Bloomington 2019; Waldemar Baraniewski, *Pałac w Warszawie z fotografiami Błażeja Pindora*, Warszawa 2014; Magdalena Budzińska/Monika Sznajderman (Hg.), *Jako dowód i wyraz przyjaźni. Reportaże o Pałacu Kultury*, Wołowiec 2015.

auch etliche historische Elemente der polnischen Architektur der Renaissance einfließen. Das monumentale Bauwerk (ursprünglich 187,68 Meter hoch) blieb bis Anfang der 1990er Jahre das zweithöchste Gebäude in Europa<sup>49</sup> und stellte bis vor Kurzem noch eine klare Dominante in der Warschauer Skyline dar. Unmittelbar nach der politischen Wende von 1989 begannen heftige Diskussionen über das künftige Schicksal des Kulturpalasts, der im kollektiven Bewusstsein der Pol:innen ein Symbol für die Abhängigkeit der Volksrepublik Polen von der UdSSR darstellt. In Bezug auf die Frage, ob das Gebäude abgerissen werden sollte oder nicht, war die Öffentlichkeit gespalten.

Die Gegner:innen des Warschauer Kulturpalasts, die größtenteils im rechten politischen Lager angesiedelt sind, aber auch viele politisch neutrale Warschauer:innen betrachten ihn als ideologischen „Fremdkörper“, der die Stadtsilhouette angeblich „deformiert“ habe. Im Zuge der Diskussionen bezog man sich u. a. auf das Schicksal einer anderen ehemaligen Dominante in der Warschauer Skyline, nämlich auf die russisch-orthodoxe Aleksander-Newski-Kirche, die 1924 aufgrund eines Beschlusses des polnischen Parlaments abgetragen wurde.<sup>50</sup> Es wurden auch Stimmen laut, die daran erinnerten, dass historische Miethäuser, die den Zweiten Weltkrieg überstanden hatten, für den Bau des Kulturpalasts abgerissen wurden. Die Gegenseite argumentiert, dass der Kulturpalast ein wichtiger Bestandteil nicht nur der Stadtlandschaft, sondern auch der polnischen Zeitgeschichte und Identität der heutigen Warschauer:innen geworden sei. Vor diesem Hintergrund entstand 2005 die Idee, in seinem Innerem ein Museum des Kommunismus einzurichten<sup>51</sup>, was bislang jedoch nicht umgesetzt wurde.

---

<sup>49</sup> Nachdem 2000 im höheren Teil des Kulturpalasts eine Turmuhr eingerichtet worden war, galt sie zu diesem Zeitpunkt als höchste Turmuhr der Welt.

<sup>50</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt war der Glockenturm (70 Meter) der Aleksander-Newski-Kirche die Dominante in der Stadtsilhouette gewesen. Nach seiner Sprengung wurde selbige das sogenannte PAST-a Hochhaus (1908 erbaut, 51,5 Meter hoch) und ab 1933 das Prudential-Hochhaus (66 Meter) – das damals zweithöchste Gebäude in Europa. Die beiden 1944 zerstörten Hochhäuser wurden nach dem Krieg wiederaufgebaut. Zur politisch-ideologischen Bedeutung einer Dominante in der Stadtsilhouette an verschiedenen historischen Beispielen vgl. Igor Kąkolewski, *Wieże i dachy dotykają nieba... Horyzont miasta w zasięgu i poza zasięgiem wzroku*, in: *Borussia* 55/2015, S. 87-100.

<sup>51</sup> Powstaje Muzeum Komunizmu, in: <https://um.warszawa.pl/-/powstaje-muzeum-komunizmu> (5.08.2025).

Letztendlich haben sich die Befürworter:innen des historisch belasteten Bauwerks durchsetzen können, so dass der Kulturpalast 2007 unter Denkmalschutz gestellt wurde. Die Stimmen, die für seinen Abriss plädieren – insbesondere aus der PiS –, kommen dabei nicht zum Schweigen, wie sich etwa während der Parlamentsdebatten (2017-2018) über die von rechten Parteien propagierte „second wave of decommunization“ zeigte.<sup>52</sup> Zugleich ermöglichen die neuen Entwicklungspläne für das Stadtzentrum einen freien Wettbewerb zwischen den neu errichteten Wolkenkratzern in der Skyline des modernen Warschau.<sup>53</sup>

Der letzte hier thematisierte Gesichtspunkt betrifft nicht direkt die Rekonstruktion der historischen Bausubstanz Warschaus, sondern beleuchtet eher die parteiübergreifende Erinnerungspolitik des Landes nach 1989, dessen Bevölkerung traditionell und mehrheitlich römisch-katholisch ist. Es handelt sich hierbei um ein Phänomen, dass sich als „Phantomrekonstruktion“ bezeichnen lässt, wie das Beispiel der unlängst abgeschlossenen Bauarbeiten des Tempels der Göttlichen Vorsehung zeigt. Der erste Entwurf dieser Kirche entstand im Laufe der letzten tiefgreifenden politischen Reformen in Polen und der Verabschiedung der ersten modernen Verfassung in Europa am 3. Mai 1791.<sup>54</sup> Nach dem Parlamentsbeschluss vom Mai 1791 sollte in Erinnerung an selbiges Ereignis ein christlicher Tempel errichtet werden (wenn auch mit stark freimaurerisch geprägter Symbolik), dessen klassizistischer Entwurf vom königlichen Architekten Jakub Kubicki im Folgejahr fertiggestellt wurde. Vor dem Hintergrund der Teilungen Polens konnte das Vorhaben nicht mehr umgesetzt werden.<sup>55</sup> Da die Verfassung vom 3. Mai zu einem der wichtigsten *lieux de mémoire* im kollektiven Bewusstsein der Polen im 19. Jahrhundert avancierte, kehrte man zur Idee zurück, den Tempel der Göttlichen Vorsehung schon kurz nach der Wieder-

<sup>52</sup> Florian Kellermann, *Warschauer Kulturpalast droht der Abriss*, in: <https://www.deutschlandfunk.de/polen-warschauer-kulturpalast-droht-der-abriss-100.html> (28.06.2022); Ann Babe, *The Movement to Destroy Warsaw's Tallest Building*, in: <https://nextcity.org/features/the-movement-to-destroy-warsaws-tallest-building> (5.08.2025).

<sup>53</sup> 2021 wurde der Kulturpalast als höchstes Gebäude in Warschau (nach der Installation der Antenne im Jahr 1994 misst er nun 234 Meter) vom modernen Varso-Wolkenkratzer (310 Meter) abgelöst, der aktuell das höchste Hochhaus in der Europäischen Union ist.

<sup>54</sup> Richard Butterwick, *Die Verfassung vom 3. Mai 1791. Das Vermächtnis des Polnisch-Litauischen Unionsstaats*, Berlin 2021.

<sup>55</sup> Zur Geschichte des Bauwerks siehe Marta Jankowska, *Świątynia Opatrzności ku czci Konstytucji 3 Maja*, Warszawa 1991.

erlangung der Unabhängigkeit in den 1920er Jahren zu errichten. Als mögliche Alternative für den Bau der römisch-katholischen Kirche wurde der Standort der russisch-orthodoxen Alexander-Newski-Kirche diskutiert.<sup>56</sup> Nach mehreren Wettbewerbsausschreibungen in den 1930er Jahren setzte sich letztlich der Entwurf von Bohdan Pniewski durch, der von der Öffentlichkeit als Mischung eines Hochhauses im Chicagoer Stil und einer französischen gotischen Kathedrale bezeichnet wurde. Das 110 Meter hohe Gebäude sollte auf dem Gelände des ab 1935 geplanten, repräsentativen Józef-Piłsudski-Viertels entstehen und zur neuen Dominante der Warschauer Silhouette werden. Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs waren die Baupläne zum Scheitern verurteilt,<sup>57</sup> und in den ersten Nachkriegsjahren hatten die Stimmen, die diese Idee wieder aufgriffen, angesichts des staatlich geförderten Atheismus keinerlei Aussicht auf Erfolg. Dies änderte sich erst in den 1990er Jahren, als sich im Zuge zweier architektonischer Wettbewerbe 1999-2000 sich ein Entwurf von Wojciech und Lech Szymborski durchsetzte. Sowohl die Rahmenbedingungen des zweiten Wettbewerbs als auch der preisgekrönte Entwurf sahen die Entstehung eines monumentalen Gebäudes vor, das im Grunde genommen eine moderne Version des historischen Entwurfs von 1791 war. Die historischen Assoziationen wurden auch bei der Grundsteinlegung 2002 deutlich; so wurde ein historischer Grundstein verlegt, der 1792 für den nie vollendeten Bau verwendet worden war. Der Tempel der Göttlichen Vorsehung wurde 2016 seiner eigentlichen Bestimmung übergeben und hat sowohl eine sakrale als auch eine museale Funktion; in seinem Inneren befindet sich u. a. das „Pantheon der Großen Polen“.<sup>58</sup> Im selben Jahr erhielt das Bauwerk in einer Umfrage eines linksliberalen Onlineportals den Negativ-Preis „Makabryła“ für das hässlichste Gebäude des Jahres.<sup>59</sup>

<sup>56</sup> Błażej Brzostek, *Paryż w innej Europie. Warszawa i Bukareszt, XIX i XX wiek*, Warszawa 2015, S. 150.

<sup>57</sup> Irena Grzesiuk-Olszewska, *Świątynia Opatrzności i dzielnica Piłsudskiego. Konkursy w latach 1929-1939*, Warszawa 1993; Jarosław Trybuś, *Warszawa niezaistniała. Niezrealizowane projekty urbanistyczne i architektoniczne Warszawy dwudziestolecia międzywojennego*, Warszawa 2012, S. 238-253 und 293-303.

<sup>58</sup> Siehe die kritische Einschätzung von Roman Pawłowski, *Kulturkampf. Rechter Marsch durch die Institutionen*, in: *Osteuropa* 1-2/2016, S. 161-170. Vgl. auch die offizielle Website des Tempels der Göttlichen Vorsehung: <https://www.centrumopatrznosci.pl/> (28.06.2022).

<sup>59</sup> *Makabryła Roku 2016 dla Świątyni Opatrzności Bożej. Oto wyniki głosowania*, in: <https://www.bryla.pl/bryla/56,85301,21513189,makabryla-roku-2016-trafi-do-swiatyni-opatrznosci-bozej-zobaczcie.html> (5.08.2025).

\*\*\*

Mit dem Begriff „Wiederaufbau Warschaus“ wird in der Regel die erste Phase des Wiederaufbaus zwischen 1945 und 1956 bezeichnet. Sie beruhte auf dem Prinzip der puristischen und dadurch zwangsläufig idealisierenden Rekonstruktion historischer Bauwerke. In Fachkreisen oft kritisiert, markierte diese Tendenz im Bereich der Denkmalpflege doch eine neue Richtung, die manchmal als „Warschauer Sonderweg“ bezeichnet wird. Wie umstritten die Methoden des damaligen Wiederaufbaus von Warschau waren, verdeutlicht die Tatsache, dass der erste Antrag auf Aufnahme der rekonstruierten historischen Stadteile von Warschau als Unesco-Weltkulturerbe 1979 abgelehnt wurde. Begründet wurde dies mit dem Argument, dass die nach dem Krieg wiederaufgebauten historischen Stadtkomplexe Warschaus nicht authentisch seien. Erst der zweite Antrag 1980 war erfolgreich.<sup>60</sup>

Nichtsdestoweniger beeinflussen die Prinzipien des „Wiederaufbaus aus dem Nichts“, die das BOS-Team in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre annahm, bis heute den Prozess der Rekonstruktion bedeutender Baudenkmäler Warschaus. Auch beim Wiederaufbau anderer architektonischer Ensembles in Europa und der Welt, die durch Kriege oder Naturkatastrophen zerstört oder beschädigt wurden, fungierten sie als Vorbild – wie etwa im Fall des Schlosses Charlottenburg in Berlin, der Zitadelle von Hue in Vietnam oder der italienischen Städte Venedig und Gemona. Beim Wiederaufbau der Brücke in Mostar oder der Altstadt in Dubrovnik richtete man sich ebenso nach dem Beispiel Warschaus; diese beiden historischen Stätten behielten nach dem Wiederaufbau ihren Platz auf der UNESCO-Weltkulturerbeliste. 2017 wandte sich die Unesco-Kommission sogar an die polnische Regierung, um bei der Vorbereitung des Wiederaufbauprojektes für die syrische Stadt Aleppo mitzuwirken.<sup>61</sup>

Es ist nicht auszuschließen, dass vielleicht gerade eine außereuropäische Wahrnehmung von Authentizität besser zur Verbreitung des „Warschauer Sonderweges“ beitragen kann. Wie Małgorzata Popiołek-Roßkamp schreibt:

---

<sup>60</sup> Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 313 ff., 316 f.; Herber, *Wiederaufbau der Warschauer Altstadt*, S. 240-286.

<sup>61</sup> Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 320-328; Herber, *Wiederaufbau der Warschauer Altstadt*, S. 288-296.

*Seit der Nara-Konferenz 1994 wird der westlich geprägte Denkmalbegriff, der auf der Authentizität der Bausubstanz beruht, angesichts des asiatischen Verständnisses des Authentischen, der auf der Erhaltung beziehungsweise Wiederholung der Form, Funktion und mit diesen verbundenen Tradition basiert, deutlich gelockert. Damit wäre Warschau im Sinne des immateriellen Erbes authentisch.<sup>62</sup>*

## **Abstract**

Plans for rebuilding Warsaw, destroyed during the Second World War, began to be developed already in February 1945 with the establishment of the Bureau for the Rebuilding of the Capital (BOS). Intensive work by the BOS led to the reconstruction of Warsaw's historic buildings, mainly from the 17th, 18th and partly the 19th century. This first phase was largely completed in 1952, although the reconstruction and renovation of many historic buildings continued into the 1960s. At the end of the 1940s and the beginning of the 1950s, there were also heated debates among BOS employees about reconstruction strategies. The discussions were characterized both by the ideas of functionalism developed in the pre-war period and by the ideological principles of Stalinism. The second phase began in the 1970s with the plan initiated by the communist government to rebuild Warsaw's Royal Castle and Ujazdowski Castle. This first project in particular mobilized the public in Poland and abroad, which also supported the reconstruction of the Royal Castle financially. There were rather unofficial discussions about the aims of the national policy of remembrance and the possibility of preserving the Royal Castle ruins as a memorial to war crimes. The third phase began after the fall of communism in 1989 and focused on the hitherto inconclusive debates about the reconstruction of the Saxon Palace, which had been an important element of the urban axes of the city center from the mid-18th century until its destruction in 1944. At the same time, numerous memorial projects commemorating the Warsaw Ghetto Uprising of 1943 and the Warsaw Uprising of 1944 were implemented during the so-called transformation period, which led to a redesign of the urban landscape of remembrance.

---

<sup>62</sup> Popiołek-Roßkamp, *Warschau*, S. 341.

**Keywords:** Post-war reconstruction of Malbork Castle, reconstructions of monuments, politics of memory, legend of the Teutonic Order

## Die Zerstörung und Last der Vergangenheit

„Es war Wahnsinn, die Marienburg zur Festung zu erklären, nicht dafür haben Schön, Steinbrecht und ich sie nicht wieder aufgebaut,“ schrieb der letzte deutsche Konservator der Marienburg, Bernhard Schmid, kurz vor seinem Tod 1946 in Husum.<sup>2</sup> Aus diesen Worten spricht seine ganze Bestürzung und Frustration über die Zerstörung der Burg 1945. Vier Wochen lang hatten die nationalsozialistischen Truppen die zur Festung ernannte Burg verteidigt. Der massive Beschuss durch die Rote Armee zwischen dem 23. Januar und dem 9. März 1945 zerstörte den gesamten Ostteil der Burg. Die Schlosskirche und die Annakapelle lagen bis auf die Stützmauern und – durch einen glücklichen Zufall – die Vorhalle im Westteil in Ruinen, der Ostflügel des Mittelschlusses mit der Bartholomäuskapelle wurde stark beschädigt, auch der Ostflügel des Hochschlusses war in Mitleidenschaft gezogen worden (er war um seinen Giebel gebracht worden), das Gewölbe des Dormitoriums und der sogenannte Pfaffenturm waren eingestürzt. Im Bereich der Vorburg waren u. a. das Haupttor und das Neue Tor im

---

<sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag ist ursprünglich auf Polnisch erschienen als: Tomasz Torbus, *Malbork 1945–2016 – odbudowa pod znakiem udomowienia wroga*, in: ders. (Hg.), *Rekonstrukcje, dekonstrukcje, (nad)interpretacje. Studia o losach architektury środkowoeuropejskich miast i rezydencji w aspekcie politycznym (XIX–XXI wiek)*, Gdańsk 2019, S. 108–125.

<sup>2</sup> Briefkarte an Baumeister Schirmacher vom 21.03.1946, zit. n. Rainer Zacharias, *Bernhard Schmid (1872–1947), Preußischer Landeskonservator und Baumeister der Marienburg*, in: Bernhard Jähning/Georg Michels (Hg.), *Das Preußenland als Forschungsaufgabe. Festschrift für Udo Arnold zum 60. Geburtstag*, Lüneburg 2000, S. 689.

Zuge der Kriegshandlungen zerstört worden. Perlen der europäischen Kunstgeschichte, wie die mit venezianischen Mosaiken bedeckte, acht Meter hohe Marienstatue in einer Außennische der Schlosskirche, wurden buchstäblich vom Erdboden verschluckt. Der Großteil der Innenausstattung ging unwiederbringlich verloren, ebenso die aus den Danziger und Pelpliner Bibliotheken evakuierten Bücher (die übrigens für den Bau von Schießbefestigungen verwendet worden waren). Insgesamt fielen etwa 50 Prozent der Bausubstanz den Kriegszerstörungen zum Opfer.<sup>3</sup>



Abb. 1: Władysław Hodakowski, Ansicht der zerstörten Burg von der Ostseite, 1946 r., Muzeum Zamkowe w Malborku, mzm\_dh\_ip\_4\_4

Wie Maciej Kilariski feststellte, gab es in der Burg keinen Raum, der während des Krieges nicht in Mitleidenschaft gezogen worden wäre.<sup>4</sup> Die Kämpfe um die mittelalterliche Burg, die mithilfe von Kriegswerkzeugen aus dem 20. Jahrhundert geführt wurden, hinterließen bleibende Wunden am Objekt, sowohl an der originalen Bausubstanz aus Zeiten des Deutschen Ordens als auch an den rekonstruierten Elementen aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Sie waren ein eigentümliches „Resümee“ einer europaweit einmaligen Wiederaufbauaktion, die 1817 begonnen hatte und unter der Leitung des oben erwähnten Bernhard Schmid noch während des Zweiten Weltkriegs abgeschlossen wurde.

<sup>3</sup> Zu den Kriegsschäden vgl. z. B. Gustav Fieguth, *Marienburg 1945. Kampf um Stadt und Burg*, München 1992; Mariusz Mierzwiński, *Zamek malborski w latach 1945-1960*, in: *Studia Zamkowe* 1/2004, S. 12-15; Maciej Kilariski, *Odbudowa i konserwacja zespołu zamkowego w Malborku w latach 1945-2000*, Malbork 2007, S. 36-41.

<sup>4</sup> Kilariski, *Odbudowa i konserwacja*, S. 41.



Abb. 2: Ewa Pokornowska, Relief auf dem Aufsatz des Treppenhauses des Hauptturms von Marienburg (nicht mehr vorhanden), Muzeum Zamkowe w Malborku, mzm\_1972\_957

Der Wiederaufbau der Burg unter den neuen politischen Verhältnissen und der neuen Machthaber, der Volksrepublik Polen, war keine Selbstverständlichkeit. In den Augen der Pol:innen war dieses teilweise ruinierte Bauwerk mit negativen historischen Konnotationen beladen. Mehr noch als die Erinnerung an den Deutschen Orden, den Hauptgegner Polens im 14. und 15. Jahrhundert, lastete die seit etwa 1870 zu beobachtende Instrumentalisierung des Bauwerks im Rahmen der deutsch-polnischen Auseinandersetzungen auf der Marienburg. Der 1817 begonnene Wiederaufbau der Burg wurde zu einer politischen Frage, die sich in historischen Schauspielen und den Reden Kaiser Wilhelms II. zu Beginn des 20. Jahrhunderts widerspiegelte,<sup>5</sup> der dem Deutschen Orden den Rang eines Gesandten zuwies, der den „kulturlosen“ Völkern Osteuropas den Segen einer höheren Zivilisation brachte.<sup>6</sup> Diese Tradition setz-

<sup>5</sup> Heinrich Knapp, *Das Schloß Marienburg in Preußen. Quellen und Materialien zur Baugeschichte nach 1456*, Lüneburg 1990, S. 110.

<sup>6</sup> Vgl. Elisabeth Crettaz-Stürzel, *Eine feste Burg – ein festes Reich. Die Rekonstruktion der Marienburg und der Hochkönigsburg als symbolische Grenzfesten des Deutschen Kaiserreiches und die politische Burgenrenaissance in Europa*, in: Arnold Bartetzky (Hg.), *Geschichte bauen. Architektonische Rekonstruktion und Nationenbildung vom 19. Jahrhundert bis heute*, Köln 2017, S. 62-90.

te sich in der aggressiven Rhetorik der Weimarer Republik fort, die die „blutende Grenze“ zwischen Deutschland, Polen und der Freien Stadt Danzig in Form eines mit Stacheldraht bewehrten Grenzübergangs an der Holzbrücke direkt vor der Burg betonte. Die Ordensburgen erfüllten eine Symbolfunktion, die zur Revision des „schreienden Unrechts“ des Versailler Vertrages mobilisieren sollte. In den Augen der nationalsozialistischen politischen Eliten war der September 1939 eine historische Revanche für die Schmach von Grunwald.<sup>7</sup> Auf symbolischer Ebene wurde dies durch ein mediales Ereignis ergänzt, nämlich die feierliche Rückführung der Ordensbanner von der Krakauer Burg auf die Marienburg.<sup>8</sup> Die Banner – genauer gesagt Kopien der mittelalterlichen Originale, was die nationalsozialistischen Organisatoren des Happenings zunächst nicht wussten – sollten die symbolisch frisierte Vergangenheit mit der Gegenwart verknüpfen: „Über die Banner des Ordens flattern nun die Siegeszeichen der Nation. Sie wehen über den Schlachtfeldern des Polenfeldzuges, über denen in Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich. Wo immer sie auch zum Himmel steigen: die Freiheit des deutschen Ostens ist ihr Ruf.“<sup>9</sup> Auf diese Weise wurde der Krieg zu einer höheren Notwendigkeit, die vom Schicksal, der Geschichte, den Bedürfnissen der germanischen Rasse oder immanenten nationalen Bestrebungen diktiert wurde.<sup>10</sup> Bereits 1934 war auf deutschem Gebiet mit dem Bau von drei Schulungsstätten begonnen worden (u. a. im heutigen Złocieniec in Westpommern), die als Kaderschmieden der NSDAP galten und als „Ordensburgen“ bezeichnet wurden.<sup>11</sup> Dieser Begriff war eindeutig mit dem Deutschen Orden der Heiligen Mutter Gottes konnotiert, also mit den Kreuzrittern, zumal gerade in Marienburg, nördlich von der mittelalterlichen Burg, der Bau der Hauptordensburg geplant gewesen war, in der die abschließenden Schulungen stattfin-

<sup>7</sup> Friedrich-Albert Meyer, *Marienburg – Stadt und Burg des Glaubens! Ordensbanner ziehen ein in die Burg des Ostens*, in: *Heimkehr der Fahnen: Bericht von der feierlichen Einholung der Fahnen des Deutschen Ritterordens von der Burg zu Krakau in die Marienburg*, 19. Mai 1940, Danzig 1940, S. 24.

<sup>8</sup> Vgl. Tomasz Torbus, *Die nationalsozialistischen Ordensburgen. Baugeschichte – Funktion – Formensprache*, in: Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege/Archäologisches Landesmuseum (Hg.), *Bildung und Denkmalpflege, 78. Tag für Denkmalpflege. Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, Brandenburg an der Havel, 16.-19. Mai 2010*, Worms 2010, S. 166-172.

<sup>9</sup> Meyer, *Marienburg*, S. 19.

<sup>10</sup> Vgl. Piotr Krakowski, *Sztuka Trzeciej Rzeszy*, Kraków 2002, S. 103-104.

<sup>11</sup> Alfred Rosenberg, *Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit*, München 1930, Absatz 546.

den sollten.<sup>12</sup> Auch wenn diese Pläne nie verwirklicht wurden, war die Instrumentalisierung der Ordensritter und ihres Erbes offensichtlich. Ideologisch geprägt waren auch einige Protagonist:innen des Wiederaufbaus der Marienburg. Schmid scheint den Zusammenhang von Ursache und Wirkung der Ereigniskette – die Verherrlichung des Ordens im Dienste des totalitären Staates und den Bankrott seiner Ideologie – nicht begriffen zu haben (bzw. haben zu können), „daß selbst dieser geliebte Gegenstand im Strudel der militärischen Niederlage vernichtet werden könnte“, zumal die Marienburg für Schmid „das Symbol für ein vaterländisches Identifikationsbedürfnis dar[stellte] und [...] von ihm letztlich auch als ein ‚gegen den Osten‘ gerichtetes Nationalheiligtum interpretiert“ wurde.<sup>13</sup>

### Für und wider einen Wiederaufbau

Dieser historische Exkurs verdeutlicht, dass der polnische Staat über den Umgang mit einem Erbe zu entscheiden hatte, das ihm nicht nur ethnisch „fremd“, sondern – unter Berücksichtigung der oben genannten Fakten – sogar feindlich gesinnt war. Die Volksrepublik Polen, die Umgesiedelten aus den ehemaligen Ostgebieten Polens oder auch die Ankömmlinge aus Zentralpolen wurden zu Depositär:innen der Marienburg, jener gigantischen Kriegerstätte. Vergleicht man diese Instrumentalisierung des Deutschen Ordens im Deutschen Reich mit der schwarzen Kreuzritterlegende, die als Antwort auf die deutsche Politik nach 1871 zu einem Teil des polnischen Nationalethos geworden war, so wird deutlich, dass die Marienburg mehr als nur ein konservatorisches

<sup>12</sup> Tomasz Torbus, *Krössinsee (zachodniopomorski Złocieniec-Budowo) i inne narodowosocjalistyczne „zamki zakonne“*. Budowa – funkcja – kostium stylowy, in: *Porta Aurea. Rocznik Instytutu Historii Sztuki w Gdańsku* 17/2018, S. 117; Petra Leser, *Der Kölner Architekt Clemens Klotz (1886-1969)*, Köln 1991, S. 502; <https://de.wikipedia.org/wiki/NS-Ordensburg> (22.11.2024); [https://de.wikipedia.org/wiki/Marienburg\\_\(Ordensburg\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Marienburg_(Ordensburg)) (22.11.2024). Vgl. auch zwei neuere Studien über die Architektur NS-Deutschlands: Fabian Link, *Burgen und Burgenforschung im Nationalsozialismus. Wissenschaft und Weltanschauung 1933-1945*, Köln 2014, S. 57; Michael Flaggmeyer, *Zwischen Gralsmythos und Führerschule – Die Ordensburgen der Deutschen Arbeitsfront*, in: Tilman Harlander/Wolfram Pyta (Hg.), *NS-Architektur. Macht und Symbolpolitik*, Berlin 2012, S. 83; Torbus, *Die nationalsozialistischen Ordensburgen*; ders., „A rough, graceless citadel“ – *Ordensburg Krössinsee*, in: Jacek Purchla/Zanna Komar (Hg.), *The architecture of the Third Reich in Poland – dissonant heritage?*, Kraków 2020, S. 349-374.

<sup>13</sup> Zacharias, *Bernhard Schmid (1872-1947)*, S. 712.

Problem darstellte. Diesen ideologisch-nationalen Ballast galt es vor der Entscheidung für oder wider einen Wiederaufbau entweder abzuwerfen oder umzugestalten. Eine Analyse von Pressestimmen aus den Jahren 1945-1973 ermöglicht daher nicht nur die Rekonstruktion der Chronologie des Wiederaufbaus, sondern auch die Erforschung der Beweggründe für die Durchführung der Rekonstruktion als solche.<sup>14</sup>

Die Last der Vergangenheit wirkte sich auf das Verhältnis der neuen polnischen Eigentümer zur historischen Substanz der Burg selbst aus. Nach 1945 entbrannte eine Diskussion über die (Un)Sinnhaftigkeit des Wiederaufbaus, die nur zeitweise öffentlich geführt wurde, und deren Fronten keineswegs – wie anzunehmen wäre – nur zwischen den Befürworter:innen und Gegner:innen der neuen Regierung bzw. zwischen der Regierung und Expert:innen verliefen.

Während sich allmählich die Meinung durchzusetzen begann, dass das Bauwerk allein schon aus architektonischen Gründen – unabhängig von seiner historischen Konnotation – erhaltenswert sei, wurde der Wiederaufbau durch die Preußen zwischen 1817 und 1944 immer noch durchweg negativ bewertet. Es handelte sich, wie ein anonymes Autor 1946 urteilte, um „eine Rekonstruktion, die von den Deutschen in der letzten Hälfte des Jahrhunderts mit dem ihnen eigenen Hochmut durchgeführt wurde, indem sie die pseudomonumentalen gotischen Umrisse des Bauwerks betonten.“<sup>15</sup> 1954 machte Sławomir Sierecki im *Głos Wybrzeża* auf den Zusammenhang zwischen der Eroberung der Marienburg im Jahre

<sup>14</sup> In diesem Zusammenhang habe ich regionale und überregionale Zeitungen (*Głos Wybrzeża*, *Sztandar Młodych* usw.) für den Zeitraum zwischen 1945 und 1973 ausgewertet, da die Bauarbeiten am Hoch- und Mittelschloss 1973 weitgehend abgeschlossen waren. Die Rekonstruktionsarbeiten an der Schlosskirche und in der Vorburg dauerten bis in die 1990er Jahre bzw. bis ins 21. Jahrhundert an. Erschöpft hat sich dieses Thema noch nicht, vor allem weil ich Sammlungen von Artikeln über die Burg verwendet habe, die sich im Besitz des Burgmuseums in Malbork (Abteilung für Dokumentation) befinden und unvollständig sind. Die Ergebnisse dieser Forschungen sind zu finden in: Tomasz Torbus, *Die Marienburg im polnischen Pressespiegel 1945-1973 – der Wiederaufbau und die „Domestizierung eines fremden Erbes“*, in: Bernd Ulrich Hucker (Hg.), *Die Marienburg. Vom Machtzentrum des Deutschen Ordens zum mitteleuropäischen Erinnerungsort*, Paderborn 2013, S. 207-221. Ein Teil der Zeitungszitate wurde bereits von Mariusz Mierzwiński veröffentlicht (vgl. Mierzwiński, *Zamek malborski*).

<sup>15</sup> A. R., [ohne Titel], in: *Wiatr od Morza* 5/1946, S. 16; vgl. auch Lech Pietrzak, *Casus Malbork*, in: *Kurier Polski*, 23.09.1959; Gołubiew, *Mit o Drang nach Osten*,

1410 (sic) und der Roten Armee aufmerksam, die die Burg „befreite“ und „Polen uraltes Land zurückgab“. Die Marienburg sei „ein Symbol der besieigten Macht des Kreuzrittertums und seiner Nachfolger“, wo

*jeder Stein, jeder Ziegel dieses Bauwerks vor allem von der dunklen Geschichte der düsteren Burg erzählt, von den Leiden der einheimischen Bevölkerung, die unter der Peitsche des Kreuzritterfußsoldaten das Baumaterial heranschleppte und für sich selbst einen Kerker und eine riesige Folterkammer errichtete.*<sup>16</sup>

Die schärfsten Kritiker:innen forderten den Abriss der beschädigten Teile des Bauwerks als Nest „hitleristisch-kreuzritterlicher“ Verbrechen, sowie solcher Fragmente „der Burg [...], die heutzutage kein architektonisch interessantes Objekt mehr darstellt“, die ohnehin nur als Rekonstruktion zu betrachten seien.<sup>17</sup> „Die Nachahmung alter Möbel aus armseligem Material gibt nur einen äußerlichen Eindruck ihres alten Stils, der ausreicht, um ein breites deutsches Publikum zu rühren, uns erscheint sie nur als Ramsch.“<sup>18</sup> In der Regel wurde lediglich der Abriss beschädigter Fragmente gefordert, etwa um Baumaterial für den Wiederaufbau zerstörter polnischer Städte zu gewinnen, doch der Großteil der Pressestimmen sprach ein insgesamt vernichtendes Urteil aus. Entgegen mancher Interpretation riefen selbst die schärfsten Kritiker:innen nicht zur Zerstörung der Burg auf, zumal sie in ihr auch interessante Elemente sahen: „Man muss das Schöne und Wertvolle vor der Vernichtung schützen, teilweise sind einige Befestigungsarbeiten im Gange, und der Rest möge eine Ruine bleiben, wie die gesamte preußische Macht.“<sup>19</sup>

All diese Zitate spiegeln die Atmosphäre jener Zeit wider, jedoch waren ihre Verfasser:innen keine Entscheidungsträger:innen, über deren Beweggründe wir nur Vermutungen anstellen können. Ge-

in: *Tygodnik Powszechny* 9/1960, S. 1-4; K. K., *Czemu służyć ma teoria Drang nach Osten?*, in: *Tygodnik Powszechny* 17/1960, S. 2.

<sup>16</sup> Sławomir Sierecki, *W twierdzy siedemnastu mistrzów*, in: *Głos Wybrzeża*, 18.12.1954.

<sup>17</sup> Pietrzak, *Casus Malbork*; Gołubiew, *Mit*; K. K., *Drang nach Osten*.

<sup>18</sup> Amelia Łaczyńska (Hg.), *Biuletyn Informacyjny Wydziału Kultury i Sztuki przy Urzędzie Wojewódzkim w Gdańsku*, 3/1946. *Starostwo Powiatowe w Malborku 1945-50, Referat Kultury i Sztuki*, in: *Archiwum Państwowe w Malborku*, Sygn. 63/181, S. 18-25.

<sup>19</sup> Amelia Łaczyńska, zit. n. Mierzwiński, *Zamek malborski*, S. 13.

gen den Wiederaufbau der Marienburg in ihrer Vorkriegsgestalt sprach sich u. a. der verdiente Kunsthistoriker Stanisław Lorentz aus, bei dem das Kriegstrauma eine strikt antideutsche Haltung hervorgerufen hatte.<sup>20</sup> Vor dem Krieg mit deutschen Kolleg:innen befreundet (beispielsweise mit Dagobert Frey), musste er als Direktor des Königlichen Schlosses in Warschau im Herbst 1939 miterleben, wie der deutsche Kunsthistoriker Frey in Warschau anhand von Listen, die aller Wahrscheinlichkeit nach noch während dessen Freundschaftsbesuchen in Polen erstellt worden waren, Kunstgegenstände beschlagnahmte.<sup>21</sup> Zweifellos trotzten Lorentz' spätere Worte vor Ressentiments gegen die Deutschen, doch richteten sich seine Polemiken vor allem gegen die Rekonstruktion der Marienburg durch die Preußen im 19. und 20. Jahrhundert, wohingegen die Erhaltung der Bausubstanz aus der Zeit des Deutschen Ordens für ihn eine offensichtliche Angelegenheit darstellte. 1959 wettete er gegen die „Verblendung“ der ersten Kurator:innen des polnischen Museums, die die Innenräume aus dem 19. Jahrhundert schlichtweg nicht entfernt hatten.<sup>22</sup> Heutzutage lässt sich nicht mehr feststellen, was er im Sinn hatte: die Adaptierung der Ruinen mit Betonung mittelalterlicher Elemente, oder auch den Wiederaufbau der gotischen Innenräume. In einem 1960 in der Presse erschienenen Artikel verteufelte er nicht nur die Zerstörung der aus der dreihundertjährigen Zugehörigkeit der Marienburg zu Polen stammenden Elemente beim Wiederaufbau durch die Preußen, sondern beklagte auch das Fehlen einer deutlichen Akzentuierung dieser polnischen Epoche in der neuen Museumsausstellung:

*Seltsam verblendet [...] entwickelten und kultivierten wir ein Interesse für die älteste Periode, die 170 Jahre, in denen die Marienburg zum Deutschen Orden gehörte, nur um die beinahe doppelt so langen 320 Jahre, als dort polnische Wojewoden herrschten und polnische Könige die Burg besuchten, lapidar zusammenzufassen.*<sup>23</sup>

In seinen publizistischen Äußerungen findet sich kein Hinweis darauf, dass er jemals den Abriss der Burg vorgeschlagen hätte; angesichts seiner konservatorischen Tätigkeit wäre ein solcher Vor-

<sup>20</sup> Stanisław Lorentz, *O Malborku – prawda i mistyfikacja*, in: *Nowa Kultura* 51/52 (1959), S. 2-15.

<sup>21</sup> Beate Störckuhl, *Paradigmen und Methoden der kunstgeschichtlichen „Ostforschung“ – der „Fall“ Dagobert Frey*, in: Robert Born (Hg.), *Die Kunsthistoriographien in Ostmitteleuropa und der nationale Diskurs*, Berlin 2004, S. 155-172.

<sup>22</sup> A. R., S. 16; Lorentz, *O Malborku*, S. 15.

<sup>23</sup> Zit. n. Stanisław Lorentz, *W Malborku*, in: *Nowa Kultura* 43/1960, S. 5.

schlag Lorentz' Vorurteilen zum Trotz auch sehr unwahrscheinlich gewesen.

Es ist schwierig, den genauen Zeitpunkt zu bestimmen, an dem man sich entschloss, die schwierige und herausfordernde Aufgabe des Wiederaufbaus der Burg in Angriff zu nehmen. Schlussendlich überwog die Auffassung, dass die Burg allein aufgrund ihrer Architektur ein Unikat und trotz der negativen historischen Konnotationen restaurierungswürdig sei – auch in der Verkleidung, in der sie der polnische Denkmalschutz übernommen hatte. Das war keineswegs eine Selbstverständlichkeit, zumal nicht nur der preußische Wiederaufbau, sondern auch die ursprüngliche Architektur des Deutschen Ordens als unästhetisch empfunden wurden. Jan Kilar-ski beschrieb schon vor dem Krieg sowie in einigen Nachkriegs-publikationen ihren Geist wie folgt:

*Das Zeitalter der Kreuzritter hat in der Architektur Danzigs aus dieser Zeit unverkennbar seine Spuren hinterlassen. Sie ist gekennzeichnet durch schwere, gedrungene Mauern, die jegliche heitere Linie meiden – düstere Mauern, die jede helle Fröhlichkeit auslöschen –, Mauern wie Gefängnisfestungen, in denen selbst das, was als Zierde gedacht war, eine harte, bedrohliche, festungsartige Gestalt annahm. Das Schloss [in Danzig] wurde zerstört; wir wissen nicht, wie es aussah. Sein Aussehen musste erschrecken, Angst machen, überwältigen.<sup>24</sup>*

Auch wenn diese Beschreibung stark übertrieben war, gibt das folgende Zitat die Stimmung der polnischen Nation wieder:

*Die Marienburg ist ein Symbol des kriegerischen Deutschtums auf unserem Boden. Die Marienburg ist die in ihren gotischen Formen gebannte, materielle Macht des Deutschen Ordens, seine Grausamkeit, Überheblichkeit und Hochmut, aber auch seine Dekadenz und Niedergang. Die wahnsinnigen Epigonen des Deutschen Ordens – die Nazis – erlitten hier wie auch an allen anderen Fronten 1945 eine schwere Niederlage. Hoffen wir, dass dieser letzte Sieg der Slawen über die Nazi-Kreuzritter besser fruchtbar gemacht wird als nach der Schlacht bei Grunwald.<sup>25</sup>*

<sup>24</sup> Jan Kilar-ski, *Gdańsk. Miasto nasze*, Warszawa 1947, S. 40. Jacek Friedrich widmete den polnischen Stereotypen über die Danziger Architektur viel Raum in: ders., *Odbudowa Głównego Miasta w Gdańsku w latach 1945-1960*, Gdańsk 2015, S. 55 ff.

<sup>25</sup> Stanisław Antoni Michałowski, *Śmierć zamku*, in: *Odra 12-13/1948*, S. 2.; vgl. auch I. Ziołowska, *Malbork święci swój dzień wyzwolenia*, in: *Dziennik Bałtycki* 79/1950, S. 3. Ähnliche Meinungen waren noch nach einem halben Jahrhundert zu

Aber auch die Befürwortung des Wiederaufbaus bedeutete nicht unbedingt den Sieg eines neutralen Urteils über die Architektur des Deutschen Ordens, denn – wie der Journalist M. Dybowski 1946 schrieb –

*es ist nicht nur möglich, die Burg wiederaufzubauen und in ihrer ganzen Pracht wiederherzustellen, sondern auch notwendig. Obwohl die Repolonisierung der Wiedergewonnenen Gebiete den Abriss aller Denkmäler der germanischen Herrschaft erfordert, muss die Marienburg als Ausnahme behandelt werden. Denn es gibt kein anderes Denkmal der deutschen Gewalt auf dem Boden der Rzeczpospolita, das sich durch seine Größe, seinen Charakter und seine historische Vergangenheit so gut dazu eignet, in ein zentrales Museum für die deutschen Verbrechen in Polen umgestaltet zu werden, wie eben der Sitz des Deutschen Ordens in Malbork. [...] Und im großen Kapitelsaal des Hochschlosses [soll] mit vereinten Kräften aller polnischen Malerkünstler ein Panorama des polnischen Martyriums [geschaffen] werden. Dies alles mit dem Ziel, dass im Geiste eines jeden Polen niemals Zweifel über die doch feindlichen Absichten eines jeden Deutschen gegenüber einem jeden Polen aufkommen mögen.<sup>26</sup>*

## Der Wiederaufbau

Die provisorische Sicherung, Trümmerbeseitigung sowie erste Restaurierungsarbeiten erfolgten unmittelbar nach 1945. Die Burgruine wurde zu einer für Besucher:innen unzugänglichen Filiale des Museums der Polnischen Armee in Warschau.<sup>27</sup> Dass Jan Borowski erst 1949 – also drei Jahre nach der Eintragung der Stadttore, des Rathauses und der Pfarrkirche der Stadt Malbork ins Denkmalverzeichnis – die Burg aufnehmen ließ, ist symptomatisch. Diese – wenn auch späte – Eintragung bedeutete ein klares Veto gegen jegliche Ideen von einem Abriss der Marienburg.<sup>28</sup> Längst ging es nicht mehr um die Frage, ob ein Wiederaufbau erfolgen sollte, son-

lesen, vgl. Jerzy Waldorff, *Kogo winić za tę hanbę?*, in: *Polityka* 44/1994, sowie die Replik von Mariusz Mierzwiński, *Z posępnego notatnika*, in: *Polityka* 1/1995, S. 4-5.

<sup>26</sup> M. Dybowski, *Co zrobić z zamkiem malborskim? Warownia krzyżacka sanktuarium polskiej martyrologii*, in: *Dziennik Bałtycki* 194/1946, S. 3, zit. n. Friedrich, *Odbudowa Głównego Miasta*, S. 63.

<sup>27</sup> Vgl. Mariusz Mierzwiński, *Restitutio ad integrum. Refleksje z okazji 25-lecia Muzeum Zamkowego w Malborku*, in: *Muzealnictwo* 31/1988, S. 36-48.; Kilarski, *Odbudowa i konserwacja*; Torbus, *Die Marienburg im polnischen Pressespiegel*.

<sup>28</sup> Archiwum Muzeum w Nysie, Stanisław Kramarczyk [Nachlass; einzelne Mapen]. Sygn. 1-18. I. Archiwum Państwowe w Malborku, *List J. Borowskiego do władz miejskich z dnia 20.09.1949* [Information über den Eintrag der Marienburg

dern wann und wie. Einer, der sich damals zum künftigen Wiederaufbau der Burg äußerte, war der Nestor der polnischen „Kreuzritterkunde“ Karol Górski, dessen ungedruckte Denkschrift zum Wiederaufbau der Marienburg Wiesław Sieradzan in einem 2016 erschienenen Artikel interpretierte.<sup>29</sup> Górski sprach sich für den Wiederaufbau des Hoch- und Mittelschlusses aus, postulierte in Bezug auf das Vorschloss allerdings nur den Erhalt der St.-Lorenz-Kapelle und weiterer Gebäude wie des Karwans und des Buttermilchturms. Der Schnitzturm sollte eine Ruine bleiben, der Rest der Burganlage sollte hingegen mit Objekten bebaut werden, die dem Fremdenverkehr dienten. Auch im Zentrum der Anlage, an Stellen, die er für Wiederaufbaufantasien hielt, ließ er eine Korrektur der Rekonstruktion nach Steinbrecht zu – bei den Parchamtürmchen im Hoch- und Mittelschloss, der Bartholomäuskapelle oder den Fresken im Großen Remter. Der rekonstruierte Hochmeisterpalast sollte durch die Ausstellung konkreter künstlerischer und architektonischer Elemente symbolisch die Zeit der Herrschaft der Rzeczpospolita über die Burg repräsentieren. Sieradzan kommt zu dem Schluss, dass Górski auch den Wiederaufbau der Schlosskirche in diesem stilistischen Gewand vorsah.

1950 ging die Burgruine in den Besitz der Polnischen Gesellschaft für Tourismus und Landeskunde (Polskie Towarzystwo Turystyczno-Krajoznawcze, PTTK) über, und damit begann die Nutzung des touristischen Potenzials der Festung. Bereits im Sommer 1954 kamen täglich bis zu 3.000 Besucher:innen,<sup>30</sup> und die Presse feierte die Burg als eine der größten Touristenattraktionen Polens, bemängelte aber auch die fehlenden Übernachtungsmöglichkeiten und gastronomischen Angebote auf der Burg.<sup>31</sup> Abgesehen von Sicherheits- und Ordnungsarbeiten<sup>32</sup> wurden in dieser Zeit jedoch so gut wie keine denkmalgerechten Restaurierungsarbeiten an der Anlage durchgeführt, ganz zu schweigen von einem Wiederaufbau der zerstörten Elemente. Der weitere Verfall machte auch vor jenen Teilen des Bauwerks nicht halt, die den Krieg in gutem Zustand

---

ins Denkmalregister], Starostwo Powiatowe w Malborku 1945-50, Referat Kultury i Sztuki. Sygn. 63/199, S. 80-81; vgl. auch Mierzwiński, *Zamek malborski*, S. 34.

<sup>29</sup> Wiesław Sieradzan, *Malbork w świetle źródeł w spuściznie po prof. Karolu Górskim przechowywanej w Bibliotece Uniwersyteckiej w Toruniu*, in: *Toruńskie Studia Bibliologiczne* 16/2016, S. 47-50.

<sup>30</sup> Sierecki, *W twierdzy*.

<sup>31</sup> Jerzy Baranowski, *Może Hermes uratuje Malbork*, in: *Sztandar Młodych*, 21.-22.10.1956.

<sup>32</sup> Mierzwiński, *Zamek Malborski*, S. 38.

überstanden hatten. 1953 warnte der Heimatkundler Franciszek Mamuszka öffentlich, dass die Mauern des Großen Remters gebrochen seien und das Bauwerk einzustürzen drohe.<sup>33</sup> Der instabile Untergrund, der schon bei früheren deutschen Restaurierungsarbeiten Probleme bereitet hatte,<sup>34</sup> stellte erneut eine Gefahr für den gesamten Westflügel des Mittelschlusses und den Hochmeisterpalast dar. Warnungen, verschiedenste Gutachten sowie wenig zielstrebige Bemühungen, die auftretenden Bauschäden aufzuhalten, verflochten sich in den darauffolgenden Jahren. Eine komplexe Lösung des Problems wurde bekanntlich erst nach der politischen Wende erreicht.<sup>35</sup>

Im September 1959 brach in der Burg ein Brand aus, der das erhaltene Dach im westlichen Teil des Mittelschlusses zerstörte. Trotz großer Verluste waren die Folgen dieses Brandes im Großen und Ganzen positiv, da der Wiederaufbau der Burgruine dadurch wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rückte. Aus der zeitgenössischen Presse lässt sich der Tenor der Diskussion über die Brandursache ablesen, die, wie sich später herausstellte, in überlasteten Hochspannungsleitungen zu suchen war und nicht, wie suggeriert wurde, in mysteriösen Explosionen oder gar gezielten Handlungen zuungunsten des deutschen Erbes (sic).<sup>36</sup> Die Befürworter:innen eines schnellen Wiederaufbaus, die sich in der noch 1956 ins Leben gerufenen Kommission zum Wiederaufbau der Burg vereinigten<sup>37</sup> – die nach einem Ministerialbeschluss vom Mai 1961 mit Bohdan Guerquin als Vorsitzendem und den Mitgliedern Gwido Chmarzyński, Karol Górski, Stanisław Lorentz und Jan Zachwatowicz neu konstituiert wurde<sup>38</sup> – ar-

---

<sup>33</sup> Franciszek Mamuszka, *Ratujmy refektarz malborski*, in: *Rejsy*, 17.05.1953, zit. n. Mariusz Mierzwiński, *Zabezpieczenie zachodniego skrzydła Zamku Średniego w Malborku*, in: *Ochrona Zabytków* 47/1994, S. 128.

<sup>34</sup> Mierzwiński, *Zabezpieczenie*.

<sup>35</sup> Vgl. Mierzwiński, *Zabezpieczenie*; Janusz Trupinda, *Wielki Refektarz na Zamku Średnim w Malborku: dzieje, wystrój, konserwacja*, Malbork 2010, dort vor allem im Detail der Artikel von Bernard Jesionowski.

<sup>36</sup> Vgl. Z. Łabędzki, *Odbudowany zamek musi mieć prawdziwego gospodarza*, in: *Sztandar Młodych*, 12.09.1959; ders., *Karygodne niedbalstwo przyczyna pożaru Zamku w Malborku*, in: *Sztandar Młodych*, 18.09.1959.

<sup>37</sup> Bis 1959 war die Institution als Komitee für die Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der Wiedererlangung von Malbork und des Wiederaufbaus der Burg tätig, ab 1959 als Gesellschaftliches Komitee für den Wiederaufbau der Burg. Vgl. Mierzwiński, *Zamek malborski*, S. 44.

<sup>38</sup> Mierzwiński, *Zamek malborski*, S. 52; Sieradzan, *Malbork*, S. 48.

gumentierten mit der besonderen Rolle der Burg in der allgemeinen europäischen Architekturgeschichte.

Ein weiterer Schritt war die Errichtung des Burgmuseums im Januar 1961, zu dessen Aufgaben auch die Leitung des Wiederaufbaus gehören sollte.<sup>39</sup> Noch im selben Jahr wurden intensive Ordnungs- und Sicherungsarbeiten in den Innenräumen des Hoch- und Mittelschlusses durchgeführt.<sup>40</sup> In den Folgejahren wurden die wichtigsten Teile der Burg sukzessive restauriert.<sup>41</sup>

Nachfolgend sind die wesentlichen Arbeiten der darauffolgenden Jahre zusammengefasst. 1962 wurde mit der Renovierung der Kreuzgänge um die Goldene Pforte und den Pfaffenturm sowie mit dem Wiederaufbau der durch den Brand zerstörten Dächer und des beschädigten Gewölbes im Mittelschloss begonnen. 1963 wurden die Sicherungs- und Sanierungsarbeiten an den Wehrmauern des Hochschlusses und die Rekonstruktion des Daches des Mittelschlusses fortgesetzt. Im Dachgeschoss des Ostflügels im Mittelschloss wurden die Räumlichkeiten für die geplante Bern-

<sup>39</sup> Das Museum wurde auf der Grundlage eines Beschlusses des Ministeriums für Kultur und Kunst vom 13. September 1959 eröffnet (Biuletyn Ministerstwa Kultury i Sztuki nr 16 z dnia 25.10.1960 r., nr 136).

<sup>40</sup> Zur Chronologie des Wiederaufbaus siehe Kilarski, *Odbudowa i konserwacja*.

<sup>41</sup> Zur Nachkriegsgeschichte der Burg vgl. Mariusz Mierzwiński, *Sto lat przemian architektonicznych Zamku Malborskiego 1882-1982*, Malbork 1982; ders., *Restitutio ad integrum*; Mierzwiński, *Zabezpieczenie*; ders., *The Castle in Malbork and the Polish National Identity*, in: *Jahrbuch des Schleswig-Holsteinischen Landesmuseums. Schloss Gottorf. Neue Folge* 5/1994-1995, S. 415-417; Mierzwiński, *Zamek malborski*; Michał Woźniak, *Die Wiederherstellung der Marienburg nach 1945*, in: Beate Störtkuhl (Hg.), *Architekturgeschichte und kulturelles Erbe – Aspekte der Baudenkmalpflege in Ostmitteleuropa*, Frankfurt a. M. 2006, S. 113-137; Kilarski, *Odbudowa i konserwacja*; Trupinda, *Wielki Refektarz*; Janusz Hochleitner (Hg.), *Monumentalna figura Madonny na kościele NMP w Malborku. Konteksty historyczne, artystyczne i konserwatorskie*, Malbork 2015, S. 123-131; Janusz Hochleitner, *Funkcje Kaplicy św. Anny w Malborku a współczesna interpretacja krajoznawcza*, in: *Echa Przeszłości* 17/2016, S. 55-69; ders., *Remonty w kościele zamkowym w okresie staropolskim (XVI-XVIII w.)*, in: ders. (Hg.), *Kościół Najświętszej Marii Panny na Zamku Wysokim w Malborku: dzieje, wystrój, konserwacja*, Malbork 2016, S. 127-131; Bernard Jesionowski, *Wieża Klesza – zniszczenie i odbudowa*, in: Janusz Hochleitner (Hg.), *Wieża Klesza i Domek Dzwonnika na Zamku Wysokim w Malborku: dzieje i konserwacja*, Malbork 2016, S. 67-79; Janusz Hochleitner/Mariusz Mierzwiński (Hg.), *Kaplica św. Anny na Zamku Wysokim w Malborku: dzieje, wystrój, konserwacja*, Malbork 2016; Janusz Hochleitner (Hg.), *Kościół Najświętszej Marii Panny na Zamku Wysokim w Malborku: dzieje, wystrój, konserwacja*, Malbork 2016; ders. (Hg.), *Rewitalizacja zespołu kościoła Najświętszej Marii Panny w Malborku*, Malbork 2016.

steinausstellung vorbereitet. Im Folgejahr wurde der Giebel der Schlosskirche gesichert. Im Bereich des Mittelschlusses dauerten die Arbeiten zur Rekonstruktion des Daches und zur Anpassung der Räumlichkeiten an ihre künftige Funktion als Museumsräume an. In der Vorburg wurde die Rekonstruktion des Karwans eingeleitet, die sich bis in die 1990er Jahre hinzog. 1965 konzentrierten sich die Arbeiten auf die Sanierung des Mittelschlusses (Erneuerung des Daches, Sicherung des Gewölbes und der Westwand des Großen Remters); ein Jahr später wurden die Mauern der Annakapelle und der Schlosskirche im Hochschloss wiederaufgebaut, außerdem wurde mit der Errichtung eines neuen Dachstuhls für das Hochschloss begonnen. In der Vorburg konzentrierte man sich auf den Wiederaufbau der Parchammauern. Im darauffolgenden Jahr wurde die Rekonstruktion des Dachstuhls der Schlosskirche fortgesetzt. Im Hochmeisterpalast wurde an der Montage der Fenstertischlerei und der Glasfenster (Katharinenkapelle), im Großen Remter an der Rekonstruktion der Hypokaustenheizung gearbeitet. Das Jahr 1968 stand im Zeichen der Fertigstellung des Turms des Hochschlusses und des südöstlichen Giebels der Marienkirche. Im Hochschloss begannen die Ordnungs- und Restaurierungsarbeiten, im Mittelschloss der Wiederaufbau des östlichen Flügels. Die Arbeiten an den Innenräumen des Hochschlusses und am Wiederaufbau des Westflügels des Mittelschlusses wurden im Folgejahr fortgesetzt – hier beschränkte man sich bis in die 1990er Jahre darauf, den drohenden Einsturz der Westwand des Flügels zu verhindern. 1970 erhielt die Schlosskirche neue Maßwerkfenster, im Geschoss des Hauptturms wurde ein Keramikfries angebracht und im Großen Remter wurden die Arbeiten am Marmorfußboden beendet. In der Vorburg wurde die St.-Lorenz-Kapelle restauriert. 1971 wurden im Großen Remter und in der Küche Fenster eingebaut und die Arbeiten am Ostflügel des Mittelschlusses fortgesetzt. Gegen Ende des Jahres 1972 wurden die Empore der Marienkirche und die Innenräume des Ostflügels des Mittelschlusses fertiggestellt. Damit war die Burg in einen Zustand versetzt, in dem sie – unter intensiver touristischer Nutzung – ohne größere Veränderungen bis zum Ende der Volksrepublik verblieb. Lediglich der Wiederaufbau der Schlosskirche und der Annakapelle sowie die Sanierung der Vorburg blieben unvollendet.

Nach dem Systemwechsel wurde mit privaten Mitteln eine Reihe von Gebäuden in der Vorburg hinter der St.-Lorenz-Kapelle renoviert und zu einem Hotel umgebaut. Das Burgmuseum schloss die



Abb. 3: Lech Okoński, Das Gemälde Die Schlacht bei Tannenberg von Jan Matejko, das 1976 im Großen Refektorium der Burg in Marienburg ausgestellt wurde, Muzeum Zamkowe w Malborku, mzm\_1976\_1574

Restaurierung des Karwans zu einem Konferenzzentrum und zu Wirtschaftsräumen ab; auch wurden archäologische Untersuchungen in der Vorburg fortgesetzt, um die Restaurierung weiterer Objekte einzuleiten. Zwischen 1992 und 2009 konzentrierten sich die Arbeiten auf den Großen Remter im Mittelschloss, der infolge der Zerstörung der Eichenbalken des Fundaments durch das salzhaltige Wasser des Nogat einsturzgefährdet war.<sup>42</sup> Durch den Einbau von Stahllankern unter dem Fußboden konnte der gesamte Westflügel stabilisiert werden.

Ein wichtiges Ereignis war die Aufnahme der Marienburg in die Liste des UNESCO-Welterbes als sechstes bzw. siebtes Objekt in der Kategorie Kulturerbe (zusammen mit der Alt- und Neustadt von Toruń) in Polen. Der damalige Generalkonservator der Volksrepublik Polen, Andrzej Tomaszewski, griff damit einer Idee seines Freundes, des Mainzer Kunsthistorikers Derthar von Winterfeld, vor, der für die Vorbereitung eines deutsch-polnischen Antrags plädierte, um die Burg als Beispiel für ein „gemeinsames Erbe“<sup>43</sup>

<sup>42</sup> Muzeum Zamkowe w Malborku, Dział Dokumentacji Naukowej, Najder Tomasz, Stabilizator Szwecja. Informacja dotycząca wzmocnienia skrzydła zachodniego Zamku Średniego w Malborku, maszynopis, Malbork 1992; Marian Paździor, *Prace konserwatorskie na zamku średnim w Malborku*, in: *Ochrona Zabytków* 46/1993, S. 62 f.; Mierzwiński, *Zabezpieczenie*; Kilarski, *Odbudowa i konserwacja*.

<sup>43</sup> Ich beziehe mich hier auf meine Gespräche mit den genannten Personen. Trotz der freundschaftlichen Atmosphäre der Gespräche im Rahmen der Treffen eines



Abb. 4: Karol Nowaliński, Luftbild von Marienburg von der Südseite, 1972 r., Muzeum Zamkowe w Malborku, mzm\_1972\_4853

aufnehmen zu lassen. In diesem Zusammenhang war von zentraler Bedeutung, dass die Marienburg nach der offiziellen Interpretation der UNESCO nicht nur wegen der Qualitäten ihrer mittelalterlichen Architektur, sondern auch wegen ihres zweihundertjährigen Wiederaufbaus, der die verschiedenen Schulen der europäischen Denkmalpflege des 19. und 20. Jahrhunderts auf ideale Weise repräsentierte, ausgezeichnet zu werden verdient hatte.<sup>44</sup>

Zweifellos beschleunigte die Auszeichnung im neuen Jahrtausend das Programm der sukzessiven Restaurierungsarbeiten an den letzten provisorisch gesicherten Teilen des Burgkomplexes. Zwischen 2011 und 2014 wurde das Neue Tor wieder aufgebaut und damit

---

Arbeitskreises deutscher und polnischer Kunsthistoriker:innen wurde von Winterfelds Idee von den polnischen Kunsthistoriker:innen gewissermaßen als ungünstiger Präzedenzfall, um nicht zu sagen als irredentistisch, empfunden, zumal sie – gemessen an der politische Realität – zumindest zu weit ging.

<sup>44</sup> „Brief synthesis: Since the second half of the 18th century, Malbork Castle has provided one of the major sources of fascination with European medieval history and its material remains. Its recent past also illustrates the tendency to treat history and its monuments as instruments in the service of political ideologies. From the 19th century to the present day, Malbork Castle has been the subject of restoration work that has made an exceptional contribution to the development of research and conservation theory and practice in this part of the world. During the course of this work many forgotten medieval art and craft techniques have been rediscovered. Extensive conservation works were carried out in the 19th and early 20<sup>th</sup> centuries. Following the severe damage it incurred in the final stage of the Second World War, the castle was restored once again.“, in: <https://whc.unesco.org/en/list/847> (22.11.2024).

auch ein neuer Eingang für Tourist:innen zur Burg geschaffen.<sup>45</sup> Am längsten dauerte der Wiederaufbau des östlichen Teils der Annakapelle<sup>46</sup> und der Schlosskirche, da es sich bekanntlich um den am stärksten zerstörten Teil der Burg handelte. Den Arbeiten ging eine lange Diskussion über die Technik der Rekonstruktion der freistehenden Marienskulptur in der äußeren Nische der Apsis voraus. Die Tatsache, dass dieses völlig zerstörte Element, von dem nur noch die Hand und einige andere Fragmente erhalten waren, während der Rest verschollen war, noch nicht rekonstruiert worden war, trug dazu bei, dass diesbezüglich viele Mythen entstanden waren – etwa, dass die Rote Armee die Marienfigur absichtlich abgeschossen habe<sup>47</sup> oder dass die kommunistische Regierung 45 Jahre lang die Pläne zu ihrer Rekonstruktion sabotiert hätte. Vielmehr handelte sich um ein technisches Problem, das dazu führte, dass die Rekonstruktion der Marienfigur in den Jahren 2013-2016 tatsächlich die letzte Etappe des Wiederaufbaus darstellte. Damals wurde die Schlosskirche durch die Wiederherstellung des Gewölbes und des Fußbodens, die Konservierung der bildhauerischen Innenausstattung und die Restaurierung der Statue der Mutter Gottes vollendet.<sup>48</sup> Die Rekonstruktionstechnik der Marienfigur (die Originalteile der Skulptur wurden in ein Gussmodell „getaucht“) und die Materialwahl des Fußbodens aus aländischen Kalksteinplatten, der die neuzeitliche Formgebung vorgibt, lösten eine Polemik aus. Kritisiert wurde der Verzicht auf die Rekonstruktion einer konkreten Epoche, wie sie für die Zeit des Deutschen Ordens, die Neuzeit unter polnischer Herrschaft oder die Rekonstruktion unter Steinbrecht angenommen wurde, und stattdessen die Andeutung aller Epochen auf einmal.

<sup>45</sup> <http://malbork.naszemiasto.pl/tag/brama-nowa-malbork.html> (22.11.2024).

<sup>46</sup> Vgl. Mariusz Mierzwiński/Mirosław Jonakowski, *Odbudowa i konserwacja kaplicy św. Anny w latach 1945-2016*, in: Janusz Hochleitner/Mariusz Mierzwiński (Hg.), *Kaplica św. Anny na Zamku Wysokim w Malborku: dzieje, wystrój, konserwacja*, Malbork 2016, S. 157-171.; Hochleitner, *Funkcje Kaplicy*, S. 66-68.

<sup>47</sup> In Wirklichkeit zerstörten die Sowjets, wie jede Armee der Welt, den Burgturm, der auch als Beobachtungspunkt diente, und mit ihm den Chor der Schlosskirche. Den o. g. Mythos habe ich wiederholt von Touristenführer:innen der Burg gehört.

<sup>48</sup> Vgl. Hochleitner, *Monumentalna figura Madonny*; ders., *Rewitalizacja*; Hochleitner/Mierzwiński, *Kaplica św. Anny*; Hochleitner, *Kościół Najświętszej Marii Panny*.

## Die inkonsequente Hervorhebung der polnischen Ära in der Marienburg (1457-1772)

Veränderte der Wiederaufbau der Marienburg nationale Akzente in der Geschichtsdeutung? Von den unseriösen Versuchen abgesehen, die Marienburg als das Werk polnischer Maurermeister aus der Vorkriegszeit darzustellen, die nach dem Krieg nicht mehr verfolgt wurden,<sup>49</sup> gab es zweifellos auch Inszenierungen, die auf eine nationale Vereinnahmung abzielten, wie etwa 1967 im Rahmen der Feierlichkeiten des 510. Jubiläums des feierlichen Einzugs König Kasimirs IV. Jagiellończyk in die Marienburg. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Geschichte der Burg nach 1945 die Idee einer Ausstellung, die *volens nolens* das zentrale Narrativ der Burg – nämlich den Deutschen Orden mit seinen architektonischen Errungenschaften – ideologisch kompensieren sollte: ein Museum des Slawentums, in dem dessen angeblich ewiger Kampf mit dem germanischen Element hatte dargestellt werden sollen. Diese Idee hatte sich bereits 1946 in dem oben zitierten Vorschlag zur Errichtung eines Museums des polnischen Martyriums niedergeschlagen.<sup>50</sup>

Im Zusammenhang mit der Öffnung der Burg für Besucher:innen nach dem Feuer von 1959 betonte – und glorifizierte – die Presse konsequent die polnische Geschichte der Marienburg. Im Juli 1960 wurde nach einem Konzept von Karol Górski eine Ausstellung zum Thema der Geschichte der ehemaligen Wojewodschaft Malbork eröffnet, die „falsche Behauptungen und Mythen der deutschen Propaganda“<sup>51</sup> zerstreuen und gleichzeitig – so die Presse – vom „Kampf des Slawentums gegen die germanische Wucht“<sup>52</sup> erzählen sollte. Unter den Exponaten fanden sich Porträts polnischer Könige, Waffen, Rüstungen polnischer Heere sowie Möbel aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Die Waffen wurden im Großen Remter ausgestellt, da „die Marienburg sowohl unter dem Deutschen Orden

<sup>49</sup> Jan Sas-Zubrzycki, *Dwa zamki polskie w Malborku*, Lwów 1930.

<sup>50</sup> Sierecki, *W twierdzy*.

<sup>51</sup> Das Zitat entstammt dem anonymen Artikel: *Polski Starosta jadał obiady w Wielkim Refektarzu. Wystawa w Zamku Malborskim rozwieje fałszerstwa i mity niemieckiej propagandy*, in: *Wieczór Wybrzeża*, 09.07.1960. 1960. Vgl. auch o. A., *Nowa placówka kulturalna nad Nogatem. Dzieje dawnego województwa malborskiego*, in: *Głos Bałtycki*, 26.07.1960.

<sup>52</sup> o. A., *Walka słowiaństwa z naporem germańskim. Wystawa w Zamku Malborskim*, in: *Trybuna Ludu*, 26.07.1960.

als auch unter polnischer Herrschaft eine große Rüstungskammer war.<sup>53</sup> Weitere Pläne Górskis, in der Burg ein Panorama historischer Schlachten sowie ein technisches Museum einzurichten, in dem die Marienburger Festung als Wirtschaftsobjekt und großes Arsenal aus der Zeit der polnischen Herrschaft dargestellt werden sollte, wurden nicht verwirklicht.<sup>54</sup> Die Darstellung der Ordensvergangenheit der Burg konzentrierte sich auf die Dokumentation der Besetzung der Region, wobei die Unterdrückung und Germanisierung der einheimischen Bevölkerung im Vordergrund stand. Den krönenden Abschluss bildete die Hervorhebung des Sieges über den Deutschen Orden – an dieses Konzept knüpfte auch die Ausstellung des monumentalen Gemäldes von Jan Matejko, *Schlacht bei Grunwald*, in den Jahren 1976-1982 im Großen Remter an.

Nichtsdestoweniger wurden im Zuge des Wiederaufbaus keine polnischen architektonischen Akzente gesetzt, wie z. B. der 1756 errichtete barocke Helm auf dem Hauptturm, den die preußischen Denkmalpfleger (einmal zu Beginn des 19. Jahrhunderts und einmal 1889) durch einen neuen, neugotischen Helm ersetzt hatten. Im Vorfeld des Wiederaufbaus des zerstörten Turms wurde zwar über diese Konzeption diskutiert,<sup>55</sup> doch begnügte man sich mit einer flachen Turmbekrönung mit Zinnen. 1967 wurde am Treppengang auf die Turmterrasse ein Flachrelief aus Metall platziert, das den triumphalen Einzug Kasimirs IV. in die Marienburg im Jahr 1457 darstellte. Es basierte auf Motiven des Gemäldezyklus *Der triumphale Einzug Kasimir Jagiellończyks nach der Eroberung der Ma-*

<sup>53</sup> Karol Górski, *Dzieje Malborka*, Gdańsk 1973, S. 256. Vgl. auch das dortige Urteil bezüglich der ausstellerischen Möglichkeiten der Burg im Jahr 1960: „Die ehemaligen Münz- und Waffensammlungen sind verloren gegangen; Denkmäler aus der Zeit des Deutschen Ordens sind gar nicht mehr vorhanden. Zur Zeit des Wiederaufbaus im 19. Jahrhundert füllte man die Säle mit Nachbildungen und brachte an den Wänden Gipsabgüsse von authentischen Skulpturen oder gar Grabmälern an, die in den Wohnräumen keinen Platz gehabt hätten. Die Säle wurden mit Nachahmungen mittelalterlicher Malereien dekoriert, ein Teil der Skulpturen war nicht authentisch. Alles, was sich entfernen ließ, musste verschwinden, es blieben nur die authentischen Dinge [welche – sofern zuvor die Rede davon ist, dass es keine Exponate aus der Zeit des Deutschen Ordens mehr gab, und die polnischen im Zuge des Wiederaufbaus im 19. Jahrhundert zerstört worden waren? – Anm. d. Verf.] [...] Die Wohnräume der Hochmeister (mit dem Wappen Ulrichs von Jungingen) waren unangetastet geblieben. In die ehemals königlichen Kemenaten, die im 19. Jahrhundert durch das Herausbrechen der Kamine mit den königlichen Wappen zerstört worden waren, kehrten Möbel aus der jeweiligen Epoche und Gemälde zurück.“

<sup>54</sup> Sieradzan, *Malbork*, S. 48.

<sup>55</sup> Kilarski, *Odbudowa i konserwacja*.

rienburg (1585), der in Teilen im Danziger Artushof erhalten geblieben war.<sup>56</sup> 1996 wurde es entfernt – offiziell wegen Baufälligkeit, wohl aber auch, weil sich der Zeitgeist geändert hatte.<sup>57</sup>

Nur in geringem Maße kam es zu Manipulationsversuchen mithilfe der Ausstellung, und zwar nicht in Bezug auf die mittelalterliche Denkmalsubstanz, sondern im Rahmen ihrer „Überarbeitung“ im 19. Jahrhundert. 1960 wurden die historischen Gemälde aus dem 19. Jahrhundert im Mittelschloss übermalt, wohl um die Dissonanz zwischen zwei völlig unterschiedlichen Versionen der Nationalgeschichte zu beseitigen. Das negative Urteil geschätzter Expert:innen, zu denen Jan Borowski, Władysław Lam oder Stanisław Lorentz zu zählen sind,<sup>58</sup> erleichterte diese Entscheidung, hinter der das damals allgemein negative Verhältnis zur Kunst des 19. Jahrhunderts stand.<sup>59</sup>

Grundsätzlich bescheiden und inkonsequent waren Versuche, die polnische Periode als eine Art kulturelles Gegengewicht zur Zeit des Deutschen Ordens darzustellen und aufzuwerten. Dies ist umso erstaunlicher, als die Marienburg von der Mitte des 15. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts eine der Residenzen der polnischen Könige war und vom 16. bis zum 18. Jahrhundert als wichtigstes Staatsgefängnis der Rzeczpospolita diente, in dem so prominente Gefangene einsaßen wie von 1612 bis 1618 der Moskauer Patriarch Filaret (als Fjodor Nikititsch Romanow, zwischen 1609 und 1633 einer der Herrscher über die Rus') oder 1664/65 Jurij Chmelnyzkyj (genannt Juraschko, Hetman der rechtsufrigen Ukraine und Sohn Bohdan Chmelnyzkyjs). Eine Ausstellung dieser Aspekte der Geschichte der Marienburg erlaubte die (Selbst)Zensur der Protagonist:innen des Wiederaufbaus nicht, insofern als die sowjetische Fortführung der russischen Staatsräson systematisch solche Objekte (aber auch Forschungen) liquidierte, die mit der Ehre und dem erzwungenen Aufenthalt der Schuiskis und anderer Gefangener der Situation nach 1612 in Polen zusammenhingen.<sup>60</sup> Auch die übertriebene Be-

---

<sup>56</sup> Vgl. Zygmunt Kruszelnicki, *Historyzm i kult przeszłości w sztuce pomorskiej XVI-XVIII wieku*, Warszawa 1984, insbesondere das Kapitel „Kult Kazimierza Jagiellończyka i późnego średniowiecza“ (S. 22-61).

<sup>57</sup> Kilarski, *Odbudowa i konserwacja*, S. 59-69.

<sup>58</sup> Ich berufe mich auf eine mündliche Information von Maciej Kilarski.

<sup>59</sup> Mierzwiński, *Zamek malborski*.

<sup>60</sup> Es ist bezeichnend, dass Karol Górski in seiner 300 Seiten umfassenden Publikation *Historia Malborka* aus dem Jahre 1973 dem Gefängnis nur vier Sätze

tonung der Tatsache, dass die Marienburg im 18. Jahrhundert Sitz der Jesuiten war, war politisch sicher nicht opportun, selbst wenn – nebenbei bemerkt – der Umfang der Beschäftigung mit dieser Problematik eher gering war.<sup>61</sup> Górskis Ausstellung von 1960 war nur einige Jahre zu sehen.<sup>62</sup> Erst seit 2008 ist im Nordflügel des Mittelschlusses wieder eine kleine Dauerausstellung zur polnischen Zeit zu sehen.

### **Zähmung des Feindes, Darstellung der zivilisatorischen Überlegenheit oder einfach die Wertschätzung des Mittelalters**

Keine der Ordensburgen in den nach 1945 zu Polen gekommenen Gebieten wurde – anders als im sowjetischen Königsberger Gebiet – nach dem Krieg abgerissen. Es scheint auch, dass die Sicherung und Erhaltung der Ordensburgen in Polen nach 1945 (mit Ausnahme des bereits erwähnten Konflikts um die Marienburg) keine größeren Zweifel weckten. Die im Krieg zerstörten Burgen in Węgorzewo, Bytów, Elbląg, Elk, Grudziądz, Kętrzyn, Nidzica, Nowe, Ostróda und Pasłęk wurden restauriert. Andere Komtureien, von denen Golub und Gniew die wichtigsten sind, wurden ebenfalls restauriert. Die erhaltenen Flügel in Radzyń Chełmiński und in Świeć wurden aus konservatorischen Gründen auf ihre ursprüngliche Höhe aufgestockt und die Innenräume mit Betonschalen verkleidet. Erwähnenswert sind auch die Freilegung und teilweise Rekonstruktion der Burgkeller in Toruń und Brodnica, die für Ausstellungszwecke adaptiert wurden, die Rekonstruktion der Gebäude der Vorburg in Elbląg sowie die um Jahre verzögerte Restaurierung der Burg in Ostróda. Nach 1989 traten die Ordensburgen in einem allgemein sehr guten Zustand in die neue politische Epoche ein,

---

widmet (S. 134): „Unter Sigismund III. diente die Marienburg auch als Ehrengefängnis für Politiker und ausländische Agenten. Hier lebten bis an ihr Lebensende [das stimmt nicht – Anm. d. Verf.] die Fürsten Schuiski mit dem ehemaligen Zaren Wassili IV. Wo sich ihre Wohnräume befanden, wissen wir nicht. Es bleibt nur zu vermuten, dass sie nicht im Hochmeisterpalast, sondern eher im Hochschloss wohnten.“

<sup>61</sup> Zu den Ausnahmen gehören Sammelbände wie etwa Janusz Hochleitner (Hg.), *Jezuici w Malborku a życie religijne na terytorium diecezji pomeznańskiej w okresie nowożytnym*, Malbork 2014, insbesondere der Artikel Józefczyks über die Kirchen der Marienburg.

<sup>62</sup> Bogna Jakubowska, *Zbiory i wystawiennictwo Muzeum Zamkowego w Malborku w latach 1961–1980*, in: *Studia Zamkowe* 1/2004, S. 55-118.

was man von den Folgejahren nicht behaupten kann (auch wenn dies nicht mehr Thema dieses Textes ist).<sup>63</sup>

Vor dem Hintergrund dieser Diagnose stellt sich die Frage, ob hinter dem umfangreichen Wiederaufbau der Ordensburgen – insbesondere der Marienburg – nicht auch andere Gründe als die bloße Wertschätzung herausragender mittelalterlicher Architektur standen. Der trivialste Grund war die verhältnismäßig geringe Anzahl von denkmalgeschützten Objekten in den damaligen Wojewodschaften Danzig, Bydgoszcz und Olsztyn (die zum Großteil im ehemaligen Ost- und Westpreußen lagen), die mit der um ein Vielfaches größeren Anzahl von Baudenkmalern z. B. in Niederschlesien kaum zu vergleichen ist. Dabei handelte es sich überwiegend um mittelalterliche Objekte, da es außerhalb Danzigs schwierig ist, hochrangige Beispiele der Architektur des 16. oder 17. Jahrhunderts zu finden. Da es weniger Denkmäler gab, hatten die lokalen Behörden schlichtweg auch mehr Geld zur Verfügung.

Es gibt noch eine Reihe weiterer Motive, die auf ein positives Verhältnis zur Marienburg und ein damit verbundenes Engagement für ihren Erhalt hinweisen. An erster Stelle steht ihr Rang in der europäischen Architekturgeschichte, ferner das positivere Verhältnis polnischer Denkmalpfleger:innen zum Mittelalter als etwa zum Habsburger Barock, vom Historismus ganz zu schweigen.

---

<sup>63</sup> Die letzten Jahre sind von einer Privatisierung der Burgen gekennzeichnet, die z. B. zu Hotels umgebaut wurden (wie das Luxushotel in Rynie mit einem Schwimmbad in den gotischen Kellergewölben) oder in Privatbesitz übergingen – die Schlösser als solche oder Neubauten in den Vorburgen – und oft für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sind (u. a. Przezmark, Zamek Kiszewski, Rogóźno-Zamek oder die unvollendete Burg in Nowy Jasinie). Eine konservatorische Herausforderung stellen auch die immer schneller verfallenden Burgruinen in Papowo Biskupie, Grabiny-Zameczek, Giżycko, Pokrzywno und Szesno dar. Der Eigentümer der Ordensburg Barten in Barciany hat sich finanziell übernommen, so dass die Burg 2018 zum Verkauf angeboten wurde. Wiederum ein anderes Thema aus dem Gebiet des Ordensstaates ist die Burg Heilsberg in Lidzbark Warmiński – zumal es sich um die Vorburg der Bischofsburg, nicht aber um die Ordensburg handelt –, deren Rekonstruktion in ihrer „Märchenhaftigkeit“ mit der Unteren Burg in Vilnius auf die Freite gehen kann (vgl. den aus archäologischer Sicht kritischen Artikel von Radosław Herman/Wojciech Dudak, *Wyniki badań naukowych a projekt adaptacji zamku. Wzajemne uwarunkowania na przykładach zamków w Uniejowie, Lidzbarku Warmińskim i Elku*, in: Piotr Lasek, Piotr Sypczuk (Hg.), *Renovatio et restitutio. Materiały do badan i ochrony zalożeń rezydencjonalnych i obronnych*, Warszawa 2015, S. 27-67).

Eine wichtige Rolle bei der Entscheidung für den Wiederaufbau spielte sicherlich die in der Gesellschaft populäre Wahrnehmung des Deutschen Ordens – gerade durch die polnische Kunstgeschichte und Literatur – als größter Antagonist Polens im Mittelalter, der am Ende besiegt werden konnte; es geht also um das Gefühl, dass ein Sieg über einen starken Gegner Polen nobilitiere. In der Presse wurde häufig der Unterschied zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Volksrepublik Polen im Umgang mit dem jeweiligen historischen Erbe hervorgehoben. Dieses Verhältnis sollte von der kulturellen Erhabenheit Polens zeugen, wo man sich auch um die (mittelalterliche) Kunst des ehemaligen Feindes kümmerte. Es ging um die Überlegenheit über einen „persönlichen Feind“, den Deutschen Orden in Preußen, gegen den Polen zwischen 1308 und 1521 gar neun große Kriege geführt hatte. Aus diesen Kriegen waren Polen und Litauen siegreich hervorgegangen, auch wenn sie die Festungen des Feindes – wie etwa die Marienburg, die Władysław II. Jagiełło 1410 nicht hatte einnehmen können – mit Respekt behandelten. Wie wir wissen, lernten Generationen von Pol:innen die Burgen „der bösen Ritter“ vor allem aus den Werken Mickiewiczs, Sienkiewiczs und Kraszewskis kennen und erfuhren ihre Präsenz auf ganz greifbare Weise, etwa wenn sie als Kinder auf dem Weg von Warschau oder Krakau ans Meer an der imposanten Marienburg vorbeifuhren; daher zumindest rührt meine Faszination.<sup>64</sup> In den Köpfen herrschte – wohl auch unterbewusst – die Überzeugung, dass die eigene Größe und Kraft an der Stärke des Gegners zu messen sei. In diesem Sinne wurden Burgen restauriert, die nicht nur Bestandteil der deutschen Kultur, sondern in gleicher Weise auch ein integraler Teil der polnischen Geschichte und ihres kulturellen Ethos waren. Die Marienburg erschien, wie in dem oben zitierten Zeitungsartikel Siereckis von 1954, als „Symbol der besiegten Macht des Kreuzrittertums und seiner Nachfolger“, was ihren Schutz aus didaktischen Gründen rechtfertigte; in diesem Zusammenhang war auch ihr Wiederaufbau selbstverständlich.<sup>65</sup>

Auch wenn der Wiederaufbau der Marienburg nicht nur wissenschaftlich motiviert war, um einem herausragenden Objekt des historischen Erbes einer anderen Nation zu Hilfe zu eilen, sondern im-

<sup>64</sup> Tomasz Torbus, *Zamki konwentualne państwa krzyżackiego w Prusach*, Gdańsk 2014, S. 5.

<sup>65</sup> Sierecki, *W twierdzy*.

mer auch Züge einer politischen Instrumentalisierung trug, so ist das Verdienst, ein Bauwerk dieser Klasse gerettet zu haben, nicht zu relativieren. Dies zeigt sich auch daran, dass sich unter den zahlreichen Befürworter:innen des Wiederaufbaus ein großer Teil über nationale Stereotype hinwegsetzte, die damals in der Publizistik oder in der offiziellen politischen Verlautbarung so gerne bemüht wurden. Ein hervorragendes Beispiel dafür – und zugleich Zusammenfassung und überzeitliches Motto dieser Leistung des Wiederaufbaus der Marienburg in den 1960er Jahren – ist ein 1973 veröffentlichter Artikel von Eleonora Zbierska, der Kustodin der Burg:

*Die Marienburg bleibt ein Objekt, das als symbolische und sehr spezifische Manifestation und Ausdruck der deutsch-polnischen Beziehungen zu unterschiedlichen und kontroversen Interpretationen anregt [...]. Es scheint, dass die gegenwärtige Situation in Europa uns eine einmalige Gelegenheit bietet, jüngeren Generationen objektives Wissen über die Vergangenheit zu vermitteln und schädliche Mythen sowie nationalistische Geschichtsauffassungen zu beseitigen [...]. Unter Berücksichtigung aller Aspekte dieses verantwortungsvollen Problems wäre es notwendig, den objektivsten Standpunkt zu finden, Denkmäler und Dokumente zu sammeln, die nicht an die Emotionen und Instinkte appellieren, die seit jeher Hass hervorrufen, sondern den Verstand und das Herz erreichen. Es geht darum, dass das schmerzliche Wissen um die Vergangenheit es ermöglichen soll, die Zukunft zu bewahren. Es scheint, dass gerade die Marienburg ein besonders geeigneter Ort ist, um uns immer wieder daran zu erinnern, dass der Boden des Burggrabens die Leichname der Sieger und der Besiegten gleichermaßen aufnimmt.<sup>66</sup>*

*Aus dem Polnischen von Anna Labentz*

## Abstract

The article presents the process of the rebuilding of Malbork Castle, from the destruction wrought by the Red Army from January to March 1945 to the reconstruction of the giant mosaic statue of Our Lady in the years 2013-2016. Based on the post-war daily press the socio-political background of this process, controversial from the point of view of 'ordinary Poles', is discussed. The author highlights the lack of consensus among specialists (historians, art historians, conservators) as to how the reconstruction should proceed, which patterns, epochs and periods should be referred to, which

<sup>66</sup> Eleonora Zbierska, *Perspektywy dla Malborka*, in: *Polska* 6/1973, S. 43.

elements should be removed and which ought to be emphasised, with Stanisław Lorentz's views being quoted as a particularly radical anti-German voice in the debate. In the following sections of the article, the process of rebuilding and reconstructing the individual elements is discussed in detail, with reference to important caesuras such as the fire which broke out in 1959, which, despite its disastrous consequences, contributed to reviving public interest in the castle reconstruction. The author also presents the history of the castle under the Polish rule (1466-1772), including the fact that it served as a prison, where the family of Tsar Vasyl Shuisky was imprisoned, the fact that understandably did not arouse the enthusiasm of the Soviet authorities. On the one hand, the rebuilt castle was to serve as a kind of mausoleum of the martyrdom of the Poles (and native old Prussians) under the Teutonic yoke, while on the other hand it was to be a symbol of the moral defeat of the enemy. Finally, other factors that influenced the decision to rebuild the castle are discussed (the relatively small number of objects under conservation care in this area compared to e. g. Lower Silesia, or the fact that the decision-makers of the time placed medieval art far above the value of the Baroque). The author also lists rebuilt Teutonic Order's castles or parts thereof, such as their baileys, in places other than Malbork.

**Keywords:** educational media, experience, ego-documents, Poland, World War II

## Einführung

Der Warschauer Aufstand von 1944 ist ein zentraler Ort in der polnischen Erinnerungskultur. In Deutschland hat die Widerstandsaktion hingegen erst in den letzten Jahren verstärkt Aufmerksamkeit erlangt. Dementsprechend betonte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim Staatsakt zum 80. Jahrestag des Aufstands am 31. Juli 2024 nicht nur den Mut der Warschauer:innen gegenüber der deutschen Besatzungsmacht, sondern hob angesichts der weiterhin unterschiedlichen Erinnerungskulturen die dauernde Aufgabe des Gedenkens und Strebens nach Verständigung hervor:

*Und dazu braucht es auch Menschen, die die Kultur des Nachbarn kennen und wieder schätzen können. Die wissen, welche besonderen Fähigkeiten, welche Träume, Hoffnungen und Erfahrungen den anderen prägen, aber auch welche Empfindungen, welche Ängste und welche Abneigungen.<sup>1</sup>*

Die Kenntnis der Kultur sowie grundlegender historischer Erfahrungen seien Voraussetzungen für ein lebendiges Erinnern.<sup>2</sup> Wichtige Vermittlungsinstanzen für diese von Steinmeier benannte Aufgabe sind schulische Bildungsmedien. Entsprechend gehe ich in

---

<sup>1</sup> Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag des Warschauer Aufstandes am 31. Juli 2024 in Warschau., in: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2024/07/240731-Gedenken-Warschauer-Aufstand.pdf> (19.02.2025).

<sup>2</sup> Zu den Unterschieden in der deutschen und der polnischen Erinnerungskultur vgl. Katrin Steffen, *Der Zweite Weltkrieg und der Holocaust in der deutschen und polnischen Erinnerungskultur und der deutsch-polnischen Kommunikation*, in: Sylvia Dec-Pustelnik u.a. (Hg.), *Handbuch der deutsch-polnischen Kommunikation*, Wiesbaden 2021, S. 85-113.

diesem Beitrag der Frage nach, ob in neueren Schulbüchern Erfahrungen von Pol:innen und Deutschen aus den Jahren 1939 bis 1945 angemessen repräsentiert sind<sup>3</sup>, wozu ich im Vorfeld die bisherige Forschungslage skizziere.

Bisherige Analysen deutscher Schulbücher hoben zunächst hervor, dass die Darstellung der deutsch-polnischen Geschichte zwischen 1939 und 1945 nach dem Jahr 2000 stark zurückgegangen war.<sup>4</sup> Rein quantitativ traf dies zu. Mit ihrer Kritik, die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte würde auf Kosten der Beschreibung der deutschen Gesellschaft und der Shoah reduziert, übersahen die Verfasser:innen der Analysen der deutsch-polnischen Beziehungen im Schulbuch allerdings, dass die Darstellungen zunehmend erfahrungsgeschichtliche Anteile integrierten.<sup>5</sup> Die tatsächlichen Ausparungen in Bezug auf die deutsch-polnische Geschichte erfolgten, und das ist zu betonen, zugunsten einer Annäherung an die Erfahrungsgeschichte und brachten somit grundsätzlich eine positive Entwicklung – nicht nur in fachwissenschaftlicher, sondern auch in didaktischer Hinsicht.

Dass Erfahrung eine maßgebliche Kategorie ist, die insbesondere alltagsgeschichtlich zu erschließen sei, betonte auch die Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission – das Gremium, das

---

<sup>3</sup> Ausführlich behandelt in meiner Dissertation, die Anfang 2026 erscheinen wird. die voraussichtlich Ende 2025 erscheinen wird.

<sup>4</sup> In Schulbüchern der 1980er und 1990er Jahre umfasste die Thematisierung Polens in einigen Fällen eine bis mehrere Seiten, nach 2000 fast durchgängig lediglich fünf bis zehn Sätze oder einzelne, über die Darstellung verstreute Informationen; vgl. hierzu Katarzyna Woniak, *Niemiecka okupacja Polski w niemieckich podręcznikach szkolnych*, in: Robert Traba u.a. (Hg.), *„Fikcyjna rzeczywistość“. Codziennosc, światy przeżywane i pamięć niemieckiej okupacji w Polsce*, Berlin 2016, S. 281-306, hier: S. 288, 292; Hanna Grzempa, *Das Bild Polens und der Polen in deutschen Geschichtslehrbüchern*, in: Sylvia Dec-Pustelnik u.a. (Hg.), *Handbuch der deutsch-polnischen Kommunikation*, Wiesbaden 2021, S. 245-258, hier: S. 250 f.

<sup>5</sup> Vgl. Etienne Schinkel, *Holocaust und Vernichtungskrieg. Die Darstellung der deutschen Gesellschaft und Wehrmacht in Geschichtsschulbüchern für die Sekundarstufe I und II*, Göttingen 2018, S. 430-433; ders., *Die NS-„Volksgemeinschaft“ im Schulbuch der Gegenwart. Eine Bestandsaufnahme aktueller Lehrwerke für den gymnasialen Geschichtsunterricht in Sachsen-Anhalt*, in: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt (Hg.), *Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung* 2022, H. 1, S. 50-65, hier: S. 55-59. Vgl. auch Malte Thießen, *„Volksgemeinschaft“ als Lerngegenstand. Potenziale für die Kompetenzentwicklung und Perspektiven für die Unterrichtspraxis*, in: Uwe Danker/Astrid Schwabe (Hg.), *Die NS-Volksgemeinschaft. Zeitgenössische Verheißung, analytisches Konzept und ein Schlüssel zum historischen Lernen?*, Göttingen 2017, S. 191-212.

eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen Fachwissenschaft und Bildungsmedien innehat. Entsprechend definierte sie in ihren weiterhin aktuellen *Empfehlungen* aus dem Jahr 2012 den Alltag in den Besatzungsgesellschaften, Zwangsmigrationen und widerständiges Handeln als zentrale Themen.<sup>6</sup> Ab 2014 wurden diese teilweise in die Schulbücher aufgenommen. Das Jahr markierte damit einen wichtigen Einschnitt, indem die deutsch-polnische Geschichte in Bildungsmedien verstärkt verhandelt wurde. Zwar registrierte dies die Forschung,<sup>7</sup> doch ließ sie drei wesentliche Aspekte außer Acht: Erstens die Bedeutung der Curricula, zweitens die veränderte Konzeptionalisierung der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte und drittens die hohe Zahl der aufgenommenen Ego-Dokumente.

## Erfahrungen und Erfahrungsgeschichte

Um Erfahrungen darzustellen, sind Ego-Dokumente zentral,<sup>8</sup> da durch sie individuelle Perspektiven von historischen Akteuren, besonders im Alltag, zugänglich werden. Eine derart verstandene Alltags- oder Erfahrungsgeschichte zielt darauf ab, so Alf Lüdtke als einer ihrer wichtigsten Begründer:innen, historische Akteure in ihren Interessen und ihrem Handeln zu begreifen.<sup>9</sup> Interessen und

<sup>6</sup> Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission der Historiker und Geographen (Hg.), *Schulbuch Geschichte. Ein deutsch-polnisches Projekt. Empfehlungen*, Göttingen 2012, S. 122 f., 132, 140 f.

<sup>7</sup> Katarzyna Woniak, *Der Zweite Weltkrieg in Geschichtsbüchern für deutsche Gymnasien*, in: Tomasz Skonieczny (Hg.), *(In)Kongruent. Der Zweite Weltkrieg in Erinnerung und Bildungsarbeit in Polen und Deutschland. Eine Bestandsaufnahme*, Kreisau 2022, S. 37-45; Martin Stupperich, *Flucht und Vertreibung im Umfeld des Zweiten Weltkriegs. Eine Auseinandersetzung mit neuen Unterrichtskonzepten für den Geschichtsunterricht in der Sekundarstufe II*, in: Manfred Quentmeier u.a. (Hg.), *Vertrieben, geflohen – angekommen? Das Thema Flucht und Vertreibung im Geschichts- und Politikunterricht*, Schwalbach/Ts. 2016, S. 189-207.

<sup>8</sup> Zur umfangreichen Gattungsdiskussion vgl. z. B. Mary Fulbrook/Ulinka Rublack, *In Relation: The „Social-Self“ and Ego-Documents*, in: *German History* 28/2010, H. 3, S. 263-272; Heiko Haumann, *Geschichte, Lebenswelt, Sinn. Über die Interpretation von Selbstzeugnissen*, in: Brigitte Hilmer (Hg.), *Anfang und Grenzen des Sinns. FS Emil Angehrn*, Weilerswist 2006, S. 42-54. In Bezug auf schulische Bildungsmedien: Christian Heuer, *Ego-Dokumente und Sinnbildung. Feldpostbriefe als Quellen historischen Lernens am Beispiel der Briefe des Freiburger Studenten Erich Schönberg an seine Mutter (1914/15)*, Freiburg 2012.

<sup>9</sup> Alf Lüdtke, *Einleitung. Was ist und wer treibt Alltagsgeschichte?*, in: ders. (Hg.), *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt am Main 1989, S. 9-47; ders., *Alltagsgeschichte: Aneignung und Akteure*, in: *WerkstattGeschichte* 17/1997, S. 83-92; ders., *Lebenswelt: verriegelte Welt?*

Handeln der Akteure werden durch Mitsicht mit ihnen, die dichte Beschreibung, rekonstruiert und durch Kontexte erläutert.<sup>10</sup> Hierbei sind Erfahrungen und Diskurse vielfältig miteinander verknüpft.<sup>11</sup>

Auch für Bildungsmedien ist der erfahrungsgeschichtliche Ansatz aus drei Gründen zweckmäßig: Erstens ist die Erfahrungsgeschichte geeignet, die Komplexität historischer Erfahrungen zu rekonstruieren. Aspekte der Erfahrungsgeschichte sind zweitens etablierte Bestandteile in Schulbüchern, zumal Alltagsgeschichte als Teil der Erfahrungsgeschichte besonders in den von den Schulbuchmacher:innen aufgenommenen Quellen präsent ist. Drittens erfüllt sie wesentliche Gütekriterien von Bildungsmedien; sie ermöglicht Personalisierung, Narrationen und damit kohärente Darstellungen, Multiperspektivität und Deutungsoffenheit.<sup>12</sup>

Nicht zufriedenstellend gelöst ist in der Bildungsmedienforschung die Erschließung von Komplexität, die mit den Stichworten Personalisierung, Multiperspektivität und Kohärenz signalisiert wurde, und die Interdependenz von Erfahrungen und Diskursen. Mein Vorschlag, der diesem Desiderat begegnet, besteht darin, die Kategorie der Vollständigkeit bei der Analyse der Darstellung von Erfahrungen als grundlegend einzuführen. Erfahrungen können nur angemessen untersucht werden, wenn bestimmte Aspekte zusammengeführt werden: der Alltag und die Rahmenbedingungen des alltäglichen Lebens, das Selbstverständnis und die kollektiven Wissensbestände der Akteure, ihre intersektionale Verortung sowie ihre Handlungsoptionen und -entscheidungen.

---

Überlegungen zu einem Konzept und seinen Verwendungen, in: WerkstattGeschichte 75/2017, S. 115-124.

<sup>10</sup> Clifford Geertz, *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt am Main 1983. Zur Anwendung auf die deutsch-polnische Verflechtungsgeschichte und die osteuropäische Geschichte vgl. Claudia Kraft, *Große Erzählungen oder dichte Beschreibungen: Vertreibungstopografien in der europäischen Geschichte*, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 63/2014, S. 39-54.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu Joan W. Scott, *Die Evidenz der Erfahrung*, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 24/2013, H. 3, S. 138-166.

<sup>12</sup> Zu den Gütekriterien für Bildungsmedien vgl. Peter Gautschi/Hans Utz, *Kriterien zur Begutachtung von Bildungsmedien für die Vermittlung von Geschichte* (2022), in: [https://www.phlu.ch/\\_Resources/Persistent/4/7/8/a/478afe26330d4000eac3a84cf7fcc60b7580ab22/Kriterien%20zur%20Begutachtung%20von%20Bildungsmedien%20f%C3%BCr%20die%20Vermittlung%20von%20Geschichte.pdf](https://www.phlu.ch/_Resources/Persistent/4/7/8/a/478afe26330d4000eac3a84cf7fcc60b7580ab22/Kriterien%20zur%20Begutachtung%20von%20Bildungsmedien%20f%C3%BCr%20die%20Vermittlung%20von%20Geschichte.pdf) (19.02.2025).

Bei der Analyse von Bildungsmedien ist aber auch deren besonderer Gattungscharakter zu beachten.<sup>13</sup> Wollen Akteure der Bildungsmedienproduktion individuelle Perspektiven zugänglich machen, müssen Ego-Dokumente aufgenommen werden.<sup>14</sup> Die Kontexte der Ego-Dokumente müssen in den Autorentexten bereitgestellt<sup>15</sup> und durch fachwissenschaftliche Texte ergänzt werden.<sup>16</sup> Eine Analyse von Bildungsmedien hat die Funktionalität und Interdependenz der einzelnen Elemente unbedingt einzubeziehen, um adäquat einschätzen zu können, welche Deutungen und Narrationen nahegelegt werden. Wie eine solche Analyse aussehen kann und zu welchen differenzierenden und “zum Teil” streichen von bisherigen Ergebnissen abweichenden Befunden sie führt, wird im Folgenden gezeigt, auch wenn im Rahmen dieses Beitrags nur einzelne Aspekte von Erfahrung thematisiert werden können. Im Zentrum der Analyse stehen Ego-Dokumente und der Kontext, in dem sie präsentiert werden. Dazu werden exemplarisch vier Schulbücher untersucht, die nach den *Empfehlungen* der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission veröffentlicht und in den Jahren 2014 und 2017 für die Sekundarstufe II in Niedersachsen zugelassen wurden.<sup>17</sup>

---

<sup>13</sup> Christian Bunnenberg/Peter Gautschi, *Schulgeschichtsbücher im 21. Jahrhundert*, in: Public History Weekly 9/2021, H. 2, S. 1-14; Christoph Kühberger, *Modale Narration. Bild-Text-Graphik-Kommunikation in Schulgeschichtsbüchern*, in: Carsten Heinze/Eva Matthes (Hg.), *Das Bild im Schulbuch*, Bad Heilbrunn 2010, S. 43-55.

<sup>14</sup> Eine Konzeptionalisierung von Perspektivität nach Clifford Geertz bietet Martin Lücke, *Multiperspektivität, Kontroversität, Pluralität*, in: Ders./Michele Barri-cell (Hg.), *Handbuch Praxis des Geschichtsunterrichts*, Bd. 1, Schwalbach/Ts. 2017, S. 281-288, hier: S. 282 f.

<sup>15</sup> Die Autorentexte werden von den Autor:innen der Bildungsmedien verfasst; in der Regel sind sie durch das Doppelseitenprinzip grafisch von den Materialteilen getrennt, vgl. Bernd Schönemann/ Holger Thünemann, *Schulbucharbeit. Das Geschichtslehrbuch in der Unterrichtspraxis*, Schwalbach/ Ts. 2010, S. 69-77.

<sup>16</sup> Vgl. hierzu Heuer, *Ego-Dokumente und Sinnbildung*, S. 143-156.

<sup>17</sup> Nikolaus Barbian u.a., *Buchners Kolleg. Themen Geschichte. Flucht, Vertreibung und Umsiedlung im Umfeld des Zweiten Weltkrieges. Wandlungsprozesse in der Geschichte*, Bamberg 2014; Dietmar von Reeken/Wolfgang Jäger, *Kurshefte Geschichte. Flucht, Vertreibung und Umsiedlung im Umfeld des Zweiten Weltkrieges*, Berlin 2014; Michael Sauer (Hg.), *Geschichte und Geschehen. Wechselwirkungen und Anpassungsprozesse in der Geschichte. Flucht und Vertreibung im Umfeld des Zweiten Weltkrieges*, Stuttgart 2014; Ulrich Baumgärtner (Hg.), *Zeit für Geschichte. Wurzeln unserer Identität. Pflichtmodul: Nationalstaatsbildung im Vergleich*, Braunschweig 2017.

## Ego-Dokumente und ihre Kontextualisierungen: drei Akzentsetzungen

### Handlungsoptionen

In den untersuchten Schulbüchern wurden Ego-Dokumente grundsätzlich verstärkt eingesetzt. Folgendes Ego-Dokument, das in den Schulbüchern *Kurshefte Geschichte* und *Buchners Kolleg* aufgenommen wurde, zeigt einen Ausschnitt der deutsch-polnischen Verflechtungsgeschichte im Zweiten Weltkrieg. Zygmunt Klukowski, Arzt im ostpolnischen Szczebrzeszyn und einer der wichtigsten Protokollant:innen der deutschen Besetzung in Polen,<sup>18</sup> notiert Anfang Dezember 1942 über die Deutschen, die ab November 1942 in Dörfern um Zamość angesiedelt wurden:

*Vor allem fürchten sie die Rache der Ausgesiedelten, außerdem finden sie dort gähnende Leere vor. Die Ausgesiedelten kehren manchmal in ihre Dörfer zurück und bedrohen die neuen Einwohner.*<sup>19</sup>

Zygmunt Klukowski bietet eine individuelle Einschätzung seiner unmittelbaren Umgebung. Seine nüchterne Darstellung, die allerdings auch Emotionen referiert, macht die höchst angespannte Situation im Raum Zamość deutlich. Auffällig ist die Differenziertheit, mit der Klukowski die lokalen Verhältnisse schildert. Diese schließen unterschiedliche Handlungsoptionen und -entscheidungen der Pol:innen und der Deutschen ein. Der Fokus liegt also auf den historischen Akteuren, ihren unterschiedlichen Perspektiven und Interaktionen.

Bereits diese wenigen Zeilen aus dem Tagebuch Klukowskis fordern dazu auf, das Gesagte zu kontextualisieren. Entsprechend ist im Schulbuch *Kurshefte Geschichte* eine umfangreiche Anmoderation beigefügt,<sup>20</sup> die die (letztlich gescheiterte) Umsiedlungsaktion der Deutschen im Raum Zamość sowie die dortige Partisanentätigkeit erläutert. Überdies erklärt sie, dass die jüdische Bevölkerung, die einen bedeutenden Anteil an den lokalen Gesellschaften ausge-

<sup>18</sup> Vgl. für eine kritische Einschätzung Klukowskis Alina Skibińska, *Bilgoraj County before and after 1939. Parallel Worlds*, in: Jan Grabowski/Barbara Engelking (Hg.), *Night without End. The Fate of Jews in German-Occupied Poland*, Bloomington 2022, S. 55-108, hier: S. 58.

<sup>19</sup> von Reeken/Jäger, *Kurshefte Geschichte*, S. 26; Barbian u.a., *Buchners Kolleg*, S. 24.

<sup>20</sup> von Reeken/Jäger, *Kurshefte Geschichte*, S. 25.

macht hatte, zum Zeitpunkt der zitierten Einträge von den Deutschen bereits ermordet worden war.<sup>21</sup> Die für die Erfahrung der polnischen Akteure maßgebliche Tatsache, dass das Jahr 1942 mit seiner intensivierten Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften vor allem junge Männer veranlasste, sich „in die Wälder“ zu begeben,<sup>22</sup> um der Zwangsarbeit zu entgehen, wird knapp erwähnt. Damit werden in Übereinstimmung mit der Forschung die alltäglichen Gewaltpraktiken und mit ihnen verbundene Handlungsoptionen aufgezeigt.<sup>23</sup>

Als weiterer Kontext ergänzt eine Fotografie die Tagebucheinträge Klukowskis: Bäuerinnen aus Zamość bei der Ankunft in Auschwitz.<sup>24</sup> Die Aufnahme muss bei der Analyse von Bildungsmedien berücksichtigt werden, weil sie einen entscheidenden Beitrag zur Narration leistet.<sup>25</sup> Auch in *Buchners Kolleg* sind die Tagebucheinträge Klukowskis durch eine Fotografie ergänzt.<sup>26</sup> Die Bildbeschriftung ordnet sie in die Umsiedlungsaktionen in der Region Zamość ein: „Das Foto zeigt polnische Kinder, die in ein

<sup>21</sup> von Reeken/Jäger, *Kurshefte Geschichte*, S. 25. Allerdings konkretisieren die Schulbuchautor:innen nicht, dass die Pol:innen in Szczepleszyn Zeug:innen des Mordes an den Jüdinnen und Juden auf dem lokalen jüdischen Friedhof gewesen waren und dass die Aussiedlung der polnischen Bevölkerung von Klukowski infolgedessen als möglicher drohender Völkermord an den nicht-jüdischen Pol:innen gedeutet wird; Zygmunt Klukowski, *Tagebuch aus den Jahren der Okkupation der Region Zamość (1939-1944)*, Berlin 2015, S. 393 f.

<sup>22</sup> Daniel Brewing, „Wir müssen um uns schlagen“. *Die Alltagspraxis der Partisanenbekämpfung im Generalgouvernement 1942*, in: Jochen Böhrer/Stephan Lehnstaedt (Hg.), *Gewalt und Alltag im besetzten Polen 1939-1945*, Osnabrück 2012, S. 497-520, hier: S. 504-507.

<sup>23</sup> Alexa Stiller, *Gewalt und Alltag der Volkstumspolitik. Der Apparat des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums und andere gesellschaftliche Akteure der veralltäglichten Gewalt*, in: Jochen Böhrer/Stephan Lehnstaedt (Hg.), *Gewalt und Alltag im besetzten Polen 1939-1945*, Osnabrück 2012, S. 45-66; dies., *Völkische Politik. Praktiken der Exklusion und Inklusion in polnischen, französischen und slowenischen Annexionsgebieten 1939-1945*, Göttingen 2022.

<sup>24</sup> von Reeken/Jäger, *Kurshefte Geschichte*, S. 25.

<sup>25</sup> Vgl. Christoph Hamann, *Das Foto als Symbol. Überlegungen zur visuellen Geschichtskultur*, in: Jürgen Danyel u.a. (Hg.), *Arbeit am Bild. Visual History als Praxis*, Göttingen 2016, S. 158-175; Linda Conze u.a., *Photography and Dictatorships in the Twentieth Century*, in: *Journal of Modern European History* 16/2018, H. 4, S. 428-568. Die einzige eingehendere Untersuchung zu Bildquellen der deutsch-polnischen Geschichte 1939 bis 1949 in schulischen Bildungsmedien bietet Stephan Scholz, *Fotografien von „Flucht und Vertreibung“ in deutschen Geschichtsschulbüchern*, in: Christoph Rass/Melanie Ulz (Hg.), *Migration ein Bild geben. Visuelle Aushandlungen von Diversität*, Wiesbaden 2018, S. 75-100.

<sup>26</sup> Barbian u.a., *Buchners Kolleg*, S. 24.

Lager in der Umgebung von Zamość deportiert werden sollen.<sup>27</sup> Ganz lässt sich die Fotografie aber nicht in die Narration des Schulbuchs integrieren, da in Bildtitel („Verhaftete Kinder“) und -beschriftung nicht expliziert wird, warum die Heranwachsenden festgehalten werden. Tatsächlich handelt es sich bei der Aufnahme um eine Fotografie aus dem Konzentrationslager für Kinder und Jugendliche in Łódź.<sup>28</sup> Dies kann einerseits als gravierendes Versehen gewertet werden, andererseits erfüllt die Fotografie eine wichtige Funktion: Sie nimmt die Visualität von Geschichte ernst und demonstriert – trotz der falschen Verwendung – die prekäre Situation der polnischen Bevölkerung.

Beide Fotografien machen deutlich: die Pol:innen waren Terror, willkürlicher Verhaftung, Internierung in Lager und der Gefährdung des eigenen Lebens ausgesetzt. Aber nicht nur das: Die Gesichter in den Aufnahmen wirken individuell, somit wird auch der persönliche Charakter von Erfahrungen vermittelt.<sup>29</sup>

In einem der beiden Schulbücher also, in *Kurshefte Geschichte*, konstituieren Tagebucheintrag, Fotografie und Anmoderation zusammen eine einheitliche Narration,<sup>30</sup> die exemplarisch den Alltag in den lokalen Besatzungsgesellschaften in Polen darstellt. Dabei werden unterschiedliche Handlungsoptionen ebenso sichtbar wie individuelle Akteure.

## Filter

Curriculare Vorgaben bestimmen sowohl die Grundsätze als auch die wesentlichen Inhalte von Bildungsmedien.<sup>31</sup> Bei den hier analysierten Schulbüchern legen sie fest, Migrationserfahrungen von

<sup>27</sup> Barbian u.a., *Buchners Kolleg*, S. 24.

<sup>28</sup> Joseph Robert White, *Polish Youth Custody Camp of the Security Police Litzmannstadt*, in: The United States Holocaust Memorial Museum (Hg.), *The United States Holocaust Memorial Museum Encyclopedia of Camps and Ghetto*, Bd. I, Part B, Bloomington 2012, S. 1527-1530.

<sup>29</sup> Zur Diskussion von Fotografien als Ego-Dokumente vgl. Gerhard Paul, *Bilder einer Diktatur. Zur Visual History des „Dritten Reiches“*, Göttingen 2020, S. 442-451; Sandra Starke, *Opfer als Bildagenten? Zur visuellen Selbstrepräsentation von KZ-Überlebenden* (2020), in: <https://visual-history.de/2020/10/26/opfer-als-bildagenten/> (19.02.2025).

<sup>30</sup> von Reeken/Jäger, *Kurshefte Geschichte*, S. 25 f.

<sup>31</sup> Vgl. hierzu Meik Zülsdorf-Kersting, *Kerncurricula und Lehrpläne als geschichtsdidaktische Herausforderung – Gedanken zur Einführung in den Themenschwerpunkt*, in: *Zeitschrift für Geschichtsdidaktik* 20/2021, S. 5-17.

Deutschen und Pol:innen im Kontext des Zweiten Weltkriegs zu behandeln.<sup>32</sup> Diese Vorgaben veranlassen die Schulbuchmacher:innen von *Buchners Kolleg*, den bereits erwähnten Tagebucheintrag Klukowskis nicht nur mit der Fotografie der verhafteten Heranwachsenden zu versehen, sondern sie wählen auch einen Auszug aus einem Lexikonbeitrag von Isabel Heinemann über die „Volksdeutschen“.<sup>33</sup> Der abgedruckte Auszug betont die langen Lageraufenthalte der Umgesiedelten; eine Passage über die Beteiligung von „Volksdeutschen“ an der Verfolgung ist gestrichen, so dass er eine bestimmte Narration generiert, die deutlich von der schon vorgestellten, komplexen Darstellung in *Kurshefte Geschichte* abweicht:<sup>34</sup> Statt das Beziehungsgefüge der lokalen Akteure in seiner Nuanciertheit zu verdeutlichen, wird in dem Auszug lediglich die Zwangsmigration der „Volksdeutschen“ thematisiert; außerdem erscheinen diese nur als Opfer.<sup>35</sup> Durch diese Entscheidung werden Deutsche und Pol:innen über eine vermeintlich gleiche Opfererfahrung parallelisiert, so dass grundlegende Unterschiede zwischen ihnen – wie etwa kollektive Wissensbestände und Gewaltpraktiken – außen vor bleiben. Die curricularen Vorgaben wirken als Filter, der die Narration maßgeblich generiert und entgegen der Aussage des Ego-Dokuments verschiebt.

### Muster

Nicht Filter, sondern eingeübte Muster wirken im folgenden Beispiel aus *Geschichte und Geschehen*, das ebenfalls 2014 publiziert wurde. Mit der curricularen Vorgabe, Zwangsmigrationen zu behandeln, wählen die Schulbuchautor:innen unter anderem das Thema Zwangsarbeit zwischen 1939 und 1945, wobei auch hier Ego-Dokumente aufgenommen werden. In einem Erinnerungsbericht schildert Józef Szczupak aus Lemberg (Lwów/L'viv) seine

<sup>32</sup> Niedersächsisches Kultusministerium (Hg.), *Kerncurriculum für das Gymnasium – gymnasiale Oberstufe, die Gesamtschule – gymnasiale Oberstufe, das Berufliche Gymnasium, das Abendgymnasium, das Kolleg. Geschichte*, Hannover 2011, S. 29.

<sup>33</sup> Barbian u.a., *Buchners Kolleg*, S. 25. Es handelt sich um einen Auszug aus: Isabel Heinemann, „Volksdeutsche“ Umsiedler in Deutschland und in von Deutschland besetzten Gebieten im Zweiten Weltkrieg, in: Klaus J. Bade u.a. (Hg.), *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn 2007, S. 1081-1087.

<sup>34</sup> Vgl. oben S. 78 f.

<sup>35</sup> Als These wird die Beteiligung der „Volksdeutschen“ an Verbrechen in einer Aufgabe aufgegriffen; allerdings fehlt den Lernenden eine entsprechende Grundlage, diese These zu beurteilen; Barbian u.a., *Buchners Kolleg*, S. 25.

Erfahrungen als Zwangsarbeiter in Wien,<sup>36</sup> in dem er unter anderem Gewalt erwähnt: „Sie [die Werkspolizisten, V. L.] schlugen uns mit Knüppeln.“<sup>37</sup> Auf den Erinnerungsbericht des Polen folgt das Ego-Dokument eines Niederländers, der Zwangsarbeit in Göttingen verrichten musste.<sup>38</sup> Lapidar kommentiert Jan Klompenhouwer die körperlichen und verbalen Attacken:

*Die Anweisungen kamen von Vorarbeitern, Unteroffizieren und schimpfenden Parteifunktionären, für die „Einsperren, Aufhängen oder Erschießen“ eine normale Art der Diskussion war.<sup>39</sup>*

Anders als die zuerst zitierte enthält diese Quelle eine recht differenzierte Reaktion auf die erlittene Gewalt. Ähnliche Distanzierungen zum Geschehen und die Selbstermächtigung zu einer Deutung finden sich in dem ausgewählten Teil von Szczupaks Bericht nicht. Durch die Auswahl und stellenweisen Auslassungen in einem der Ego-Dokumente wird also eine Hierarchie erzeugt, indem auf der einen Seite ein rohe Gewalt erleidender Pole und auf der anderen Seite ein das Geschehen sublimierender Niederländer präsentiert werden. Eine veränderte Auswahl und Bearbeitung der Quellen oder entsprechende Informationen in Autorentext und beigegebenen Materialien hätten ähnliche Strategien der Pol:innen im Umgang mit ihrer Situation vermitteln können.<sup>40</sup> Zum Beispiel hätte ausgeführt werden können, dass auf die erlittene Gewalt mit verunglimpfenden Liedern auf Polnisch reagiert wurde oder dass Schläge an Aufseherinnen verteilt wurden, die zur Genugtuung der Pol:innen unsanktioniert blieben.<sup>41</sup>

<sup>36</sup> Sauer (Hg.), *Geschichte und Geschehen*, S. 48; der Bericht ist entnommen aus: Grzegorz Hryciuk u.a., *Umsiedlungen, Vertreibungen und Fluchtbewegungen 1939-1959. Atlas zur Geschichte Ostmitteleuropas*, Bonn 2013, S. 77 f.

<sup>37</sup> Sauer (Hg.), *Geschichte und Geschehen*, S. 48.

<sup>38</sup> Sauer (Hg.), *Geschichte und Geschehen*, S. 48 f.

<sup>39</sup> Sauer (Hg.), *Geschichte und Geschehen*, S. 49.

<sup>40</sup> Vgl. die Bearbeitung und Kontextualisierung des Erinnerungsberichts Szczupaks im Schulbuch *Zeit für Geschichte*, die eine Narration mit gegenteiliger Aussage konstituieren; Baumgärtner (Hg.), *Zeit für Geschichte*, S. 177.

<sup>41</sup> Valentina Maria Stefanski, *Zwangsarbeit in Leverkusen. Polnische Jugendliche im IG Farbenwerk*, Osnabrück 2000, S. 331 f. Vgl. auch Piotr Filipkowski/Katarzyna Madoń-Mitzner, „Du kannst nicht darüber sprechen. Und du kannst es nicht vergessen.“ *Polnische Erfahrungen der Zwangsarbeit im Dritten Reich*, in: Alexander von Plato u.a. (Hg.), *Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich*; Wien 2008, S. 66-79; Katarzyna Woniak, *Zwangswelten. Emotions- und Alltagsgeschichte polnischer „Zivilarbeiter“ in Berlin 1939-1945*, Paderborn 2020. Überdies wären an diesem Beispiel kollektive Wis-

Die Reihe der Kontrastierungen und indirekt erzeugten Hierarchien lässt sich fortsetzen. So erinnert sich der Niederländer:

*Mit den Franzosen hatten wir viele Gespräche über Kunst, Philosophie, Theater, über die Deutschen, über die militärische Lage, die Wehrmachtsberichte.*<sup>42</sup>

Im Falle der Westeuropäer:innen nehmen die Schulbuchmacher:innen politische Diskussionen und Gespräche über Kultur auf, für die polnischen Zwangsarbeiter:innen ist hingegen nichts Entsprechendes zu finden. Auch hier wird unglücklich an ein scheinbares West-Ost-Gefälle angeknüpft. Im Zusammenwirken der Ego-Dokumente wird somit eine Narration konstruiert, die, statt Erfahrung in ihrer Komplexität zu repräsentieren, ein überwunden geglaubtes diskursives Muster reproduziert.

## Schlussfolgerungen

Die exemplarische Analyse von Ego-Dokumenten und ihrer Funktionalität in Bildungsmedien hat Folgendes gezeigt: Ego-Dokumente und Fotografien als wichtige Geschichtsquellen werden in Bildungsmedien vermehrt eingesetzt, womit eine notwendige Voraussetzung erfüllt ist, Erfahrungsgeschichte im Schulbuch zu vermitteln. Der Einsatz von Ego-Dokumenten und Fotografien allein ist allerdings nicht hinreichend, zumal dieselben Quellen unterschiedliche Aussagen transportieren können, abhängig davon, in welchen Kontext sie gesetzt werden.

Das erste der hier diskutierten Beispiele demonstrierte, dass das eingesetzte Ego-Dokument unterschiedliche Dimensionen vermittelt: Individuelle Handlungsoptionen werden sichtbar und unterschiedliche Perspektiven scheinen auf; außerdem wird das Ego-Dokument durch weitere Elemente – Autorentext und Fotografie – verstärkt und nuanciert. Dies erzeugt eine kohärente Narration.

---

sensbestände und das individuelle Selbstverständnis von (ehemaligen) Zwangsarbeiter:innen aufzuzeigen, vgl. Christoph Thonfeld, *Geschichte und Erinnerung der NS-Zwangsarbeit als lebensgeschichtlich reflektierte Arbeitserfahrung*, in: Marc Buggeln/Michael Wildt (Hg.), *Arbeit im Nationalsozialismus*, München 2014, S. 253-272; Roland Borchers: *Auf der Suche nach Anerkennung. Erinnerungen polnischer NS-Zwangsarbeiter:innen*, Berlin 2023.

<sup>42</sup> Sauer (Hg.), *Geschichte und Geschehen*, S. 49.

Das zweite Beispiel zeigte, dass durch die Umsetzung der curricularen Vorgaben im Ergebnis einseitig Akzente gesetzt werden. Denn das Ego-Dokument wird auf eine Art kontextualisiert, die die Gewalt- und Migrationserfahrungen Deutscher und Pol:innen parallelisiert und Unterschiede marginalisiert; das Curriculum wirkt als Filter. Im dritten Beispiel führte die Auswahl der Ego-Dokumente zusammen mit dem gesetzten Kontext dazu, dass nicht Erfahrungen, sondern diskursive Muster vermittelt werden.

Welche grundsätzlichen Schlüsse sind also aus den Befunden zu ziehen? Zum einen muss die Bildungsmedienforschung die Beziehungen zwischen den einzelnen Elementen in den Bildungsmedien berücksichtigen, um beurteilen zu können, ob sie tatsächlich Erfahrungsgeschichte vermitteln. Zum anderen müssen Produzent:innen von Bildungsmedien nicht nur auf den Einsatz von Ego-Dokumenten achten, sondern diese sorgfältig zu curricularen Vorgaben und Kontextualisierungen in Bezug setzen. Nur so können Bildungsmedien, wie von Steinmeier gefordert, dazu beitragen, dass Schüler:innen „die Kultur des Nachbarn kennen und wieder schätzen können“.

## **Abstract**

As early as 2012, the German-Polish Textbook Commission emphasised the central category of experience in its recommendations for a German-Polish history textbook. This article argues that the increased inclusion of ego-documents in textbooks since 2014 has significantly improved the conditions for a history of experience and everyday life between 1939 and 1945. I postulate that when analysing ego-documents in educational media, it is crucial to include curricular guidelines, the way in which ego-documents are contextualised and combined with photographs. As my analysis of educational media shows, there has been significant progress in communicating the historical experiences of Germans and Poles, even if persistent challenges remain.

Violetta Julkowska

ORCID: 0000-0002-9025-5917  
DOI: 10.24425/historie.2025.154860

# Das gemeinsame deutsch-polnische Schulbuch für Geschichte: Eine pädagogische Herausforderung für die neue Generation<sup>1</sup>

**Keywords:** Common Polish-German Textbook Commission, transnational history textbooks, history didactic, memory studies, reconciliation process

## Einführung

Eine der spektakulärsten Veränderungen des letzten Jahrzehnts in Bezug auf die Präsenz der Geschichtswissenschaft im öffentlichen Raum ist der Prozess der Demokratisierung von Geschichte und Erinnerung. Neue Formen vergangenheitsbezogener Informiertheit treten gleichberechtigt neben historisches Wissen. Die Vielfalt der Medien und die Mehrdeutigkeit der damit verfolgten Ziele gehen über die gewohnten Praktiken der Historiker:innen hinaus, die zwar ihr Monopol auf die Vermittlung von Wissen über die Vergangenheit verloren haben, aber dennoch Expert:innen für eine kritische Reflexion und Analyse von Geschichtsbildern bleiben.

Eine adäquate Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart scheint in der Kritischen Geschichtsdidaktik zu liegen, die im Mittelpunkt des modernen universitären und schulischen Geschichtsunterrichts steht. Ihr Ziel ist die Herausbildung einer kritischen historischen Denkkompetenz, die als eine sich selbst reproduzierende und für das Erwachsenenleben wichtige Kompetenz verstanden wird. Ein Schlüsselement für die Ausbildung dieser Kompetenz ist eine neue Generation von Lehrwerken für Geschichte (Julkowska 2024).

---

<sup>1</sup> Bei diesem Text handelt es sich um eine überarbeitete und inhaltlich erweiterte Fassung des ursprünglich in *Polonus* erschienenen Artikels: Violetta Julkowska, *Geschichte und Geschichtsunterricht angesichts der Herausforderungen der Gegenwart. Innovation der Schulbuchreihe Europa – Unsere Geschichte/Europa*. *Nasza historia*, in: *Polonus* 3/2024, S. 74-83.

Hier muss betont werden, dass die Idee eines kritischen Ansatzes in Bezug auf den Geschichtsunterricht ein Ergebnis einer sowohl in Polen als auch in Deutschland angenommenen, breiten Definition der Geschichtsdidaktik ab dem Beginn der 1990er Jahre ist.<sup>2</sup> Dieser Definition zufolge setzt sich die Geschichtsdidaktik das ehrgeizige Ziel, das Geschichtsbewusstsein der Gesellschaft durch eine institutionelle und mediale Einflussnahme des wissenschaftlichen historischen Wissens auf das vermittelte Bild der Vergangenheit zu gestalten. Das Neue an einem breiten Verständnis der Geschichtsdidaktik bestand damals darin, dass es nicht nur das pädagogische Handeln in der Schule als dem traditionellen Ort der geschichtsdidaktischen Vermittlung umfasste, sondern auch viele andere als gesellschaftlich oder öffentlich definierte Räume, darunter verschiedene Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie die Medien und die Kunst. Die Grundlage der Kritischen Didaktik war demnach ein Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesellschaft für die vermittelten historischen Inhalte sowie die Erkenntnis, dass diese Inhalte den Zustand des Geschichtsbewusstseins der Gesellschaft beeinflussen. In Bezug auf die Schul- und Hochschuldidaktik besteht die gesellschaftliche Funktion der Verantwortung für den Geschichtsunterricht in erster Linie in der Verbreitung der Kompetenz des kritischen historischen Denkens. Damit verbunden ist ein breiter Transfer historischer Inhalte in die Gesellschaft sowie eine vorherige Vorbereitung auf die Rezeption dieses Transfers in Form der Beherrschung einer Reihe von analytisch-interpretativen Fähigkeiten im Prozess der historischen Bildung.

Der oben erwähnte Wandel in der Herangehensweise an die akademische Geschichtsdidaktik, die die Interessensgebiete der historischen Bildung erweitert, wurde 1993 in Polen vorgeschlagen, was nicht nur auf das Momentum der politischen Transformation und die Wiedereinführung demokratischer Prinzipien zurückzuführen ist, sondern auch auf Inspirationen und Erfahrungen im Bildungsbereich der westeuropäischen Länder. Den Veränderungen im Bereich der Geschichts- und Sozialwissenschaften entsprechend schlug die neue Definition der Geschichtsdidaktik eine Erweiterung der traditionellen Definition vor, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden war, ausschließlich methodische Aufgaben betonte und sich auf den schulischen Geschichtsunterricht be-

---

<sup>2</sup> Hans Süsmuth, *Podstawy niemieckiej dydaktyki historii*, in: *Nowe drogi w nauczaniu historii. Współczesna dydaktyka niemiecka*, Jerzy Centkowski, u. a. (Hg.), Rzeszów 1999, S.29.

schränkte. Die neue Auffassung der Geschichtsdidaktik war auf eine historische Bildung der Gesellschaft ausgerichtet und setzte eine Ausweitung der Präsenz der Geschichte voraus – unter Berücksichtigung der komplexen Prozesse der Durchdringung der Gesellschaft mit historischem Wissen, einschließlich der Herausbildung des Geschichtsbewusstseins und -kultur der Gesellschaft, sowie ferner die Reflexion unterschiedlicher Einrichtungen, Religionsgemeinschaften, Organisationen, Vereine und Medien. Das Interessensfeld einer so verstandenen Geschichtsdidaktik umfasste alle Formen der Geschichtsvermittlung – von Schulbüchern und populären Werken über literarische, publizistische bis hin zu wissenschaftlichen Texten, in dem Umfang, soweit sie das Geschichtsbewusstsein der Gesellschaft beeinflussten.

Die vorgeschlagene Erweiterung des theoretischen Reflexionsfeldes hinsichtlich der Hochschuldidaktik erwies sich zum Zeitpunkt ihrer Formulierung als perspektivische Aufgabe, deren Umsetzung ihrer Zeit weit voraus war, allerdings ein großes Potenzial für die Zukunft barg. Weitere Impulse ergaben sich zum einen im Zuge der Entwicklung der Erinnerungsforschung, zum anderen mit der Festlegung von Schlüsselkompetenzen durch den Europarat (1996), die in den im Bereich der Bildung unabhängigen europäischen Staaten die Grundlage eines neuen Ansatzes für eine aktive zivilgesellschaftliche Bildung darstellten. In Polen wurden diese Kompetenzen zum Kernstück der programmatischen Grundlage und des neuen Bildungsmodells in dem sich seit 1999 reformierenden polnischen Schulwesen, und ihr Vorhandensein oder auch die Versuche, sie einzuschränken, sind seither zu einem Indikator der Qualität der Bildung geworden.

Eine als wesentlicher Bestandteil der Geschichtskultur einer Gesellschaft verstandene Didaktik ist nach wie vor eine Inspirationsquelle, und gewinnt sogar an Bedeutung: So wird der in der Definition angedeutete Aspekt einer breiten gesellschaftlichen Rezeption der Vergangenheit nämlich erst angesichts des zeitgenössischen kulturellen Wandels sichtbar und als solcher derzeit im öffentlichen Raum von unterschiedlichen Einrichtungen und Kulturzentren realisiert, die seit 2003 Bildung als obligatorische Komponente in ihrem Tätigkeitsbereich aufführen.

Die Geschichtsdidaktik funktioniert heutzutage in einem bedeutend veränderten historischen, kulturellen und zivilisatorischen

Kontext. Sie verändert sich auch mit Blick auf eine offenere Haltung von Teilen didaktischer Kreise gegenüber Inspirationen aus theoretischen und philosophischen Reflexionen, u. a. zum historischen Gedächtnis, die sich bei der Suche nach neuen didaktischen Lösungen als hilfreich erweisen.

Das Projekt der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchreihe für Geschichte *Europa – Unsere Geschichte / Europa. Nasza historia*, das – abgestimmt mit dem polnischen Kernlehrplan sowie den Curricula der Bundesländer – zwischen 2008 und 2020 unter breiter öffentlicher Beteiligung realisiert wurde, ist nach dem deutsch-französischen Vorbild weltweit das zweite seiner Art.<sup>3</sup> Es kann als herausragende didaktische Errungenschaft angesehen werden, von der innovative Impulse für die Schulpraxis beider Länder zu erwarten sind. Dies ist eine bedeutende Veränderung, denn bis Ende der 1980er Jahre war der Geschichtsunterricht in Polen ein Bereich, der den aktuellen politischen Zielen des kommunistischen Staates untergeordnet war und sich auf die Aufgaben der Geschichtspolitik zu konzentrieren hatte. Dieser Umstand hatte zur Folge, dass der Geschichtsunterricht hinter der sich entwickelnden wissenschaftlichen Geschichtsschreibung sowie den Veränderungen im Bereich des historischen Wissens zurückblieb. Heute, im Zeitalter der Demokratisierung von Geschichte und Erinnerung, tauchen neue Bedrohungen für das Geschichtsbewusstsein und -wissen auf, weshalb das in den Schulbüchern vermittelte Bild der Vergangenheit einer ernsthaften Reflexion und ständigen Überprüfung bedarf. So sind die Geschichtsdidaktik und ihre Praxis in Gestalt des Geschichtsunterrichts nämlich an einem Punkt angelangt, an dem erneut die Frage nach dem Ziel des Geschichtsunterrichts – vor dem Hintergrund der Herausforderungen der absehbaren Zukunft – gestellt werden sollte.

---

<sup>3</sup> Es handelt sich um das dreibändige Lehrwerk *Histoire / Geschichte*. Die einzelnen Bände erschienen 2006, 2008 und 2011 bei den Verlagen Klett und Nathan. Im Zuge der französischen Schulreform kam die Schulbuchreihe im Unterricht kaum zur Anwendung und wird heute hauptsächlich in bilingualen deutsch-französischen Klassen eingesetzt. Ihre richtungweisende, symbolische Bedeutung behält sie allerdings bis heute (Anm. d. Red.).

## **Das Geschichtsbewusstsein als „kultureller Rahmen“ des Geschichtsunterrichts und des kritischen historischen Denkens**

Bevor das historische Denken Mitte der 1980er Jahre Einzug in die akademische Didaktik hielt, fand in den polnischen Geschichts- und Sozialwissenschaften eine Debatte über das Geschichtsbewusstsein statt, die mit Blick auf die zeitgenössischen theoretischen Grundlagen der Geschichtsdidaktik von außerordentlicher Bedeutung war und Überlegungen zur Gestalt des Geschichtsunterrichts sowie empirische Forschungen über das Geschichtsbewusstsein der Jugend anstieß. In einer gemeinsamen Diskussion einigten sich Soziolog:innen, Methodolog:innen und Geschichtsdidaktiker:innen auf eine Definition des Schlüsselbegriffs des Geschichtsbewusstseins.<sup>4</sup> Die Geschichtsdidaktiker:innen nahmen ein den Soziolog:innen nahes Verständnis des Geschichtsbewusstseins an, indem sie es als gleichbedeutend mit der „lebendigen“ Geschichte oder dem sozialen Gedächtnis betrachteten, und merkten an, dass es in der Auseinandersetzung mit der Geschichte sowohl eine retrospektive als auch eine prospektive Bedeutung habe, womit sie die Position einiger Soziolog:innen erweiterten. Die von Jerzy Topolski vorgeschlagene Definition, derzufolge das Geschichtsbewusstsein als Bestand jeglichen – auch kritischen – Wissens über die Vergangenheit zu verstehen sei, das zu einem funktionalen Element der Motivationsstrukturen menschlichen Handelns wird, darauf einwirkt und selbiges bestimmt, wurde als allzu weit gefasst erachtet. Topolskis Ansatz beinhaltete ein neues Postulat zur Erweiterung des Geschichtsbewusstseins um eine kritische Reflexion über die Vergangenheit, das sich auf die Herausbildung historischen Denkens im Rahmen des Geschichtsunterrichts bezog. Von der Annahme einer geringen innergesellschaftlichen Reflexion darüber ausgehend, wie Vorstellungen über die Vergangenheit das Handeln beeinflussen, forderte Topolski – an die Didaktiker:innen gewandt – die Ausbildung eines kritischen Bewusstseins, durch welche die Gesellschaft die Möglichkeit hätte, aktiv zu einer sich wandelnden Realität Stellung zu beziehen.<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Violetta Julkowska, *Świadomość historyczna* [Eintrag], in: *Modi memorandii. Leksykon kultury pamięci*, Magdalena Saryusz-Wolska, Robert Traba (Hg.), in Zusammenarbeit mit Joanna Kalicka, Scholar, Warszawa 2014, S. 478-483.

<sup>5</sup> Jerzy Topolski, *Nowe prądy w filozofii historii a potrzeby dydaktyki historii*, in: *Podręcznik historii- perspektywy modernizacji*, Maria Kujawska (Hg.), Poznań 1994, S.13-25. Jerzy Topolski, *A non-postmodernist analysis of historical narratives*,

Für Geschichtsdidaktiker:innen ist das Geschichtsbewusstsein ein wichtiges Thema, sowohl als soziales Gedächtnis, das sich auf spontan erworbene Informationen über die Vergangenheit durch kulturelle Teilhabe bezieht, als auch als schulisches Wissen über die Vergangenheit. Im letzteren Fall bildet das Geschichtsbewusstsein einen spezifischen kulturellen Kontext, in den der gesamte Prozess der geisteswissenschaftlichen Bildung eingebettet ist. Sowohl das „spontane“ Bewusstsein als auch jenes, das der kritischen Reflexion in der Schule unterzogen wird, enthalten stereotype bzw. mythologisierte Bilder der Vergangenheit, die immer wieder, fortgeschrieben in aufeinanderfolgenden Geschichtsinterpretationen, in verschiedenen Formen in die Bildungsinhalte einfließen. Beispiele für solche Darstellungen sind sowohl historische Persönlichkeiten als auch Schlüsselereignisse, die in der Regel als Symbole in nationalen Geschichtsnarrativen fungieren. Das Wesen der Kritischen Geschichtsdidaktik besteht in solchen Fällen nicht darin, Mythen und Stereotype zu bekämpfen, sondern auf ihre komplexe Natur, die Mechanismen ihrer Entstehung und die Rolle, die sie in Gemeinschaften spielen, im Bildungsprozess hinzuweisen.

Unabhängig von seiner Definition wird das Geschichtsbewusstsein als wichtig für Identitätsbildung und die Gruppenzugehörigkeit angesehen, für die Weitergabe von Mustern und Werten, für die Legitimierung von Macht und der bestehenden Ordnung. Die Gesellschaften entwickelten deshalb eine institutionalisierte Form der Verbreitung von Geschichtsbewusstsein in Form des schulischen Geschichtsunterrichts. Dessen Ziel ist es, das Geschichtsbewusstsein durch die Vermittlung von fundiertem historischem Wissen zu rationalisieren und zu systematisieren. Eines der Instrumente für diese Arbeit sind Schulbücher.

Im Hinblick auf das Geschichtsbewusstsein als „kulturellen Rahmen“ des Geschichtsunterrichts kann festgehalten werden, dass das Entwickeln der Kompetenz zum historischen Denken eine Aufgabe auch der Kritischen Geschichtsdidaktik darstellt, die ja zwischen dem, was erinnert, und dem, was im historischen Narrativ

---

in: Jerzy Topolski (Hg.), *Historiography between Modernism and Postmodernism. Contributions to the Methodology of the Historical Research, Poznan Studies in the Philosophy of the Sciences and the Humanities*, Bd. 41, Amsterdam 1994, S.9-86.  
Jerzy Topolski, *Problemy transmisji wiedzy historycznej w edukacji szkolnej*, in: Maria Kujawska (Hg.), *Nauczyciel historii. Ku nowej formacji dydaktycznej*, Poznań 1996, S. 107-119.

dargestellt wird, auf eine nicht konfrontative, ausgleichende Art und Weise vermittelt. Fragt man heute, welches Wissen über die Vergangenheit künftige Generationen benötigen, so lautet die Antwort mit Blick auf den heutigen Geschichtsunterricht, dass Erinnerung und historisches Lernen keine alternativen Wege zum Wissen über die Vergangenheit darstellen, vielmehr ergänzen sie sich und gleichen im Bildungsprozess aus.

Man denke an die Worte Zbigniew Herberts, die Tradition sei keine Erbmasse, die sich ohne Anstrengung vererbe – sie erfordere vielmehr Arbeit wie jede Begegnung mit Vergangenheit und Kultur. Man kann in diesem Sinne hinzufügen, dass der Austausch zwischen der Vergangenheit und der Zukunft nur durch die Aufarbeitung der Vergangenheit in der lebendigen Gegenwart unserer Kultur stattfinden kann (Herbert 2000, S. 91).<sup>6</sup>

### **Herausforderungen für die Förderung der Kompetenz zum kritischen historischen Denken**

In den 1990er Jahren bildete sich das historische Denken zu einer wichtigen Begriffskategorie für die polnische akademische Geschichtsdidaktik heraus, die sich auf die Theorie des historischen Wissens stützte. Im Gegensatz zum Geschichtsbewusstsein – im Sinne einer durch die spontane Teilhabe an der Kultur erworbene Kompetenz – wurde das historische Denken als eine spezifische kritische Kompetenz verstanden, die im Laufe des Geschichtsunterrichts zu erwerben sei. Der Forschung zufolge wohnt der Kategorie des historischen Denkens ihre ganz eigene Historizität inne, zumal sie der Dynamik der Veränderungen innerhalb der Geschichtswissenschaften unterliegt und sich ihr Verständnis je nach philosophisch-methodologischer Haltung derjenigen, die sich auf die berufen, verändert. So bringt die Interessensbekundung der zeitgenössischen Geschichtsdidaktik an der gesellschaftlichen Funktionsweise des historischen Wissens sie einer kulturellen Reflexion über Bildung näher.

---

<sup>6</sup> Zbigniew Herbert (1924-1998), polnischer Dichter. Aufgrund seiner kritischen Position gegenüber der kommunistischen Staatsmacht wurde Herbert zu einer moralischen Instanz der polnischen Gesellschaft unter dem Kommunismus (Ann. d. Red.).

Der Ausgangspunkt für die Formulierung einer Definition des historischen Denkens auf der Grundlage der akademischen Didaktik war die von Jerzy Topolski übernommene, aber modifizierte Fassung, die auf der von Jerzy Maternicki vorgeschlagenen Taxonomie der Ziele historischer Bildung gründet.<sup>7</sup> Dieser Definition zufolge sei das wissenschaftliche historische Denken von Dynamismus, Globalismus, Nomothetismus, Aktivismus, Genetismus und Universalismus geprägt, was dem strikt szientistischen Ansatz in Bezug auf das historische Denken entsprach und ein Zeichen der Zeit war, in der diese Definition formuliert wurde. In Anbetracht der Tatsache, dass die Kriterien für Wissenschaftlichkeit historisch wandelbar sind und relativiert werden – und sich darüber hinaus die historischen und gesellschaftlichen Bedingungen verändern, in denen der Bildungsprozess stattfindet –, wird deutlich, dass dem *historischen Denken* die unablässige Aufmerksamkeit der Historiker:innen und Geschichtslehrer:innen gebührt. Die Herausbildung des historischen Denkens vollzieht sich im Prozess der historischen Bildung, die sich wiederum aus wechselnden Komponenten zusammensetzt, wie etwa der aktuellen Auslegung der gesellschaftlichen Funktion von Geschichte, die Vielgestaltigkeit der zeitgenössischen Historiografie, dem zum gegebenen Zeitpunkt aktuellen Zustand des Geschichtsbewusstseins der Gesellschaft sowie dem Entwicklungsstand der schulischen Bildung und der in diesem Rahmen angewandten didaktischen Einflussmöglichkeiten von Geschichtslehrer:innen.

In Polen prägen die neuen Zugänge, die über ein szientistisches Verständnis von Geschichtswissenschaft hinausgehen, insbesondere seit der Bildungsreform von 1999 maßgeblich den Geschichtsunterricht. Dies geschieht dank der curricularen Verankerung der Kompetenzorientierung; gleichzeitig wird der didaktische Diskurs um die von den Fachleuten geforderte kulturelle Dimension historischer Inhalte ergänzt. Dies bedeutet eine Abkehr von der klassischen politischen Geschichte hin zu einer Geschichtsschreibung, die makro- und mikrohistorische Ansätze zu einer ganzheitlichen Geschichtsbetrachtung verbindet (s. u.). Ein weiterer Schritt ist das Nachdenken über die Strategie zur Förderung historischen Denkens in der pädagogischen Praxis. Die Herausforderung besteht darin, die theoretischen Grundlagen zu operationalisieren

---

<sup>7</sup> Jerzy Maternicki u. a., *Dydaktyka historii*, Wydawnictwa Naukowe PWN, Warszawa 1993, S. 165-169.

und auf die Aufgaben von Geschichtslehrer:innen im Unterricht abzubilden. Der Weg von der Theorie zum Unterricht ist weit. In unterschiedlichem Maße sind neue Geschichtsschulbücher zu einem Feld für die Verwirklichung dieser neuen Ideen und Zugänge geworden, so auch die deutsch-polnische Schulbuchreihe *Europa – Unsere Geschichte / Europa. Nasza historia*.

Eine Auseinandersetzung mit den Aufgaben des Geschichtsunterrichts ist nicht einfach, wenn es um die eigene nationale Geschichte geht, und sie wird umso schwieriger, wenn es darum geht, miteinander konkurrierende und seit Jahrzehnten als widersprüchlich wahrgenommene Geschichtsbilder zu vergleichen. Dieser Aufgabe widmete sich ein von der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission einberufener Expertenrat, der in den Jahren 2008-2010 ein umfassendes Konzept für die Schulbuchreihe entwickelte und didaktische Empfehlungen vorlegte. Da ich an den Beratungen des Expertenrates von Anfang an beteiligt war, ist der vorliegende Text eine Art geschichtsdidaktische wissenschaftliche Reflexion und Zeugnis der intensiven Arbeit.

Die Herausforderung bestand darin, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, den beiden Seiten des Projekts gerecht zu werden, sowohl auf dem Boden der Geschichtsschreibung als auch der Geschichtsdidaktik, und dabei die Unterschiede in der Herangehensweise und Bewertung der Ereignisse zu respektieren. Ausnahmslos alle nationalen Historiographien haben ihre Besonderheiten, dort, wo es zu Berührungen der Geschichtsnarrative kommt, liegen oft diametral entgegengesetzte kollektive Gedächtnisse vor. Es gilt, dies zu akzeptieren. Bei den Bemühungen um ein gemeinsames Konzept ergaben sich schon früh Hinweise auf die unterschiedlichen Unterrichtstraditionen, die die Projektteilnehmenden vertraten. Im Laufe der Zusammenarbeit wurde deutlich, dass die Unterschiede in der Interpretation und im Verständnis der gemeinsamen Vergangenheit in der länderspezifischen Kultur des Geschichtsunterrichts verwurzelt sind.

Die gegenseitige Übereinstimmung wurde wiederum dadurch begünstigt, dass die Geschichtsdidaktik in beiden Ländern seit Mitte der 1990er Jahre in ähnlicher Weise definiert wird, als eine Disziplin, die aus historischen (Methodologie der Geschichte, Erkenntnistheorie, Historiographie), sozialen (Psychologie, Soziologie, Anthropologie) und pädagogischen (allgemeine Didaktik, Bil-

dungstheorie) Wissenschaften schöpft. Als Gegenstand der Geschichtsdidaktik gilt hier wie dort eine mehrschichtige Reflexion über die Anwesenheit und Rolle der Geschichte in der Gesellschaft. Diese Reflexion befasst sich also mit den komplexen Prozessen der Durchdringung der Gesellschaft mit historischem Wissen in Vergangenheit und Gegenwart, innerhalb und außerhalb von Institutionen.<sup>8</sup>

Die Wende in den Geschichtswissenschaften hat auch in Polen dazu geführt, die historische Denkkompetenz so aufzufassen, dass den verschiedenen historiographischen Ansätzen auch Bilder gegenübergestellt werden können, die im kollektiven und kulturellen Gedächtnis geformt wurden. Das Ergebnis intensiver didaktischer Arbeit an historischem Material ist dann die Fähigkeit, zwischen Meinungen und Urteilen zu unterscheiden, eine Haltung der Empathie und des Respekts gegenüber anderen einzunehmen, ein Verständnis für die Auswirkungen vergangener Ereignisse auf unsere Gegenwart zu entwickeln und damit auch eine bewusste „Erinnerungsarbeit“ leisten zu können.

Als Reaktion auf die vielfältigen Entwicklungen in den Geschichtswissenschaften bilden die folgenden Prinzipien die Grundlage einer kritischen europäischen Geschichtsdidaktik: erstens Multiperspektivität, welche die verschiedenen Blickwinkel auf Ereignisse in der schulischen Erzählung berücksichtigt, was das Vorhandensein unterschiedlicher historischer Quellen voraussetzt. Die postulierte Vielfalt von Sichtweisen wiederum bringt das Prinzip der Kontrastivität, des Nebeneinanders alternativer Interpretationen mit sich, ohne auch die umstrittenen auszulassen, von denen man annimmt, dass sie die Schüler:innen zur Vertiefung ihres Wissens mobilisieren, um diese „Widersprüche“ zu erkennen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, eine kritische Forschungshaltung zu fördern, die einer eigenständig entwickelten Sicht der Dinge vorausgeht. Ein weiteres Prinzip ist der Pluralismus, der in diesem Ansatz als das akzeptierte Vorhandensein von mehreren Meinungen und Urteilen über historische Ereignisse in demokratischen Systemen verstanden wird. Ziel dieses Ansatzes ist nicht der Relativismus. Vielmehr geht es darum, in der didaktischen Praxis und in einer Art didaktischem Handlungslabor die zeitgenössischen Probleme der multimedialen

---

<sup>8</sup> Die polnische Definition der Geschichtsdidaktik betont zudem ihre pragmatische Dimension im Zusammenhang mit dem Lehren und Lernen von Geschichte (Pomorski 1988, S. 239-253; Wrzosek, 1994, S. 26-35).

Realität aufzuzeigen, was auf die Notwendigkeit hinausläuft, sich mit einer Vielzahl von Sichtweisen auf die Vergangenheit auseinanderzusetzen, und was dazu zwingt, eine eigene Bewertung der Ereignisse zu erarbeiten. Den oben genannten Prinzipien der Darstellung der Vergangenheit stehen entsprechende didaktische Schritte gegenüber: (i) *die Rekonstruktion* von Ereignissen, (ii) *die Interpretation*, die die Auseinandersetzung mit vielfältigem Material erfordert, und erst als Ergebnis dieser Aktivitäten als abschließendes Element (iii) *die Bewertung* der Ereignisse. Diese aufeinander aufbauenden Schritte im Umgang mit historischem Material und in der didaktischen Arbeit führen zur Konstruktion eines offenen Bildes der Vergangenheit.

Aus meiner persönlichen Erfahrung bei der Erarbeitung eines befriedigenden und zugleich wirklich gemeinsamen Konzepts für die deutsch-polnische Schulbuchreihe habe ich die positive Überzeugung gewonnen, dass die Arbeit an einer spezifischen Kultur des Geschichtsunterrichts langfristig die Erinnerungskultur maßgeblich beeinflussen kann. Dies ist nicht möglich, wenn der Geschichtsunterricht „fertige“ Bilder der Vergangenheit mit einer vorgegebenen Deutungsrichtung anbietet, die wichtige Fragen für das Verständnis der Vergangenheit nicht nur aufschiebt, sondern ihnen sehr oft die einzige Chance nimmt, überhaupt gestellt und diskutiert zu werden. Erst auf der Grundlage „offener“ Geschichtsbilder, die die komplexe kulturelle Kompetenz des „Umgangs mit Geschichte“ vermitteln, entsteht die Möglichkeit zu kreativer und eigenständiger Arbeit der Schüler:innen - und damit auch ein Platz für Erinnerung (Julkowska 2013, S. 362).

Ich schließe diesen Abschnitt der Überlegungen mit der These, dass die Ausbildung der komplexen Kompetenz des kritischen historischen Denkens, die auch weiterhin einem Wandel unterworfen sein wird, eine aktuelle Herausforderung für die Geschichtsdidaktik bleibt, weil ihre Anwendung eine Bedingung für die Überwindung des konfrontativen Verhältnisses von Gedächtnis und Geschichte im Geschichtsbewusstsein zu sein scheint, darüber hinaus den Schüler:innen die Fähigkeit vermittelt, Texte unterschiedlicher Art selbstständig zu interpretieren und zu bewerten, was sie wirksam gegen die manipulativen Handlungen um historisches Wissen imprägniert. Fragen wir ernsthaft danach, was wir über die Vergangenheit wissen müssen um uns selbst zu verstehen bzw. welches Wissen über die Vergangenheit die nachfolgenden Generationen

brauchen werden, so lautet eine der Antworten also, dass das Erinnern und die Geschichte alternative Wege darstellen um dieses Wissen zu erlangen, Wege, die sich im Rahmen einer Kritischen Geschichtsdidaktik ergänzen müssen.

### **Der Weg zu einem gemeinsamen Geschichtslehrwerk – der Beitrag der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission (Wspólna Polsko-Niemiecka Komisja Podręcznikowa)**

Die Idee einer bilateralen Schulbuchreihe wurde erstmals 2008 von den Außenministern Polens und Deutschlands als politische Idee verkündet, nachdem die Zustimmung der Fachleute auf beiden Seiten eingeholt wurde. Die Politik war der Meinung, dass Polen und Deutschland reif genug waren, die Geschichte beider Länder gemeinsam im großen Kontext der europäischen Geschichte darzustellen. Erleichtert wurde die Entscheidung aus politischer Sicht dadurch, dass es keine nennenswerten sachlichen Auseinandersetzungen gab, was zu einem großen Teil der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission zu verdanken war und ist, die seit 1972 trotz verschiedener politischer Turbulenzen kontinuierlich als Dialogforum und Ort des Aufbaus deutsch-polnischer Beziehungen arbeitet und Historiker:innen und Geograf:innen beider Länder zusammenbringt. Es gibt nach wie vor alte und neue Unterschiede in der Interpretation von Ereignissen und unterschiedliche Bedeutungen, die Historiker:innen, Politiker:innen und die beiden nationalen Gemeinschaften denselben Ereignissen zuschreiben, was eine kontinuierliche Arbeit zur Erforschung und Bildung des Geschichtsbewusstseins verschiedener Gruppen und Generationen, insbesondere junger Menschen, erfordert. Das gemeinsame Lehrwerk sollte Teil der so konzipierten „Erinnerungsarbeit“ werden.

Die Geschichtsbuchreihe sollte eine Hilfestellung im Verständnis der unterschiedlichen Perspektiven darstellen, aus denen Pol:innen und Deutsche die europäische und ihre eigene Geschichte betrachten, und um die Unterschiede in der Bewertung der Ereignisse zu erkennen. Ein gemeinsames und identisches Narrativ für beide Seiten ist nicht gleichbedeutend mit einem einheitlichen Geschichtsbild; im Gegenteil: Dialogizität bedeutet in diesem Fall, sich auf zwei Stimmen zu einigen. Wenn es um unterschiedliche Interpretationen der Ereignisse durch beide Seiten ging und es schwierig

war, zu einem gemeinsamen Standpunkt zu gelangen, bestand eine akzeptable Lösung darin, die Unterschiedlichkeit der Ansätze aufzuzeigen. Auf der Suche nach einem Einvernehmen war es wichtiger, sich anzuhören, was man sich gegenseitig zu sagen hatte: wir ihnen und sie uns. Ein solches Beispiel für die Gewinnung einer neuen Perspektive auf Geschichte und Erinnerung war das Thema des Zweiten Weltkriegs. Die Perspektive der deutschen Schüler:innen wurde durch den Blick auf das Leben der Zivilbevölkerung Osteuropas unter deutscher Besatzung und das Thematisieren des Warschauer Aufstands 1944 erweitert. Letzterer fehlte an deutschen Schulen angesichts einer Fokussierung auf den Holocaust. Die Perspektive der polnischen Schüler:innen hingegen wurde um das Problem der Zwangsdeportation der deutschen Bevölkerung erweitert, wobei die deutsche Erinnerung an diese Erfahrung berücksichtigt wurde.

Als ein weiteres Problem erwies sich die Darstellung der polnischen und deutschen Geschichte unter Berücksichtigung eines breiteren europäischen Geschichtskontextes, der notwendig ist, um die unterschiedlichen Bedingungen zu verstehen, die die Mentalitätsbildung der beiden nationalen Gemeinschaften beeinflusst haben. Ohne den europäischen Kontext wäre die historische Perspektive auf die bilateralen Beziehungen verengt worden, hingegen ermöglichte eine breite europäische historisch-kulturelle Perspektive den Versuch, die Unterschiede zu verstehen und gleichzeitig die kulturellen und geistigen Verwandtschaften zu erkennen. Ein Beispiel für die Erweiterung der Bildungsperspektive der deutschen Schüler:innen war hier wiederum die stärkere Präsenz der mittel- und osteuropäischen Geschichte als Bestandteil der Interpretation und Bewertung von Vergangenheit und Gegenwart.

Das Projekt erwies sich als seltene Gelegenheit, verschiedene Generationen mit ihren historischen Erfahrungen im Geschichtsunterricht - dank seiner spezifischen Ausrichtung - zusammenzubringen. Was die europäischen Nationen verbindet und trotz aller Unterschiede eine einzigartige Chance der Verständigung bietet, ist paradoxerweise das Gefühl der gemeinsamen Teilhabe an historischen Ereignissen und die Ähnlichkeit der sozialen und kulturellen Erfahrungen, an denen die aufeinander folgenden Generationen teilgenommen haben. Zehn Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte haben uns - entgegen der landläufigen Meinung - häufiger geeint als getrennt.

Die Idee der gemeinsamen Geschichtslehrbuchreihe war kein einmaliger Impuls, sondern reifte über einen langen Zeitraum im Zuge der Arbeit, die Historiker:innen aus Polen und Deutschland seit 1972 im Rahmen der Gemeinsamen Schulbuchkommission über die letzten fünf Jahrzehnte geleistet hatten. Betrachtet man den Zeitplan der Kommissionsarbeit, so führten die sukzessiven Aufgaben, die sich die Historiker:innen beider Länder stellten, trotz zeitweiliger Turbulenzen und Schwierigkeiten konsequent und unvoreingenommen zu einer stetigen Erweiterung des fachlichen Austausches. Erstes Ergebnis der gemeinsamen Arbeit polnischer und deutscher Historiker:innen waren die Schulbuchempfehlungen von 1976. Die Veröffentlichung der 26 Punkte umfassenden Empfehlungen löste in der Bundesrepublik Deutschland eine Welle der Kritik aus und gab den Anlass zur ersten gesamtdeutschen Diskussion über die gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>9</sup> Die Einigung auf einen gemeinsamen Empfehlungskatalog war für die Historiker:innen nur eine Vorstufe, um Diskussionsfelder abzustecken. Sie leitete einen Prozess regelmäßiger Konferenztreffen und gemeinsamer Diskussionen über die als besonders kontrovers angesehenen Themen ein, darunter die Besetzung polnischer Gebiete während des Zweiten Weltkriegs und die Widerstandsbewegung in Polen und Deutschland (Łańcut 1977); die nationale Geschichte als Problem der polnischen und deutschen Geschichtsschreibung (Braunschweig 1982); die Geschichte Deutschlands und Polens von 1933 bis 1945 (Nowogard 1985) (Borodziej 2012, S. 63-64).

Parallel zur wissenschaftlichen Arbeit überwachte die Kommission den Stand der praktischen Umsetzung der Empfehlungen in polnischen und deutschen Schulbüchern. Eine wichtige Leistung der Historiker:innen war es, einen Weg für den Umgang mit besonders kontroversen Themen zu finden, bei denen eine einheitliche Position nicht möglich war. Sie suchten nicht den Kompromiss um jeden Preis, sondern begnügten sich mit einer verlässlichen Darstellung der unterschiedlichen Positionen der beiden Historiografien, der polnischen und der deutschen. Die Identifizierung und präzise Definition von Unterschieden in der Wahrnehmung historischer Probleme wurde als wertvolles Ergebnis und zugleich

---

<sup>9</sup> Eine „Vorstufe“ zu den Empfehlungen stellten die 47 Thesen zu deutsch-polnischen Beziehungen des Oldenburger Geschichtslehrers Enno Meyer dar, die 1956 erschienen und bereits damals die ersten Diskussionen auslösten (Anm. d. Red.).

als Ausgangspunkt für die weitere Diskussion betrachtet, die nicht nur nicht ausgesetzt, sondern im Gegenteil als Gelegenheit betrachtet wurde, beim nächsten Zusammentreffen eine breitere Position beider Seiten und verschiedene Standpunkte dazu zu präsentieren. Da seit der Gründung der Kommission mehr als fünfzig Jahre vergingen, beteiligten sich an ihren verschiedenen Arbeitsformen auf beiden Seiten mehr als dreihundert Wissenschaftler:innen, Historiker:innen und Geograf:innen, zu denen in den letzten Jahren auch Lehrkräfte und Schulbuchautor:innen hinzukamen. Die Zahl der Personen, die gegenwärtig im Rahmen neuer Projekte zusammenarbeiten, nimmt ständig zu – die Kommission schuf einen Raum für Fachaustausch und Dialog im Bereich der Geschichtsdidaktik.<sup>10</sup>

Eine aktive Beteiligung der Schüler:innen an der historischen Schulbildung voraussetzende Unterrichtsstrategie gab zu Beginn der 1990er Jahre in Polen einen wichtigen Impuls für Veränderungen bei der Erstellung von Schulbüchern. Eine dieser Änderungen betraf die Ergänzung der Zusammensetzung der Teams, die die neuen Lehrwerke ausarbeiteten. Heutzutage stellt eine geteilte Autor:innenschaft von Schulbüchern die Norm dar: Neben den für die Narration verantwortlichen Historiker:innen entwerfen Didaktiker:innen und Lehrkräfte aus der Praxis ein den Anforderungen der zeitgenössischen Geschichtsdidaktik entsprechendes Unterrichtsmodell. Die zeitgenössischen Schulbücher zeichnen ein auf den ersten Blick reiches und farbiges Layout aus, doch ihr wichtigster Vorzug ist die Art und Weise, wie sie das Bild der Vergangenheit vermitteln. Der Anspruch an die direkte Beteiligung von Lehrwerken am Bildungsprozess bewirkt, dass die Schulbücher der neuen Generation multifunktional sind, und ihre ikonografische und symbolische Ebene stark mit den didaktischen Aufgaben harmonisiert bzw. sich stimulierend auf die Aktivierung der Arbeit von Schüler:innen und Lehrkräften rund um die historischen Inhalte auswirkt. Neben der (nicht mehr dominierenden) historischen Narration sind die Schulbücher mit gezielt ausgewähltem, vielfältigem Quellenmaterial ausgestattet.

---

<sup>10</sup> Eines der ersten Beispiele für bilaterales Unterrichtsmaterial ist die für polnische und deutsche Lehrkräfte bestimmte didaktisierte Quellensammlung *Polska i Niemcy w XX wieku. Wskazówki i materiały do nauczania historii* (Dt.: *Polen und Deutschland im 20. Jahrhundert. Leitlinien und Materialien für den Geschichtsunterricht*). (Becher/Borodziej/Ruchniewicz 2001).

Aus historisch-didaktischer Sicht knüpfen die neuen Schulbücher also an die Erfahrungen und Lektionen früherer Schulbildung an. Vom 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts stellten Schulbücher die wichtigste Quelle für Informationen über die Geschichte dar, und der dort dominierende Autorentext gehörte zum konstruierenden Kanon traditioneller Schulbücher. Eine daraus resultierende Folge war eine bestimmte Sichtweise auf die Vergangenheit, wie sie die Autorenerzählung bot. Die schlichte Bildgestaltung der damaligen Schulbücher, die nur selten die beschriebenen historischen Figuren und Ereignisse illustrierte, unterstrich die dominante Stellung des Autorentexts umso mehr. Die Veränderung im Schulbuchmodell vollzog sich schrittweise mit einem Wandel in der Geschichtsdidaktik, hing aber von der politischen Situation des jeweiligen Staates und seiner Bildungspolitik ab. Abgesehen von einigen eher radikalen Änderungen des Schulbuchmodells geht der Trend bei der Entwicklung von Schulbüchern seit den 1990er Jahren dahin, dass Schulbücher zwar Autorentexte enthalten, zugleich aber auch zur Arbeit mit dem Quellenmaterial anregen, von dem sie ausgewählte Ausschnitte zusammen mit einer Reihe von didaktischen Aufgaben anbieten.

Der Großteil der zeitgenössischen Lehrwerke für Geschichte tendiert zunehmend zu einer Visualisierung und Didaktisierung des historischen Materials, doch genau auf dieser Ebene treten Unterschiede in der Herangehensweise an die Erarbeitung von Schulbüchern zu Tage. So konzentrieren sich die meisten Herausgeber:innen darauf, eine didaktische Grundlage zu schaffen und zu einer gemeinsamen Arbeit der Lehrkraft und Schüler:innen an dem im Schulbuch enthaltenen, differenzierten historischen Material anzuregen (Texte, Ikonografie, Karten, Schemata, Aufgaben). Die endgültige Form des Schulbuchs bestimmen viele, auch externe Faktoren, die im weiteren Verlauf erörtert werden. Das, was aber den pädagogischen Wert des Schulbuchs ausmacht und ihm ein hohes Maß an Nützlichkeit verleiht, ist die Art und Weise, wie das Schulbuch zur Umsetzung des scheinbar rein didaktischen Ziels, verschiedene historische Kompetenzen auszubilden, vorbereitet wird. In Wirklichkeit stellt die Vorbereitung der Schüler:innen zu einer eigenständigen, aus verschiedenen Erkenntnisperspektiven geleiteten Interpretation der Vergangenheit – und eine solche Möglichkeit bieten die einzelnen Fähigkeiten – die Grundlage für die Ausbildung einer übergeordneten Kompetenz wie dem um historisches Denken bereicherten Geschichtsbewusstsein. Eine neue Tendenz,

die gegenwärtig in den im Entstehen begriffenen Schulbüchern zu beobachten ist, ist die Reduzierung der Autorennarration, die zwar nicht völlig verschwindet, schrittweise aber kein dominierendes Element mehr darstellt. Diese Konstruktionsentscheidung ist zum einen didaktisch begründet, zum anderen ist sie aber auch Zeugnis einer vertieften Reflexion über das Geschichtsbewusstsein, die aus der Beteiligung professioneller Historiker:innen und Forscher:innen des kollektiven Gedächtnisses sowie indirekt aus den Demokratisierungsprozessen nach der Systemtransformation in den Ländern Ostmitteleuropas im Bereich des gesellschaftlichen Interesses an der Vergangenheit hervorgegangen ist.

Abgesehen von den formalen Prozeduren unterliegt das Bild der Vergangenheit immer wieder Veränderungen auf der Ebene der historischen Inhalte und ihrer didaktischen Einbettung, zumal der Geschichtsunterricht von verschiedenen externen Impulsen abhängig ist. Zu den wichtigsten zählen:

- der historische Wissensstand bezüglich der Methoden historischer Erkenntnis und der Narrationsgestaltung,
- die sich verändernden Ziele der staatlichen Bildungspolitik und ihr Einfluss auf das Ausmaß der Ideologisierung des vermittelten Wissens,
- die zum gegebenen historischen Zeitpunkt geltende Auslegung der gesellschaftlichen Funktion von Geschichte, mit anderen Worten: welche Rolle die Vergangenheit im Leben der jeweiligen Gesellschaft spielt.<sup>11</sup>

Jeder der hier genannten Impulse hat einen (un)mittelbaren Einfluss auf die Gestalt sowohl der in den Schulbüchern enthaltenen Darstellung der Vergangenheit als auch auf den Prozes der Schulbildung. Die größte Schwäche der Schulbücher für Geschichte und die schwierigste Herausforderung für ihre Autor:innen ist die schwache und meist auch verspätete Repräsentation unterschiedlicher Diskurse in den zeitgenössischen Geisteswissenschaften. Nichtsdestoweniger scheint die Einführung selbiger unabdingbar, um ein ganzheitliches Bild von der Vergangenheitsbild zu genießen, das aus stets neuen Perspektiven gezeigt wird, zumal es – selbst wenn es zu als kontrovers empfundenen Auffassungen führt –

---

<sup>11</sup> Jan Pomorski, *Edukacja historyczna u progu XXI wieku*, in: Jan Pomorski (Hg.), *Spoglądając w przeszłość. Studia i szkice metahistoryczne*, Lublin 2017, S. 92.

im Endeffekt die Ausbildung eines kritischen historischen Denkens begünstigt. So zieht die Darstellung unterschiedlicher Auffassungen der Vergangenheit nämlich nicht nur eine Bereicherung des thematischen Repertoires und der Arbeitsmethoden der Lehrkraft nach sich, sondern sie stimuliert auch stark die Ausbildung neuer Kompetenzen, u. a. der Interpretation historischer und gesellschaftlicher Phänomene im digitalen Raum, in dem sich die Schüler:innen täglich bewegen.

### **Der innovative didaktische Aufbau des Lehrbuchs *Europa – Unsere Geschichte / Europa. Nasza historia***

Für die Ausführung des Projekts der gemeinsamen Schulbuchreihe wurden durch einen Wettbewerb erfahrene Schulbuchverlage aus- gesucht. In Polen waren dies Wydawnictwa Szkolne i Pedagogiczne (WSiP) und in Deutschland Eduversum aus Wiesbaden, die ihrer- seits mehrköpfige Autorentams für die einzelnen Bände ernann- ten. Jeder Band wurde von einem polnisch-deutschen Team er- stellt, bestehend aus Autor:innen, Redakteur:innen, Kartograf: innen und Grafiker:innen, so dass die polnische und die deutsche Fassung des Buches in jeder Hinsicht identisch sind.<sup>12</sup> Während des gesamten Projekts wurden die Herausgeber in ihrer inhaltlichen und didaktischen Arbeit von den im Expertenrat versammel- ten polnischen und deutschen Historiker:innen unterstützt, die auf Erforschung der jeweiligen Epochen spezialisiert und mit führen- den wissenschaftlichen Zentren verbunden sind.<sup>13 14</sup>

Zur Erleichterung des Unterrichts wurde eine Reihe von Neuerun- gen in die Gestaltung und das Layout aufgenommen. Die einzelnen Bände wurden thematisch in *Kapitel* unterteilt, welche zur leicht- eren Navigation verschiedenfarbig unterlegt wurden. Innerhalb

<sup>12</sup> Zu jedem der polnischen Bände gehört die Beilage *Europa. Nasza historia. Historia w źródłach, obrazach i odwołaniach do współczesności. Suplement [Euro- pa. Unsere Geschichte. Geschichte in Quellen, Bildern und Bezugnahmen auf die Gegenwart]*. Sie umfasst Inhalte, die mit Blick auf den polnischen Kernlehrplan im gemeinsamen Band entweder nicht oder nur unzureichend dargestellt sind. Die Beilage hat keine Entsprechung in der deutschen Ausgabe des Lehrbuchs.

<sup>13</sup> Vertreter:innen von fünfundzwanzig Universitäten und Forschungseinrichtun- gen aus Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Göttingen, Gießen, Jülich, Halle, Ham- burg, Kiel, Köln, Krakau, Leipzig, Lublin, Lüneburg, Mainz, Münster, Oldenburg, Posen, Thorn, Warschau, Wien und Breslau nahmen teil.

<sup>14</sup> Beteiligt waren zudem etwa 50 Übersetzer:innen [Anm. d. Red.].

der Kapitel wurden kleinere Einheiten, sogenannte *Lektionen*, eingeführt. Jedes Kapitel beginnt mit einer *Infografik*. Diese enthält einen *Einstiegsstext*, eine *Illustration*, ein Gemälde oder ein Foto, das mit der jeweiligen Epoche in Verbindung steht, sowie eine *Karte* und einen *Zeitstrahl*. Die Infografiken heben die Hauptthemen des Kapitels perfekt hervor und die Visualisierung des Inhalts sorgt für einen positiven Erkenntnisimpuls.

Jede Lektion eines Kapitels hat eine feste, zweckmäßig geordnete Struktur. Sie beginnt mit einem *einleitenden Text* und *Fragen*, die die Aufmerksamkeit der Schüler:innen auf die wichtigsten Punkte lenken sollen. Einige Lektionen werden von einer zusätzlichen Karte mit dem Titel *Zur gleichen Zeit in Europa* begleitet, auf der Ereignisse markiert sind, die zeitgleich stattfanden. Dieses Vorgehen ermöglicht es den Lernenden, die Synchronität innerhalb der Diachronie zu verstehen und macht deutlich, dass viele Prozesse in der Geschichte nebeneinander ablaufen, auch wenn sie nicht miteinander verbunden sind.

Der *Autorentext* in jeder Lektion wird kombiniert mit *Quellen* und populärwissenschaftlichen Texten (*Darstellungen*), die es den Schüler:innen ermöglichen, verschiedene Perspektiven auf ein Thema zu erfassen und ihre Fähigkeit zu trainieren, historische Inhalte zu analysieren und zu interpretieren. Zwei zusätzliche Sichtweisen auf die Vergangenheit spielen eine besondere Rolle. Die erste ist der historiografische *Blickwinkel*, dessen Aufgabe es ist, die Perspektive von Historikern aus verschiedenen Ländern und Epochen zu einem bestimmten Thema darzustellen. Die zweite, *Vergangenheit in der Gegenwart*, bezieht sich auf die Geschichtskultur und zeigt den Lernenden, wie Menschen mit der Vergangenheit umgehen und was von der Vergangenheit als wichtige Lehre für die Gegenwart bleibt. Beide Zugänge veranschaulichen, dass das Lehrwerk mehrere Perspektiven und sogar bewusste Kontroversen aufnimmt, um die Vergangenheit besser verstehen zu helfen, insbesondere die schwierige und schmerzhaftige Vergangenheit, die starke Emotionen weckt.

Die konzeptionelle Besonderheit der Schulbuchreihe *Europa - Unsere Geschichte / Europa. Nasza historia* ist der Einsatz von Workshop-Methoden, in deren Mittelpunkt verschiedene Informationsquellen, darunter zeitgenössische Formen und Ebenen der Vermittlung historischer Inhalte, stehen. Das Lehrwerk ist somit

als ein Praxisfeld für den Geschichtsunterricht konzipiert, es baut auf Quellenkritik und Dialog als Mittel zur Verständigung auf. Es zeichnet sich zudem durch eine hohe Qualität des Begleitmaterials aus, wie didaktische Zeichnungen, Rekonstruktionen, Karten und Diagramme (vgl. Abb. 1).<sup>15</sup>

Kommunikationsebenen für Inhalte// Vermittlungsstrategie	Informationsmaterial	Historische Quelle	Künstlerische Darstellung der Vergangenheit	Lernaufgabe
Textuelle Kommunikation	Autorentext	Quellentext	literarischer Text	Fragen Anweisungen Aufgaben
Ikonografische Kommunikation	Didaktische Zeichnung	Ikonographie aus der Epoche	Historische Malerei	Grafisches Material
Symbolische Kommunikation	Karte Plan, Schema Grafik	Politisches Plakat	Karikatur Allegorie Symbol	Konturenkarten

Abb. 1: Potenzielle Kommunikationsebenen im Lehrbuch 2024, V.J.

## Förderung der Kompetenz zum historischen Denken

Im Geschichtsunterricht wird das Geschichtsbewusstsein auf eine besondere Art und Weise geformt, denn es geschieht auf einer wissenschaftlichen, d. h. kritischen und quellenbasierten Grundlage. Diese Aufgabe wird von Lehrkräften mittels verschiedener Unterrichtsstrategien wahrgenommen. Eine immer noch häufige Strategie geht davon aus, dass die schulische Geschichtsdarstellung frei von Stereotypen, Mythen und Verzerrungen verschiedener Art sein sollte. Aus diesem Grund wird eine wissenschaftliche Botschaft als „unterrichtsfertiges“ Material verwendet. Der deutsch-polnischen Schulbuchreihe lag eine andere Strategie zugrunde. Ihr zufolge sei es wichtiger, dass Schüler:innen, die mit einer Vielzahl von Informationen und historischem Material, vor allem in Form von Quellen, konfrontiert werden, im Unterricht die notwendigen Kompetenzen erwerben, um historische Informationen selbstständig herauszuarbeiten und sachlich zu bewerten. Die beiden Strategien bauen auf unterschiedlichen Unterrichtsmodellen auf.

<sup>15</sup> Für das Projekt wurden rund 550 Rekonstruktionszeichnungen, fast 200 Karten und 21 Computergrafiken erstellt.

Bei der ersten Unterrichtsstrategie nehmen die Lernenden eine passive Haltung gegenüber den ihnen gegebenen Informationen ein, erkennen sozusagen unreflektiert ihren Wahrheitsgehalt an und verzichten auf die Möglichkeit, ihre Zuverlässigkeit zu überprüfen, was häufig auf einen Mangel an Kompetenzen zurückzuführen ist, die aber auch keinen Raum für eine praktische Anwendung hätten. Die zweite Strategie hingegen zielt darauf ab, einen aktiven und kritischen Empfänger von Informationen über die Vergangenheit zu erziehen, der sich der zahlreichen Risiken im Prozess der Informationsweitergabe bewusst ist (Topolski 1996, S. 107-119). Die beiden Strategien legen für das Schulbuch unterschiedliche Funktionen fest, die sich in der Schulbuchkonstruktion niederschlagen. Im ersten Fall wird ausschließlich gelehrt, im zweiten Fall werden analytische und interpretative Kompetenzen vermittelt. Heutzutage zwingt der breite Zugang zu Informationen im digitalen Raum dazu, die frühere Funktion des Schulbuchs als primäre Wissensquelle zu überdenken und es in eine multimediale Werkbank zu verwandeln, die den Erwerb von Fähigkeiten und die Bildung neuer kognitiver Kompetenzen fördert.

Bei der Erstellung der Schulbuchreihe *Europa - Unsere Geschichte / Europa. Nasza historia* ging es vor allem um die historischen Inhalte, die sich an den Kernlehrplänen beider Länder orientierten. Darüber hinaus fand ein Erfahrungsaustausch über die Art und Weise der Vermittlung dieser historischen Inhalte statt, die sich aus den unterschiedlichen Unterrichtsstrategien in beiden Ländern ergaben. Einig war man sich, dass die wichtigste Kompetenz, die im Rahmen des schulischen Geschichtsunterrichts vermittelt wird, das historische Denken ist, da es die zukünftige Geschichtskultur der Schüler:innen maßgeblich beeinflusst.

Damit hängt zusammen, dass die Art des historischen Denkens von der Art der Geschichtsschreibung abhängt, an die das Schulnarrativ anknüpft. Beständige Klischees des historischen Denkens, die unsere Vorstellungen von der Vergangenheit stark beeinflussen können, gehen auf die Geschichtsschreibung zurück. Verfestigte, reflexartig abrufbare und der Erkenntnis unzugängliche Bilder der Vergangenheit bei den Schüler:innen lassen sich später schwer revidieren. Viele Bilder und Bewertungen der Vergangenheit gelangen in das Geschichtsbewusstsein der Gesellschaft über das Schulbuch, das oft den einzigen Kontakt mit einem Geschichtsnarrativ im strengen Sinne darstellt. Aus diesem Grund ist es nicht gleichgültig, auf wel-

che historiographischen Muster sich das Schulbuch bezieht. Schulische Bildung ist eine wichtige Praxis innerhalb der Geschichtskultur einer Gemeinschaft, durch die historisches Denken die Chance erhält, zu einer kulturellen Kompetenz zu werden (Julkowska 2018, S. 57-64). Die Ausbildung des historischen Denkens erfordert daher eine kritische Reflexion über die Wahl des bestimmten Typus der Darstellung der Vergangenheit in Schulbüchern.

Es lassen sich mindestens drei Typen von Schulbucherzählungen unterscheiden, die auch in zeitgenössischen Schulbüchern in unterschiedlicher Weise vertreten sind. Der erste Typus bezieht sich auf die klassische Geschichtsschreibung (mit der Dominanz der politischen Geschichte), der zweite Typus - auf die strukturelle Geschichtsschreibung (mit der Präsenz der Sozial- und Wirtschaftsge-schichte) und der dritte Typus - auf die poststrukturalistische Geschichtsschreibung (mit mikrohistorischen und kulturellen Zugängen). Die Wahl des ersten Typus hat zur Folge, dass die Ereignisgeschichte bevorzugt wird. Im Fokus des Bildes der Vergangenheit steht hier nicht das Leben der an den Ereignissen beteiligten Gemeinschaft, sondern der politische Kontext der Ereignisse und die Richtung des politischen Handelns der führenden Persönlichkeiten.<sup>16</sup>

Schulbücher, die auf gesellschaftliche Strukturen ausgerichtet sind, erfordern wiederum einen problemorientierten Zugang, der anstelle der chronologischen Ordnung tritt. Schulbücher diesen Typus, die in Polen bereits vor 1990, vor allem jedoch nach der Bildungsreform 1999 erschienen sind, wurden von den Lehrkräften für schwierig in der Anwendung befunden.

Die Schulbuchreihe *Europa - Unsere Geschichte / Europa. Nasza historia* gehört dem dritten Schulbuchtypus an, der Elemente der Mikrogeschichte einbezieht und so die Aufmerksamkeit auf Themen lenkt, die bisher in globalen oder problemorientierten Darstel-

---

<sup>16</sup> In diesem Ansatz findet sich kein Platz für Fragestellungen aus Sicht der Gemeinschaft oder des Individuums, denn die Perspektive der politischen Geschichte blendet oft wichtige Akteure aus und macht Individuen oder Gruppen zu stummen Teilnehmern der Ereignisse, die sporadisch in ausgewählten ikonografischen Darstellungen als stiller Hintergrund des Geschehens erscheinen. Diese Art der Erzählung schafft ein unvollständiges Bild der Vergangenheit und ist offen für Manipulation im Sinne der „großen Subjekte der Erzählung“, während die Perspektive der betroffenen Menschen vernachlässigt wird.

lungen untergingen. Der Ansatz der Mikrogeschichte geht vom Menschen als Subjekt aus, die Geschehnisse werden oft in lokaler Perspektive dargestellt. Hilfreich ist hier ein Quellenkontext, der individuelle Schicksale in der Form von Memoiren, Biographien, privaten Einblicken in den Alltag und Abbildungen von Personen in ihrer lebensweltlichen Umgebung aufzeigt. Diese Quellen haben einen persönlichen und emotionalen Charakter. Der mikrohistorische Ansatz ist auf ein subjektives Verständnis der Vergangenheit ausgerichtet und verändert damit die bisherige Blickrichtung. „Darstellen“ ähnelt hier dem fotografischen „Aufnehmen“, mit der passenden Einstellung der Bildschärfe und der Fokussierung auf Details. Diese Art der Darstellung versucht, die einzelnen Teilnehmer:innen der Ereignisse zu zeigen, ihre Erfahrungen und oft auch ihre Emotionen im Zusammenhang mit ihren unterschiedlichen Erinnerungen an die Ereignisse festzuhalten. Hinzu kommt die multiperspektivische Anordnung der Quellen. So wird Raum geschaffen für Gruppen, die bisher ausgeblendet wurden.

Das 2020 abgeschlossene deutsch-polnische Schulbuchprojekt ist ein Zeugnis der Verständigung und gemeinsamer Erinnerungsarbeit.<sup>17</sup> Im Juni 2021 wurde Band 4 der Reihe, der die Geschichte des 20. Jh.s behandelt, in Deutschland mit dem renommierten Preis „Schulbuch des Jahres 2021“ in der Kategorie „Gesellschaft“ ausgezeichnet. Dieser Preis wird jährlich vom Didacta-Verband, der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Braunschweiger Leibniz-Institut für Bildungsmedien/Georg-Eckert-Institut ausgelobt. Auf polnischer Seite wurde am 15. Juni 2024 eine ähnlich prestigeträchtige Auszeichnung von der Polnischen Akademie der Gelehrsamkeit (Polska Akademia Umiejętności, PAU) in Krakau verliehen,<sup>18</sup> diesmal für die gesamte Reihe *Europa – Unsere Geschichte / Europa. Nasza historia*. Nach jahrelanger Arbeit ist dies ein großer Erfolg sowohl des Projekts und aller Beteiligten als auch der gesamten Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission.

---

<sup>17</sup> Die Erstausgaben der einzelnen Bände der Schulbuchreihe erschienen in den Jahren 2016–2020. Derzeit sind alle Bänder für den Schulgebrauch in fünfzehn Bundesländern der Bundesrepublik zugelassen. Zuletzt wurde der polnische Band 4 für die Klasse 8 im Juni 2024 vom polnischen Bildungsministerium genehmigt.

<sup>18</sup> Siehe dazu: <https://schulbuchkommission.eu/europa-unsere-geschichte-nun-auch-in-polen-gewuerdigt/> (08.08.2024).

## Abstract

History holds a special role in European culture, being a medium for shaping critical thinking and a multi-perspective view of reality. Meanwhile, one of the most spectacular changes influencing the presence of history in the public sphere in the last decade is the process of democratisation of history and historical remembrance. The phenomenon of widespread interest in the past has led to the emergence of new forms of communication that appear in the public space on an equal footing with historical knowledge. The multiplicity of means of communication as well as the ambiguity of the objectives pursued goes beyond the practices adopted by historians, who nevertheless, while losing their monopoly on the transmission of knowledge about the past, remain experts in critical reflection and analysis of the image of the past.

The textbook series *Europe. Our History / Europa – Unsere Geschichte* combines the perspective typical of post-structural historiography and micro-historical approaches, drawing on the experience of Polish and German history didactics. While working with the textbook, an open view of the past is shaped. This approach does not impose any axioms or „revealed truths“. On the contrary, the narrative of these handbooks shows that history is a process and that a contemporary image of the past is created by the changing today's circumstances. The key didactic principles of the created vision of the past include, firstly, multi-perspectivism: the quoted sources show events from a variety of historical points of view.

Wolfram Meyer  
zu Uptrup | Deutsch-polnische  
Versöhnungspolitik. Die  
politischen Schritte auf  
dem Weg des  
Schulbuchprojektes  
*Europa. Unsere  
Geschichte/Europa.  
Nasza Historia* in den  
Jahren 2006 bis 2012

I.

„Das sollten wir mit Polen auch machen,“ war mein erster Gedanke, als ich ein Entwurfsexemplar des deutsch-französischen Schulbuches *Histoire/Geschichte* in der Hand hielt. Anfang April 2006 hatte der Klett-Verlag diese Bücher an die Kultusministerien der Länder geschickt, weil Geschichtsbücher für den Schulunterricht eine Genehmigung durch die Landesministerien für Bildung brauchten. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens schickte ich dem Verlag für das Potsdamer Bildungsministerium mehrere Seiten mit Hinweisen. Darin vermerkte ich nicht nur, dass die CDU-Kanzler bildlich um ein Mehrfaches häufiger im Buch abgebildet waren als jene von der SPD, sondern auch, dass Erich Honecker häufiger zu sehen war als Willy Brandt. Ich hatte Karten moniert, die annektierte Teile Polens nach Kriegsbeginn ungenau zeigten, eine falsche Kontextualisierung des Kniefalls von Willy Brandt im Zusammenhang mit „Erinnerungskultur“, den ausufernden Gebrauch des Wortes „Faschismus“ und eine sehr beiläufige Darstellung der Ostpolitik sowie eine verkürzte Schilderung des Endes der kommunistischen Herrschaft in Europa und insbesondere der Rolle Polens in diesem Kontext.

Der erste Band des deutsch-französischen Geschichtsbuches für den Schulunterricht erschien im Oktober 2006 und wurde von der Öffentlichkeit mit großem Interesse aufgenommen. Das ist

nicht weiter verwunderlich, wurde das Projekt doch auf Anregung eines deutsch-französischen Jugendparlamentes von Jacques Chirac und Gerhard Schröder initiiert.<sup>1</sup>

Bereits 1919, unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, hatten französische Geschichtslehrer vorgeschlagen, im Geschichtsunterricht künftig auf nationalistische und fremdenfeindliche Inhalte zu verzichten. Sie waren sich im Klaren darüber, „dass traditionelle, national geprägte Schulbücher für Geschichte eine Hauptrolle in der Herausbildung der nationalen Identität spielen, zugleich aber auch wesentlich zur Stärkung von Ressentiments und Feindseligkeiten unter den Völkern beitragen können.“<sup>2</sup> Auf internationalen geschichtswissenschaftlichen Konferenzen wurde die Notwendigkeit einer Revision von Schulbüchern betont, wobei diese Forderung von deutscher Seite offenbar in bedeutend geringerem Maße geteilt wurde. Unter dem Dach des Völkerbundes wurde 1933 eine Schulbuchunterkommission in Warschau gegründet, die sich u. a. mit einem deutsch-polnischen Schulbuchdialog beschäftigen sollte und 1937/38 sogar einige Aktivitäten entfaltete. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde erneut ein Dialog über Schulbücher aufgenommen, zunächst 1951 zwischen Deutschland und Frankreich. Unter den erschwerenden Umständen der Blockkonfrontation begannen Historiker wie Enno Meyer und Georg Eckert auch einen Dialog mit Historikern aus Polen.

Schulbücher sind eine besondere Art von Büchern. In ihnen wird dargestellt, was eine Gesellschaft für so wichtig hält, dass Kinder es lernen und wissen sollten, um sich in der Gesellschaft und der Welt zurechtzufinden. Im Hinblick auf einige Unterrichtsfächer vermitteln Schulbücher auch geschichtliches, weltanschauliches und moralisches Orientierungswissen, das die Gesellschaft als grundlegenden Konsens ansieht und das der Integration des Einzelnen in die gesellschaftlichen Sozialbeziehungen dient. Ferner vermittelt eine Gesellschaft in ihren Schulbüchern das, was sie für ihr Selbstbild

---

<sup>1</sup> Stefan Krawielicki, *Das deutsch-französische Geschichtsbuch*, in: Elżbieta Opilowska u.a. (Hg.), *Kreisau und Verdun. Wege zur deutsch-polnischen und deutsch-französischen Versöhnung und ihre Symbole im kollektiven Gedächtnis*, Osnabrück 2017, S. 191-201.

<sup>2</sup> Igor Kąkolewski, *Was trennt uns – was verbindet uns? Das deutsch-polnische Projekt eines binationalen Schulbuchs für Geschichte*, in: *Jahrbuch des Wissenschaftlichen Zentrums der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Wien* 6/2015, S. 49.

ansieht; so jedenfalls lässt sich die Funktion von Schulbüchern in demokratischen Gesellschaften umschreiben. Unter den Bedingungen von Diktaturen liegt ihre Funktion hingegen darin, das zu vermitteln, was die Führung als Wissen und weltanschauliche Orientierung für die Gesellschaft als ausreichend erachtet, und dabei nicht zur Sprache kommen zu lassen, was der politischen Linie der Diktatur widerspricht. Aus diesem Grund schien es unmöglich, dass zwei Staaten, z. B. die Volksrepublik Polen und die Bundesrepublik Deutschland, ein textidentisches Schulbuch für das ein Fach wie Geschichte oder Politik herausgegeben hätten. Ebenfalls aus diesem Grund kann das sogenannte deutsch-russische Geschichtsbuch eher keine gemeinsame Perspektive auf die Geschichte entwickeln, weil es zu sehr der Propaganda Russlands verbunden ist.<sup>3</sup>

Wenn nun Jahre nach den gesellschaftlichen und politischen Umbrüchen der Friedlichen Revolutionen im östlichen Mitteleuropa zwei Länder wie Frankreich und Deutschland ein gemeinsames Schulbuch für Geschichte herausgaben, so war das ein deutliches Zeichen für eine tiefgreifende gesellschaftliche Annäherung. Noch vor wenigen Generationen sah die Situation anders aus – da wurden Kriege gegeneinander geführt – und für die Deutschen war Frankreich der „Erbfeind“ und *vice versa*. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung Europas von der nationalsozialistischen Besatzung sowie der Abschaffung nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland gab es Menschen, die aus den historischen Erfahrungen lernten. Sie setzten sich für eine Annäherung und Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich ein, allen voran Robert Schuman und Konrad Adenauer. Natürlich wurde dieser Brückenschlag unterstützt durch die Politik der europäischen Integration, die zur Europäischen Union führte, und auf der deutschen Seite durch eine intensive Auseinandersetzung mit französischer Kultur und französischem *savoir vivre*.

---

<sup>3</sup> Deutsche Fassung: *Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte – Orte der Erinnerung*, Bd. 3: Helmut Altrichter (Hg.), *Das 20. Jahrhundert*, München 2014. Wie schwierig eine gemeinsame Perspektive auf die Geschichte mit Russland ist, zeigen auch die Äußerungen des Präsidenten Wladimir Putin zum Zweiten Weltkrieg. Vgl. Wladimir Wladimirowitsch Putin, *CIS informal summit* (20.12.2019), in: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/62376> (31.08.2020); ders., *75. Jahrestag des Großen Sieges: Gemeinsame Verantwortung vor Geschichte und Zukunft* (19.06.2020), in: <https://russische-botschaft.ru/de/2020/06/19/75-jahrestag-des-grossen-sieges-gemeinsame-verantwortung-vor-geschichte-und-zukunft/> (31.08.2020).

Mit Polen war die Annäherung schwieriger; nicht zuletzt wegen der historischen Hypothek, die auf Deutschland lastete. Die Dimension der deutschen Verbrechen in Polen war eine völlig andere als in Frankreich, wo sie auch schon sehr erschreckend gewesen war. Und bis heute ist es zweifelhaft, ob die Verbrechen von Krieg und Besatzung im öffentlichen Bewusstsein Deutschlands wirklich präsent sind. Im Hinblick auf Polen waren der beginnenden Verständigung durch die von den Sowjets in Moskau abhängige kommunistische Herrschaft auch nach Willy Brandts Kniefall klare Grenzen gesetzt. Unter diesen politischen Einschränkungen mutete es schon als Wunder an, dass sich ab 1972 eine Deutsch-Polnische Schulbuchkommission über historische und geografische Fachfragen austauschen und über die Jahre weitgehend verständigen konnte. Die Gemeinsamen Schulbuchempfehlungen<sup>4</sup> markierten 1976 einen Meilenstein, an dem sich die Autoren von Schulbüchern in den folgenden Jahren zunehmend orientierten. Dabei waren die Empfehlungen zunächst sehr kontrovers und von den Konservativen und dem Vertriebenen-Spektrum in Deutschland ablehnend aufgenommen worden.<sup>5</sup> Im Unterschied zum gesellschaftlichen und politischen Prozess mit Frankreich seit 1945 beschäftigte sich nur eine verschwindend geringe Minderheit in Deutschland mit der Kultur und Geschichte Polens. Über Jahrzehnte war ein Blick auf Polen als dem Land vorherrschend, das nun dort lag, wo die deutschen Vertriebenen bis 1945 gelebt hatten und wo ihre verlorene Heimat gewesen war. Politische Sympathien für die kommunistische Regierung in Polen konnten nur ein paar linke Sektierer in der Bundesrepublik entwickeln. Dennoch wuchs in Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft die Einsicht, dass Polen durch den Überfall und die Besatzung 1939 bis 1945 großes Unrecht widerfahren war, weshalb die Gebietsverluste Deutschlands als Konsequenz aus dem eigenen verbrecherischen Handeln anzusehen und zu akzeptieren waren.

---

<sup>4</sup> Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission, *Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen*, Braunschweig 1977, S. 56.

<sup>5</sup> CDU-Landesverband Hessen (Hg.), *Verständigung durch Wahrheit. Die Alternativ-Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Geschichte in den Schulbüchern* (Gelbe Reihe der CDU Hessen, Nr. 15), Februar 1979, S. 31; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), *Die Schulbuchempfehlungen im Prozess der Normalisierung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen. Eine Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten in Bonn vom 28. bis 30. November 1977*, Bonn 1978.

Nach dem von der Gewerkschaft Solidarność ausgelösten Demokratisierungsprozess sowie – Jahrzehnte später – dem Beitritt Polens zur Europäischen Union, war in Teilen der deutschen und polnischen Zivilgesellschaft die Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln groß. Dieser Trend wurde kurzzeitig von der ersten polnischen Regierung unter der Führung der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) von November 2005 bis November 2007 unterbrochen. In diesen Jahren erfuhr die deutsch-polnische Zusammenarbeit einen Dämpfer. Viele engagierte Menschen und Projekte sahen sich in ihrem Elan gebremst, manch ein Freund Polens in Europa fühlte sich durch die Politik der damaligen ersten PiS-Koalition gar vor den Kopf gestoßen.

Mir war bewusst: Für ein gemeinsam zu erarbeitendes Geschichtsbuch mussten einige Bedingungen erfüllt sein. Dazu gehörte eine Offenheit in der Zivilgesellschaft für bestimmte historische Themen und ein gewisser gesellschaftlicher Konsens, dass eine gemeinsame Sicht auf die Geschichte und insbesondere auch eine gemeinsame Bewertung der Geschichte in Deutschland und Polen möglich sei. Denn wenn die Bewertungen stark auseinandergingen, wäre keine gemeinsame Darstellung möglich. Ohne den politischen Willen, das Projekt zu beginnen und zu realisieren, war das Unterfangen ebenfalls aussichtslos. Und nicht zu vergessen: Es brauchte Akteure, die solch ein Projekt anstoßen und in der Lage sind, es durchzuführen, durch alle Untiefen zu steuern und zum Erfolg zu führen. Waren diese Bedingungen 2006 schon erfüllt?

## II.

Seit dem Frühjahr 2006 sprach ich viele Bekannte aus der deutsch-polnischen Szene an, um ihr Interesse für die Idee eines gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichtsbuches zu wecken. Unter anderem sprach ich mit der Vorsitzenden des Bundesverbandes der Deutsch-Polnischen Gesellschaften, Angelica Schwall-Düren, die ein offenes Ohr hatte, aber gerade keine Idee, wie man ein solches Projekt angehen könnte.

Ich war der Überzeugung, dass ein gemeinsames Schulbuch für Geschichte den deutsch-polnischen Aussöhnungsprozess einen bedeutenden Schritt voranbringen würde. Ich selbst hatte 1981 begonnen, mich mit der deutsch-polnischen Geschichte auseinander-

zusetzen. Die damaligen Ereignisse in Polen verfolgte ich mit Interesse – ehrlich gesagt, ohne ihre Bedeutung voll zu erfassen. 1982 ging ich dann nach Polen, um für die Aktion Sühnezeichen in den Gedenkstätten Auschwitz und Majdanek Studiengruppen von Jugendlichen zu betreuen, die zu jener Zeit aber keine Begegnungen mit polnischen Jugendlichen hatten. Nach allem, was seit dem 18. Jahrhundert geschehen war, mit all den feindlichen, zerstörerischen und mörderischen Handlungen seitens der Deutschen, war es möglich geworden, das gegenseitige Verhältnis zu verbessern. Notwendig war nicht zuletzt ein Gesinnungswandel auf der deutschen Seite, der am 7. Dezember 1970 einen ersten starken Ausdruck in Willy Brandts Kniefall vor dem Warschauer Ghetto-Denkmal fand.

Kaum zu glauben, aber wahr: Erst ein Jahr, nachdem Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der Eröffnung des akademischen Jahres am 6. Oktober 2006 an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) eine Rede gehalten hatte, erfuhr ich davon. Er hatte diesen Anlass für eine Grundsatzrede zum deutsch-polnischen Verhältnis genutzt und dargestellt, wie weit sich die deutsch-polnischen Beziehungen bereits entwickelt hatten. Steinmeier spielte die Irritationen, die von der damaligen ersten PiS-Regierung in Warschau ausgingen, diplomatisch-freundlich herunter. „Polen braucht Europa – und Europa braucht auch Polen,“ meinte Steinmeier. Er plädierte u. a. für gemeinsame Anstrengungen im Klimaschutz und sagte weiter:

*Aber ich habe auch den Eindruck, dass zuletzt in den deutsch-polnischen Beziehungen manches vom Schwung der ersten Jahre nach 1990 wieder verloren gegangen ist. Ich wünsche mir, dass wir gerade auch auf den vermeintlich kleinen Feldern neue Impulse setzen und uns verabreden, noch einmal neu durchzustarten. Ich möchte dafür mindestens einige Anregungen geben.*

*Noch vor gar nicht allzu langer Zeit ist es erstmals gelungen, ein gemeinsames deutsch-französisches Geschichtsbuch herauszubringen, das in den Schulen beider Länder verwendet wird. Vielleicht ist es auch nicht unmöglich, mittelfristig auch ein gemeinsames deutsch-polnisches Geschichtsbuch zu erarbeiten, das uns hilft, uns gegenseitig besser zu verstehen. Mit diesem Projekt könnten wir Deutsche deutlich machen, dass wir offen sind für polnische Sichtweisen auf die Geschichte. Ich bin sicher, dass viele Deutsche es als Bereicherung empfinden, diese Sichtweisen besser kennen zu lernen und mehr aus der polnischen Geschichte zu erfahren. Das Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung in Braunschweig hat uns kürzlich wissen lassen,*

*dass die Arbeit der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission im Alltag schon Wirkung entfaltet hat und dazu beiträgt, Defizite in der Kenntnis des anderen Landes abzubauen. Ich könnte mir gut vorstellen, dass zum Beispiel die Viadrina bei der Erarbeitung eines solchen Werkes eine wichtige Rolle spielen könnte. Sie, meine Damen und Herren, sollten sich ruhig aufgefordert sehen, sich hierüber Gedanken zu machen.<sup>6</sup>*

Steinmeiers Rede wurde nicht überall mit Begeisterung aufgenommen. In jener Zeit der Stagnation herrschte Skepsis, doch die Hoffnung unter den am deutsch-polnischen Dialog Interessierten überwog: „Although his statement contained a good deal of idealism, it was not rooted in political naïveté.“<sup>7</sup> Die deutsch-polnische Schulbuchkommission griff nach einer kontroversen Debatte im Mai 2007 die Anregung Steinmeiers auf und gab in Absprache mit dem Auswärtigen Amt eine „Machbarkeitsstudie“ in Auftrag, die untersuchen sollte, ob es genügend überschneidende Inhalte im Geschichtsunterricht gab, auf deren Basis man ein gemeinsames Lehrwerk entwerfen könnte.

Mitte September 2007 traf sich die SPD-Fraktion des Brandenburger Landtages zu einer Klausurtagung in Brielow, um über eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Nachbarn Polen zu diskutieren. Anwesend war auch der damalige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, der Polen als einen der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partner Deutschlands beschrieb. „Nach deutsch-französischem Vorbild regte Steinmeier das Projekt eines deutsch-polnischen Geschichtsbuchs an. Schon die Arbeit daran ‚bringt die Menschen näher aneinander‘.“<sup>8</sup> Als direkten Nachbarn sah Steinmeier das Land Brandenburg in einer führenden Rolle bei der Gestaltung der Beziehungen Deutschlands zu Polen. So war es folgerichtig, dass der Fraktionsvorsitzende Günter Baaske (auch mit ihm hatte ich im Sommer 2007 über die Idee gesprochen) die Erarbeitung und Herausgabe eines deutsch-polnischen Ge-

<sup>6</sup> *Polen und Deutschland – Gemeinsam Europas Zukunft gestalten. Rede von Bundesaußenminister Steinmeier zur Eröffnung des Akademischen Jahres an der Viadrina-Universität in Frankfurt (Oder) (26.10.2006)*, in: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/061026-viadrina/215932> (12.11.2020).

<sup>7</sup> Simone Lässig/Thomas Strobel, *Towards a joint German-Polish history textbook – historical roots, structures an challenges*, in: Karina V. Krostelina/Simone Lässig (Hg.), *History Education and Post-Conflict Reconciliation. Reconsidering joint textbook projects*, Abington 2013, S. 99.

<sup>8</sup> Fraktion aktuell. Information der SPD-Landtagsfraktion Nr. 107, Oktober 2007, S. 2.

schichtsbuches vorschlug. Die *Märkische Oderzeitung* berichtete, der an der Klausurtagung teilnehmende Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hätte die Idee begrüßt. In welcher Reihenfolge es wirklich ablief, war für den weiteren Gang der Ereignisse nicht von Belang.<sup>9</sup>

Kurze Zeit später bat mich Bildungsminister Holger Rupperecht zu einem Gespräch. In diesem erklärte er mir, dass er das Projekt eines deutsch-polnischen Geschichtsbuches realisieren wolle. Er bat mich um einen Vorschlag, was zu tun sei. Ich erwiderte, dass ich das Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung (GEI) ansprechen würde, um die Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission als Partner zu gewinnen, die eng mit dem Institut verbunden war. Ferner mussten wir an die polnische Seite herantreten, um dort politische Unterstützung zu erhalten und Partner für die Realisierung der Idee zu gewinnen. Die Einbeziehung der Schulbuchkommission begründete ich damit, dass diese eine binationale Nichtregierungsorganisation war, die seit Jahren die Kooperation erprobt und inhaltliche Differenzen diskutiert und ausgeräumt hatte. Die anfangs geäußerte Idee, ein Institut auf deutscher Seite, das sich mit Polen beschäftigte, zu beauftragen, hielt ich für politisch nicht überzeugend. Die Gruppe, die das Projekt tragen und realisieren sollte, musste meiner Auffassung nach unbedingt so paritätisch und gleichberechtigt wie irgend möglich organisiert sein, weshalb eine Projektgruppe gebildet werden sollte, die bei der Schulbuchkommission ansetzte und weitere Fachleute sowie die politisch-administrativen Ebenen integrierte. Die Schulbuchkommission hatte zweifellos Themen und Arbeitsstrukturen entwickelt, die für das Geschichtsbuchprojekt einen direkten Vorlauf darstellten und die Grundlagen für die Hoffnung auf einen Erfolg schufen. Und auch wenn die Erfahrungen einer Verständigungspolitik mit Frankreich ein gutes, ermutigendes Beispiel waren, so stellte sich das deutsch-polnische Projekt doch in einem komplexeren und kontroverseren gesellschaftlichen und politischen Umfeld dar. Gerade unter der PiS-Regierung waren politisch aufgeladene Differenzen in der Sicht auf die Geschichte zur Mobilisierung in Polen benutzt worden.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Für *deutsch-polnisches Geschichtsbuch*. Bundesaußenminister begrüßt Vorschlag, in: *Märkische Oderzeitung*, 20.09.2009.

<sup>10</sup> Vgl. Lässig/Strobel, *Towards a joint German-Polish history textbook*, S. 98 ff.

Zunächst richtete Minister Rupprecht einen Brief an Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, in dem er die Bereitschaft des Landes Brandenburg erklärte, das deutsch-polnische Projekt eines gemeinsamen Geschichtsbuches für die deutsche Seite federführend zu koordinieren, und um Unterstützung bat. Mit dieser *męska decyzja* (dt. „mutige Entscheidung“) hatte Rupprecht den entscheidenden Schritt gewagt, ohne den das ganze Projekt weiterhin ein Wunschtraum geblieben wäre. Rupprecht versprach eben nicht nur, das Projekt zu unterstützen, wie manch einer suggerierte, sondern er sorgte dafür, dass die Bedingungen für die Verwirklichung eines Traumes – nicht allein der Schulbuchkommission – real und materiell geschaffen wurden.<sup>11</sup> Für mich bedeutete dies, dass ich in den folgenden Jahren wie ein Perpendikel zwischen Potsdam, Warschau, Berlin, Braunschweig und weiteren Orten Deutschlands und Polens zu vielen Gesprächen pendelte, um die politischen und materiellen Grundlagen für eine Verwirklichung dieses Traumes herzustellen. Das geschah durch die Bildung einer Projektgruppe, in der Mitglieder der Schulbuchkommission neben vielen weiteren Akteuren eine wichtige Rolle spielen sollten.

Vereinbarte Struktur des gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchprojekts  
Stand: 27.2.2008

Anlage 2

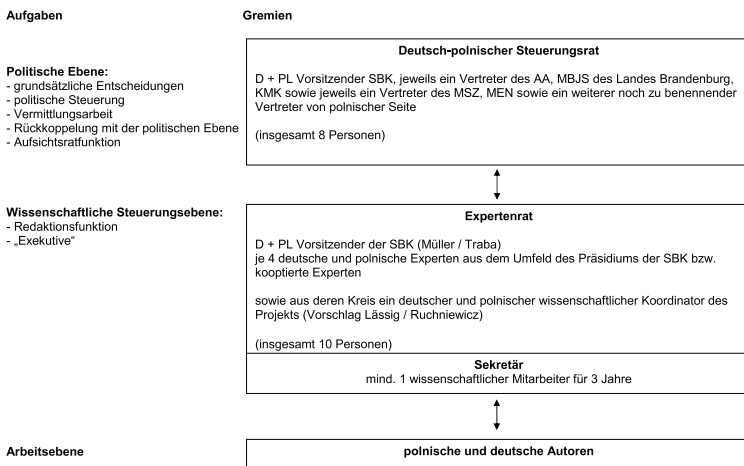


Abb. 1: Struktur der Projektgruppe, Februar 2008

<sup>11</sup> Vgl. Lässig/Strobel, *Towards a joint German-Polish history textbook*, S. 100 f. Die Integration der Schulbuchkommission in die Projektgruppe war etwas anders als die dort behauptete aktive führende Rolle der Kommission, die eine offizielle Anerkennung erfuhr und durch finanzielle Unterstützung bestätigt wurde. Das handelnde Subjekt war die Projektgruppe.

Anfang Dezember 2007 besuchte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier seinen neu ins Amt gekommenen polnischen Kollegen Radosław Sikorski in Warschau. Sie vereinbarten, die Regierungskonsultationen wieder aufzunehmen, sprachen über Streitfragen im Zusammenhang mit dem in der Diskussion befindlichen „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin und der geplanten Gasleitung Nordstream. In Bezug auf das Projekt eines gemeinsamen Geschichtsbuchs waren sie sich dann doch erfreulicherweise einig. In der Folgezeit unterstützte Sikorski die Idee nach Kräften.<sup>12</sup>

Bereits am Rande der Sitzung der Kultusministerkonferenz (KMK) am 13. Dezember 2007 sprach Minister Rupperecht seine Kollegen aus Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie die Bildungssektorin aus Bremen auf das Projekt eines deutsch-polnischen Geschichtsbuches an. Das Land Bremen war Ländervertreter für das Kulturabkommen mit Polen und hatte damit die Zuständigkeit für die kulturellen Beziehungen, deswegen wurde es einbezogen. Alle signalisierten ihre Zustimmung. Auf der Arbeitsebene nahm ich Kontakt mit Angela Krill de Capello im Sekretariat der KMK auf, die das Projekt von Anfang an mit Umsicht und Geschick für die Kooperationsbeziehungen der Kultus- und Bildungsminister im Rahmen der KMK begleitete.

Zu Beginn des Jahres 2008 informierte mich der Minister, dass er eine Möglichkeit sähe, den Botschafter Polens in Deutschland, Marek Prawda, anzusprechen, der in wenigen Tagen zu einem Gespräch zu ihm käme. So trafen wir kurze Zeit später Botschafter Prawda. Der Minister verwies auf das deutsch-französische Geschichtsbuchprojekt, überreichte ein Exemplar des dritten Bandes von *Histoire/Geschichte* und schlug vor, ein ähnliches gemeinsames Schulbuch für den Geschichtsunterricht in Deutschland und Polen zu erarbeiten. Marek Prawda reagierte spontan zustimmend und schlug vor, kurzfristig ein Gespräch mit dem polnischen Staatssekretär und Vizebildungsminister Krzysztof Stanowski zu vermitteln, der zwei Tage später nach Berlin kommen würde. Auch Stanowski war nach dem Regierungswechsel in Warschau am 16. November 2007 im Rahmen der von der liberal-konservativen Partei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) geführten Regierung neu ins Amt gekommen.

---

<sup>12</sup> Damir Fras, *Neues Kapitel zwischen Berlin und Warschau. Zwei Außenminister geben sich harmonisch*, in: *Berliner Zeitung*, 07.12.2007.

Gemeinsam mit Minister Rupprecht fuhr ich am 17. Januar 2008 zu dem Gespräch mit Vizeminister Stanowski, der sofort mit Begeisterung auf den Vorschlag reagierte. Es wurde vereinbart, zunächst die Deutsch-Polnische Schulbuchkommission anzusprechen, um sie für das Projekt zu gewinnen. Dass die Schulbuchkommission zur gleichen Zeit bereits über ein Geschichtsbuchprojekt nachdachte, wussten wir damals nicht.

Vizeminister Stanowski erklärte bei diesem ersten Treffen, dass die neue Regierung Polens sehr an der Entstehung eines gemeinsamen Geschichtsbuches interessiert sei, das auch an vielen Schulen in Deutschland zum Einsatz kommen solle. Er nannte mir Krzysztof Hejno als Ansprechpartner, den ich bereits aus früherer Zusammenarbeit kannte. Wesentlich für den weiteren Fortgang war, dass Hejno Deutsch sprach wie ich Polnisch und wir deswegen schnell und freundschaftlich kommunizieren konnten.

Als nächstes wollte ich nach Braunschweig fahren, um mit dem GEI zu sprechen. Nun geschah jedoch etwas Unvorhergesehenes, ich bekam keine Reisegenehmigung. Zunächst sollte die KMK einen Beschluss fassen, auf dessen Basis ich dann mit dem GEI Kontakt aufnehmen sollte, so war die Meinung des Abteilungsleiters. Wie konnte aber so ein KMK-Beschluss aussehen, wenn das Projekt noch in der Sondierungsphase steckte, in der man noch nicht sagen konnte, wer es realisieren, wie ein Konzept aussehen könnte und wer genau die Verantwortung für welche Arbeitsschritte tragen sollte? Was hätte das Plenum der Kultusminister zu diesem Zeitpunkt überhaupt beschließen können, als nur klar war, dass der Bildungsminister des Landes Brandenburg gewillt war, das Projekt zu realisieren? Nur eines war bisher abzusehen. Die politische Verantwortung trug auf deutscher Seite der Bildungsminister des Landes Brandenburg und auf polnischer Seite der Vizeminister im Warschauer Bildungsministerium (Ministerstwo Edukacji Narodowej, MEN). Um eine Beschlussvorlage zu schreiben, musste ich diese mit den Beteiligten abstimmen, und um mich mit den Beteiligten abzustimmen, sollte ich einen Beschluss der KMK bereits in der Tasche haben. Dieser Aporie konnte ich zunächst nicht entkommen.

Mit Manfred Walhorn kam ein neuer Leiter der Schulabteilung in das Bildungsministerium. In der Zeit, als er in Potsdam war, förderte er das Projekt und half, einige Steine aus dem Weg zu räumen.

Er hatte auch einen Blick dafür, dass dieses Projekt nicht allein im Rhythmus der ministeriellen Routine realisiert werden konnte, sondern eine Vielzahl unorthodoxer Schritte gegangen werden mussten. Im Januar 2008 besuchte ich zunächst den Kollegen im Auswärtigen Amt in Berlin, der für die Deutsch-Polnische Schulbuchkommission zuständig war. Peter Dettmar war eine unschätzbare Hilfe für das Projekt, da er alle Beteiligten und die politischen Rahmenbedingungen kannte sowie die Förderung der Schulbuchkommission aus dem Auswärtigen Amt organisierte. Insbesondere in den kontroversen Diskussionen um die Struktur der Arbeitsgruppe war er ein engagierter Berater. Doch noch immer hatte ich keinen Kontakt zur Schulbuchkommission.

Deswegen fuhr ich nach Dienstschluss am 24. Januar 2008 nach Pankow (mit der S-Bahn, kein Sonderzug!) zu einer Veranstaltung des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, das in der ehemaligen Residenz des Botschafters der Volksrepublik Polen in der DDR untergebracht ist. Dort referierte Kazimierz Wóycicki aus Stettin über das Thema „Das gestürzte Volk. Deutsche Auseinandersetzungen mit der kommunistischen Vergangenheit der DDR“. Das hatte mit dem Schulbuchprojekt nicht direkt etwas zu tun – sehr wohl aber der Leiter des Zentrums für Historische Forschung Robert Traba, den ich bereits zehn Jahre zuvor in Olsztyn anlässlich einer von ihm organisierten Tagung kennengelernt hatte, der zudem nun polnischer Co-Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission war. Nachdem Wóycicki über die Schwierigkeiten der Opposition in der DDR referiert hatte, eine Legitimation für ihr eigenes Engagement in einem Staat zu finden, der Antifaschismus als Legitimationsmythos pflegte, konnte ich Robert Traba ansprechen. Das Gespräch war kurz; wir versprachen uns, das Projekt gemeinsam zu verwirklichen, und ich sagte, dass ich als nächstes mit dem GEI sprechen wollte. Am 4. Februar hielten die beiden Vorsitzenden der Schulbuchkommission in einem Memo fest, dass sie mit Zufriedenheit die Nachricht über die Verständigung der polnischen und deutschen Regierung bezüglich eines gemeinsamen Geschichtslehrbuches aufgenommen hätten. Sie schlugen ein Arbeitstreffen Ende Februar vor, zu dem Vertreter der Regierungen Polens und des Landes Brandenburg, der Außenministerien, der Schulbuchkommission, des GEI, des Deutschen Polen-Institutes (DPI) sowie des Institutes für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej, IPN) durch die Regierungen des Landes Bran-

denburg und Polens eingeladen werden sollten. Die Kultusministerkonferenz war damals noch nicht im Blick der Schulbuchkommission, aber das sollte sich ändern ...

Die Fahrt zum GEI nach Braunschweig konnte ich am 7. Februar endlich antreten. Die Institutsleiterin Simone Lässig kannte ich von einer Tagung der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo-Baeck-Institutes in Jerusalem einige Jahre zuvor. Hier hatten wir uns über unsere Forschungsthemen ausgetauscht und mit Kollegen aus Israel und Deutschland an der Universität und in Yad Vashem, wo ich ein Referat hielt, diskutiert. Wir fanden beim Gespräch in Braunschweig mit Mitarbeitern des GEI schnell zu einem Konsens hinsichtlich des Zieles und der nächsten Schritte. Die Arbeit der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission und deren Betreuer im GEI, Thomas Strobel, mit dem ich in den nächsten Jahren eng zusammenarbeiten sollte, wurden mir vorgestellt. Die Vertreterin des Landes Brandenburg im damaligen Kuratorium des GEI, Viola Mauve-Hönnicke, sollte das Projekt in der Folgezeit auch auf dieser Ebene begleiten.<sup>13</sup>

In Warschau wurde am 11. und 12. Februar 2008 auf einer Konferenz des Goethe-Instituts und des Institut Français im Kulturpalast das deutsch-französische Lehrbuch *Geschichte. Europa und die Welt nach 1945* vorgestellt. Der letzte Band der auf insgesamt drei Bände geplanten Schulbuchreihe war als erster erarbeitet und fertiggestellt worden. Die französische Projektgruppe legte also zuerst den Band über das 20. Jahrhundert vor, der sofort auf ein großes Interesse der Öffentlichkeit stieß. Der Entstehungsprozess war von so manchen Kontroversen unter den Beteiligten geprägt, was zu merklichen Verzögerungen im Arbeitsablauf führte. Ferner konnten die Schulen das Lehrwerk nicht sofort einsetzen, weil die Bände eins und zwei erst später erscheinen sollten. Am Rande der Konferenz konnte ich mich mit einigen dort Anwesenden abstimmen, die wir für das deutsch-polnische Geschichtsbuch gewinnen wollten. Im Zuge der Konferenz gab das Warschauer Bildungsministerium auch bekannt, dass es plane, mit deutschen Partnern ein gemeinsam verantwortetes Geschichtslehrwerk für Polen und

---

<sup>13</sup> Das GEI war damals ein Institut, das von der Bundesregierung und einigen Ländern getragen und finanziert wurde. 2009 wurde das GEI in die Leibniz-Forschungsgemeinschaft aufgenommen; damit änderte sich die Trägerschaft und das Kuratorium wurde aufgelöst.

Deutschland zu erarbeiten. Die Ankündigung des Projektes löste bereits zu diesem Zeitpunkt eine deutliche Resonanz in den polnischen Medien aus, die von manchen Spekulationen und Unkenrufen begleitet wurde. Interessant war, dass manch ein Kritiker es für unmöglich hielt, etwa die Geschichte der Kreuzritter in deutsch-polnischer Perspektive darzustellen, und offenbar schon genau wusste, wie das Schulbuch aussehen würde – ich wusste das damals jedenfalls noch nicht. In Deutschland war das Medienecho hingegen eher gering. In den Tagen nach der Konferenz schrieb Vizeminister Stanowski an Minister Rupprecht und bestätigte die am 17. Januar 2008 mündlich getroffenen Vereinbarungen.

In Abstimmung mit Robert Traba und Simone Lässig lud das Bildungsministerium zu einer Arbeitsbesprechung am 27. Februar 2008 in den Räumen des Zentrums für Historische Forschung Berlin ein. Verschiedene potenzielle Partner wie die Schulbuchkommission, das Auswärtige Amt, das Sekretariat der KMK u. a. waren gekommen, um Strukturvorschläge für die Durchführung des Projektes zu machen. Nach einer längeren Diskussion, die zwischen der Frage, wie eine arbeitsfähige und erfolgversprechende Struktur aussehen könnte, und der unausgesprochenen Frage, wer für das Projekt in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden würde, eine gewisse Spannung entwickelte, wurde die Bildung einer Projektgruppe beschlossen. Befürchtungen, die Politik könne sich der Fachleute von der Schulbuchkommission nur bedienen, oder die Erwartung, die Politik solle nur die Finanzierung sicherstellen und sich sonst heraushalten, spielten eine Rolle und mussten ausdiskutiert werden. Sowohl die politische Seite, die Ministerien Deutschlands und Polens, als auch die fachliche Seite, die Experten beider Länder, waren sich bewusst, dass das Vertrauen zwischen den beiden Seiten erst noch wachsen musste.

Die Projektgruppe sollte aus einem Steuerungsrat und einem Expertenrat bestehen. Der Steuerungsrat war durch verschiedene Ministerien sowie die Vorsitzenden der Schulbuchkommission besetzt, die beide wiederum den Expertenrat leiten und die fachliche Diskussion führen sollten. Der Steuerungsrat sollte die politische Kooperation gewährleisten, Rahmenbedingungen, Zeitplan und Ziele festlegen und für die Finanzierung sorgen. Mir war sehr wichtig, die Gremien möglichst klein zu halten, da ich der Überzeugung war, dass wir das Projekt mit groß besetzten Gremien nicht voranbringen können würden. So sollte der Steuerungsrat nur aus acht

Personen bestehen, was später nicht ganz eingehalten wurde. Die ganze Konstruktion war insofern ungewöhnlich, als hier nicht eine Nichtregierungsorganisation ein Projekt entwickelte und eine Förderung beantragte, sondern das Projekt zunächst von fachlich und politisch Verantwortlichen sowie Förderern gemeinsam entwickelt werden musste. Irgendwann war allen Beteiligten klar, dass weder die einen noch die anderen das Projekt allein realisieren konnten.<sup>14</sup> Der Steuerungsrat war allerdings nicht allein für die Organisation der Finanzen und politischen Unterstützung zuständig, wie manch einer meinte,<sup>15</sup> sondern sorgte dafür, dass das ganze Projekt überhaupt allen formalen Anforderungen gemäß vorankommen konnte. Dass die Projektstruktur auch ganz anders hätte aussehen können, belegte ein Entwurf aus der Schulbuchkommission.<sup>16</sup> Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde auch das Thema der Autoren, die die Texte für das Schulbuch verfassen sollten, diskutiert. Stellt man sich allerdings den weiteren Fortgang des Projektes vor, so war klar, dass dieses Thema erst dann von Relevanz war, wenn sich die Schulbuchverlage an die Arbeit machen würden.

Im Februar 2008 schlug Minister Rupprecht der Vorsitzenden der KMK Annegret Kramp-Karrenbauer vor, das Projekt auf der nächsten KMK-Sitzung vorzustellen. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde die Finanzierung insofern angesprochen, als man sich um die Förderung von Stiftungen bemühen wolle.

Minister Rupprecht informierte also auf der Kultusministerkonferenz am 6./7. März 2008 in Berlin, dass er sich nach der Anregung durch den Bundesaußenminister mit Vertretern Bremens, Sachsens, Mecklenburg-Vorpommerns sowie Polens darauf verständigt habe, das „Geschichtsbuch als gemeinsames Vorhaben [...] voranzutreiben. Ziel soll es sein, ein Schulbuch für das Fach Geschichte in allen Ländern zuzulassen und hoffentlich auch einzusetzen.“<sup>17</sup> Nach einer Vorbereitungszeit für die Konzeption von etwa drei Jahren sollte das Vorhaben dann realisiert werden. Das Aus-

---

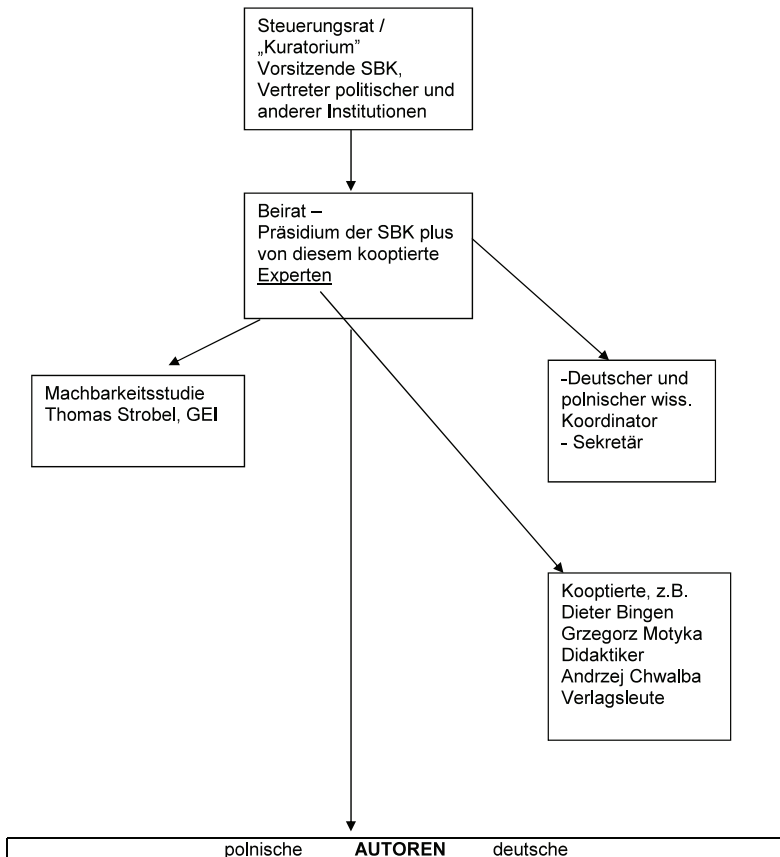
<sup>14</sup> Die getroffenen Vereinbarungen wurden in einer Übersicht festgehalten: *Ver einbarte Struktur des gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchprojekts*, Stand: 27.02.2008, vgl. Abbildung 1.

<sup>15</sup> Vgl. Lässig/Strobel, *Towards a joint German-Polish history textbook*, S. 101.

<sup>16</sup> Die alternative Struktur wurde in einem Schaubild von März 2008 dokumentiert: *Organisation der Arbeit am Schulbuch*, vgl. Abbildung 2.

<sup>17</sup> Sprechzettel Minister Rupprecht, TOP 12, 321. Kultusministerkonferenz, 06./07.03.2008, Projektarchiv.

## A) Organisation der Arbeit am Schulbuch

**Finanzierungsbedarf**

- Stelle für ständigen Sekretär (wiss. Mitarbeiter, 3 Jahre)
- Mittel für Arbeitstreffen und Konferenzen
- Honorare für Übersetzungen und redaktionelle Arbeiten
- Autorenhonorare (?)

Abb. 2: Alternative Projektstruktur, Vorschlag der Schulbuchkommission, Februar 2008

wärtige Amt hatte sich bereit erklärt, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, Stiftungen sollten gewonnen werden, das Projekt zu unterstützen, an eine Finanzierung durch die Länder sei nicht gedacht. Insgesamt war die Projektvorstellung sehr zurückhaltend formuliert, in der Hoffnung, nicht allzu viele Bedenken oder Widerstände hervorzurufen. Die versammelten Bildungsministerinnen und Bildungsminister nahmen das Projekt zustimmend zur Kenntnis. Damit war Brandenburg in der Verantwortung.

Der Minister lud als nächstes seine Kollegin in Bremen und die Kollegen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ein, gemeinsam mit Brandenburg eine Arbeitsgruppe im Rahmen der KMK zu bilden, die das Projekt begleiten sollte. Das war politisch vorausschauend gedacht, denn wie sich das Projekt entwickeln sollte, würde es sicher einigen Abstimmungsbedarf zwischen den Ländern geben. Da konnte es nicht schaden, wenn es eine Gruppe von Ländern gab, die sich in die Hand versprochen hatten, das Projekt nach Kräften zu fördern. Mögliche Themen, die sich bereits abzeichneten, waren die Schulbuchzulassung, die Finanzierung und die Einführung des Lehrwerkes in den Schulen. Die Arbeitsgruppe traf sich am 25. April 2008 in Berlin auf Arbeitsebene, natürlich mit der Vertreterin des Sekretariates der KMK, und war sich flugs einig, das Vorhaben, wo immer nötig, kräftig zu unterstützen.

Bereits zum 31. März 2008 hatte das IPN nach Lublin eingeladen: „Ein deutsch-polnisches Geschichtslehrbuch: Erfahrungen und Erwartungen“ lautete das Thema der Diskussion zwischen Vizeminister Stanowski (MEN Warschau), Witold Matwiejczyk (Instytut Europy Środkowo-Wschodniej), Zbigniew Zaleski (MdEP), Rafał Wnuk (IPN Lublin) und mir. Mit dem IPN in Lublin hatte ich in den Jahren zuvor bei deutsch-polnischen Konferenzen für Lehrer zusammengearbeitet, im Zuge derer Themen der historisch-politischen Bildung diskutiert worden waren.

Am 8. Mai 2008 war ich beim Bildungsministerium in Warschau, wo wir über die Struktur der Projektgruppe sprachen. Es kristallisierte sich heraus, dass es nationale Koordinatoren geben sollte: Vizeminister Stanowski und Minister Rupprecht, die dem Steuerungsrat vorsäßen oder einen Vertreter als Vorsitzenden beauftragten. Die Vorsitzenden des Expertenrates sollten im Steuerungsrat Mitglied sein, Robert Traba und Michael Müller. Als wissenschaftliche Koordinatoren wurden Simone Lässig und Krzysztof Ruchniewicz vorgeschlagen. Viel Zeit diskutierten wir über die Frage, wie die Autorenteam, die die Texte für das Lehrwerk dann schreiben würden, zusammengesetzt sein sollten. Genau genommen stellte sich diese Frage zu jenem Zeitpunkt noch gar nicht, weil wir immer noch ohne die Schulbuchverlage diskutierten.

Ein erster Meilenstein des Projektes war die Vorlage der *Studie in Vorbereitung eines gemeinsamen Deutsch-Polnischen Geschichtsbuches* („Machbarkeitsstudie“) am 13. Mai 2008, die Thomas Strobel

und Hanna Grzempa im GEI erarbeitet hatten. Erfreulicherweise ließ die Studie erkennen, dass trotz der unterschiedlichen Strukturen der weiterführenden Schulen in Polen und Deutschland in den in Rede stehenden Jahrgängen 7 bis 10 die Geschichtslehrpläne eine ausreichend große Übereinstimmung aufwiesen, die es von den Unterrichtsinhalten her möglich erscheinen ließ, ein deutsch-polnisches textidentisches Lehrwerk zu erarbeiten und später in den Schulen einzusetzen. Die Studie hatte die Geschichtslehrpläne von insgesamt 17 Ländern – Polen und 16 Bundesländer – nebeneinandergelegt und untersucht, wo es bei den Themensetzungen Gemeinsamkeiten, Überschneidungen und Disparitäten gab. Sie bestand im Ergebnis aus einer großen Tabelle, in der die 17 Lehrpläne verglichen wurden. Auf der polnischen Seite lag erwartungsgemäß ein etwas stärkerer Akzent auf der Narration einer Nationalgeschichte, auf der deutschen Seite berücksichtigten einige Länder Elemente von Regionalgeschichte mit. Insgesamt war die Schnittmenge groß genug, um das Projekt konkret zu planen.

Damals gingen wir von der Vorstellung aus, dass das Lehrwerk drei Bände umfassen würde. Mit der Mittelstufe als Zielgruppe würde sich das Konzept auch von jenem des deutsch-französischen Geschichtsbuches unterscheiden, das sich an die Oberstufe richtete (Klassen 10 bis 12/13). Damit würde das deutsch-polnische Projekt potenziell auch mehr Schüler erreichen können als ein Lehrwerk, das nur für die gymnasiale Oberstufe konzipiert war. Die Studie stellte noch einmal deutlich die Frage, ob es sich bei dem Projekt um Ergänzungsmaterial oder ein curriculares Unterrichtswerk handeln sollte, ob es die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte, die europäische Geschichte aus deutsch-polnischer Perspektive oder Geschichte transnational in deutschen und polnischen Perspektiven darstellen sollte. Diese Diskussion musste in der Projektgruppe geführt werden. Das Ziel, das mich und viele weitere motivierte, war ein curriculares Unterrichtswerk, das in beiden Ländern als reguläres Geschichtslehrbuch eingesetzt werden könnte. In der Diskussion auch über die Alternativen mussten wir nun in der Projektgruppe einen Konsens herstellen. Dabei sollte sich herausstellen, dass eine Alternative noch nicht in den Blick genommen wurde: Ein Handbuch der deutsch-polnischen Geschichte für Studenten im Grundstudium ...

Simone Lässig berichtete auf der Präsidiumssitzung der Schulbuchkommission am 17. Mai 2008 in Berlin über die „Machbarkeitsstu-

die“. Mit einer Pressemitteilung verkündete das GEI am gleichen Tage: „Startschuss für deutsch-polnisches Geschichtsbuch“ und lud zu einer Pressekonferenz mit Bildungsminister Rupprecht und Vize-Bildungsminister Stanowski in das Zentrum für Historische Forschung nach Pankow ein.

Die Präsidiumssitzung der Schulbuchkommission wurde eingrahmt von einer umfangreichen Diskussion vieler namhafter Wissenschaftler über die deutsch-polnische Geschichte und das Geschichtsbuchprojekt, einer Ausstellungseröffnung und beendet mit einer Pressekonferenz mit den Regierungsvertretern Minister Holger Rupprecht und Vizeminister Krzysztof Stanowski, die irritierenderweise in der Einladung der Schulbuchkommission ungenannt blieben. Holger Rupprecht verwies darauf, dass das Projekt eines gemeinsamen Geschichtsbuchs zeige, wie fruchtbar die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen inzwischen sei. „Das ist vor dem Hintergrund der leidvollen Geschichte – vor allem auf polnischer Seite – keine Selbstverständlichkeit“, betonte Rupprecht zurecht. „Ich erhoffe mir von dem Projekt, dass die Darstellung der Geschichte aus dem Blickwinkel der gemeinsamen historischen Erfahrungen das Verständnis gerade der jungen Generation füreinander schärft und damit zur weiteren Verständigung der beiden Länder beiträgt.“<sup>18</sup> Einzelne Mitglieder des Expertenrates begannen bereits zu diesem Zeitpunkt mit Entwürfen für das damals noch „Pflichtenheft“ genannte Dokument, das im Ergebnis den inhaltlichen Fahrplan für das Geschichtslehrwerk darstellen sollte.<sup>19</sup> Hier sollte der inhaltliche Konsens der Projektgruppe detailliert präsentiert werden. Die Arbeit an diesem „Pflichtenheft“ war ein schöner Beweis für die These von Karl Popper, dass Geschichte erst in der Ordnung der Ereignisse unter einer bestimmten Perspektive einen Sinn ergebe und die Deutung der Geschichte im-

---

<sup>18</sup> Schulbuchkommission/PAN/GEI/DPI: *Einladung zu Ausstellungseröffnung, Workshop und Diskussion*, April 2008. Pressemitteilung Nr. 194/2008 vom 17. Mai 2008: *Startschuss für deutsch-polnisches Schulbuch* vom MBS Potsdam und MEN Warschau, dort auch das Zitat von Rupprecht.

<sup>19</sup> Ein „Pflichtenheft“ beschreibt in konkreter Form, wie der Auftragnehmer die Anforderungen des Auftraggebers zu lösen gedenkt – das sogenannte Wie und Womit. Der Auftraggeber beschreibt vorher im Lastenheft möglichst präzise die Gesamtheit der Forderungen – was er entwickelt oder produziert haben möchte (VDI Richtlinie 3694). Der Ausdruck entstammt dem Jargon der Programmierer und fand von dort Eingang in die Wirtschaftssprache. Er passte nicht gut zu dem Entwurf der Projektgruppe.

mer abhängig von den Interessen derjenigen Person sei, die die Geschichte betrachte.<sup>20</sup>

Die Reaktion des rechts-nationalen Flügels in Polen auf die Projektankündigung war deutlich und unmissverständlich: Polen sei stets in der Opferrolle und die Deutschen in der Rolle des Aggressors. Ein gemeinsames Geschichtsbuchprojekt werde immer einen Kompromiss darstellen und somit den polnischen Interessen entgegenstehen, so Mariusz Muszyński in der Zeitung *Nasz Dziennik*. Das deutsch-französische Projekt nachzuahmen, sei „krank“, denn in den deutsch-französischen Auseinandersetzungen und Kriegen seien nicht annähernd so viele Menschen von den Deutschen ermordet worden wie in den deutsch-polnischen. Auch die Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg sei unvergleichbar. Das Geschichtsbuchprojekt sei ein politisches Instrument, um eine bestimmte Sicht auf die Geschichte zu propagieren, indem der deutsche Widerstand gegen Hitler mystifiziert oder auch die Nazis von den Deutschen in der Darstellung getrennt würden, wie das in der deutschen Historiografie generell zu beobachten sei. Man müsse sehr wachsam sein, wenn jemand in Polen solch ein Projekt befördern würde.<sup>21</sup>

### III.

Zur ersten Sitzung des Steuerungsrates luden Krzysztof Hejno und ich am 18. Juli 2008 in die Räume der KMK nach Berlin ein. Hier wurde der Lehrplanvergleich vorgestellt und über das weitere Vorgehen diskutiert. Der Arbeits- und Finanzplan umfasste die Jahre 2008 bis 2011, war also mit einer Portion Optimismus geschrieben. Die „Grundlagen für die Realisierung des Projektes ‚Deutsch-Polnisches Geschichtsbuch‘“ wurden verabschiedet und die wissenschaftlichen Koordinatoren wurden gebeten, das Interesse von Schulbuchverlagen zu sondieren.

Im September 2008 lud ich für das Bildungsministerium zu einer Lehrerkonferenz in Ślubice Lehrer aus Brandenburg und Polen

---

<sup>20</sup> Karl Popper, *Hat die Weltgeschichte einen Sinn?*, in: ders., *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Bd. 2: *Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen*, Tübingen 2003<sup>8</sup>, S. 304-328.

<sup>21</sup> Mariusz Muszyński, *Interview*, in: *Nasz Dziennik*, 19.05.2008.

## **Grundlagen für die Realisierung des Projektes „Deutsch-Polnisches Geschichtsbuch“**

### **I. Hintergrund**

Die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen, Dr. Frank-Walter Steinmeier und Radoslaw Sikorski haben angeregt, ein gemeinsames Geschichtsbuch für den schulischen Unterricht in beiden Ländern zu entwickeln.

Auf deutscher Seite hat die Kultusministerkonferenz den Minister für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Holger Rupprecht, gebeten, die Koordinierung des Projektes zu übernehmen (NS 321. KMK, 06.03.2008, TOP 12).

Auf polnischer Seite wurde Unterstaatssekretär Krzysztof Stanowski im Ministerium für Nationale Bildung mit der Koordinierung beauftragt.

Sie werden im Folgenden als nationale Beauftragte bezeichnet.

Das Projekt „Deutsch-Polnisches Geschichtsbuch“ ist ein gemeinsames Projekt der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen.

Das Projekt wird von einer deutsch-polnischen Projektgruppe realisiert, die aus einem deutsch-polnischen Steuerungsrat und einem deutsch-polnischen Expertenrat besteht.

### **II. Gremien**

#### **II.1 Deutsch-Polnischer Steuerungsrat**

##### **§ 1. Besetzung:**

Der deutsch-polnische Steuerungsrat (im Weiteren Steuerungsrat) setzt sich zusammen aus Vertretern der in beiden Ländern jeweils zuständigen Ministerien sowie der Vorsitzenden der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission:

- deutsche Seite: Auswärtiges Amt, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Sekretariat der Kultusministerkonferenz sowie deutscher Vorsitzender des Expertenrats
- polnische Seite: Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, Ministerium für Nationale Bildung, Ministerium für Kultur und nationales Erbe sowie polnischer Vorsitzender des Expertenrats

Zu den Sitzungen des Steuerungsrates können Experten und Berater hinzugezogen werden, die kein Stimmrecht und kein Antragsrecht haben. Der polnische und deutsche Projektsekretär nehmen als Gäste an den Sitzungen teil.

**§ 2. Vorsitz und Sitzungsleitung:**

Der Vorsitz des Steuerungsrates liegt bei den nationalen Beauftragten oder den von ihnen benannten Vertretern.

**§ 3. Aufgaben:**

- Der Steuerungsrat diskutiert und entscheidet über Themen von grundsätzlicher Bedeutung, die finanzielle und organisatorische Fragen betreffen.
- Der Steuerungsrat gewährleistet die Rückkoppelung mit den politisch verantwortlichen Institutionen (auf deutscher Seite insbesondere: Kultusministerkonferenz, Bremen als das Land, das den Ländervertreter für das Kulturabkommen vom 14. Juni 1997 mit Polen stellt).
- Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beratungen des Steuerungsrates obliegt die inhaltliche Realisierung des Projektes dem Expertenrat.
- Der Steuerungsrat wird alle notwendigen Schritte einleiten, damit das deutsch-polnische Geschichtsbuch im Schulunterricht Verwendung finden kann.

**§ 4. Abstimmungsmodus:**

Der Steuerungsrat trifft seine Entscheidungen im Konsens.

**§ 5. Sitzungsfrequenz:**

Der Steuerungsrat tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Die Sitzungen finden abwechselnd in Deutschland und Polen statt.

**§ 6. Protokolle:**

Die einladende Seite verfasst das Protokoll der Sitzung des Steuerungsrates. Die Protokolle werden von den nationalen Beauftragten bestätigt.

**II.2 Deutsch-polnischer Expertenrat**

**§ 1. Aufgaben**

Aufgabe des wissenschaftlichen Expertenrates ist es, über die fachwissenschaftliche und didaktische Konzeption des Schulbuchs zu beraten und diese zu beschließen. Der Expertenrat evaluiert die Ergebnisse der Autorengruppe. Er arbeitet in enger Abstimmung mit dem Deutsch-Polnischen Steuerungsrat (im folgenden „Steuerungsrat“).

**§ 2. Struktur und Mitglieder**

- (1) Der Expertenrat setzt sich aus insgesamt 10 Mitgliedern, 5 deutschen und 5 polnischen Wissenschaftlern, zusammen. Seinen Kern bilden Mitglieder des Präsidiums der Ge-

meinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission (im folgenden „SBK“), darunter die beiden Co-Vorsitzenden der SBK und die wissenschaftlichen Koordinatoren des Projekts „Deutsch-Polnisches Schulgeschichtsbuch“.

- (2) Weitere Wissenschaftler können auf Beschluss des Expertenrats als Gäste zur Mitarbeit eingeladen werden.
- (3) Vorsitzende des Expertenrats sind die Vorsitzenden der SBK.
- (4) Mitglieder des Steuerungsrates und die wissenschaftlichen Sekretäre (der wissenschaftliche Sekretär) des Projekts können als Gäste an den Sitzungen teilnehmen, sie haben beratende Stimme.

### **§ 3. Arbeitsform**

- (1) Sitzungen des Expertenrats werden von den Vorsitzenden einberufen. Der Expertenrat tagt in der Regel zwei Mal pro Jahr.
- (2) Die Koordination des Projekts wird den wissenschaftlichen Koordinatoren und den hauptamtlichen Sekretären übertragen. Auf der Grundlage der Vorlagen und Beschlüsse des Expertenrates wirken diese an der Fertigstellung der Konzepte mit.
- (3) Der Expertenrat wirkt bei der Auswahl der Autoren mit.
- (4) Die Ergebnisse der Sitzungen werden in einem Protokoll festgehalten.

### **§ 4. Schlussbestimmungen**

- (1) Diese Satzung tritt durch Beschluss des Expertenrates am 7.7.2008 in Kraft.
- (2) Änderungen der Satzung können auf Vorschlag der Vorsitzenden/ der Mitglieder von dem Expertenrat einstimmig beschlossen werden. Sie bedürfen der Zustimmung beider Vorsitzender.

## **III. Arbeitsgrundsätze**

### **Sprachen:**

Die Kommunikation in beiden Gremien erfolgt auf Deutsch und auf Polnisch. Dokumente werden in beiden Sprachen abgefasst.

### **Kosten:**

Die einladende Seite trägt die Kosten für den Aufenthalt der Teilnehmer.

## **IV. Schlussbestimmungen:**

Die Satzung des Expertenrates (II.) wurde auf seiner Sitzung am 7. Juli 2008 angenommen. Änderungen der Satzung können auf Vorschlag der Vorsitzenden/ der Mitglieder von dem Expertenrat einstimmig beschlossen werden. Sie bedürfen der Zustimmung beider Vorsitzender.

Die Arbeitsgrundlage des Steuerungsrates wurde auf seiner Sitzung am 18. Juli 2008 beraten und im Konsens angenommen. Änderungen der Arbeitsgrundlage des Steuerungsrates können auf Vorschlag eines oder mehrerer Mitglieder des Steuerungsrates einvernehmlich beschlossen werden.

Die „Grundlagen für die Realisierung des Projektes „Deutsch-Polnisches Geschichtsbuch“ wurden auf der Sitzung des Steuerungsrates am 18. Juli 2008 beschlossen.

Für die Richtigkeit:



Dr. Wolfram Meyer zu Uptrup



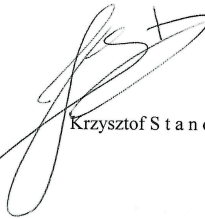
Krzysztof Hejno

Kenntnisnahme:

Berlin, den 18. November 2008



Holger Ruppert



Krzysztof Stanislawski

## **Zasady realizacji projektu „Polsko-Niemiecki podręcznik do nauki historii”**

### **I. Wprowadzenie**

Ministrowie spraw zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej oraz Republiki Federalnej Niemiec, Radosław Sikorski i dr Frank-Walter Steinmeier zainicjowali stworzenie wspólnego podręcznika do nauki historii w obu krajach.

Po stronie polskiej koordynację realizacji projektu powierzono Krzysztofowi Stanowskiemu, Podsekretarzowi Stanu w Ministerstwie Edukacji Narodowej.

Po stronie niemieckiej Konferencja Ministrów Kultury poprosiła ministra edukacji, młodzieży i sportu kraju związkowego Brandenburgii, Holgera Rupperta, o przejęcie koordynacji projektu (NS 321. KMK, 06.03.2008, TOP 12).

Wymienieni powyżej koordynatorzy zwani będą dalej: „Pełnomocnikami Narodowymi”.

Projekt „Polsko-Niemiecki podręcznik do nauki historii“ jest wspólnym projektem Rzeczypospolitej Polskiej i Republiki Federalnej Niemiec.

Projekt realizowany będzie przez polsko-niemiecką grupę projektową składającą się z polsko-niemieckiej Rady Zarządzającej oraz polsko-niemieckiej Rady Ekspertów.

### **II. Gremia**

#### **II.1 Polsko-Niemiecka Rada Zarządzająca**

##### **§ 1. Skład**

Polsko-Niemiecka Rada Zarządzająca, zwana dalej Radą Zarządzającą, składa się z przedstawicieli ministerstw i instytucji właściwych ds. realizacji projektu w obu krajach oraz przewodniczących Rady Ekspertów, którzy są przewodniczącymi Wspólnej Polsko-Niemieckiej Komisji Podręcznikowej:

- strona polska: Ministerstwo Spraw Zagranicznych, Ministerstwo Edukacji Narodowej, Ministerstwo Kultury i Dziedzictwa Narodowego oraz polski przewodniczący Rady Ekspertów
- strona niemiecka: Ministerstwo Spraw Zagranicznych, Ministerstwo Edukacji, Młodzieży i Sportu kraju związkowego Brandenburgia, sekretariat Konferencji Ministrów Kultury oraz niemiecki przewodniczący Rady Ekspertów

Na posiedzenia Rady Zarządzającej mogą być zapraszani eksperci oraz doradcy, którzy nie posiadają prawa głosu ani prawa składania wniosków.

##### **§ 2. Przewodniczący i prowadzenie posiedzeń**

Radzie Zarządzającej przewodniczą Pełnomocnicy Narodowi lub wyznaczeni przez nich pełnomocnicy.

### **§ 3. Zadania**

- Rada Zarządzająca dyskutuje i decyduje o tematach o zasadniczym znaczeniu, które dotyczą kwestii organizacyjnych i finansowych.
- Rada Zarządzająca będzie współpracowała z instytucjami odpowiedzialnymi za projekt pod względem politycznym (po stronie niemieckiej w szczególności z Konferencją Ministrów Kultury oraz Bremą jako krajem związkowym reprezentującym landy w ramach Umowy o współpracy kulturalnej z Polską z 14 lipca 1997 r.).
- Wyniki posiedzeń Rady Zarządzającej będą uwzględniane przez Radę Ekspertów przy merytorycznej realizacji projektu.
- Polsko-Niemiecka Rada Zarządzająca podejmie wszystkie niezbędne działania, aby polsko-niemiecki podręcznik do nauczania historii mógł być wprowadzony do użytku w szkołach.

### **§ 4. Tryb głosowania**

Polsko-Niemiecka Rada Zarządzająca podejmuje swe decyzje na zasadzie consensusu.

### **§ 5. Częstotliwość posiedzeń**

Rada Zarządzająca spotyka się co najmniej jeden raz w roku. Posiedzenia Rady przeprowadzane są na zmianę w Polsce i Niemczech.

### **§ 6. Protokoły**

Strona organizująca posiedzenie Rady zapewnia obsługę protokolarną posiedzenia Rady Zarządzającej. Protokoły zatwierdzane są przez Narodowych Koordynatorów.

## **II.2 Polsko-Niemiecka Rada Ekspertów**

### **§ 1. Zadania**

Zadaniem Rady Ekspertów jest wypracowanie merytorycznej i dydaktycznej koncepcji podręcznika oraz nadzór nad realizacją projektu. Rada Ekspertów realizować będzie swoje zadania we współpracy z Polsko-Niemiecką Radą Zarządzającą.

### **§ 2. Struktura i członkowie**

1. Rada Ekspertów składa się łącznie z dziesięciu członków (pięciu polskich i pięciu niemieckich). Jej trzon stanowią członkowie prezydium Wspólnej Polsko- Niemieckiej Komisji Podręcznikowej (zwaney dalej Komisją Podręcznikową), w tym polski i niemiecki Przewodniczący Komisji Podręcznikowej oraz polski i niemiecki Naukowy Koordynator projektu polsko-niemiecki podręcznik do nauki historii.
2. Naukowych Koordynatorów projektu polsko-niemiecki podręcznik do nauki historii powołują Przewodniczący Rady Ekspertów po konsultacji z Pełnomocnikami Narodowymi.
3. Rada Ekspertów może zaprosić do współpracy dodatkowych naukowców.

4. Przewodniczącymi Rady Ekspertów są obaj Przewodniczący Komisji Podręcznikowej.
5. W posiedzeniach Rady Ekspertów, jako goście z głosem doradczym, mogą brać udział polski i niemiecki Naukowy Sekretarz projektu, którzy są ustanowieni przez Naukowych Koordynatorów, oraz członkowie Rady Zarządzającej.

### § 3. Formy pracy

1. Rada Ekspertów spotyka się co najmniej dwa razy w roku.
2. Zadanie wykonania projektu przekazuje się Naukowym Koordynatorom oraz Sekretarzom Naukowym, którzy kierują się przedłożonymi propozycjami i postanowieniami Rady Ekspertów.
3. Rada Ekspertów zastrzega sobie wpływ na wybór autorów podręcznika.
4. Posiedzenia Rady Ekspertów będą protokołowane.

### III. Zasady pracy

#### Języki:

Praca grupy projektowej prowadzona jest w języku polskim i niemieckim. Dokumenty sporządzane są w obu językach.

#### Koszty:

Strona organizująca posiedzenie pokrywa koszty pobytu.

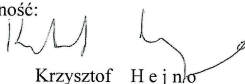
### IV. Postanowienia końcowe

Statut Rady Ekspertów został przyjęty na jej posiedzeniu w dniu 7 lipca 2008 r. Zmiany w Statucie mogą być jednogłośnie podjęte na wniosek Przewodniczących lub członków Rady Ekspertów. Wymagają one zgody obu Przewodniczących.

Zasady pracy Rady Zarządzającej zostały omówione na jej posiedzeniu 18 lipca 2008 r. i po uzyskaniu consensusu przyjęte. Wprowadzenie zmian do niniejszych Zasad możliwe jest na wniosek jednego lub kilku członków Rady Zarządzającej po uzyskaniu porozumienia.

„Zasady realizacji projektu „Polsko-Niemiecki podręcznik do nauki historii” zostały uchwalone na posiedzeniu Rady Zarządzającej 18 lipca 2008 r.

Za zgodność:



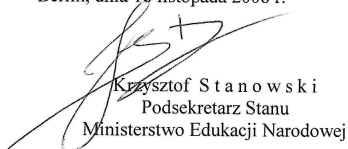
Krzysztof Hejno



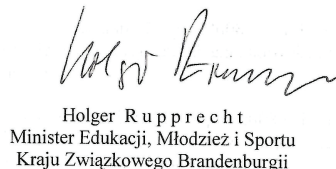
Dr. Wolfram Meyer zu Utrup

Do wiadomości:

Berlin, dnia 18 listopada 2008 r.



Krzysztof Stanisławski  
Podsekretarz Stanu  
Ministerstwo Edukacji Narodowej



Holger Rupprecht  
Minister Edukacji, Młodzieży i Sportu  
Kraju Związkowego Brandenburgii

Abb. 3: Grundlagen für die Realisierung des Projektes „Deutsch-Polnisches Geschichtsbuch“

ein. Gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Sekretär des Projektes Thomas Strobel und Agnieszka Jaczyńska vom IPN Lublin bereitete ich ein Programm vor, in dessen Verlauf die Teilnehmern in Workshops über einige Themen diskutieren sollten, die ein binationales Geschichtsbuch aufgreifen würde. Das Ziel war, für diese Themen gemeinsame Darstellungen zu entwerfen. Die Konferenz sollte somit in einer Art Probelauf einige Diskussionen vorwegnehmen, die später dann die Autorenteams auch beschäftigen würden. Erstaunlich war für mich die Begeisterung der Teilnehmer aus Polen und Brandenburg, sie ließ auf eine Akzeptanz des geplanten Geschichtsbuches in den Schulen hoffen. In der Bildungsadministration hingegen wurde hier und da immer noch kritisiert, so viel Aufwand für ein „Prestigeprojekt“ zu betreiben. In einer Mischung aus Neugier und Unverständnis wurde ich nach dem Fortgang des „schrägen Projekts“ gefragt. In der Tat war vielen die deutsch-polnische Geschichte, gerade auch die des letzten Jahrhunderts, nicht präsent. Der politische Aspekt, sich nach den vielen Jahrzehnten sehr negativer und schrecklicher Ereignisse in der Geschichte der beiden Länder über eine gemeinsame Sicht und Bewertung der Geschichte zu verständigen, war erstaunlicherweise nicht jedem ersichtlich. Die bereits erwähnten Überlegungen der französischen Geschichtslehrer von 1919 waren natürlich noch weniger bekannt.

Am 18. November 2008 wurde endlich das Gründungsdokument für das Projekt des gemeinsamen Geschichtsbuches in Berlin unterzeichnet: „Grundlagen für die Realisierung des Projektes ‚Deutsch-Polnisches Geschichtsbuch‘“. Es war in den Monaten zuvor zwischen allen Beteiligten abgestimmt worden, bezog sich auf die Anregung der Außenminister Deutschlands und Polens und nannte Holger Rupprecht und Krzysztof Stanowski als nationale Beauftragte für das Projekt. Die zentrale politische Aussage lag in dem Satz: „Das Projekt ‚Deutsch-Polnisches Geschichtsbuch‘ ist ein gemeinsames Projekt der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen.“ Als leitendes Gremium wurde ein paritätisch besetzter Deutsch-Polnischer Steuerungsrat benannt. Der mit dem Steuerungsrat verzahnte Expertenrat hatte die Aufgabe, über die „fachwissenschaftliche und didaktische Konzeption des Schulbuchs zu beraten und zu beschließen“. Mir war wichtig, festzuhalten, dass das Vorhaben durch eine gemeinsame Projektgruppe realisiert wurde, die aus beiden Räten bestand, um zu betonen, dass die beiden Teile zu einer Einheit gehörten, und zu vermeiden, dass sich

Frontstellungen zwischen ihnen entwickelten. Unterzeichnet wurde das Dokument, das in jeder Sprache je vier Seiten umfasste, von Krzysztof Hejno und Wolfram Meyer zu Uptrup, die auch zu den Vorsitzenden des Steuerungsrates bestimmt wurden. Der Minister aus Potsdam und der Vizeminister aus Warschau bestätigten nur ihre „Kenntnisnahme“, was Ausdruck der Gemengelage in der Projektgruppe war.<sup>22</sup>

Die Reaktionen in den Medien fielen in Polen stärker aus als in Deutschland. Es wurde genau registriert, dass das Projekt die Unterstützung der Minister Sikorski und Hall hatte und bei der Sitzung der Präsidien von Bundestag und Sejm am 23. und 24. November 2008 in Kreisau angesprochen werden sollte. Aber nationalistische Parteien wie die Liga polnischer Familien (Liga Polskich Rodzin, LPR) waren klar gegen das Projekt. Mit der Abkehr von nationalen Parolen sahen die Nationalisten nicht nur ein Ende der nationalen polnischen Identität, sondern auch ihren eigenen politischen Untergang.<sup>23</sup> Da war es dann doch beruhigend, dass Adam Krzemiński in der *Polityka* nach dem Treffen der deutschen und polnischen Parlamentarier in Kreisau feststellte: „Nie ma Krzyżaków w Krzyżowej“ – es gibt keine Kreuzritter in Kreisau.<sup>24</sup>

Am 8. Dezember 2008 war ich in meiner Eigenschaft als Co-Vorsitzender des Steuerungsrates zu einer Sitzung des Expertenrates nach Breslau eingeladen. Dort wurde der Entwurf eines Teils des „Pflichtenheftes“ diskutiert. Damals gingen wir noch von einem Unterrichtswerk von drei Bänden aus, dem deutsch-französischen Modell folgend. Der deutsche Co-Vorsitzende der Schulbuchkommission, Michael G. Müller, hatte ihn zur Frühen Neuzeit geschrieben. Wichtige Aspekte wie eine Abkehr vom eurozentristischen Weltbild und eine Ergänzung des Lehrwerkes durch Materialien im Internet wurden hier bereits genannt. Ich brachte mich mit einem Hinweis ein, den ich in der folgenden Zeit immer wieder vorbrachte: Ziel des Projektes sei die Erarbeitung eines curricularen Schulbuches, das in den Schulen zugelassen werde. Dazu müsse

<sup>22</sup> *Grundlagen für die Realisierung des Projektes „Deutsch-Polnisches Geschichtsbuch“*, Beschlussprotokoll von der Steuerungsratssitzung am 18. Juli 2008, Kenntnisnahme der Minister vom 18. November 2008, vgl. Abbildung 3.

<sup>23</sup> *Polacy i Niemcy napiszą historię na nowo*, 17.11.2008, in: <http://www.dziennik.pl/wydarzenia/266830.html> (21.11.2024).

<sup>24</sup> Adam Krzemiński, *Nie ma Krzyżaków w Krzyżowej*, in: *Polityka* 51-52/2008, S. 60 f.

es den Vorgaben von 17 Lehrplänen folgen und die Bände so abgrenzen, dass sie zu den jeweiligen Lehrplänen bzw. Programmen für das entsprechende Schuljahr passten. Kontrovers wurden die Öffentlichkeitsarbeit und Kontakte zu den Medien diskutiert. Aus Sicht der Regierungen bzw. des Steuerungsrates war eine zurückhaltende Medienpolitik sinnvoll, um nicht in der Vorbereitungsphase Kontroversen und Streit unnötig zu befördern. Öffentlichkeitsarbeit sollte erst dann betrieben werden, wenn es ein Produkt und Ergebnis vorzulegen galt. Als die vom Expertenrat zum Ende des Treffens angesetzte Pressekonferenz eine sehr geringe Resonanz erfuhr, wurde auch deutlich, dass es sinnvoll war, nur mit etwas Handfestem vor die Öffentlichkeit zu treten; nicht jeder Schritt in der Entwicklung des Projektes war von allgemeinem Interesse. Die durch die liberale Haltung des Steuerungsrates zur Öffentlichkeitsarbeit entstehende Vielstimmigkeit schadete dem Projekt in den Folgejahren jedoch nicht.

Bereits in dieser Zeit gab es erste Gespräche mit Schulbuchverlagen, die sich für das Geschichtslehrwerk interessierten. Die Verlage wollten wissen (wie ich im Übrigen auch), unter welchen Bedingungen das Lehrbuch für den Schulbuchmarkt in Deutschland entstehen könnte. Gleichfalls interessierte mich, wie der gleiche Prozess in Polen vonstatten gehen würde, doch zu dieser Frage konnten wir nur spekulieren und unserer Hoffnung Ausdruck geben, dass uns dies schon irgendwie gelingen würde. Insgesamt konnte man bei diesem Prozess zwar versuchen, alle anfallenden Schritte im Voraus zu überlegen, letztlich aber nur den nächsten Schritt gehen, den man unmittelbar vor sich sah. Es waren viele informelle Gespräche und etliche Reisen notwendig, um herauszufinden, wie wir gemeinsam weiterkommen konnten.

Das Jahr 2008 war gekennzeichnet von einem starken Willen zum Erfolg, einer hohen Motivation und einiger Begeisterung aller Beteiligten. Natürlich gehörte auch dazu, dass jeder aufpasste, ob sein Beitrag angemessen gewürdigt wurde. Aus meiner Sicht war diese Sorge unbegründet, zumal sich das Projekt nur in der gemeinsam entwickelten Konstellation realisieren lassen würde. Eine realistische Alternative konnte ich schon damals nicht erkennen.

Ende 2008 gab es eine Vereinbarung zwischen den Regierungen Polens und des Landes Brandenburg, es waren die Grundstruktur der Projektgruppe festgelegt und die ersten inhaltlichen Schritte ge-

gangen worden, insofern als der Expertenrat mit den inhaltlichen Diskussionen begonnen hatte.

Im Jahr 2009 engagierte sich mit Stefan Krawielicki ein neuer Vertreter des Auswärtigen Amtes im Steuerungsrat. In der Folgezeit erwies er sich als begeisterter und gewiefter Unterstützer in allen Lagen, dem ich für die vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit sehr dankbar bin. Er hatte schon das deutsch-französische Schulbuchprojekt für das Auswärtige Amt begleitet und brachte nun seine Erfahrungen in das neue Projekt mit ein. Die deutsche Seite des Steuerungsrates begann das Jahr mit intensiven Gesprächen über viele Details, die immer wieder auch die unterschiedlichen Erwartungen und Perspektiven aufscheinen ließen. Nicht alles ließ sich damals schon klären, manch ein Punkt musste auf eine spätere Lösung warten.

Zum 6. April 2009 hatten Krzysztof Hejno und ich zu einer Sitzung des Steuerungsrates nach Warschau eingeladen, während derer insbesondere das Verhältnis der Projektgruppe zur Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission diskutiert wurde. In Warschau empfing uns Grzegorz Chorąży, der Hejno ablöste und mit mir nun den Steuerungsrat leiten sollte. Mitglieder der Schulbuchkommission bildeten den Kern des Expertenrates, ihre Vorsitzenden waren Mitglieder im Steuerungsrat. Die Schulbuchkommission arbeitete unabhängig von der Projektgruppe, die wiederum auf Basis einer Regierungsvereinbarung handelte, was eine Kontinuität des Projektes auch unter sich wandelnden politischen Rahmenbedingungen und bei personellen Veränderungen gewährleisten sollte. Bei der Formulierung von Gemeinsamkeiten waren die versierten Beiträge von Stefan Krawielicki von unschätzbarem Wert.

Natürlich drehte sich die Diskussion wieder um Verlage und Autoren. Damals gingen alle Beteiligten immer noch von drei Bänden aus, an deren Konzeption die Mitglieder des Expertenrates bereits intensiv arbeiteten. Einigkeit bestand darin, dass das „Pflichtenheft“ als gemeinsames Konzept für alle Bände des Unterrichtswerkes insgesamt vorgelegt werden sollte. Der Steuerungsrat wurde in Warschau um die wissenschaftlichen Koordinatoren Simone Lässig und Krzysztof Ruchniewicz erweitert, beide mit Gast-Status.

Vom 27. bis zum 29. Mai 2009 kam ich im Rahmen der Reise einer KMK-Delegation mit KMK-Präsident Minister Henry Tesch und

Minister Holger Rupprecht erneut nach Warschau, um das Geschichtsbuchprojekt zu vertreten.<sup>25</sup> Die polnische Ministerin Katarzyna Hall und der KMK-Präsident vereinbarten im Rahmen des Treffens die Gründung eines Forums für den Austausch über bilaterale Bildungsfragen. Minister Tesch bat mich, dass ich mich auch hierum kümmerte, was auch vergleichsweise schnell gelang: Nach knapp zehn Monaten trat die Kommission für deutsch-polnische Bildungszusammenarbeit als Neugründung im Rahmen der Deutsch-Polnischen Regierungskommission zum ersten Mal zusammen. Das Auswärtige Amt wollte die Kommission zwischenzeitlich auch „Kommission für Bildungsfragen“ nennen – ich plädierte für „Bildungszusammenarbeit“, da wir uns um Antworten bemühen wollten. Die Gründung dieser Kommission zeigte, wie effizient das damalige deutsch-polnische Netzwerk im Bereich Bildung arbeiten konnte.

Vom 2. bis zum 6. Juni 2009 traf sich die Schulbuchkommission in Łódź; Stefan Krawielicki und ich waren als Gäste mit dabei. Die Diskussion drehte sich immer wieder um die Frage der Konzeption, ob das Ziel ein Handbuch zur deutsch-polnischen Geschichte oder ein curriculares Schulbuch sei. Womöglich war es für manchen enttäuschend, dass sich das Unterrichtswerk an 17 Lehrplänen zu orientieren hatte und nicht ein umfassenderes Nachschlagewerk zu Fragen der deutsch-polnischen Geschichte werden konnte. Das war ein anderes Projekt, das schließlich von Hans Henning Hahn und Robert Traba realisiert wurde.<sup>26</sup> Überlegungen zur Vorgehensweise im Hinblick auf die Publikation der geplanten Bände wurden auch angestellt. Sollte man den letzten Band zuerst herausbringen, wie das beim deutsch-französischen Projekt der Fall war? Ich plädierte dafür, mit dem ersten Band herauszukommen und mit der „deutsch-polnischen Antike“ zu beginnen. Die Verlage und Autorenteamen wären bei den weiteren Bänden dann schon routiniert und eingespielt, was mir wichtig erschien, um die inhaltlichen und didaktischen Auseinandersetzungen im Hinblick auf die Darstellung der Neuzeit lösungsorientiert führen zu können.

<sup>25</sup> Vgl. Pressemitteilung der KMK vom 26. Mai 2009: *Delegation der Kultusministerkonferenz reist nach Warschau.*

<sup>26</sup> Hans Henning Hahn/Robert Traba (Hg.), *Deutsch-Polnische Erinnerungsorte*, Paderborn 2012-2015; dies., *Polsko-niemieckie miejsca pamięci*, Warszawa 2012-2015. Derzeit wird erarbeitet: Michael G. Müller (Hg.), *Polen in der europäischen Geschichte. Ein Handbuch in vier Bänden*, Stuttgart (seit 2017).

Am 18./19. Juni 2009 berichtete Minister Rupprecht in der KMK über den Stand des Projektes. Die Beschlussvorlage war von der AG der vier Länder mit Angela Krill de Capello vorbereitet worden. Die KMK stimmte dem Projekt zu, und die Bundesländer erklärten sich zu einer großzügigen Vorgehensweise im Hinblick auf die künftige Zulassung der Bände bereit. So ganz nebenbei: Das deutsch-polnische Unterrichtswerk sollte das erste Geschichtsbuch für die Mittelstufe werden, das ohne regionale Abweichungen in allen Bundesländern zugelassen werden würde. Letztendlich kam es nicht ganz so, da das Land Bayern später aus diesem Konsens aussticherte.

Im Namen des Bundesaußenministers lud Stefan Krawielicki die gesamte Projektgruppe am 8. Juli 2009 zu einem Erfahrungsaustausch mit der Projektgruppe ein, die das deutsch-französische Geschichtsbuch erarbeitet hatte. Dieses Projekt war immer wieder in den Diskussionen erwähnt worden, häufig als Vorbild oder Vergleich. Insbesondere auch dann, wenn auf die Fragwürdigkeit oder absehbare Erfolglosigkeit des deutsch-polnischen Projektes hingewiesen werden sollte. Nun trafen wir uns alle im größten Saal des Außenministeriums, dem „Weltsaal“, in dem wir mühelos Platz fanden. Staatsminister Günter Gloser begrüßte die beiden Projektgruppen und unterstrich die große politische Bedeutung der beiden Schulbuchprojekte. Er versprach auch, dass die Projekte durch das Auswärtige Amt weiterhin unterstützt werden würden.

Aus dem Bericht über das deutsch-französische Projekt war für uns interessant, dass die Projektgruppe nach Fertigstellung der Konzeption die Realisierung den Verlagen und Autoren überlassen hatte und nur noch die Ergebnisse abschließend billigte. Die Rolle der Politik bestand darin, das Projekt anzustoßen. Im weiteren Verlauf hatten die Büros des Bevollmächtigten für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit das Projekt koordiniert. Öffentliche Mittel für die Produktion der Schulbücher gab es nicht, die Experten arbeiteten ehrenamtlich. Man hoffte darauf, dass das Lehrbuch insbesondere bei den „Abi-Bac-Schulen“ eingesetzt werden würde, den zweisprachigen Schulen in Deutschland und Frankreich, an denen man sowohl das deutsche Abitur als auch das französische *baccalauréat* ablegen konnte. Inhaltlich sollte den curricularen Vorgaben mit deutsch-französischen Akzenten gefolgt werden. Ergänzende Informationen sollten in „Dossiers“ zusammengefasst werden, wie in französischen Geschichtsbü-

chern üblich. Auch sollte für Frankreich eine CD-ROM beigelegt werden, auf der sich methodisch-didaktische Hinweise befanden.

Die Verlage für das Lehrwerk *Geschichte/Histoire* waren im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens gefunden worden, bei dem sich drei deutsch-französische Verlagstandems beworben hatten. Der Absatz der bis dato erschienenen Bände wurde von den beteiligten Verlagen nicht eindeutig bewertet, was u. a. in Deutschland an den Veränderungen im Rahmen einer Verkürzung der Gymnasialzeit und in Frankreich an einer anstehenden Reform der *lycées* (Gymnasien) lag.

Natürlich tauschten sich die Teilnehmer in vielen Gesprächen individuell aus. Mir ist noch ein Hinweis von Eckhard Wirbelauer in Erinnerung, der an der Universität Strasbourg lehrte: Mit zwei oder drei „Brückenbauern“, die sich in beiden Gesellschaften problemlos bewegen und durch ihre Gespräche und Kontakte bei vielen Fragen und Differenzen vermitteln können, gelinge so ein binationales Projekt leichter.

Als Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Interview anlässlich des Jahrestages des Überfalls auf Polen am 1. September 2009 über die Beziehungen zu Polen sprach, erfuhr das Projekt auch den Segen von (fast) ganz oben:

*Wir haben jetzt wichtige Schritte gemacht, glaube ich. [...] Wir haben deutsch-polnische Regierungskonsultationen abgehalten im vergangenen Jahr, wo auf einer breiten Ebene von acht Ministerien Zusammenarbeitsprojekte vorgebracht werden. Es wird jetzt inzwischen gearbeitet an einem deutsch-polnischen Geschichtsbuch, so wie wir das mit Frankreich schon kennen, und ich glaube, diese vielen Aktivitäten, die auch der Bundesaußenminister z. B. mit seinen Kollegen immer wieder unternommen hat, haben doch zu einer Vertrauensbildung jetzt wieder geführt, nach den zum Teil auch schwierigen Zeiten.<sup>27</sup>*

Am 21. April 2010 wurde Mirosław Sielatycki neuer Vizeminister im Bildungsministerium. Er lud sogleich für den 21. Mai 2010 zu einem Arbeitstreffen von deutschen und polnischen Ministeriums-

---

<sup>27</sup> Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, ARD/WDR Morgenmagazin, 01.09.2009.

vertretern nach Warschau ein. Mirosław Sielatycki unterstützte das Geschichtsbuchprojekt in seiner Zeit als Vizeminister mit Begeisterung. Was mich am meisten überraschte, war seine unpräntiöse Art, mich in vielen Gesprächen als Partner zu akzeptieren, obwohl dies nicht recht der „Kleiderordnung“ (Hans-Jochen Vogel sel.) entsprach. Seine Assistentin Agata Szyszko sprach nicht nur fließend Deutsch, sondern engagierte sich ebenfalls mit Begeisterung für das Gelingen der Zusammenarbeit.

Bei den Gesprächen kamen wir endlich überein, das „Pflichtenheft“ als Projektbeschreibung zu bezeichnen und beschlossen – nach Beratung durch die Spezialisten für die Lehrpläne Polens – das Unterrichtswerk nun für vier Klassenstufen zu planen. Das hatte sich auch in den Überlegungen auf der deutschen Seite abgezeichnet. Eine strategisch wichtige Entscheidung lag in der Abstimmung zum Prozedere der Verlagsauswahl: Wie beim deutsch-französischen Projekt sollten sich Tandems je eines deutschen und eines polnischen Verlags bewerben; öffentliche Gelder sollten nicht in Aussicht gestellt werden. Diese Einschätzung sollte sich im weiteren Verlauf als nicht richtig erweisen.

In den folgenden Monaten konnte der Expertenrat die Arbeit an der Projektbeschreibung abschließen. Die Projektsekretäre Thomas Strobel und Dariusz Wojtaszyn hatten sich unermüdlich um Fortschritte in den verschiedenen Arbeitsgruppen des Expertenrates gekümmert. Am 5. Oktober 2010 konnte Minister Rupprecht Vizeminister Sielatycki zu einem Treffen der Projektgruppe nach Potsdam einladen. Die Projektbeschreibung lag vor und sollte nun von der ganzen Projektgruppe gebilligt werden; darüber herrschte Einigkeit. Nach meiner Erinnerung machte Hans-Henning Hahn den genialen Vorschlag für den Titel des Unterrichtswerkes: *Europa. Unsere Geschichte/Europa. Nasza Historia*.

Die politisch wichtigste Aussage der *Empfehlungen/Zalecenia*, soll hier zitiert werden:

*Die binationale Projektgruppe verfolgt mit dem gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichtsbuch das Ziel, bei Schülerinnen und Schülern in Polen und in den deutschen Bundesländern zeitgemäße und teilweise neue Zugänge zu Geschichte zu entwickeln, Verständnis für problemorientiertes historisches Denken zu fördern und die Rolle von Geschichte bei Identitätsbildungen zu thematisieren. Die nationalen Spezifika, die den jeweiligen Lehrplänen gemäß behandelt werden,*

sollten in ihrer Wechselwirkung erfasst, aufeinander bezogen und zuweilen auch miteinander konfrontiert werden. Angestrebt wird, die nationalen Fragestellungen und die Geschichte der gegenseitigen Beziehungen in einen breiten europäischen Kontext und – soweit möglich – in eine globale Perspektive einzubetten. Dabei bieten sich solche didaktischen Zugriffe besonders an, die bei den Lernenden – jeweils altersgerecht – die Entwicklung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins begünstigen können.

Das Besondere dieses gemeinsamen Lehrwerks sieht der Expertenrat darin, dass es einen veränderten Blick auf Europa ermöglicht: Es kann die immer noch bestehende Fokussierung auf die EU-Gründungsstaaten aufbrechen und einen Beitrag dazu leisten, die Wahrnehmung und das historische Bewusstsein deutscher Jugendlicher nach Osten zu erweitern – und umgekehrt. Mit einem solchen Ansatz verbindet sich die Chance, Geschichte auch aus der Perspektive derer zu schreiben und zu interpretieren, die in den gegenwärtigen Schulbüchern des jeweiligen Nachbarlandes eher selten eine Stimme erhalten. Europa und die Welt würden auf diese Weise jenseits einer überwiegend nationalen Deutung historisch neu entdeckt, anders vermessen und ggf. auch differenzierter wahrgenommen.

Eine Öffnung für die Geschichte einer Region, die in Westeuropa tendenziell noch immer als Peripherie gesehen und deshalb auch im Unterricht eher vernachlässigt wird, kann ein offeneres Verständnis von Europa jenseits der in deutschen Schulen bislang dominanten Westorientierung fördern. Für polnische Schüler wiederum ergibt sich die Möglichkeit, die Geschichte des eigenen Landes aus der Perspektive des westlichen Nachbarn und auch die Art und Weise, wie dort Geschichte erfasst und diskutiert wird, kennenzulernen.<sup>28</sup>

Als nächstes sollten die Projektbüros ein Interessenbekundungsverfahren formulieren und deutsche sowie polnische Verlage auffordern, sich als binationale Verlagstandems um die Realisierung des Projektes zu bewerben.

Doch zunächst wurde am 1. Dezember 2010 in Warschau unter Teilnahme der polnischen Bildungsministerin Katarzyna Hall, Vizeminister Mirosław Sielatycki und Minister Holger Rupprecht die Projektbeschreibung der Öffentlichkeit vorgestellt. Darüber hinaus wurde die Teilnahme der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cornelia Pieper, und Minister Władysław Bartoszewskis ange-

<sup>28</sup> Steuerungsrat und Expertenrat des Projektes „Deutsch-Polnisches Geschichtsbuch“, Berlin/Warschau, 1. Dezember 2010, Typoskript, S. 11 f. Das Werk der Projektgruppe wurde später veröffentlicht unter: Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission (Hg.), *Schulbuch Geschichte – Empfehlungen*, Braunschweig 2012.

strebt. Am frühen Morgen flogen wir in Berlin ab, wurden von Krzysztof Hejno in Warschau abgeholt und fuhren direkt zum großen Saal in der Zentralstelle für Lehrerfortbildung (Centralny Ośrodek Doskonalenia Nauczycieli, CODN). In Warschau war es merklich kälter als in Berlin, doch wir sollten nachmittags wieder zurückfliegen, hatten also nur eine Aktentasche dabei. Auf dem Hinflug hatten wir uns noch verständigt, dass Minister Rupprecht als politisch Verantwortlicher sprechen und ich mich im Hintergrund halten wollte.



Abb. 4: Vorstellung der „Empfehlungen – Schulbuch Geschichte“ am 1. Dezember 2010 in Warschau. Vizeminister Mierosław Sielatycki, Minister Holger Rupprecht, Wolfram Meyer zu Uptrup, Krzysztof Hejno (von links)

Vizeminister Sielatycki und Minister Rupprecht dankten allen beteiligten Akteuren für ihr außergewöhnliches Engagement und hoben die politische Bedeutung des Projektes hervor. Katarzyna Hall erhoffte sich von diesem Projekt einen „neuen Impuls für die freundschaftlichen Beziehungen“.<sup>29</sup> Cornelia Pieper betonte:

*Das gemeinsame deutsch-polnische Geschichtsbuch ist ein Projekt von großer Symbolkraft für die Verständigung und Aussöhnung zwischen unseren beiden Ländern. Es ist ein Leuchtturmprojekt unserer Beziehungen, das mir besonders am Herzen liegt. Ich wünsche mir, dass es Lehrer und Schüler in beiden Ländern erreicht, für den Nachbarn interessiert und begeistert. Ich danke dem Expertenrat und der*

<sup>29</sup> Österreichischer Rundfunk, 01.12.2010, in: <http://news.orf.at/stories/2028522/> (21.11.2024).

*gesamten deutsch-polnischen Projektgruppe für ihre engagierte erfolgreiche Arbeit.*<sup>30</sup>

Władysław Bartoszewski war leider nicht gekommen. Die Vorsitzenden des Expertenrates stellten kurz die Projektbeschreibung dar. Und dann war der Moment, auf den wir lange hingearbeitet hatten, schon wieder vorbei. Der Grund, aus dem ich mich an manches Detail nicht mehr erinnere, lag an der Rückfahrt. Auf dem Weg zum Flughafen – es war schon früh dunkel geworden und hatte heftig zu schneien begonnen – erreichte uns die Nachricht, dass der Rückflug ausfallen würde. Wir sollten in München umsteigen, aber dort versank der Flughafen im Schnee. Da wir auch im Stau auf den verschneiten Warschauer Straßen stecken geblieben waren, schlug ich vor, direkt zum Hauptbahnhof zu fahren und zu versuchen, einen Zug nach Berlin zu nehmen. Als wir am Hauptbahnhof abgesetzt wurden, mussten wir feststellen, dass der nächste Zug nach Berlin einer mit Schlafwagen war, für den uns keine Fahrkarten mehr verkauft würden. Die Situation am Hauptbahnhof war wegen des starken Wintereinbruchs mehr als unübersichtlich, doch wir bestiegen nach einigem Warten in einer kalten Ecke den Speisewagen des besagten Zuges, der schon deutliche Verspätung hatte. Irgendwie konnte ich das Personal überzeugen, uns mitzunehmen. Der Zug fuhr – sehr viel langsamer als der Fahrplan vorsah – und wir harrten im Speisewagen aus. Der war beheizt, in anderen Waggons war die Heizung ausgefallen. Durch die Ritzen in den Übergängen zwischen den Waggons drang Schnee ein und hatte sich im Zug zu kleinen Schneewehen aufgetürmt. Da mussten wir durch, wenn wir mal den Speisewagen verlassen wollten ...

#### **IV.**

Das Jahr 2011 begann mit Schwierigkeiten. Der Abteilungsleiter Walhorn war kurzfristig von Potsdam wieder nach Düsseldorf zurückgegangen, und zudem wechselte die Leitung des Ministeriums. Ich wurde in eine nachgeordnete Behörde geschickt und sollte auch von dort das Geschichtsbuchprojekt weiter organisieren. Der polnische wissenschaftliche Koordinator des Projektes veröffentlichte im Mai einen Aufsatz zur Entstehungsgeschichte des Schulbuchprojektes, in dem die zentrale Rolle der Schulbuchkommission betont

---

<sup>30</sup> Pressemitteilung der Deutschen Botschaft in Warschau, 01.12.2010.

wurde, wobei etwas nonchalant die letztlich entscheidende Rolle der politischen Akteure aus dem Blick geriet. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde deutlich, wie um die Lorbeere für eine Sache gekämpft wurde, die noch gar nicht existierte.<sup>31</sup>

Am 15. Juni 2011 kam der Steuerungsrat in Berlin mit der Nachfolgerin von Holger Rupprecht, Martina Münch, zusammen. Bei diesem Treffen konnte nur festgestellt werden, dass sich auf den von den Projektbüros in Breslau und Braunschweig lancierten Aufruf zur Interessenbekundung kein deutsch-polnisches Verlagstandem um die Realisierung beworben hatte. Ökonomische Überlegungen spielten dabei eine zentrale Rolle. Mittlerweile war deutlich, dass die Realisierung der Projektkonzeption nur mit einem deutlich höheren Aufwand möglich sein würde, weil die Arbeitsprozesse zwischen den Beteiligten in Deutschland und Polen sehr viel aufwendiger und zeitraubender sein würden als bei einem Projekt für einen nationalen Markt. Man denke nur daran, dass jeder Entwicklungsschritt der Texte immer wieder in die andere Sprache übersetzt werden musste. Das war beim deutsch-französischen Projekt offenbar anders gewesen, da hatte es bei den Autoren genügend Sprachkompetenz gegeben. Es wurde beschlossen, weitere Gespräche mit Schulbuchverlagen und Stiftungen zu führen, um eine organisatorische und finanzielle Lösung zu finden.

Die deutsche und die polnische Regierung vereinbarten anlässlich des 20. Jahrestages des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages im Juni 2011 eine Fülle von Initiativen und Projekten zu Vertiefung der Kooperation. Auch das Geschichtsbuchprojekt war dabei:

*Der Vorbereitung eines deutsch-polnischen Geschichtsbuchs messen wir große Bedeutung bei. Die erste wichtige Etappe der Umsetzung des Projekts ist abgeschlossen. Nach Bearbeitung [sic] des Lehrbuchs und nach seiner Zulassung für den schulischen Gebrauch in Deutschland und Polen werben wir für die umfassende Einführung des Lehrbuchs an deutschen und polnischen Schulen.<sup>32</sup>*

<sup>31</sup> Krzysztof Ruchniewicz, *Das Projekt des polnisch-deutschen Schulbuchs*, in: *Polen-Analysen* 89/2011, S. 2-6.

<sup>32</sup> Programm der Zusammenarbeit anlässlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vereinbart, 17. Juni 2011.

Am 27. Juli 2011 erklärte der polnische wissenschaftliche Koordinator in Warschau für die weiteren Beteiligten etwas überraschend gegenüber den Medien, dass sich kein Verlagstandem für die Realisierung des Geschichtsbuchprojektes gefunden hätte. Die *Märkische Oderzeitung* berichtete: „Mangelndes Interesse seitens der Verlage behindert das deutsch-polnische Prestigeprojekt des ersten gemeinsamen Schulbuches für Geschichte. Bisher habe sich kein Verlag gemeldet ...“<sup>33</sup> Irritierend war dieser Schritt auch, weil der polnische wissenschaftliche Koordinator während der Sitzung des Steuerungsrates am 15. Juni 2011 zur Überraschung der Projektgruppe aus dieser Funktion zurückgetreten war.

Bei der Sitzung des Steuerungsrates am 26. Oktober 2011 in Warschau wurde der neue polnische wissenschaftliche Koordinator, Igor Kałkolewski, vorgestellt. Die allgemeine Ratlosigkeit hinsichtlich der erfolglosen Gespräche mit verschiedenen Schulbuchverlagen in Deutschland und Polen wurde noch durch die Einsicht vergrößert, dass das Projekt ohne Fördermittel nicht realisiert werden konnte. Gespräche mit Stiftungen hatte gezeigt, dass es eine Unterstützungsbereitschaft gab, aber nicht in der Dimension, die notwendig war. Auf der polnischen Seite erklärten die Vertreter mehrerer Ministerien, dass sie Mittel für das Projekt zur Verfügung stellen wollten. Soweit konnte die deutsche Seite noch nicht gehen. In den folgenden Wochen bemühte sich Ministerin Münch um Unterstützung bei den Länderkollegen, deren Hilfsbereitschaft durchaus nicht sicher war.

Ende 2011 bereitete ich dann eine europaweite Ausschreibung vor, um einen deutschen Verlag zu gewinnen. Die Verlage sollten sich um die Realisierung des Projektes auf Basis der Projektkonzeption in enger Zusammenarbeit mit einem polnischen Verlag bewerben. Dabei sollte der Verlag eine Kalkulation über die zusätzlichen Kosten vorlegen, die über die Erarbeitung eines marktüblichen Geschichtsbuches hinausgingen. Es war mittlerweile allen Beteiligten klar, dass dieses Projekt durch die Notwendigkeit, Texte in zwei Sprachen zu verfassen und in jeder Phase diese Texte in die jeweils andere Sprache zu übersetzen, einen sehr viel größeren Aufwand machen würde, als ein Unterrichtswerk, das in nur einem der beiden Ländern erscheinen sollte. Der letzte Band sollte im Jahr 2017 erscheinen.

---

<sup>33</sup> *Märkische Oderzeitung*, 28.07.2011.

Charlotte Höhn vom Universum Verlag rief bei mir an, um sich über die Anforderungen zu informieren. Der Verlag wurde dann schließlich ausgewählt und hat seitdem unter seinem neuen Namen Eduversum das Projekt engagiert vorangetrieben.

Glücklicherweise gelang im März 2012 ein KMK-Beschluss, das Geschichtsbuchprojekt gemeinsam zu fördern. Hier hatte die Europaministerin des Landes Nordrhein-Westfalen Angelika Schwall-Düren sehr geholfen, nachdem ich mit ihr gesprochen hatte, indem sie ihre Landes-Bildungsministerin von dem Projekt überzeugte. Dem Votum des bevölkerungsreichsten Bundeslandes schlossen sich viele weitere an. „Auf diese Weise sollen bereits bei der jungen Generation die Grundlagen für vertrauensvolle und enge deutsch-polnische Beziehungen gelegt werden“, betonte Ties Rabe, Präsident der Kultusministerkonferenz. Deutschland und Polen unterstrichen hiermit ihre Bereitschaft, die historisch-politischen Erfahrungen des jeweiligen Nachbarlandes in die schulische Vermittlung auch der eigenen Geschichte einfließen zu lassen und sich dabei über grundlegende Einsichten zu verständigen, die das kulturelle Gedächtnis sowie die weitere Aussöhnung in der nächsten Generation prägen sollen.<sup>34</sup>

In Polen, wo der Geschichtsunterricht unvergleichlich stärker im Bewusstsein von Medien und Bürgern präsent ist, traten im März 2012 in der Krakauer Salesianer-Kirche einige Männer in einen Hungerstreik, um gegen die neuen Lehrpläne für Geschichte zu protestieren, die Bildungsministerin Hall herausgegeben hatte. Die Streikenden erklärten, dass sie sich wie Oppositionelle zu Zeiten der Volksrepublik fühlten und befürchteten, ihre Kinder und Enkel müssten in eine Schule gehen, die den Menschen entmenslichen würde. Die Autorin der Lehrpläne für die Oberschulen, Jolanta Choińska-Mika, war sehr verwundert, dass sich Leute in einer Oppositionsrolle wie in der Volksrepublik wähnten und zu einem Hungerstreik Zuflucht nähmen, obwohl sie unzweifelhaft in einem demokratischen Land lebten. In der europäischen Geschichte sei noch nie jemand wegen Schullehrplänen in einen Hungerstreik getreten.<sup>35</sup> Diese Episode zeigte deutlich, wie sehr das Geschichtsbild

---

<sup>34</sup> Pressemitteilung der Kultusministerkonferenz: Beschluss zum Deutsch-Polnischen Geschichtsbuch – Grundlage zur Völkerverständigung für künftige Schülergenerationen beider Länder, 14. März 2012.

<sup>35</sup> *Gazeta Wyborcza. Kraków*, 20.03.2012.

und seine Vermittlung die polnische Gesellschaft beschäftigte. Die nationalistische Onlinezeitung *Wpolarityce* zeigte ein Bild von Premier Tusk, wie er Bundeskanzlerin Merkel mit Küsschen begrüßte, und behauptete, dass eine Verfälschung des Geschichtsunterrichts in den polnischen Schulen den Deutschen und ihrer Politik der Verleugnung des polnischen Leidens in die Hände spielen würde. Unter explizitem Bezug auf das Geschichtsbuchprojekt, dessen erster Band ab 2014 oder 2015 in polnischen und deutschen Schulen genutzt werden sollte, wurde gefragt, was die polnischen Schüler von den verkürzten Darstellungen dieses Lehrbuches lernen könnten. Den deutschen Schülern sei nicht bewusst, dass im August 1944 der polnische Widerstand kämpfte, die polnische Elite im Sommer und Herbst desselben Jahres vernichtet wurde und die Auswirkungen bis heute zu spüren seien, beispielsweise im Außenministerium unter Radosław Sikorski. Demgegenüber würde der Anti-Hitler-Widerstand in Deutschland hervorgehoben und die Vertreibung der Deutschen ausführlich dargestellt werden, nicht aber die Vertreibung der Polen nach Sibirien nach dem 17. September 1939. So würden die polnischen Schüler durch die deutschen Ansichten über die Geschichte manipuliert, behauptete *Wpolarityce*.<sup>36</sup>

Auf der nächsten Sitzung des Steuerungsrates am 26. März 2012 konnten sich der Universum Verlag und der polnische Verlag Wydawnictwo Szkolne i Pedagogiczne (WSiP) vorstellen. Die Finanzierung war gesichert und die erste Phase des deutsch-polnischen Projektes abgeschlossen; nun ging es an die Umsetzung. Die in Braunschweig Versammelten wurden darüber informiert, dass ich von der Aufgabe des Steuerungsratsvorsitzenden entbunden sei, womit meine Rolle in diesem Projekt beendet war.

## V.

Gewöhnlich folgt aus Erinnerung an erlittenes Unrecht der Wunsch nach Rache, beispielhaft sei auf die deutsche Geschichte nach 1918 und nach 1933 verwiesen. In den Jahren nach der Friedlichen Revolution in Polen und Deutschland drohte von der Erinnerung hingegen keine Rache mehr auszugehen. Vielmehr lag in ihr die Chance, Unrecht zu benennen, Schuld zu bekennen, um

<sup>36</sup> *Wpolarityce*, 21.03.2012.

Versöhnung zu bitten und sich gegenseitig die Achtung von Menschenrechten und europäischen Werten zu versprechen.

*In der Geschichte von Erinnern – Verdrängen – Vergessen stellt Auschwitz etwas völlig Neues dar. Es kann im Ganzen so wenig wie in endlich vielen Einzelheiten vergessen werden. Es ist auch deswegen nicht „aufzuarbeiten“, weil es die menschliche Fassungskraft übersteigt. Weil jede Vernunft sich dagegen zur Wehr setzen muß, einen solchen Eingriff in die Menschheit überhaupt für möglich zu halten. Eben deswegen muß der Umgang mit dieser Erinnerung unzulänglich sein. Denn welcher Umgang wäre einem solchen Ereignis angemessen?<sup>37</sup>*

Was Christian Meyer im Hinblick auf die nationalsozialistische Vernichtungspolitik formulierte, galt in grundsätzlicher Weise für die schrecklichsten Jahre der deutsch-polnischen Geschichte, zu denen auch „Auschwitz“ gehörte. Da sich jede Vernunft dagegen sträubte, so etwas für möglich zu halten, ist aller Umgang mit dieser Geschichte unzulänglich, aber dennoch unumgänglich. Auch insofern war die Zusammenarbeit im Rahmen der deutsch-polnischen Projektgruppe „Schulbuch Geschichte“ kein Normalfall und keine Norm, sondern ein Geschenk und Wunder.

In den Jahren nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union war mit dem Antritt der Koalitionsregierung unter Führung der PO im Jahr 2007 eine Situation eingetreten, in der es möglich wurde, das Projekt eines gemeinsamen Unterrichtslehrwerkes für Geschichte Wirklichkeit werden zu lassen. In beiden Gesellschaften war über lange Jahre die Bereitschaft herangereift, sich der gemeinsamen Geschichte offen – ohne Ausblendungen und Verzerrungen – zu stellen, um gemeinsam Gegenwart und Zukunft zu gestalten. Im wissenschaftlichen Austausch war eine durch Forschungen und Diskussionen gefestigte Grundlage historischer Fakten, Themen und Sichtweisen sowie Bewertungen erarbeitet worden, die es ermöglichte, ohne Zwietracht gemeinsam auf die Geschichte zu blicken. Hier hatte die Schulbuchkommission wertvolle Vorarbeiten geleistet.

Auf der politischen Ebene war ein starker Wille zur Kooperation spürbar, der auch die Bereitschaft einschloss, komplexe und existenziell belastete Themen der Vergangenheit gemeinsam in den

---

<sup>37</sup> Christian Meyer, *Das Gebot zu Vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit*, Berlin 2010, S. 72.

Blick zu nehmen und zu versuchen, sich von der Vergangenheit nicht mehr auseinanderdividieren zu lassen. Durch eine glückliche Konstellation hatten sich einige Akteure zusammenfinden können, die über die verschiedenen Ebenen und gesellschaftlichen Bereiche hinaus kooperieren konnten und gewillt waren, die Idee eines gemeinsam geschriebenen und gestalteten Geschichtslehrwerkes Wirklichkeit werden zu lassen. Abgesehen von dem unmittelbaren praktischen Nutzen in der Beschäftigung mit Geschichte in beiden Ländern hat das Geschichtslehrwerk *Europa. Unsere Geschichte/Europa. Nasza Historia* einen immensen politischen und symbolischen Wert. Es ist vorläufiger Endpunkt eines in den 1960er Jahren von Engagierten in der Aktion Sühnezeichen, Christen des polnischen Episkopates, der Evangelischen Kirche in Deutschland und vielen anderen begonnenen Weges. Nach den komplexen Schritten der Entspannungspolitik, die im Spannungsfeld zwischen eindrucksvollen Symbolen und kleinteiligen Verhandlungen im Schatten des Wettrüstens unablässig vorankam, stellt das Geschichtslehrwerk nun einen Meilenstein der Verständigung dar. Er ist deutliches Zeichen eines gemeinsamen Willens, heute im Rahmen der Europäischen Union nachbarschaftlich für gemeinsame Ziele zusammenzuarbeiten.

Allen hier genannten und auch vielen nicht genannten Beteiligten an dem Projekt „Schulbuch Geschichte“ bin ich dankbar für ihr Engagement. Es waren komplexe Prozesse notwendig, um ans Ziel zu gelangen. Das gerät leicht in Vergessenheit, wenn über die Entstehung des Schulbuches *Europa. Unsere Geschichte/Europa. Nasza Historia* nur in aller Knappheit berichtet wird:

*Im [...] Jahr [2006] regte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier die Idee eines deutsch-polnischen Geschichtsbuchs an. Im Januar 2008 beauftragte er gemeinsam mit seinem polnischen Amtskollegen Radosław Sikorski die Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission, ein Konzept für selbiges zu entwickeln. Im Mai 2008 nahm das Projekt offiziell seinen Anfang. Es entstand eine deutsch-polnische Projektgruppe, bestehend aus wissenschaftlichen und politischen Akteuren beider Länder.*

*Im Dezember 2010 übergab die Projektgruppe in Warschau Empfehlungen für die Erarbeitung eines gemeinsamen Geschichtsbuchs an hochrangige Vertreter der Politik aus Polen und Deutschland. Zwei Jahre später begannen die zwei Verlage [...] das Projekt umzusetzen.<sup>38</sup>*

<sup>38</sup> Kąkolewski, *Was trennt uns*, S. 53 f.

**VI.**

Kurz nach der Vorstellung der *Empfehlungen* in Warschau veröffentlichte das Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych, ISP) die Ergebnisse einer Mitte Januar 2011 durchgeführten Umfrage zur Meinung der Polen über die deutsch-polnische Zusammenarbeit und die Bedeutung der Geschichte in den deutsch-polnischen Beziehungen.<sup>39</sup> Demnach sprach sich eine große Mehrheit der Polen (73 %) dafür aus, Gegenwarts- und Zukunftsfragen zum Mittelpunkt der deutsch-polnischen Beziehungen zu machen; nur 20 % meinten, man solle sich eher auf die Geschichte konzentrieren. Die Bekämpfung des Terrorismus und der Wirtschaftskrise, die Entwicklung schwächerer Regionen sowie die Stärkung der Europäischen Union auf internationaler Ebene standen an oberster Stelle. Das zeigte eine deutliche Abkehr von Einstellungen, die eine polnische Identität durch Abgrenzung vom deutschen Nachbarn forderten und förderten.

Uneinigkeit zeigten die Antworten auf die Frage, ob Debatten über die Vergangenheit zu Versöhnung führten oder nur in alten Wunden rührten. Für das Geschichtsbuchprojekt war hingegen der Befund sehr ermutigend, dass beinahe die Hälfte der Polen die Erarbeitung eines deutsch-polnischen Geschichtslehrbuchs, das die Geschichte beider Länder objektiv darstellen würde, für möglich hielten (46 %). Etwas weniger meinten zwar, dass dies unmöglich sei (41 %), doch würde es die Hälfte der Befragten befürworten, wenn polnische Kinder aus einem deutsch-polnischen Lehrbuch lernen würden (51 %). Nur ein Drittel sprach sich dagegen aus (32 %). Diese Momentaufnahme der öffentlichen Meinung gab Anlass zur Einschätzung, dass das Geschichtsbuchprojekt zur richtigen Zeit komme und sich die politischen und wissenschaftlichen Mühen lohnen würden. Ein weiteres Indiz für das Momentum war die öffentliche Reaktion auf die Präsentation der Empfehlungen in Polen. Abgesehen von einzelnen Stimmen aus der nationalistischen Ecke gab es keinen Aufschrei der Empörung wie zu Beginn des Projektes wenige Jahre zuvor.

---

<sup>39</sup> Agnieszka Łada, *Die Meinung der Polen über die deutsch-polnische Zusammenarbeit und die Bedeutung der Geschichte in den deutsch-polnischen Beziehungen*, in: Instytut Spraw Publicznych/Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.), *Deutsch-Polnisches Barometer*, Warschau 2011. Vgl. auch den Pressebericht des ISP und der KAS vom 31. Januar 2011.

Erfreulicherweise verlagerte sich 2012 das Zentrum des Handelns auf die beiden Schulbuchverlage Universum/Eduversum und WSiP. Damit hatte die Projektgruppe ihr wichtigstes Ziel erreicht und konnte ihre Aktivitäten einschränken. Es fehlte aber die Hand einer politischen Projektsteuerung, die Akteure aus beiden Ländern zusammenhielt und immer wieder zusammenführte, so dass bald offensichtlich wurde, dass der ursprüngliche Zeitplan nicht eingehalten werden könnte.

Im März 2015 war der stockende Projektfortschritt nicht mehr zu verbergen, wie die *Märkische Oderzeitung* erstaunt registrierte:

*Für die Zeit von der Urgeschichte bis zum Mittelalter hat man endlich eine gemeinsame Darstellung gefunden. Über Napoleon – der für Polen Befreier war und für die Deutschen Unterdrücker – streitet man noch. Und der Zweite Weltkrieg, in dem sich beide Länder als erbitterte Feinde gegenüberstanden, ist noch gar nicht bearbeitet. So lässt sich der Arbeitsstand am deutsch-polnischen Geschichtsbuch zusammenfassen, acht Jahre, nachdem die Idee dafür von der Brandenburgischen SPD geboren wurde...<sup>40</sup>*

In der Tat waren nach dem Rücktritt von Minister Rupprecht die Drähte zwischen Potsdam und Warschau erkaltet und das MBJS unterschätzte die Notwendigkeit, die Prozesse aktiv zu begleiten und alle Akteure immer wieder auch anzuspornen. Dennoch gelang es, den ersten Band des Lehrwerkes im Juni 2016 in Berlin vorzustellen. Der Mitinitiator Frank-Walter Steinmeier freute sich offenbar sehr, das Buch in der Hand halten zu können, sein mit ihm auf der Bühne stehender Kollege Witold Waszczykowski, der in Deutschland bekanntlich vor allem Vegetarier und Radfahrer vermutete, machte eine gute Miene.

Zu den eher auf die interne Verfassung der Projektgruppe zurückzuführenden Schwierigkeiten waren noch ernsthafte politische Hemmnisse gekommen. Aus den Parlamentswahlen am 15. Oktober 2015 war eine rechtsnationale Regierung unter Führung der Partei *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS) hervorgegangen. Zur DNA dieser Partei und des von ihr geführten Blocks der „Vereinigten Rechten“ gehörte eine antideutsche und antieuropäische Ausrichtung, wie ihre Vertreter in einer Vielzahl von Äußerungen zum Ausdruck brachten. Auch wenn diese Politik primär eine innenpoliti-

<sup>40</sup> Dietrich Schröder, *Immer noch sensibel*, in: *Märkische Oderzeitung*, 25.03.2015.

sche Funktion zur Mobilisierung und Stabilisierung der PiS-Wählerschaft hatte, hatte sie destruktive Auswirkungen auf die Europa- und Deutschlandpolitik Polens. Eine Auswirkung war die zögerliche Unterstützung des deutsch-polnischen Geschichtsbuchprojektes, die dazu führte, dass Band 2 erst 2017 und Band 3 2019 vollendet und vorgestellt werden konnten, in polnischen Schulen aber nur als zusätzliches Unterrichtsmaterial eingesetzt werden durften. Stattdessen wurde unter der Ägide von Bildungsminister Przemysław Czarnek ein einheitliches nationales – manche meinen: nationalistisches – Geschichtslehrwerk erarbeitet. Czarnek war ganz eindeutig gegen das binationale Geschichtsbuch, weshalb sein Ministerium die Zulassung des vierten und letzten Bandes verhinderte, der 2020 erschienen war. Also druckte der polnische Verlag WSiP zunächst nur einige wenige Exemplare.

Erst nach einem erneuten Regierungswechsel im November 2023, im Zuge dessen Radosław Sikorski erneut zum Außenminister Polens wurde, kam wieder Bewegung in das Projekt. Bereits beim ersten Besuch von Sikorski in Berlin im Januar 2024 sprach er mit seiner deutschen Amtskollegin Annalena Baerbock über die Vollendung des Projekts. Im Juni 2024 erhielt dann der vierte Band endlich die Zulassung durch das MEN. Jetzt gilt es nur noch, das Unterrichtswerk in vielen Schulen Deutschlands und Polens zum Einsatz zu bringen, wie es die Regierungen bereits 2011 vereinbart hatten.

Francesca Melandri,  
*Kalte Füße*, Verlag Klaus  
Wagenbach, Berlin  
2024. Rez. Monika  
Wrzosek

Schon das erste Buch von Francesca Melandri *Eva dorme* [Eva schläft] hat mich aufhorchen lassen; da ist jemand, der sich intensiv mit der nahen Vergangenheit Italiens auseinandersetzt, sozusagen die gelebte Zeitgeschichte dramatisiert und anschaulich macht, das Verschwiegene, Unterdrückte zum Sprechen bringt, ins Bewusstsein der Menschen holt. Die sog. *Trilogie der Väter* fing mit der Beschreibung der Ereignisse, eigentlich Kämpfe in Südtirol den 60er und den frühen 70er Jahren. Dann kam der Roman „Über Meereshöhe“, der den „bleiern Jahren“ und den Roten Brigaden gewidmet war. Als drittes erschien das Buch *Sangue giusto* [Alle außer mir], das sowohl die zeitgenössische Geschichte der Migration nach Italien aus Afrika als auch die koloniale Vergangenheit und den langen Schatten der italienischen Verbrechen in Äthiopien nachzeichnet. Melandri fing relativ spät an Romane zu schreiben, denn, wie sie selbst sagt: „ihre Box der Erfahrungen des Lebens“ musste sich erst füllen, sie musste reifen, zu sich, nach „Hause“ kommen, um die Ganzheit zu verstehen und zu umfassen, bevor sie darüber schrieb. Sie hat verstanden, wieviel gute Literatur bewegen kann, wenn die Empathie zwischen dem Schriftsteller und dem Leser funktioniert. Dann konnte sie den Leser mitnehmen, ohne erhobenen Zeigefinger, ohne belehrend zu wirken, ihn in die Ecken und Kanten der Geschichte des eigenen Landes führen. Und als die *Trilogie der Väter* eigentlich beendet war, kam ihr persönlichstes aber auch sehr politisches Buch, denn die Ereignisse in der Welt, der Angriffskrieg auf die Ukraine, bewog sie dazu, eine Art Gespräch, einen langen Brief an ihren inzwischen verstorbenen Vater zu schreiben und zu fragen: „Was ist der Krieg?“. *Piedi freddi* [Kalte Füße] reiht sich irgendwie natürlich in die Reihe der oben erwähnten Romane ein. Sie beschreibt nicht die aktuellen Kriegereignisse,

sondern die verschiedenen Haltungen des sog. Westens vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs und besonders dessen, was auf ukrainischem Territorium angerichtet wurde.

„Nun sagen viele gut meinende Menschen: `Wir wollen doch nur, dass Frieden herrscht`. Doch was bringt es, inmitten eines schrecklichen Schneesturms zu sagen: `Wir wollen doch nur, dass Sommer ist`.“

Gerade lese ich diesen Roman, der mich für vieles entschädigt und wirklich vieles ins richtige Licht rückt und historisch aufschlüsselt. Denn die Ukraine im dritten Kriegsjahr verdient nichts anderes als unsere Unterstützung und die hatte ich mir eigentlich uneingeschränkt von der deutschen Seite gewünscht. Leider ist das Buch nicht von einem deutschen Autor geschrieben worden, sondern von dieser sehr hervorragenden, interessanten italienischen Schriftstellerin, von Francesca Melandri. Mag sein, dass es in Eile verfasst wurde und sich aller Genres bedient. Dazu sagte die Autorin selbst in einem ihren vielen Interviews anlässlich der Buchmesse in Frankfurt: sie habe das Buch mit Leidenschaft, fast obsessiv und „maniakal“ geschrieben. Sie wolle keine Richterin über die Zeiten des Zweiten Weltkrieges, auch nicht über ihren Vater sein, doch sie müsse für sich alles überprüfen, beschreiben, festhalten und vielleicht dadurch besser verstehen.

Der Titel des Buches wäre ihr auch sofort eingefallen „Piedi freddi“, dazu schreibt sie auch: „to get cold feet“, „kalte Füße bekommen“, das sagt man auf Englisch oder Deutsch „wenn sich jemand aus Angst seiner Aufgabe nicht stellen möchte“. Auf Italienisch heißt das „tirarsi indietro da un impegno“. Doch die kalten Füße, *piedi freddi*, sind eben auch wortwörtlich gemeint. Die ganze Ausstattung und Ausrüstung der Alpini, einer italienischen Brigade, die die deutschen Truppen im Kampf in der Sowjetunion unterstützt hat, war milde gesagt den Umständen nicht entsprechend und sie starben wie die Fliegen, mit erfrorenen Gliedern, besonders erfrorenen Füßen. Der Rückzug über die Weiten der ukrainischen Steppe – denn die sog. „Ritirata di Russia“, der Rückzug vom sogenannten Russlandfeldzug spielte sich eigentlich größtenteils in der Ukraine ab – die „Kolonnen zerlumpter, notdürftig in Decken und Mäntel gehüllter Soldaten, wie wir sie von den Fotos des Rückzugs aus Russland kennen... Nur du und deine armen Alpini sind zu sehen, ihr lauft durch die eisige Steppe... ihr seid trunken vor Müdig-

keit und habt vor allem kalte Füße.“ Doch einige von ihnen finden ihr Glück: „Dann endlich entdeckt ihr den größten Schatz in dieser Wunderhöhle: *Walenki!* Diese weichen und warmen Filzstiefel, die ihr an den Füßen der russischen Bauern gesehen habt, die in Wahrheit ukrainische Bauern waren... Dank der Walenki konnten du und deine armen Alpini nach Hause zurückkehren“.

Ja, worum geht es in dem Buch? Es ist eigentlich ein langer Brief an den Vater, der nicht mehr lebt und keine Antworten auf die von der Tochter gestellten Fragen geben kann. Für Melandri handelt es sich neben der liebevollen Auseinandersetzung mit der Person ihres Vaters vor allem um den Krieg, den Zweiten Weltkrieg, um die Rolle ihres Vaters als Leutnant bei den Alpini, aber auch um die Rolle Italiens darin, um die Schuld, die sie auf sich genommen haben, das Land und der Vater, um die Aufarbeitung danach ... aber auch und vor allem um den jetzigen Krieg in der Ukraine. Wie ein Mantra wird in fast jedem Kapitel wiederholt (und das gilt wirklich für fast alle der 32 Kapitel): „Und erst jetzt, wo ich ein halbes Jahrhundert später die Ortsnamen des damaligen Krieges wiedererkenne – Sumy, Charkiw, Luhansk begreife ich es: Deine berühmten „russischen Frauen“, von denen du immer mit großen Augen gesprochen hast, in denen mehr lag als Dankbarkeit – eher ein Gefühl, das die Sonnenblumen für die Sonne hegen oder die kalten Füße für den Ofen -, deine Retterinnen, das waren keine Russinnen. Sie waren Ukrainerinnen.“

Oder: „Aber über die Ankunft von Dir und deinen armen Alpini in diesem Russland, das ja größtenteils die Ukraine war, wurde nie mehr gesprochen“... und immer wieder: „...wenn du von deinem Rückzug aus Russland, der größtenteils ein Rückzug aus der Ukraine war...“, in allen möglichen Varianten.

Melandri will uns und sich selbst klarmachen, warum der Krieg, sowohl der Zweite als auch der jetzige, immer wieder in der Ukraine stattfand und wie wenig wir eigentlich von den ganzen Verbrechen, die dort passiert waren, wissen, vom Holodomor, von Babi Jar usw...

„Fluch und Segen der Ukraine: ihre äußerst fruchtbare und ertragreiche Schwarze Erde, wegen der im Lauf der Jahrhunderte immer wieder jemand vorbeikam... Also kamen Stalins Funktionäre, um die ukrainischen Bauern zu bestrafen, die nicht genug Begeisterung für den Kommunismus zeigten, raubten ihnen alles, was essbar war –

neben Getreide auch Kartoffeln, Obst und Vieh -, und ließen Millionen Verhungerte zurück. Dann kam Hitler, der nicht mit ansehen konnte, wie der ganze schöne Weizen an die Ukrainer vergeudet wurde, anstatt damit das arische Herrenvolk zu ernähren, also verkündete er: „Ich brauche die Ukraine, damit man uns nicht wieder, wie im letzten Krieg aushungern kann. Er nannte dies den `Hungerplan` - den minderwertigen Slawen das Brot und das Leben wegzunehmen, um damit den Hunger der Deutschen zu stillen.“

Sie thematisiert Schritt für Schritt, wie es sein kann, dass es im Westen immer noch Leute gibt, die in Italien „putinisti“ genannt werden und sich lieber mit dem Diktator und imperialen Herrscher Putin einigen wollen als der Ukraine zu helfen. „Für viele von uns Europäern des Westens gab es auf der Landkarte des heiligen Orts, den wir Europäische Kultur nennen, stets eine Art Flyover-Zone, die man mit gutem Gewissen ignorieren konnte...: eine gestaltlose riesige Fläche, bewohnt von zurückgebliebenen, wenn nicht reaktionären Menschen, von armen Schluckern und Bauern, vielleicht ein paar Pflegerinnen und Bauarbeitern, noch dazu allesamt Slawen. Aber eben nicht die faszinierende Art von Slawen wie diese Russen – durchgeknallte Adelige oder revolutionäre oder Avantgardisten -, von denen wir Europäer des Westens uns so gerne schockieren lassen. Nein, ganz normale Slawen, die wir Italiener auch deshalb für armselig und uninteressant halten – was wir lieber nicht laut sagen -, weil wir uns nie mit der antislawischen Verachtung auseinandergesetzt haben...“

Sie erklärt aufs Genaueste die Haltung vieler westlicher Europäer zu diesem neuen Krieg in dem Kapitel unter dem bezeichnenden Titel: Eitelkeit: „Also: Wenn wir im Westen uns weiterhin auf unsere verantwortungslosen kalten Füße berufen und die Ukraine einem eingefrorenen Konflikt überlassen – noch so eine heuchlerische Kälte-Metapher: Soll sie sich doch einfach hin und wieder verprügeln lassen und mal mehr, mal weniger im Haus des gewalttätigen, sie misshandelnden Mannes leben-, und damit die Grundlagen für einen weiteren Krieg in ein, zwei Jahren schaffen; wenn wir all das zulassen und erst dann, wenn es zu spät ist ...- erklären, wie schuldig wir uns fühlen: Dann wäre das ein wirklich erbärmliches, verabscheuungswürdiges Schauspiel.“

Überhaupt gibt es viele Gedanken zum Phänomen des Krieges, wie es z.B. ist, auf der falschen Seite in einem Krieg zu kämpfen und

dann damit leben zu müssen; oder: „Welches Geschlecht hat der Krieg, Papa?...

„Wenn eine Rakete auf dein Haus gerichtet ist, spielt es keine Rolle, ob du ein Mann, eine Frau oder ein Kind bist“, habe ich eine ukrainische Soldatin einmal in einem Interview sagen hören. Sie heißt Jewgenija und ist eine äußerst treffsichere Scharfschützin. Dann hat sie hinzugefügt: „Der Krieg hat kein Geschlecht.“

Dabei aber spielt Melandri doch auf die ungeheuerlichen Vergehen der Soldaten an, sowohl der russischen jetzt als auch denen der Italiener oder Deutschen damals im Zweiten Weltkrieg – in denselben Gebieten; der Krieg ist körperlich, die Menschen werden getötet, misshandelt, vergewaltigt, ausgehungert...das alles spielt im Krieg mit.

Bezeichnend ist auch die Geschichte des Vaters und seiner Tapferkeitsmedaille, über die er immer wieder die Familie glauben ließ, er hätte sie bekommen, weil er einige Soldaten-Alpini lebend nach Hause gebracht hatte. Leider, und das Wort spielt eine große Rolle, leider ist die Tapferkeitsmedaille in Silber, dotiert mit einem Ehrensold von 12.000 Lire jährlich, dem Leutnant des Alpini-Bataillons nicht für Abzug vom Schlachtfeld, sondern für den Gegenangriff auf feindliche Stellen verliehen worden. „Unter heftigem Beschuss und die Gefahr verachtend durchbrach er die feindlichen Linien und brachte die gefährliche Mission zu Ende.“ Und das Folgende mutet fast komisch, wenn es nicht tragisch wäre: ausgerechnet „im April 2022 votierte das italienische Parlament für einen Tag des Nationalen Gedenkens an den Opfermut der italienischen Gebirgsjäger und legte den 26. Januar, den Jahrestag der Schlacht von Nikolajewka“ als Gedenkdatum fest. Der Vater war dabei und es ist dasselbe Nikolajewka, bei Krematorsk, Oblast Donezk, das von den Russen unlängst, in dem neuen Krieg in der Ukraine, annektiert wurde.

Noch ein Aspekt, der im Melandris Buch angesprochen wird und mir besonders wegen der Geschichte meiner Familie am Herzen liegt, will ich ausführen. Sie (die Frauen der Familie) wurden alleamt von den Russen im April 1940 aus Lemberg in die weite kasachische Steppe verschleppt. Sie haben sich später mit unheimlicher Mühe nach Semipalatinsk durchgeschlagen. Doch die Erzählungen von der Steppe, der weiten, eisigen aber auch der hei-

ßen, brennenden und von den Kasachen, Tschuwaschen und Mongolen, die dort lebten, begleiteten mich als Kind und sind bis heute lebendig geblieben. Vor zwei Jahren habe ich dann die Weiten der anatolischen Steppe persönlich erlebt, aber eigentlich wollte ich auf etwas anders hinaus; es hat mich unheimlich gefreut, und das fand ich in diesem Buch, dass der ehemalige Präsident der Mongolei Tsachiagiin Elbergdordsch im September 2022 folgende Worte fand: „Ich bin einer von acht Söhnen eines Nomadenschäfers. Ich bin einer von euch, ich liebe die Freiheit und Frieden, und ich bin ein stolzer Bürger der freien und unabhängigen Mongolei. Ich habe eine einfache Botschaft an Präsident Putin: Beenden Sie den Krieg. Die mongolischen Burjaten, Tschuwaschen und Kalmücken leiden extrem unter dem Krieg, sie werden als Kanonenfutter und sonst nichts benutzt. Wir Bürger der Mongolei werden euch mit offenen Armen und offenen Herzen empfangen, wenn ihr fliehen wollt. Ich habe auch eine Botschaft für diejenigen mitgebracht, die gezwungen werden in Putins Krieg gegen die Ukraine zu kämpfen: schießt nicht auf Ukrainer. Schießt nicht auf eure Brüder und Schwestern, auf Greise und Kinder. Tötet nicht ihr Land. Tötet nicht ihre Freiheit. Die Ukraine hat ein unumstößliches Existenzrecht.“ Die Landbevölkerung erinnerte meine Mutter immer mit großer Hochachtung.

Die Beobachtungen von Melandri sind eindringlich, entlarvend; sie schreibt tapfer gegen die familiäre, heimatliche Erzählung. Dabei verflechten sich wie ein dicker Zopf darin die Ereignisse im Zweiten Weltkrieg, besonders die Geschichte der Brigade der Alpini, die Familiengeschichte besonders die Vater-Tochter Beziehung, und der dritte Strang, der alles zusammenzieht und provoziert ist der Angriffskrieg der Russen gegen die Ukraine. Das Buch ist für uns alle „wie eine Einladung an ihn (den Vater) sich diesen heutigen Krieg zusammen anzuschauen und durch die Augen von einem, der einen Krieg leider erfahren hat“, zu sehen.

Ich habe bei weitem nicht alle Aspekte, dieser Verflechtungen und Bedingungen hier angeführt; es bleibt jedem selbst überlassen das Buch zu lesen und sich seine eigenen Gedanken zu machen.

Alle Zitate entstammen dem Buch *Kalte Füße*.



ISSN 1865-5548

